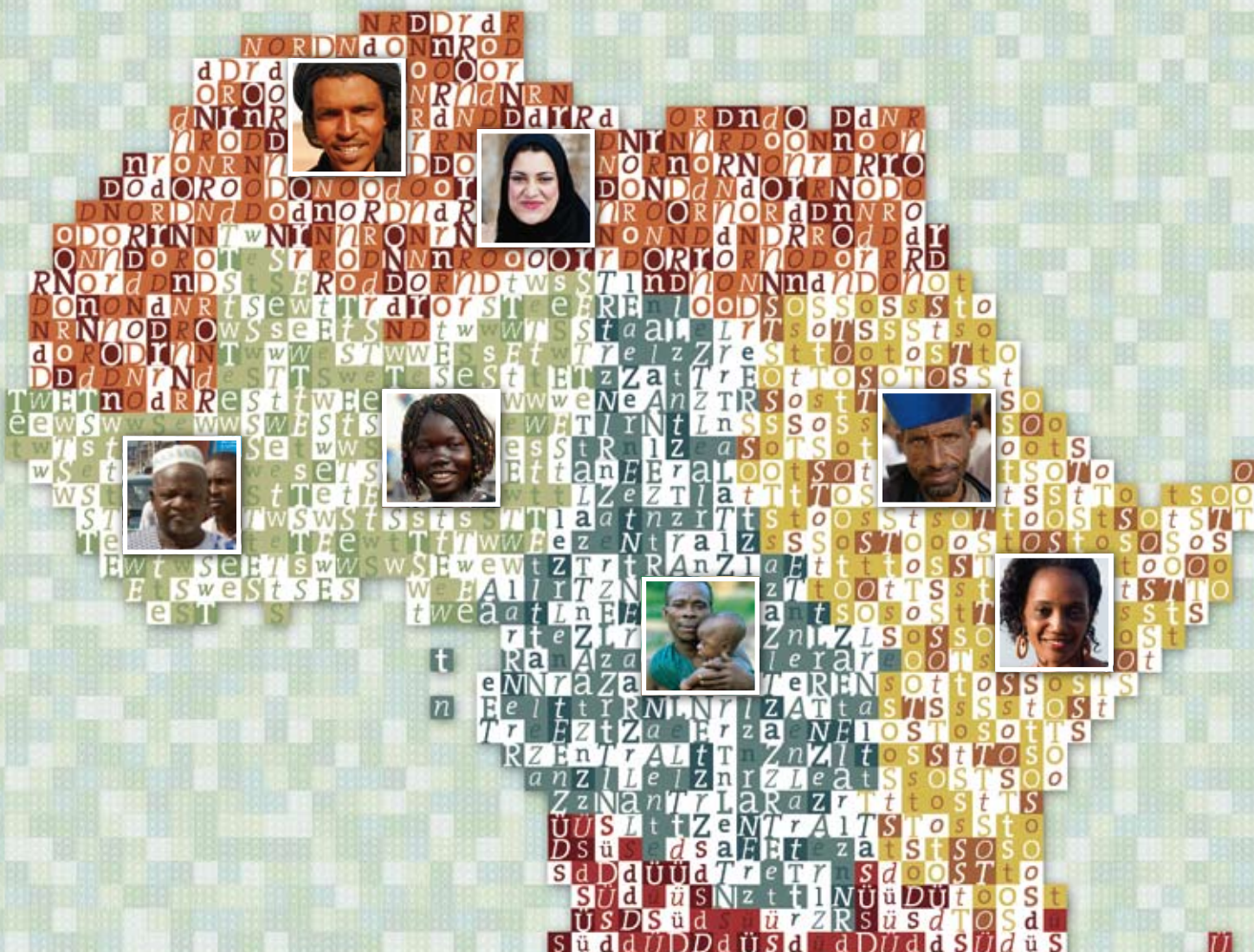


Informationen

302 zur politischen Bildung



1/2009



Afrika – Länder und Regionen



Inhalt

Nordafrika: Scharnier zwischen Afrika und Europa	4
Ägypten	8
Algerien	10
Libyen	13
Marokko	15
Mauretanien	17
Westafrika: Ressourcenreichtum und Verteilungskonflikte	19
Nigeria	24
Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste)	26
Senegal	28
Ghana und Mali	31
Die Mano River Staaten – Sierra Leone, Liberia, Guinea	33
Zentralafrika: schwache Staatlichkeit und grenzüberschreitende Kriege	35
Demokratische Republik Kongo	38
Kamerun	41
Ruanda	43
Zentralafrikanische Republik	45
Äquatorial-Guinea	46
Horn von Afrika und Ostafrika	47
Sudan	50
Äthiopien	53
Die Somalias	55
Kenia	56
Uganda	59
Südliches Afrika: Wirtschaftspotenziale und soziale Herausforderungen	60
Südafrika	64
Angola	67
Simbabwe	69
Mosambik	71
Sambia	72
Literaturhinweise	74
Impressum	74



Afrikas Vielfalt sprengt alle Dimensionen: Auf einem Kontinent von über 30 Millionen Quadratkilometern mit unterschiedlichsten Klima- und Vegetationszonen lebten 2008 circa 967 Millionen Menschen, gegliedert in mehrere tausend Ethnien sowie etwa zweitausend eigenständige Sprachgruppen, territorial verteilt auf 53 Staaten.

Diese Staaten wiederum präsentieren sich in Flächenausdehnung, Bevölkerungszahl, naturräumlicher Gestaltung, Ressourcenausstattung und Regierungssystem äußerst heterogen: Dem Flächenstaat Sudan (2,5 Millionen Quadratkilometer) stehen kleinräumige Länder wie Gambia (11 300 Quadratkilometer) gegenüber. Das dicht besiedelte Nigeria ist mit rund 148 Millionen Einwohnern der bevölkerungsreichste Staat Afrikas, während in Mauretanien auf größerer Fläche nur 3,3 Millionen leben. Auch die natürlichen Ressourcen sind unterschiedlich verteilt: Senegal muss seine Einkünfte vornehmlich aus Fischerei und Phosphatvorkommen erzielen, während die Demokratische Republik Kongo reich an Gold, Kupfer, Erzen und Diamanten ist. Selbst innerhalb eines Landes treffen Gegensätze aufeinander. So ist Kenias Nordosten immer wieder von Dürre bedroht, während der grüne Südwesten unter anderem den Teeanbau ermöglicht. Das Spektrum der Regierungssysteme variiert von Monarchien (Marokko, Swasiland) über autokratische Systeme (Äquatorial-Guinea, Sudan) zu Demokratien (etwa Südafrika, Ghana und Mali). Daneben gibt es Länder, in denen der Staat jegliche Macht verloren hat, wie Somalia, die Zentralafrikanische Republik und die DR Kongo.

Schon aus dieser Gegenüberstellung wird deutlich, dass pauschale Aussagen der differenzierten Realität Afrikas nicht gerecht werden, speziell dann, wenn sie Ursachen und Hintergründe für bestimmte Erscheinungen wie schwache Staatlichkeit, Bürgerkriege, Entwicklungsdefizite und Armut ausblenden.

Angesichts dieser Ausgangssituation wirkt es geradezu vermessen, den Kontinent auf dem knappen Raum von Heftausgaben zu behandeln. Als Kompromiss hat die Redaktion sich entschlossen, Afrika wie bereits 1999 und 2001 erneut zwei Hefte zu widmen. Damals waren sie geographisch geteilt in

Afrika südlich (Heft Nr. 264) und nördlich der Sahara (Heft Nr. 272). Jetzt stellen zwei aufeinander folgende Heftausgaben zunächst Regionen und ausgewählte Länder Afrikas vor, um den Kontinent dann im zweiten Ansatz nach Schwerpunktthemen zu betrachten.

Das vorliegende Heft gliedert Afrika in fünf geographische Großräume, die jeweils in einem einführenden Kapitel in ihren wesentlichen Entwicklungen und Besonderheiten überblicksartig vorgestellt werden. Die Einteilung in Nord-, West- und Zentralafrika, das Horn von Afrika plus Ostafrika sowie das südliche Afrika entspricht der Zuordnung, welche die Afrikanische Union – der Zusammenschluss der unabhängigen afrikanischen Staaten – selbst vorgenommen hat. Jedem dieser Überblickskapitel folgen Analysen zu Ländern, die innerhalb der jeweiligen Region einen Sonderstatus einnehmen oder deren Charakteristika in beispielhafter Weise konkretisieren.

Aus der individuellen Herangehensweise der hier versammelten Expertinnen und Experten ergibt sich ein facettenreiches Bild, das den Schwerpunkt auf die historische Entwicklung und auf die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation der jeweils behandelten Staaten legt.

Dem entspricht der Kartenteil, der neben einer physischen Darstellung und einer doppelseitigen Wirtschaftskarte die territoriale und politische Entwicklung Afrikas seit der Kolonialzeit aufgreift.

In der Gesamtheit ergibt sich ein Überblick, der Kenntnisse über die Regionen und einzelne Länder Afrikas vermittelt, ihre Entwicklungswege und ihren Entwicklungsstand aus ihrer Geschichte und ihren spezifischen Gegebenheiten erklärt und ihre Zukunftsperspektiven beleuchtet. Es ist ein Ausgangspunkt, der nach dem Wunsch der Redaktion die Neugier auf die Vielfalt Afrikas wecken soll.

Christine Hesse



Isabelle Werenfels

Nordafrika: Scharnier zwischen Afrika und Europa

Seine islamisch-arabische Prägung und seine Nähe zu Europa verleihen Nordafrika eine Sonderstellung auf dem afrikanischen Kontinent. Auch politisch und sozioökonomisch haben die Staaten der Region Gemeinsamkeiten.

Geographisch ist Nordafrika leicht zu umreißen. Es reicht vom Nil und Suezkanal im Osten bis zum Atlantik im Westen, vom Mittelmeer im Norden bis in die Sahara im Süden, und es umfasst die Länder Ägypten, Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko. Gelegentlich – so auch in diesem Heft – wird Mauretanien ebenfalls dazu gezählt, weil es sich selbst als Teil des so genannten großen Maghreb (*al-maghrib*: arabisch für Westen) sieht. Dies führt zur wesentlich komplizierteren Frage der Selbstdefinition der Staaten in der Region sowie zur Frage ihrer politischen Zugehörigkeiten.

Ägypten beispielsweise liegt geographisch zwischen dem Maghreb und dem Mashrek, dem arabischen Osten. Es versteht sich selbst als zentraler Akteur in der arabischen Welt, spielt in der Arabischen Liga eine dominante Rolle und wird von westlichen Staaten als wichtiger Vermittler im Nahostkonflikt betrachtet. Folglich kann es politisch eher zum Nahen Osten gezählt werden – umso mehr, als sich die anderen Staaten Nordafrikas 1989 in der maghrebinisch-arabischen Union (UMA) zusammengeschlossen haben. Diese auf regionale Integration angelegte Organisation existiert im Grunde nur auf dem Papier (letztes Gipfeltreffen 1994). Doch ändert dies wenig an der vor allem in den maghrebinischen Kernstaaten Algerien, Marokko und Tunesien existierenden Wahrnehmung des Maghrebs als einer Region für sich. Diese gründet in ähnlichen historischen Erfahrungen sowie






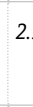
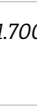
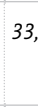
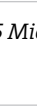
Landschaft bei Ouarzazate im Süden Marokkos, im Hintergrund der Hohe Atlas

Bildagentur - online

einander verwandten gesellschaftlichen, ethnischen und kulturellen Strukturen. Für Nordafrika insgesamt gilt, dass es innerhalb des afrikanischen Kontinents aufgrund seiner eindeutigen islamisch-arabischen Prägung sowie seiner historischen und geographischen Nähe zu Europa eine Sonderstellung einnimmt.

Langzeitfolgen des Kolonialismus

Während Ägypten bereits 1922 unabhängig wurde, erreichten die Staaten Nordafrikas ihre Unabhängigkeit von 1951 bis 1962 (Libyen Ende 1951; Marokko und Tunesien 1956; Mauretanien 1960; Algerien 1962). Zuvor hatte die ursprünglich aus Berberstämmen bestehende Bevölkerung des Maghreb Jahrhunderte der Fremdherrschaft erlebt. Diese begann mit den Phöniziern (15. bis 8. Jh. v. Chr.) und führte über die Römer (146 v. bis 5. Jh. n. Chr.), die Invasion der Araber (ab 670), mit der die Islamisierung der Region einherging, bis hin zum Osmanischen Reich, das vor Marokko allerdings haltmachte, und endete in der Moderne im europäischen Kolonialismus. In Libyen kostete der italienische Kolonialismus (1911 bis 1943) mehr als der Hälfte der ländlichen Bevölkerung das Leben, in Algerien forderte der Befreiungskampf gegen Frankreich (1954 bis 1962) Hunderttausende von Opfern.

<i>Land</i> <i>Hauptstadt</i>		<i>Fläche</i> <i>in km²</i>	<i>Bevölkerung</i> <i>2007</i>	<i>Bevölk.-</i> <i>wachstum</i> <i>2007, in Prozent</i>	<i>Religion</i> <i>in Prozent</i>	<i>BIP/Kopf</i> <i>PPP US-Dollar/</i> <i>Rang 2006</i>	<i>HDI</i> <i>Rang</i> <i>2006</i>
Ägypten <i>Kairo</i>		1.001.500	75,47 Mio.	1,7	Muslime: ca. 90 Christen: ca. 10	4.953 / 99	116
Algerien <i>Algier</i>		2.381.700	33,85 Mio.	1,5	Islam (Staatsreligion) Christen: < 3	7.426 / 81	100
Libyen <i>Tripolis</i>		1.759.500	6,16 Mio.	1,9	Islam	13.362 / 54	52
Marokko <i>Rabat</i>		446.600	30,86 Mio.	1,2	Islam	3.915 / 114	127
Mauretanien <i>Nouakchott</i>		1.030.700	3,12 Mio.	2,5	Islam (Staatsreligion)	1.890 / 137	140
Tunesien <i>Tunis</i>		163.600	10,25 Mio.	1,2	Islam sehr kleine jüdische und christliche Gemeinden	6.958 / 87	95

Spalten 2-4: Weltbank; Spalte 5: Auswärtiges Amt (Zeitpunkt der Abfrage: April 2009); Spalten 6 und 7: UNDP

Die kolonialen Spuren sind bis in die Gegenwart deutlich sichtbar: an den engen wirtschaftlichen Verflechtungen der maghrebinischen Staaten mit den ehemaligen Kolonial- oder Protektoratsmächten Frankreich (Algerien, Marokko, Mauretanien), Spanien (Teile Marokkos) und Italien (Libyen) genauso wie an den komplexen kulturellen Verbindungen und dornigen politischen Beziehungen zu diesen Staaten. In den maghrebinischen Kernländern hat der Kolonialismus zu einer bis heute währenden Spaltung in Französisch sprechende Eliten einerseits und Arabisch sprechende Bevölkerungsmehrheiten andererseits geführt. Insbesondere in Algerien, wo es überdies wie in Marokko eine starke Berberbewegung gibt, hat dies massive soziale Spannungen und bis heute ungelöste Identitätskonflikte mit sich gebracht. Eine indirekte Folge der Dekolonisierung ist der Konflikt um die Westsahara.

Ägypten stellt auch in Bezug auf seine Kolonialgeschichte eine Ausnahme dar. Es wurde von den Briten kolonisiert – die im Gegensatz zu den Franzosen und Italienern wesentlich zurückhaltender vorgingen – und früh in die Unabhängigkeit entlassen. Auch mit Blick auf die Bevölkerungsstruktur unterscheidet sich das Land am Nil von seinen Nachbarn im Westen: Es ist der einzige Staat Nordafrikas mit einer nennenswerten christlichen Minderheit, den so genannten Kopten (rund zehn Prozent der Bevölkerung). Die dominante Religion in Nordafrika insgesamt ist der sunnitische Islam.

Autoritäre Regime

Gemeinsamkeiten weisen die nordafrikanischen Staaten nicht zuletzt in Bezug auf ihre politischen Regime auf. In all diesen Staaten haben die postkolonialen Eliten ihr Versprechen der Demokratisierung nicht eingelöst. Ende 2008 existierten in Nordafrika ausschließlich autoritäre Regime, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Im regionalen Vergleich schon fast ein Leuchtturm an politischen Freiheiten ist die marokkanische Monarchie. Allerdings hängt der beachtliche Grad an Pluralismus eng an der Person des Königs, Mohammed VI., da die Verfassung dem Monarchen nach wie vor nahezu absolute Macht garantiert.

Am anderen Ende des Spektrums stehen die äußerst autoritären Republiken Tunesien und Libyen. Tunesien verwandelte Präsident Ben Ali nach seiner Machtübernahme 1987 schrittweise in einen Polizeistaat. In Libyen richtete der selbsternannte Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi ein so genanntes basis-demokratisches System ein, das de facto von ihm manipuliert und von geheimpolizeilichen Organen kontrolliert wird.

Einen gewissen Grad an Pluralismus weisen Algerien, Ägypten und Mauretanien auf, doch geht er in Algerien und Ägypten nicht sehr tief. Vielmehr sind es Versuche der Regime, kontrollierbare Ventile für den Unmut der Bevölkerung zu

schaffen. Mauretanien dagegen galt nach einem Coup durch demokratisch orientierte Militärs 2005 vorübergehend als der demokratische Hoffnungsträger der arabischen Welt. Diese Hoffnungen wurden durch einen erneuten Militärputsch im Sommer 2008 zunichte gemacht.

Unterschiedlich erfolgreiche Strukturreformen

Während politische Reformprozesse in der Region kaum voranschreiten, haben die meisten nordafrikanischen Regime ab den 1990er Jahren wirtschaftliche Strukturreformen eingeleitet. Auffallend dabei ist, dass die marktwirtschaftlichen Reformen in den erdöl- und erdgasreichen Staaten Algerien und Libyen am langsamsten vorankamen. Mit dem seit der Jahrtausendwende kontinuierlich steigenden Erdölpreis bestand für die beiden Länder kein unmittelbarer Anreiz, ihre Volkswirtschaften, in denen rund 98 Prozent (2007) der Exporteinnahmen aus dem Erdöl- und Erdgassektor kamen, zu diversifizieren.

Ganz im Gegensatz dazu sahen sich Ägypten, das über weit weniger fossile Ressourcen verfügt, sowie Tunesien und Marokko, die kein Erdöl exportieren, schon in den 1980er Jahren

gezwungen, ihre wirtschaftlichen Strukturen auf Wettbewerbsfähigkeit in internationalen Märkten auszurichten. Insbesondere in Tunesien waren diese Reformen im regionalen Vergleich sehr erfolgreich. Der damit verbundene Anstieg des Lebensstandards erklärt nicht zuletzt, warum sich hier die Opposition gegen das repressive System in Grenzen hält.

In Marokko und Ägypten dagegen ist es nicht gelungen, die bestehende enorme Kluft zwischen Arm und Reich sowie zwischen verschiedenen Regionen zu überwinden. Mauretanien, das vor wenigen Jahren noch zu den 20 ärmsten Ländern der Welt gehörte, konnte durch Reformen sowie dank (bescheidener) Erdölfunde den Lebensstandard der Bevölkerung anheben. Doch rangiert es, genauso wie Marokko, im *Human Development Index* der Vereinten Nationen noch immer auf einem der hinteren Plätze (2006: 140 von 179 Staaten).

Letztlich weisen alle Staaten Nordafrikas, mit der eingeschränkten Ausnahme Tunesiens, ähnliche strukturelle Defizite auf: ungenügende Regierungsführung, hohe Korruption und wenig Rechtssicherheit sowie fließende Grenzen zwischen formellem und informellem Sektor und zwischen privaten und öffentlichen Interessen von Staatsangestellten. All dies hat negative Folgen für ausländische Investitionen außerhalb der Erdölsektoren.

Massive sozioökonomische Herausforderungen

Der ungleiche Zugang zu staatlichen Ressourcen, steigende Lebenshaltungskosten bei niedrigen Löhnen, strukturell hohe Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt politische Repression sind Probleme, die in Nordafrika seit Jahrzehnten immer wieder zu Unruhen und Aufständen führen. Diese Faktoren trugen ab den 1960er Jahren maßgeblich zum Erstarken der islamistischen Bewegungen bei. Auch hinter den vordergründig ethnischen oder religiösen Konflikten verbergen sich meist sozioökonomische und politische Verteilungskämpfe. Dies gilt für Spannungen zwischen Berbern und Arabern in Algerien genauso wie für diejenigen zwischen Schwarzafrikanern und Mauren in Mauretanien oder zwischen Muslimen und Kopten in Ägypten.

Eine Reihe politischer und gesellschaftlicher Probleme hat sich im Zuge der demographischen Entwicklungen sowie der medialen Globalisierung weiter verschärft. Insbesondere die Situation von Jugendlichen ist in der ganzen Region von Perspektivlosigkeit geprägt. Die Bildungssysteme sind veraltet, überlastet und orientieren sich nicht an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in den meisten nordafrikanischen Staaten weit über 30 Prozent, und die mit der hohen Urbanisierung einhergehende anhaltende Wohnungsnot erschwert die Familiengründung. Gleichzeitig sind die Ansprüche der Jugendlichen an ihre Lebensumstände gestiegen – nicht zuletzt aufgrund der Verbreitung des Satellitenfernsehens, über das westliche Lebensmodelle genauso wie golfarabischer Reichtum in die Armutsviertel von Kairo, Casablanca und Algier getragen werden. Die Wege, die sich nordafrikanische Jugendliche aus der Trostlosigkeit suchen, sind vielfältig und zuweilen problematisch: Sie können von illegalen Migrationsversuchen nach Europa, Flucht in Kriminalität und Drogen bis hin zur Zuwendung zu radikalen islamistischen Gruppen reichen.

Der so genannte *Youth Bulge* (Jugendüberschuss) mit seinen direkten Folgen ist indes nur ein Aspekt der demographisch bedingten Herausforderungen. Da in Teilen Nordafrikas die Geburtenraten sinken, wird in wenigen Jahrzehnten auch hier die Überalterung der Gesellschaft zum Problem werden. An-



Nordafrika ist islamisch-arabisch geprägt. Junges Paar in Kairo 2008



Die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch. „Hittistes“ (Mauersteher) in Algier

gesichts der nur ungenügend ausgebauten staatlichen Altersvorsorge dürften die Folgen noch gravierender als in Europa sein. Überdies führen Bevölkerungswachstum und Klimawandel dazu, dass natürliche Ressourcen wie Land und Wasser zunehmend knapper werden.

Wechselseitige und auswärtige Beziehungen

Letztlich können die nordafrikanischen Staaten die Folgen des Klimawandels, den Migrationsdruck aus Afrika oder den Kampf gegen die sich zunehmend regional vernetzenden bewaffneten islamistischen Gruppen nur durch eine enge regionale Kooperation erfolgreich angehen. Allerdings stehen die Chancen dafür nicht sonderlich gut. Ägypten versteht sich nur bedingt als Teil der Region, und der Maghreb war 2007 nach Erkenntnissen der

Weltbank die am wenigsten integrierte Region weltweit. Dies lag maßgeblich am anhaltenden Konflikt um die Westsahara, der zu geschlossenen Grenzen zwischen den bevölkerungsreichsten Staaten der Region, Algerien und Marokko, führte. Aber auch die regionalen Vormachtansprüche Algeriens, Libyens und Marokkos erschwerten die Kooperation. Insbesondere die erdölreichen Länder der Region zeigten eine starke Präferenz für bilaterale Zusammenarbeit mit einzelnen Staaten der Europäischen Union sowie den USA und – zunehmend – China und Russland. Europa blieb für alle Maghrebstaaten der wichtigste politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bezugspunkt. Gleichzeitig engagierten sich vor allem Algerien, Libyen und Marokko wirtschaftlich in Afrika und zeigten dort auch Gestaltungsambitionen. Eine gewisse Ausnahme bildete einmal mehr Ägypten, dessen wichtigste außenpolitische Bezugspunkte die USA und die Akteure des Nahostkonflikts blieben.

Islamismus in Nordafrika

Isabelle Werenfels

Das massive Erstarken islamistischer Bewegungen in Nordafrika begann in Ägypten in den 1960er Jahren, in den maghrebischen Kernstaaten in den späten 1970er Jahren. Lediglich in Mauretanien ist der Islamismus ein relativ neues Phänomen. Ausschlaggebend waren Krisen der jeweiligen postkolonialen Entwicklungsmodelle, die mit spezifischen internationalen Entwicklungen zusammen fielen. Zwar unterschieden sich die verschiedenen autoritären Systeme Nordafrikas beträchtlich, gemeinsam waren ihnen jedoch:

- mangelnde politische Partizipation sowie Unterdrückung von Oppositionellen;
- soziale Ungerechtigkeit;
- ökonomische Strukturprobleme, die in Kombination mit einem wachsenden demographischen Ungleichgewicht eine hohe Jugendarbeitslosigkeit bewirkten;
- sowie – vor allem in den Maghrebstaaten – Wertekonflikte zwischen westlich orientierten Eliten und einer Mehrheit der Bevölkerung.

Internationale Entwicklungen und Einflüsse führten maßgeblich dazu, dass diese Gemengelage den Islamisten stärker in die Hände spielte als linken Akteuren. Dazu gehören die arabischen Niederlagen in den israelisch-arabischen Kriegen, die islamische Revolution im Iran 1979 und der Krieg in Afghanistan, der den Grundstein für eine gewaltbereite islamistische Internationale legte, ebenso wie das Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten 1979 und

das Ende des Ost-West-Konflikts. Letztere machten auch die arabisch-nationalistische bzw. die sozialistische Utopie zunichte. Die dadurch aufkommende ideelle Orientierungslosigkeit – kombiniert mit länderspezifischen gesellschaftlichen Wertekrisen und ökonomischen Schocks – bereitete nationalen islamistischen Massenbewegungen einen fruchtbaren Boden. Schließlich haben auch die beiden Kriege der jeweils US-geführten internationalen Koalitionen gegen den Irak 1991 und 2003 islamistische Bewegungen gestärkt. Der letzte Irakkrieg ist, genauso wie die anhaltende israelische Besatzungspolitik, nach wie vor ein zentraler Faktor, der islamistischen Bewegungen – oder zumindest deren Propaganda – weltweit Auftrieb gibt.

Auch wenn die nordafrikanischen Regime zeitweise eine gewisse Toleranz gegenüber dem Aufbau islamistischer sozialer Netzwerke zeigten, reagierten sie überwiegend mit Repression auf deren politische Aktivitäten – unabhängig davon, ob islamistische Akteure mit Waffen das Regime stürzen wollten oder durch Wahlen an die Macht strebten. In Ägypten wurde der Vordenker des militanten Flügels der Muslimbrüder, Sayyid Qutb, schon 1966 hingerichtet. In Algerien und Tunesien konnten sich islamistische Akteure Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre zwar an Wahlen beteiligen, doch reagierten die Regime auf deren Wahlerfolge mit dem Ausschluss der Islamisten vom politischen Prozess und ihrer brutalen Verfolgung. In Algerien folgte darauf ein mehrere Jahre währen-

der Bürgerkrieg in den 1990er Jahren. Auch in Libyen kam es in den 1990er Jahren zu blutigen Konfrontationen zwischen Sicherheitskräften und Islamisten. Lediglich Marokko erlebte keine größeren bewaffneten Auseinandersetzungen. Hier gab es schon früh Versuche der Monarchie, Islamisten ins System einzubinden; wer nicht mitmachte, war allerdings Schikanen ausgesetzt.

Nicht zuletzt aufgrund der genannten Konfrontationen durchliefen die islamistischen Bewegungen Nordafrikas ab den 1990er Jahren Spaltungsprozesse. Ein kleine Minderheit der islamistischen Akteure wandte sich dem bewaffneten internationalen Dschihadismus zu. Dabei kam es bei den maghrebischen Gruppen ab 2006 zu einem zumindest rhetorischen Schulterchluss mit dem Al-Qaida Netzwerk sowie einer Panmaghrebisierung militanter Aktivitäten. Die überwältigende Mehrheit der Islamisten dagegen strebte die Veränderung nationaler gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Strukturen durch Beteiligung am politischen Prozess an. Dabei unterschieden sie sich oft nur geringfügig von anderen wertkonservativen politischen Kräften in der Region. Seit 1997 sitzt in Marokko eine islamistische Partei im Parlament und ist in Algerien eine solche Partei Teil der Regierungskoalition. In Ägypten und Mauretanien sind in den Wahlen nach der Jahrtausendwende zahlreiche Islamisten als Unabhängige ins Parlament eingezogen. Einzig in Tunesien und Libyen bleiben Islamisten vom politischen Prozess ausgeschlossen.

Ägypten

Stephan Roll / Thomas Demmelhuber

Systemkrise

Bereits in den späten 1950er Jahren, unter der Präsidentschaft Gamal Abdel Nassers (1954 bis 1970), hatte sich in Ägypten eine staatszentrierte Herrschaftsordnung herausgebildet: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wurden weitgehender staatlicher Kontrolle unterworfen. Mitglieder der militärisch-bürokratischen Herrschaftselite, die in einem Loyalitätsverhältnis zum Staatspräsidenten standen, besetzten alle herrschaftspolitisch relevanten Ämter. Politische Gegner befriedete die Staatsführung durch Ämterpatronage und materielle Privilegien oder bekämpfte sie mit repressiven Mitteln. Ein umfangreiches System sozialer Sicherungen (vor allem in Form von Subventionen) und ein dominanter Polizei- und Sicherheitsapparat stellten die politische Abstinenz der Massen sicher.

Wirtschaftlich getragen wurde dieses Herrschaftssystem zu einem beträchtlichen Teil durch den Zufluss von ökonomischen und politischen Renten, Einnahmen also, denen kein entsprechender Arbeits- oder Investitionsaufwand vorausgegangen war. Hierzu gehören Erträge aus der Nutzung des Suezkanals, Rücküberweisungen von ägyptischen Gastarbeitern im Ausland, Gewinne aus dem Export von Erdgas und Erdöl und, zu einem großen Teil, politisch motivierte Transferzahlungen wie Entwicklungs- und Militärhilfe. Diese Abhängigkeit von externen Mittelzuflüssen blieb auch unter der Präsidentschaft von Nassers Nachfolger, Anwar as-Sadat (1970 bis 1981), bestehen. Zwar kam es unter Sadat zu vorsichtigen Reformen des staatszentrierten Wirtschaftssystems, diese reichten jedoch keineswegs aus, um die Wirtschaftsleistung des Landes tatsächlich zu erhöhen und hierdurch die expandierenden Staatsausgaben zu finanzieren. Schätzungen zufolge betrug der Anteil der Rentenzuflüsse an den Staatseinnahmen in den 1980er Jahren bis zu einem Drittel. Hinzu kamen Entwicklungskredite, die Ägypten

Der Nil ist eine wichtige Lebensader Ägyptens.



dank seiner politischen Bedeutung für den Nahost-Friedensprozess und seiner geostrategischen Lage als Transitland am Suezkanal zu vergleichsweise günstigen Konditionen aufnehmen konnte. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zählte Ägypten in den 1980er Jahren zu einem der höchstverschuldeten Länder weltweit.

Gegen Ende der 1980er Jahre geriet das Land aufgrund von Einnahmeausfällen durch den sinkenden Weltmarktpreis für Rohöl, eines drastischen Rückgangs der Rücküberweisungen ägyptischer Gastarbeiter in den Golfstaaten und der immensen Schuldenlast in Zahlungsschwierigkeiten. Nach mehrjährigen Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und den Gläubigerländern erklärte sich die ägyptische Staatsführung unter Husni Mubarak 1991 schließlich bereit, ein wirtschaftliches Strukturanpassungsprogramm aufzulegen: Als Gegenleistung für weitere internationale Finanzhilfen und einen umfangreichen Schuldenerlass sollte das staatlich dominierte Wirtschaftssystem schrittweise in eine international wettbewerbsfähige Marktwirtschaft überführt werden.

Einseitige Reformen

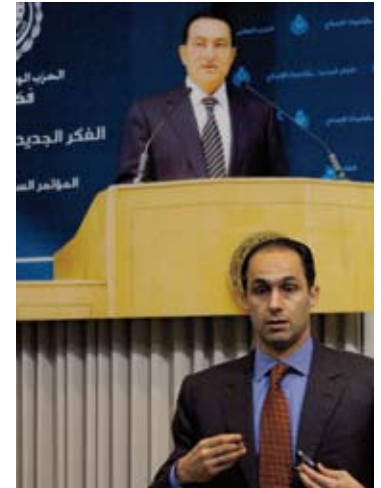
Die Umsetzung der vereinbarten wirtschaftlichen Reformmaßnahmen blieb jedoch weit hinter den Ankündigungen zurück. Dies betraf besonders die Privatisierung staatlicher Unternehmen. Das „Reformtheater“ reichte somit zwar aus, um sich internationale Finanzhilfen zu sichern, nicht jedoch, um einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen, geschweige denn die soziale Situation der breiten Bevölkerung zu verbessern. Während in den 1990er Jahren Wirtschaftsreformen hinausgezögert oder nur mangelhaft ausgeführt wurden, unterblieb die Reform des politischen Systems gänzlich. Zu groß war die Angst des Regimes vor einem Machtverlust vor allem zugunsten gewaltbereiter Islamisten, denen es immer wieder gelang, Stadtteile und sogar ganze Städte unter ihre Kontrolle zu bringen. Im Rahmen des seit 1981 bestehenden Ausnahmezustands, der nach der Ermordung von Staatspräsident Anwar as-Sadat durch islamistische Extremisten ausgerufen worden war, ging der Staat mit aller Macht gegen jede Form politischer Opposition vor. Besonders hart fiel die Repression gegenüber Gruppierungen des Politischen Islam aus. Die Staatsführung unterschied dabei nicht zwischen moderaten Kräften wie der Muslimbruderschaft und extremistischen Gruppen wie der *Gama'a al-Islamiya* und dem islamischen Dschihad, die in den 1990er Jahren mit Anschlägen auf westliche Touristen auf sich aufmerksam machten. Neben dem Einsatz polizeistaatlicher Methoden versuchte die Regierung auch, sich selbst als Verteidigerin islamischer Werte zu positionieren (Propagierung eines Staatsislam), was jedoch der Popularität der Muslimbruderschaft kaum abträglich war. Die extremistischen Gruppierungen konnten letztlich mit allen Mitteln eines Militär- und Sicherheitsapparats zurückgedrängt werden; einige von ihnen erklärten sich seit 1997 zum Gewaltverzicht bereit.

Durch die zögerliche Reformpolitik der ägyptischen Regierung blieb das Land weiterhin anfällig für wirtschaftliche Krisen. Ende der 1990er Jahre führten die Asienkrise, der sinkende Weltmarktpreis für Rohöl und ein Einbruch im Tourismusgeschäft aufgrund neuer Anschläge auf Touristen abermals zu fiskalischen Schwierigkeiten. Doch nicht nur in Bezug auf die Wirtschaftsreformen war die ägyptische Staatsführung einem großen Handlungsdruck ausgesetzt. In Folge der Terroranschläge des 11. Septembers 2001 auf New York und Washington D.C. betrachteten die USA und Europa das Demokratiedefizit in der

arabischen Welt zunehmend als Entwicklungshemmnis und Nährboden für Terrorismus. Die Forderung zahlreicher internationaler Initiativen nach einer Öffnung der repressiven politischen Systeme in den arabischen Ländern inspirierte auch zivilgesellschaftliche Akteure in Ägypten, die immer offensiver ihr Recht auf politische Teilhabe einforderten.

2004 reagierte Husni Mubarak auf die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen mit der Wiederaufnahme der Wirtschaftsreformen und insbesondere des zum Erliegen gekommenen Privatisierungsprozesses: Zwischen 2004 und 2008 wurde mehr als das Doppelte an Privatisierungserlösen erzielt wie in den zwölf Jahren zuvor. Durch eine teilweise Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnten umfangreiche ausländische Investitionen ins Land geholt und die wirtschaftlichen Wachstumsraten beträchtlich gesteigert werden. Die Lebenssituation der meisten Ägypter verbesserte sich hierdurch jedoch nicht – im Gegenteil: Laut Angaben der Weltbank mussten 2004 weit über 40 Prozent der Bevölkerung mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen. Aufgrund starker Preissteigerungen vor allem für Grundnahrungsmittel reichte das Haushaltseinkommen vieler Familien auch in den Folgejahren kaum zum Leben aus, was Anfang 2008 zu schweren sozialen Unruhen sowie Streik- und Protestbewegungen führte. Zudem mehrten sich gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und koptischen Christen, zu denen rund zehn Prozent der Bevölkerung zählen. Es gab jedoch auch Gewinner der wirtschaftlichen Liberalisierung: Bereits in den 1990er Jahren hatten politisch gut vernetzte Unternehmerfamilien riesige Unternehmenskonglomerate errichtet, die zum Teil marktbeherrschende Stellungen erreichten.

Der neue Anlauf bei den Wirtschaftsreformen wurde nicht von einer politischen Liberalisierung begleitet. Zwar gab die Staatsführung dem innenpolitischen und internationalen Reformdruck anfänglich nach, und es kam 2005 erstmals zu Präsidentschaftswahlen mit mehreren Bewerbern (zuvor wurden lediglich Referenden abgehalten, bei denen nur über den Kandidaten der Regierungspartei abgestimmt werden konnte), zahlreiche Unregelmäßigkeiten vor und während der Wahlgänge ließen jedoch daran zweifeln, dass der Wahlerfolg von Amtsinhaber Husni Mubarak ein Abbild des ägyptischen Wählerwillens darstellte. Dies gilt auch für die Ergebnisse der ebenfalls 2005 abgehaltenen Parlamentswahlen, bei denen die mit unabhängigen Kandidaten angetretenen Muslimbrüder trotz massiver Behinderung einen Achtungserfolg erzielen konnten.



Nasser Nuri / REUTERS

Husni Mubarak (h.) hat seinem Sohn Gamal wichtige Funktionen in der Regierungspartei übertragen.

Im Anschluss an das Wahljahr 2005 spitzte sich die Auseinandersetzung zwischen dem Mubarak-Regime und der Muslimbruderschaft zu, und es kam wieder zu Verhaftungen und Gerichtsprozessen gegen Mitglieder der Gruppierung. Im Ausland erlangte indes vor allem eine andere Oppositionsbewegung große Aufmerksamkeit: die außerparlamentarische Oppositionsbewegung *Kifaya* (arabisch: „Genug!“), in der sich Vertreter nahezu aller politischen Richtungen und Ideologien zusammenschlossen. Nach öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen im Jahr 2005 nahm jedoch die öffentliche Präsenz von *Kifaya* in Folge innerer Richtungsstreitigkeiten ab.

„Dynastische Republik“?

Sowohl die Ausgestaltung der Wirtschaftsreformen als auch die innenpolitische Entwicklung Ägyptens seit der Jahrtausendwende waren eng verbunden mit dem politischen Aufstieg des zweitältesten Sohnes Husni Mubaraks, Gamal Mubarak. Dieser hatte seit der Jahrtausendwende seinen Einfluss innerhalb der regierenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) massiv ausgebaut. Nach einem schlechten Ergebnis der Partei bei den Parlamentswahlen im Jahr 2000 wurde Gamal Mubarak von seinem

Die Muslimbruderschaft

Stephan Roll / Thomas Demmelhuber

Im Jahre 1928 von Hassan al-Banna gegründet, 1954 nach einer losen Allianz mit den „freien Offizieren“ verboten, gelang es der Muslimbruderschaft trotzdem, sich als religiös-politische Massenbewegung in Ägypten zu etablieren. Die Bruderschaft entwickelte sich so zur am besten organisierten und in der Bevölkerung überaus populären Oppositionskraft. Offiziell weiterhin verboten, wird die Muslimbruderschaft in einem vom Regime definierten Rahmen geduldet. Sie hat seit vielen Jahrzehnten der

Gewalt abgeschworen und lehnt es im Gegensatz zu extremistischen Gruppierungen ab, ihre politischen Ziele durch bewaffneten Kampf zu erreichen. Von großer Bedeutung war der politstrategische Wandel der Bruderschaft zu Beginn der 1980er Jahre: Sie erkannte die vom Regime festgesetzten Spielregeln politischer Partizipation weitgehend an und versuchte seitdem, ihre Forderungen nach demokratischer Öffnung dadurch durchzusetzen, dass sie am politischen Prozess teilnahm. Bei den Parla-

mentswahlen von 2005 zogen die Muslimbrüder mit über 88 formell unabhängigen Mandatsträgern als stärkste Opposition (knapp 20 Prozent der Sitze) ins Parlament ein. Insbesondere in Bezug auf religiöse und moralische Fragen versuchte die Bruderschaft daraufhin, der staatlich kontrollierten al-Azhar-Universität, der wichtigsten theologischen Bildungsstätte des sunnitischen Islam, die Deutungshoheit abzunehmen und sich als Kontrollinstanz der Regierung zu profilieren.

Vater zum Vorsitzenden des neu geschaffenen „Politischen Sekretariats“ der Partei ernannt, das er zu seinem Machtzentrum ausbaute. Mit Hilfe dieses Gremiums steuerte er die personelle und programmatische Erneuerung der Partei und nahm Einfluss auf die Ausgestaltung der Regierungspolitik. Anders als sein Vater und dessen Vorgänger im Präsidentenamts gründete sich die politische Karriere Gamal Mubaraks nicht auf Verbindungen zum Militär. Vielmehr zählten mit Großunternehmern und Wirtschaftstechnokraten die Gewinner des wirtschaftlichen Reformprozesses zu seinen Unterstützern. Vertreter der Wirtschaftselite konnten so immer direkter Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, sei es als Minister, Parlamentsabgeordnete oder hohe Funktionäre der Regierungspartei, und wurden zum bestimmenden Element der Herrschaftselite. Der wirtschaftliche Reformprozess diente somit in erster Linie der Herrschaftssicherung und nicht der nachhaltigen sozioökonomischen Entwicklung oder politischen Öffnung.

Regionaler Bedeutungsverlust

Neben die innenpolitische Umbruchsituation, in der sich Ägypten in den 1990er Jahren befand, trat ein regionaler Bedeutungsverlust. Seit der Neuorientierung des internationalen Staatensystems im 20. Jahrhundert hatte sich Ägypten als bevölkerungsreichstes Land in der arabischen Welt (2008 knapp 80 Millionen Einwohner) immer als kultureller Leitakteur der Region wahrgenommen. Dieser Führungsanspruch wurde jedoch durch den zunehmenden Einfluss Saudi-Arabiens eingeschränkt. Das betraf insbesondere die Vermittlerrolle im Nahostkonflikt zwischen Israel und den Palästinensern, aber auch Ägyptens Stellung in der Arabischen Liga. Geoökonomische und geostrategische Verschiebungen seit dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein im Irak (2003) und der damit einhergehende Aufstieg des Iran verstärkten die Bedeutung der Länder auf der arabischen Halbinsel im Kontext der internationalen Politik.

Algerien

Jakob Horst / Isabelle Werenfels

Die Weichen für das algerische Regierungssystem wurden schon bei der Staatsgründung 1962 gestellt. Nach dem Krieg gegen die Kolonialmacht Frankreich (1954 bis 1962) setzte sich bei den Machtkämpfen zwischen den verschiedenen Clans innerhalb der Nationalen Befreiungsbewegung (FLN) der militärische Flügel durch. Damit konnte eine kleine Clique von Generälen hinter den Kulissen Macht ausüben, das Militär wurde lange Zeit zur einzig relevanten politischen Kraft.

Politische und soziale Spannungen

Dass sich das algerische Regime Ende der 1980er Jahre zu einer politischen und wirtschaftlichen Öffnung gezwungen sah, lag an massiven Jugendrevolten, die im Oktober 1988 das ganze Land erfassten. Die tieferen Gründe dieser Unruhen lagen in einer weitgehend gescheiterten Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik, die in den Augen der rebellieren-

den Bevölkerung vor allem der Bereicherung einer korrupten militärisch-bürokratischen Elite gedient hatte. Die algerische Wirtschaft war Ende der 1980er Jahre in einem desolaten Zustand. Ein ehrgeiziges nationales Industrialisierungsprojekt hatte in den 1970er Jahren kurzfristig einen wirtschaftlichen Boom und einen bemerkenswerten Modernisierungsschub, nicht aber produktive Industrien und langfristige Wachstumsperspektiven bewirkt.

Mit dem Kollaps des Ölpreises 1986 verschärfte sich die soziale und ökonomische Situation dramatisch. Neben der Teuerung und der Jugendarbeitslosigkeit (1988 über 30 Prozent) entwickelte sich die Wohnungsnot in den Städten zu einem der dringlichsten Probleme. Nicht zuletzt die wirtschaftliche Not trieb der in den 1980er Jahren erstarkenden islamistischen Bewegung eine wachsende Zahl von Algeriern in die Arme. Islamistische Vereinigungen bauten ein Netz sozialer Dienste auf und füllten damit Lücken, die aufgrund leerer Kassen und Misswirtschaft des Staates entstanden waren.

Die FIS gewann ab Ende der 1980er Jahre viele Anhänger. Versammlung in Bab el-Oued, einem Stadtteil Algiers 1992



Abdelhak Senna / AFP/Getty Images

Nach der politischen Öffnung 1989, bei der eine neue Verfassung verabschiedet wurde, die auch die Gründung unabhängiger politischer Parteien zuließ, entwickelte sich die *Front Islamique du Salut* (Islamische Heilsfront, FIS) zur einflussreichsten gesellschaftlichen Kraft und stärksten Stimme der Opposition. Die FIS muss als klassische Protestpartei verstanden werden. Zu ihren Anhängern zählten nicht nur stark religiöse Algerier, sondern auch Kleinunternehmer und wenig religiöse jugendliche Arbeitslose, die sich in erster Linie einen radikalen Bruch mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Regimes wünschten. Die FIS propagierte eine freie Marktwirtschaft und eine islamische Gesetzgebung.

Nachdem sie 1990 die ersten demokratischen Kommunalwahlen gewonnen hatte, setzte sich der Siegeszug der FIS im Dezember 1991 im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen fort. Zum zweiten Wahlgang kam es nicht. Am 11. Januar 1992 endete das demokratische Experiment in Algerien abrupt, als Präsident Chadli Bendjedid auf Druck der Armee das Parlament auflöste und zurücktrat. Mit der Begründung, ein FIS-Wahlsieg hätte von der Demokratie zur Theokratie geführt, verübte eine Junta der einflussreichsten Generäle einen unblutigen Staatsstreich und etablierte einen in der Verfassung nicht vorgesehenen „Hohen Staatsrat“, den sie selbst besetzten. An die Spitze des Rates beriefen sie als Legitimationsfigur Mohamed Boudiaf, einen im Exil lebenden historischen Führer des FLN-Unabhängigkeitskampfes.

Dekade des Bürgerkriegs

Spätestens mit der Ermordung Boudiafs im Juni 1992 begannen die Jahre der blutigen Konflikte, welche zunehmend die Dimension eines Bürgerkriegs annahm und nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen mindestens 150 000 Opfer forderten. Nach dem Abbruch der Wahlen und dem Verbot der FIS im März 1992 hatten sich viele der enttäuschten jugendlichen FIS-Anhänger radikalisiert und bewaffneten islamistischen Untergrundbewegungen angeschlossen, etwa der *Armée Islamique du Salut* (Islamische Heilsarmee, AIS), dem militärischen Flügel der FIS, oder der *Groupe Islamique Armé* (Bewaffnete Islamische Gruppe, GIA).

Die Politik des algerischen Regimes nach dem Putsch war von einer politischen und einer militärischen Strategie geprägt. Letztere widerspiegelte sich in der Parole „die Terroristen zu terrorisieren“, was bedeutete, sie physisch auszulöschen. Gleichzeitig

Abdelaziz Bouteflika hat wichtige Positionen im Militär mit Vertrauten besetzt.



Fayez Nureldine / AFP / Getty Images

begannen die Generäle, gemäßigte islamistische Parteien in den politischen Prozess einzubinden. Mit den Wahlen zum Parlament 1997 und zum Präsidentschaftsamt 1995 und 1999 versuchte das Regime zumindest formell zu einer konstitutionellen Rechtmäßigkeit zurückzukehren. Manipulationen blieben allerdings an der Tagesordnung. Bei den Präsidentschaftswahlen 1999 zogen die sechs Mitbewerber um das Präsidentenamt am Vorabend der Abstimmung ihre Kandidatur unter Protest zurück und warfen dem Militär massive Wahlfälschung zugunsten des Kandidaten Abdelaziz Bouteflika vor.

Fortdauerndes Machtmonopol

Kurz nach seinem Wahlsieg im Sommer 1999 brachte Bouteflika einen Gesetzesvorschlag zur nationalen Versöhnung auf den Weg. Der so genannte *Concorde Civile* sah Straffreiheit für bewaffnete Islamisten vor, die ihre Waffen abgaben. Diese Amnestiepolitik wurde mit der „Charta für den Frieden und die nationale Versöhnung“ im Herbst 2005 fortgesetzt. Zwar wurde die Charta offiziell mit über 90 Prozent der Stimmen angenommen, doch im Zuge der gesetzlichen Umsetzung kam es zu Protesten. Umstritten war nicht nur die begrenzte Straffreiheit für die Mitglieder der bewaffneten islamistischen Gruppen, sondern auch der Schutz vor Strafverfolgung für Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte. Dies führte zu dem Vorwurf, die Charta sei lediglich ein Instrument, um die in den 1990er Jahren in die Konfrontation mit den Islamisten involvierten Generäle juristisch zu schützen. Eine wirkliche Aufarbeitung der Ereignisse in den 1990er Jahren steht weiter aus. Allerdings ist es Bouteflika nicht zuletzt mit diesen Initiativen gelungen, Algerien aus der internationalen Isolation herauszuführen und das Regime wieder salonfähig zu machen.

Auch wenn die Gewalt in Algerien seit Anfang des neuen Jahrtausends zurückgegangen ist und die noch aktiven Kämpfer inzwischen auf weniger als 1000 geschätzt werden (in der Hochphase des Konfliktes 1994 ging man von 27 000 Bewaffneten aus), so bleiben die gesellschaftlichen Spannungen und die strukturellen politischen und wirtschaftlichen Probleme bestehen. Diese gehen weit über die Frage des Umgangs mit den Islamisten hinaus.

Das zentrale Problem der Konzentration politischer Macht in den Händen weniger bleibt weiterhin ungelöst. Zwar ist seit

Immer wieder entlädt sich der Unmut über mangelnde politische und wirtschaftliche Beteiligung in gewalttätigen Protesten – Oran 2008



STF New / REUTERS

1999 eine Machtverschiebung vom Militär hin zum Präsidenten zu beobachten – vor allem, weil Präsident Bouteflika seit seiner Wiederwahl 2004 Schlüsselpositionen innerhalb der Armee mit ihm gegenüber loyalen Personen besetzen konnte. Doch am autoritären Charakter des Regierungsstils ändert dies wenig. Der 1992 ausgerufene Notstand ist nach wie vor in Kraft. Der Geheimdienst bleibt politisch einflussreich, und ehemalige Revolutionäre haben noch immer die wichtigsten Positionen im System inne – der Generationenwechsel im Machtzentrum lässt auch in der Ära Bouteflika auf sich warten. 2008 ließ der Präsident sogar die Verfassung ändern, um sich im April 2009 zum dritten Mal ins Amt wählen lassen zu können.

Zwar existiert ein im arabischen Vergleich beachtliches Maß an Meinungsfreiheit, doch unterliegen Medien und oppositionelle Akteure permanenten Manipulationsbestrebungen und Repressalien durch das Regime. Die Fragmentierung der algerischen Gesellschaft (ethnisch, sprachlich, regional) bietet der Spaltungspolitik des Regimes überdies einen fruchtbaren Boden, so dass sich seit dem Verbot der FIS-Partei keine lagerübergreifende Oppositionsbewegung mehr formieren konnte. Die meisten Parteien sind ohnehin schwach und leiden an internen Demokratiedefiziten. Die mangelnde Legitimation der politischen Institutionen äußert sich nicht zuletzt in einer kontinuierlich sinkenden Beteiligung an Parlamentswahlen (2007 lag sie bei knapp 35 Prozent).

Ökonomisch-soziale Dauerkrise

Auch die zentralen sozialen und ökonomischen Probleme Algeriens bleiben trotz veränderter Rahmenbedingungen weiter bestehen. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit 2000 zwar offiziell auf unter 15 Prozent gefallen; inoffizielle Schätzungen gehen indes von einer Jugendarbeitslosigkeit von über 30 Prozent aus. Die daraus resultierende Perspektivlosigkeit weiter Teile der jungen Bevölkerung führt zu sozialen Spannungen, die sich immer wieder in gewalttätigen Ausschreitungen entladen, und verstärkt den Wunsch junger Algerier, nach Europa zu emigrieren.

Das algerische Regime ist bisher nicht in der Lage, die durch die steigenden Energiepreise gewonnene finanzielle Autonomie für eine Restrukturierung und Diversifizierung der Binnenwirtschaft zu nutzen. 2006 stammten noch immer 77 Prozent der gesamten Staatseinnahmen aus dem Erdöl- und Erdgassektor. Die Regierung tätigt zwar massive Investitionen im Infrastrukturbereich, doch strukturelle Reformen wie etwa die Privatisierung des Bankensektors kommen nur schleppend voran. Der staatliche Ressourcenreichtum verleitet dazu, gemäß dem Gießkannenprinzip lediglich die Symptome der strukturellen Defizite zu bekämpfen. Darüber hinaus befördern die Renten aus dem Energiesektor eine Verteilungslogik, bei der die politischen Machthaber Unterstützung mit finanziellen Geschenken erkaufen.

Neben den wirtschaftlichen Problemen bleibt auch die Identitätsfrage ungelöst. Nach der Unabhängigkeit reduzierte die

Rai: Symbol für ein „anderes“ Algerien

Thomas Burkhalter

Rai (arabisch: „Meinung“) hatte es in Algerien von Anfang an schwer. In Algerien und (Ost-)Marokko entstanden, verbindet diese Musikrichtung traditionellen arabischen Gesang mit westlichen Instrumenten sowie arabische und afrikanische Rhythmen mit Reggae, Flamenco, Pop, Disco und Hip-Hop. Bereits ihr Vorgängerstil Wahrani galt in den 1950er und 1960er Jahren als vom Kolonialismus pervertierte Folklore und wurde mit Sittenzerfall und Verwestlichung gleichgesetzt. Mit den Sängerinnen („Sheikhas“), die an zwielichtigen Orten in Oran, einem

In seinem Heimatort Taourirt Moussa erinnert ein Wandgemälde an den ermordeten Berber-Sänger Matoub Lounès.



The NewYorkTimes / Redux / laif

Zentrum des Rai, auch für Angehörige der französischen und spanischen Armee „Folklore Oranaise“ sangen, wollte das offizielle Algerien gerade während des Kolonialkriegs nichts zu tun haben. Sie galten als Objekte geheimer Freuden, die tanzten, tranken und sexuellen Affären nicht abgeneigt waren.

Nach der Unabhängigkeit 1962 war es vor allem Präsident Houari Boumedienne, der sich prägend in die Musikszene einschaltete. Er machte sich für eine „anständige“ Musik stark, die die nationale Einheit und Einigkeit betonen sollte, und fand sie in der andalusischen Kunstmusik. Die Rai-Musiker dagegen, die Sittenkodexe missachteten und in oranischem Akzent Liebesaffären besangen, missfielen Boumedienne und den marxistischen Theoretikern seines Regimes. Rai wurde mit Auftrittsverboten belegt und durfte in Fernsehen, Radio und in den Printmedien nicht in Erscheinung treten. Die Erfolge des Rai bei der Jugend und die Doppeldeutigkeiten der Rai-Texte bereiteten den Machthabern Sorgen.

Diese Situation änderte sich unter Chadli Bendjedid (1979 bis 1991), dem Nachfolger Boumediennes. Bendjedid vermochte den wirtschaftlichen Niedergang

des Landes nicht aufzuhalten, wandte sich allmählich vom Sozialismus ab und öffnete Algerien wieder gegenüber den Industriestaaten. Im Westen hatte der Rai bereits Interesse geweckt, und so sah Bendjedid darin eine Chance, für das eigene Land zu werben. 1985 fand in Oran das erste offizielle Rai-Festival statt.

Rai blieb indes eine Musik, die sich politisch nicht einbinden liess; die politische Führung blieb ihm gegenüber misstrauisch. 1988 wurden Rai-Musiker daher auch beschuldigt, mit ihren Liedern zur grossen Jugendrevolte angestachelt zu haben. Die meisten Sänger wiesen dies von sich; Cheb Sahraoui betonte, dass es keinen Zusammenhang zwischen Rai und der Oktoberrebellion gab, auch wenn Khaleds „Harba Ouine“ (Flucht, aber wohin) zur Hymne der aufgebrauchten Jugend geworden war. Ab den 1990er Jahren standen sämtliche Sängerinnen und Sänger des Rai auf der „schwarzen Liste“ der islamistischen FIS-Partei. Cheb Hasni (1994), der Produzent Rachid Baba-Ahmed (1995) und der Berber-Sänger Matoub Lounès (1998) wurden ermordet, wobei unklar blieb, von wem. Viele Sänger zogen ins Ausland, der Rai wurde zur Weltmusik.

nationalistische Rhetorik die algerische Identität auf Arabertum und Islam und ignorierte die ethnische, kulturelle und sprachliche Eigenheit der Berber, die etwa 30 Prozent einer Gesamtbevölkerung von knapp 35 Millionen (Stand: 2008), ausmachen. Zwar wurde die Berbersprache Tamazight 2005 offiziell als nationale Sprache neben Arabisch anerkannt, doch der eigentliche Ursprung der Proteste, die Verwehrung von Pluralismus und politischer Partizipation, besteht weiter.

Viele junge Algerier sind zudem hin und her gerissen zwischen den Reizen der westlich-liberalen Konsumgesellschaften und islamisch-konservativen Vorstellungen, die oft als einzig möglicher Gegenentwurf zur erlebten Realität von

Korruption und Klientelismus erscheinen. Frustriert durch ihren Ausschluss aus dem wirtschaftlichen und politischen Leben steigt nicht zuletzt ihre Bereitschaft, sich bewaffneten islamistischen Gruppen anzuschließen. Seit Anfang 2007 hat die Zahl der Anschläge – vor allem durch die „Islamistische Gruppe für Predigt und Kampf“ (GSPC), die sich 2007 in „Al-Qaida im Islamischen Maghreb“ umbenannte – in Algerien abermals zugenommen, und die Zahl der zivilen und militärischen Opfer terroristischer Gewalt ist erstmals wieder angestiegen. Durch diese Entwicklung ist die sich seit der Jahrtausendwende abzeichnende Befriedung des Landes erneut in Frage gestellt.

Libyen

Almut Besold

Als das Königreich Libyen 1951 unabhängig wurde, war es weltweit eines der ärmsten Länder. Bereits 1959 begann unter dem ersten und einzigen König Idris as-Sanussi die Erdölförderung im großen Maßstab und ließ das Staatseinkommen rasch ansteigen. Bis heute macht der Verkauf von Erdöl und -gas nahezu den gesamten Exporterlös (2006: 96 Prozent) aus.

Bekannt ist Libyen jedoch nicht nur für sein Erdöl, sondern auch für sein einzigartiges politisches System, das sich seit 1969 schrittweise herausbildete. Obwohl die Erdöleinnahmen Libyens in den 1960er Jahren sehr rasch wuchsen, war es dem König nicht gelungen, die ärmlichen Lebensumstände der breiten Bevölkerung zu verbessern. Inspiriert von den sozialistischen Schlagwörtern des ägyptischen Präsidenten Nasser kam es infolgedessen am 1. September 1969 zu einem Putsch durch eine Gruppe libyscher Offiziere. Ihr Anführer Muammar (al-)Gaddafi lenkt seitdem die Geschicke des Landes in Einklang mit der von ihm entwickelten so genannten „Dritten Universaltheorie“, die sich als Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus versteht. Als praktische Handlungsanweisung dazu gilt das „Grüne Buch“, in dem Gaddafis Vorstellungen zu Staat, Wirtschaft und Gesellschaft formuliert sind. Sie sind bis heute relevant und spiegeln sich im offiziellen Staatsnamen „Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija“ („Volksherrschaft“) wider.

„Basisdemokratisches“ System

Die libysche „Volksherrschaft“ ist basisdemokratisch organisiert. Etwa 2700 mit einem imperativen Mandat versehene Vertreter von 15 000 örtlichen Volkskonferenzen, Volkskomitees und Berufsorganisationen treten im nationalen Gremium des Allgemeinen Volkskongresses (entspricht einem Parlament) jährlich in der Verwaltungshauptstadt Surt zusammen. Sie führen die lokalen Beschlüsse in Gesetze über und bestellen das nationale Volkskomitee (Regierung), dessen Mitglieder Ministerfunktionen haben und deren Generalsekretär einem Regierungschef vergleichbar ist. Die Aufgaben des Staatspräsidenten nimmt der Generalsekretär des Allgemeinen Volkskongresses wahr.

Parallel zu diesem Herrschaftsbereich mit seinem gesetzlich geregelten Verwaltungs- und Verfahrensgang entstand zwischen 1977 und 1980 ein Revolutionssektor bestehend aus Revolutionsführung und -komitees. Diese keiner Institution politisch verantwortlichen Revolutionskomitees üben seitdem eine

Kontrollfunktion im Sinne der Revolutionsführung aus. In der Praxis steht der Revolutionsführer über dem Staatspräsidenten und trifft die grundlegenden strategischen und politischen Entscheidungen. Nach westlichem Verständnis ist Libyen damit ein Staat, dessen Bürger der Willkür der politischen Führung ausgeliefert sind.

Funktion der Stämme

Von großer informeller Bedeutung im politischen System Libyens sind die Stämme. Obwohl die Stammesstruktur kaum mit staatsrechtlichen Vorstellungen zu vereinbaren ist, beherrschen die Rivalitäten zwischen einflussreichen Stämmen bis heute den Alltag. Der Bedeutungszuwachs der Stämme ergab sich insbesondere in den 1970er Jahren auf zweierlei Weise. 1973 begann der Staat, systematisch Bürokraten, religiöse Würdenträger, Händler und Unternehmer vom politischen Prozess auszuschließen. Diese dadurch stigmatisierten Gruppen besannen sich ihres Stammes, um über gesellschaftlichen Rückhalt verfügen zu können. 1977 wurde der von Gaddafi geleitete, nicht an politische Strukturen gebundene Revolutionssektor eingerichtet. Der fehlende demokratische Rückhalt veranlasste ihn, sich auf die Mitglieder seines Gadadfa-Stammes, auf den südlibyschen Magarha-Stamm und die mit ihm verbündeten Stämme der Warfalla und Aulad Ali zu stützen. Das sinkende Staatseinkommen in den 1980er und beginnenden 1990er Jahren zeigte, dass die Unterstützung der Stämme maßgeblich auf den staatlichen Finanzaufwendungen beruhte. Ihr Rückgang ließ Stammesunruhen befürchten. Eine gescheiterte Stammesrevolte im Oktober 1993 führte später zur Einführung von Kollektivstrafen für Großfamilien und Stämme.

Innenpolitische Konfliktfelder

Innenpolitisch dominieren drei Problemfelder: die Perspektivlosigkeit der Jugend, das Konfliktpotenzial durch ausländische Arbeitskräfte und Migranten sowie die islamistische Opposition. In Libyen sind 30 Prozent der Bevölkerung jünger als 15 Jahre und nur vier Prozent älter als 65 Jahre (2006). Da die Bevölkerung jährlich um zwei Prozent wächst, nimmt auch die hohe Arbeitslosenquote von geschätzten 30 Prozent kontinuierlich zu. Ziel der



picture-alliance / dpa

Libyens Exporte bestehen zu über 90 Prozent aus Erdöl und Erdgas. Verteilernetz im Ölfeld As Sarah



Nasser Nasser / AP

Vorsichtige Annäherung: Die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice zu Besuch in Tripolis im September 2008

Staatsführung ist es, insbesondere der Jugend eine Perspektive zu geben, aber auch das aufgrund traditionell hoher Hochzeitskosten gestiegene Heiratsalter zu senken. Trotz der hohen Arbeitslosenrate sind viele Libyer nicht bereit, in den Bereichen Bau, Landwirtschaft und Abfallbeseitigung zu arbeiten. Stattdessen werden diese Arbeiten von den bis zu zwei Millionen vornehmlich aus Schwarzafrika oder den arabischen Nachbarländern – oft illegal – eingeströmten Migranten ausgeführt. Viele von ihnen sehen Libyen als Sprungbrett nach Europa an und nehmen dafür ein menschenunwürdiges Dasein in Kauf. Sie führen meist ein Leben zwischen Legalität und Illegalität, sind stark den Launen der libyschen Staatsführung unterworfen und bei der Bevölkerung nicht angesehen. Diese missgönnt ihnen nicht nur ihre Beschäftigung, sondern macht sie für das Ansteigen von Kriminalität und Prostitution verantwortlich. Im Jahr 2000 kam es zu Ausschreitungen gegen Migranten, die 130 Opfer gefordert haben sollen.

Eine weitere Herausforderung ist die islamistische Opposition, auch wenn diese sich nicht legal organisieren darf. Sie bildete sich bald nach der Machtübernahme Gaddafis, da die meisten Islamgelehrten an seiner eigenwilligen Koraninterpretation Anstoß nahmen. In den 1980er Jahren begannen Islamisten mit dem bewaffneten Kampf gegen staatliche Einrichtungen, der sich in den 1990er Jahren verstärkte und von Seiten des staatlichen Sicherheitsapparates entschieden und erfolgreich eingedämmt wurde. 2006 wurden mindestens 50 Muslimbrüder aus langjähriger Haft entlassen, da sie (erzwungen?) zugesichert hatten, zukünftig auf Gewalt zu verzichten. Statt die Islamisten vornehmlich zu unterdrücken, wie zuvor, sucht das Regime sie nun eher in die Randständigkeit abzudrängen.

Die genannten Probleme bewirkten in den letzten Jahrzehnten immer wieder innenpolitische Veränderungen. So öffnet sich Libyen seit 2003 bewusst – wengleich auch zaghaft – den kapitalistischen Marktregeln. Ende März 2007 wurde in Bengasi die erste Börse Libyens eröffnet. Im selben Jahr kam es zur Privatisierung einer staatlichen Bank, und 65 Prozent staatlicher Anteile an dem libyschen Erdölkonzern Tamoil wurden für 2,6 Milliarden US-Dollar an einen US-amerikanischen Investmentfonds verkauft. Bis zu 360 Staatsunternehmen sollen privatisiert werden. Da auf offizielle Ankündigungen häufig keine entsprechenden konkreten Schritte folgen, bleibt die Umsetzung allerdings abzuwarten.

Außenpolitische Kehrtwende

Auch Gaddafis außenpolitische Schritte seit Ende der 1990er Jahre lassen sich maßgeblich mit dem Bestreben der Machtsi-

cherung erklären. 1978 verhängten die USA erste Sanktionen gegen Libyen, da sie die libysche Unterstützung internationaler Freiheitsbewegungen verschiedenster Zielrichtungen als Unterstützung von Terrorismus werteten. Darüber hinaus beschuldigten die USA Libyen wiederholt, chemische Waffen zu produzieren (Errichtung einer Giftgasfabrik im libyschen Rabta 1989) und einen Anschlag auf US-amerikanische Soldaten (in der Berliner Diskothek „La Belle“ 1986) verursacht zu haben. Auch die Vereinten Nationen verhängten 1992/93 Sanktionen mit dem Ziel, die bei Libyen vermutete Urheberchaft mehrerer Attentate (1988 Bombenanschlag auf ein US-Verkehrsflugzeug über der schottischen Ortschaft Lockerbie, 1989 auf ein Flugzeug der französischen Gesellschaft UTA über Niger) zu ermitteln. Von Libyen wurde verlangt, die mutmaßlichen Attentäter auszuliefern. 1999 lenkte Tripolis ein. Die Sanktionen wurden ausgesetzt und schließlich 2003 aufgehoben, nachdem Libyen Entschädigung geleistet hatte.

Das Verhältnis zu den USA verbesserte sich insbesondere durch die libysche Verzichtserklärung auf Massenvernichtungswaffen und den Beitritt Libyens zum Chemiewaffenübereinkommen (2003/2004). Die USA strichen das Land 2006 von ihrer Liste der den Terrorismus unterstützenden Staaten und nahmen die diplomatischen Beziehungen wieder auf. Letztlich begegnete Gaddafi zum Zweck der langfristigen Machtsicherung mit der außenpolitischen Öffnung internen Risikofaktoren wie dem gewachsenen Einfluss von Teilen der Armee, divergierenden Stammesinteressen, dem Problem mit den militanten Islamisten sowie zeitweilig stark gesunkenen Erdöleinnahmen. Im Erdöl- und Erdgassektor sind umfangreiche ausländische Investitionen unumgänglich, um die Förderungsanlagen zu modernisieren und die mit 41 Milliarden Barrel größten Erdölreserven Afrikas weiterhin ausbeuten zu können. Geplant ist eine Produktionserhöhung von 1,7 Millionen Barrel pro Tag auf drei Millionen Barrel pro Tag bis 2012. Im Einklang damit stehen Pläne, mit Hilfe der USA und Frankreichs ein ziviles Atomprogramm zu entwickeln, um dem steigenden eigenen Energiebedarf gerecht werden und sich auf den Export von Erdöl und -gas konzentrieren zu können.

Libyen ist stark bemüht, sich – bis zu einem gewissen Maße – in die Weltgemeinschaft zu integrieren. Der Westen begrüßt diese Annäherung an die internationale Gemeinschaft. Allerdings bleibt dabei unberücksichtigt, dass sich das politische System Libyens nicht grundlegend geändert hat. Das wird auch daran deutlich, dass zwei, mitunter drei seiner sieben Söhne als potenzielle Nachfolger Gaddafis in Betracht gezogen werden: Unabhängig davon, welcher der Söhne – wenn überhaupt – den Vater politisch beerben wird, bleibt die Regimestabilität oberstes Ziel.

Marokko

Sonja Hegasy

Das marokkanische Königshaus ist die letzte muslimische Dynastie, die ihren weltlichen Herrschaftsanspruch auch auf die Funktion des „Führers der Gläubigen“ stützt. Zwar gibt es vereinzelt wieder Bewegungen, die ihre Führungsfiguren durch diesen Titel zu legitimieren versuchen (wie die Taliban), aber eine traditions- und gleichzeitig gegenwartsverbundene Anwendung dieses Prinzips kann nur noch die marokkanische Monarchie für sich in Anspruch nehmen. Auch die Abstammung des Königs vom Propheten Mohammed ist in diesem Zusammenhang wichtig. Jedes Jahr wird seine Genealogie anlässlich der *bai'a* (Treuereid) in den Zeitungen publiziert. Für die Mehrheit der Marokkaner gilt seine Person als heilig.

Unter der Bedingung, eine konstitutionelle Monarchie zu errichten, wurde Marokko 1956 von der französischen Protektormacht in die Unabhängigkeit entlassen. Begeistert feierten die Massen die Rückkehr des Sultans auf den Thron: In ihren Augen war er zum Gründer der nationalen Souveränität und zur Leitfigur des antikolonialen Widerstandes geworden. Diese Tatsache sichert der Monarchie als Institution bis heute einen Großteil ihrer Legitimität. Ebenso wichtig für den Machterhalt ist der Versuch, Marokko als konstitutionelle Monarchie und parlamentarische Demokratie zu behaupten. „Demokrat von Gottes Gnaden“ bedeutet jedoch, dass der König über der Verfassung steht – von einer konstitutionellen Monarchie kann also in der Praxis nicht gesprochen werden.

1998 beauftragte der damalige König Hassan II. nach jahrelanger Unterdrückung politischer Gegner erstmals ein Mitte-Links-Bündnis mit der Regierungsbildung. Damit wurden zum einen Akteure eingebunden, die wichtige Interessensgruppen vertraten (Kooptation), und zum anderen verließ sich das Königshaus neue Legitimität nach innen und außen in einer Zeit zunehmender Demokratisierungsforderungen. Dies gehört zu den klassischen Legitimationsstrategien neopatrimonialer Systeme: Auf der einen Seite versuchen sie die Herausbildung autonomer Interessensgruppen zu verhindern, auf der anderen Seite benutzen sie diese – wo vorhanden – aber auch, um die Zivilgesellschaft zu steuern. Zugleich bedienen sie sich einer überbesetzten Staatsbürokratie und ausgiebiger wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, um die Bürgerinnen und Bürger einzubinden. Marokko ist ein Agrarland, dessen wirtschaftliche Entwicklung aufgrund langer Dürreperioden starken Schwankungen unterliegt. Das Land verfügt über reiche Phosphatlagerstätten. Darüber hinaus werden vor allem Fisch, Zitrusfrüchte und Getreide exportiert. Als wichtigster wirtschaftlicher Akteur und größter Privatbesitzer des Landes verfügt der König über umfangreiche Ressourcen.

Mohammed VI., der seinem Vater 1999 auf den Thron folgte, kann diese Legitimationsinstrumente aufgrund starken wirtschaftlichen Drucks aber nicht mehr alle gleichermaßen bedienen wie sein Vater. Repression und Kooptation reichen nicht aus. So ist seine *Initiative Nationale pour le Développement* ein wichtiges Mittel, um den durchschnittlichen Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen. Um die Legitimität seiner Herr-



Mohammed VI. versteht sich sowohl als traditioneller wie als moderner Herrscher. Feiern zum 8. Jahrestag der Thronbesteigung am 31. Juli 2007

Abdelhak Senna / AFP / Getty Images

schaft zu sichern, präsentiert sich der junge König außerdem als Identifikationsfigur in Gestalt eines modernen, aufgeklärten, sportlichen und volksnahen Souveräns. „Der König der Reform“ untertitelte die oppositionelle Wochenzeitung *Le Journal* einmal vielsagend ein Foto, das Mohammed VI. beim Jet-Ski zeigte.

Der junge König regiert ein junges Volk: Fast 35 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind jünger als 15 Jahre. Trotz hoher Investitionen in den Bildungssektor waren 2002 immer noch 37 Prozent aller Männer und 62 Prozent aller Frauen Analphabeten. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu verstehen, welche Vorstellungen junge marokkanische Erwachsene von politischer Legitimität haben. Ist der König und Führer der Gläubigen für sie noch eine heilige Autorität? Wie vereinbaren sie die dreifache Identität als Untertanen, Gläubige und moderne Staatsbürgerinnen und -bürger? Das Kommunikationsproblem zwischen der alten Generation der Unabhängigkeitskämpfer und der nachdrängenden jungen Elite ist deutlich. Auch die Anhänger des politischen Islam stellen das Auslegungsmonopol der Monarchie und ihrer palasttreuen Religionsgelehrten in Frage. Aber bis heute gibt es ein relativ erfolgreiches System des Austarierens und der Einbindung von Dissidenten, das sowohl die islamistische als auch die linksradikale Opposition in Marokko entkräftet.

Marokkos Streitkräfte bestehen aus rund 200 000 aktiven Soldaten, die zur Hälfte Wehrpflichtige (18 Monate) sind, sowie aus 150 000 Reservisten. Die Militärausgaben betragen von 1998 bis 2008 jährlich stabil vier bis fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Anfang 2004 wurde ein Teil des Familienrechts reformiert, das bislang als unantastbar galt und insbesondere von der Anhängerschaft der Islamisten lange erfolgreich verteidigt worden war. Doch nach den Anschlägen im Mai 2003 hielten sich die legalen wie halblegalen Organisationen der Islamisten – in erster Linie die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (PJD) und die Bewegung „Gerechtigkeit und Wohlfahrt“ (*al-ʿadl wal ihsan*) – zurück, um nicht mit dem islamistischen Terror identifiziert zu werden. In diesem Klima konnte Mohammed VI. seine Reform

des Familienrechts durchsetzen. Nun sind die Kinder der Töchter einer Familie beispielsweise ebenso erbberechtigt wie die Kinder der Söhne.

2004 gab Mohammed VI. auch eine Reorganisation des Parteiensystems bekannt. Die Parteien sollen staatliche Subventionen und Wahlkampfgelder erhalten. Die gemäßigt islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD), die 2002 mit 42 Sitzen (darunter vier Frauen) zur größten Oppositionskraft wurde, schien die neuen Voraussetzungen am besten zu erfüllen. Gerne stellt sich die PJD als marokkanische Variante der in der Türkei regierenden Namensschwester AKP dar. Insbesondere im Wahlkampf 2007 hat sie versucht, diese Ähnlichkeit gewinnbringend für sich einzusetzen. Aber gerade das mag kontraproduktiv gewirkt haben. Wer schon vorab verlautbaren lässt, dass er bereit ist, sich mit den herrschenden politischen Strukturen zu arran-

gieren, der ist für Wähler, die eine starke Opposition wünschen, wenig attraktiv. Das Wahlergebnis der Parlamentswahlen 2007 machte eines deutlich: Alle politischen Eliten haben massiv an Glaubwürdigkeit verloren. Die Wahlbeteiligung lag nach offiziellen Angaben bei 37 Prozent, 2002 waren es noch 52 Prozent. Von „Politikverdrossenheit“ zu sprechen, wäre ein Euphemismus: Arabische Medien berichteten, dass viele ungültige Stimmen (ihr Anteil soll 19 Prozent betragen haben) mit kritischen bis feindseligen Kommentaren versehen waren. Die Programme der insgesamt 33 zur Wahl angetretenen Parteien sowie Dutzender unabhängiger Kandidaten unterschieden sich kaum voneinander. Wenn Spitzenpolitiker der PJD Marokko inzwischen als günstigen Ort für internationale Investoren anpreisen, so klingt ihr Werben kaum anders als die Broschüren des marokkanischen Wirtschaftsministeriums.

Das Ende der Vergangenheit? Marokkos Wahrheitskommission

Sonja Hegasy

Mit Beginn der Amtszeit von Mohammed VI. 1999 wurden in Marokko eine Vielzahl gesellschaftspolitischer Reformen initiiert: Nur eine Woche nach dem Tod Hassans II. (Regierungszeit: 1961 bis 1999) kündigte sein Sohn eine verbesserte Einhaltung von Menschenrechten an und entließ rund 8000 Gefangene aus der Haft. In seiner ersten Thronrede stellte Mohammed VI. die Schwerpunkte seiner Regentschaft vor: Reform des Bildungswesens, Armutsbekämpfung und Sicherung des Rechtsstaates. Die marokkanische Gerechtigkeits- und Versöhnungskommission (Instance Équité et Réconciliation, IER, www.ier.ma) muss im Kontext dieser Reformpolitik gesehen werden. Marokko ist das erste und bisher einzige arabische Land, in dem ehemalige politische Häftlinge zunächst (1999) eine nichtstaatliche Wahrheitskommission – das Forum Marocain Vérité et Justice (FVJ) – gründen konnten und erreichten, dass auf ihren Druck hin Anfang 2004 auch eine staatliche Kommission eingesetzt wurde. Vorsitzender der IER war der inzwischen verstorbene

Menschenrechtsaktivist und ehemalige politische Häftling Driss Benzekri.

Die IER hatte das Mandat, Menschenrechtsverletzungen aus den Jahren 1956 bis 1999 (von der staatlichen Unabhängigkeit bis zum Tod Hassans II.) aufzuklären, Entschädigungs- bzw. Wiedergutmachungsansprüche der Opfer festzustellen, Politikempfehlungen zu erarbeiten und einen gesellschaftlichen Versöhnungsprozess anzustoßen. Sie ist ein international anerkanntes Organ und pflegt eine enge institutionelle Zusammenarbeit mit dem International Center for Transitional Justice (ICTJ). Insgesamt fanden landesweit sieben öffentliche Anhörungen der IER statt, von denen zwei direkt im staatlichen Fernsehkanal RTM übertragen wurden; die anderen fünf wurden stark gekürzt und zeitversetzt ausgestrahlt. Der wichtigste Unterschied zur südafrikanischen Truth and Reconciliation Commission liegt darin, dass in den Anhörungen der IER die Namen der Täter nicht genannt werden durften und nur zehn Täter aussagten. Eine juristische Verfolgung der Täter wurde bewusst ausgeklammert. So konnte es passieren, dass Opfer in den Anhörungen der IER auf ihre Peiniger trafen, die dort als „Sicherheitskräfte“ tätig waren. Dagegen veranstalteten un-

abhängige NGOs eigene Anhörungen im Land und forderten eine Strafverfolgung der Täter.

Insgesamt wurden 20 046 Gesuche bei der IER eingereicht, von denen 16 861 als vollständig anerkannt und 9680 positiv beschieden wurden. Bis 2007 zahlte die IER 85 Millionen US-Dollar als Entschädigung.

Über die 23 Monate ihres Mandats (vom 7. Januar 2004 bis zum 30. November 2005) beschäftigte die IER zeitweilig bis zu 350 Personen zur Dokumentation sowie zur Bearbeitung der Anträge. Für die Zukunft ist ein Archiv geplant, das die Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich machen soll. Der marokkanische Historiker Jamaa Baida fordert die Gründung eines Instituts für die Zeitgeschichte Marokkos. Auch die Idee, Museen über die „bleierne Zeit“ zu konzipieren, wurde in die Öffentlichkeit getragen. Eine öffentliche Entschuldigung des Premierministers, wie sie der Abschlussbericht der IER fordert, hat es bisher nicht gegeben.

Unabhängige NGOs kritisieren die zeitliche Begrenzung der IER bis 1999, da Menschenrechtsverletzungen unter Mohammed VI. so nicht untersucht werden. Die kritische, nicht heroisierende Auseinandersetzung mit Marokkos postkolonialer Geschichte ist jedoch eine beachtliche Leistung der IER.

Abdelhak Senna / AFP / Getty Images



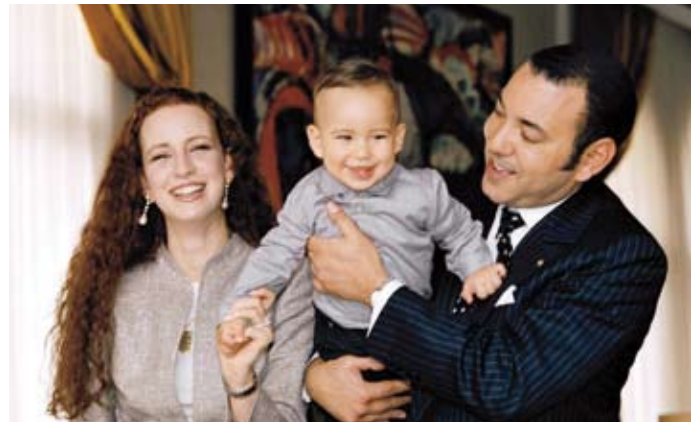
Öffentliche Anhörung der IER in Rabat am 22. Dezember 2004

Abdelhak Senna / AFP / Getty Images



In den Archiven der IER wird vergangenes Unrecht dokumentiert.

Die offiziell verbotene Bewegung Gerechtigkeit und Wohlfahrt des greisen Scheich Yassine gilt dagegen als eigentliche Opposition. Mitgliederzahlen sind nicht bekannt, aber sie verfügt im ganzen Land über ein Netzwerk von Unterstützern. Die Bewegung ruft entschieden zum Gewaltverzicht auf, fordert aber gleichzeitig die Abschaffung der Monarchie und trifft so den Nerv der Zeit. Abdessalam Yassine verbindet seine Politik mit der eigentlich unpolitischen muslimischen Mystik und gewinnt auf diese Weise viele Anhänger. Nadia Yassine, inoffizielle Sprecherin der Bewegung und Tochter des Gründers, spricht betont positiv von der rivalisierenden PJD. Gerechtigkeit und Wohlfahrt kann sich bequem zurücklehnen und gelassen dem Schauspiel zusehen: Die Politik- und Politikermüdigkeit treibt ihr ohne große Mühen jene Bürgerinnen und Bürger in die Arme, die sich eine echte Opposition wünschen.



Familienvorbild: die marokkanische Königsfamilie 2004

picture-alliance / dpa



Mauretaniens Bevölkerung setzt sich aus Arabisch sprechenden Mauren ...



... und französischsprachigen Schwarzafrikanern zusammen.



Fischfang ist die Hauptidearbeitsquelle. Rückkehr der Boote in Nouakchott



Soldaten bei den Wahlen zur Nationalversammlung im November 2006

Mauretanien

Eva Meyer

Der bevölkerungsarme Wüstenstaat Mauretanien (3,3 Millionen Einwohner – 2008) hat eine turbulente Geschichte hinter sich. Eigentlich handelt es sich bei Mauretanien um ein künstliches Gebilde der französischen Kolonialmacht, die nach ihrem Abzug aus Westafrika einen Pufferstaat zwischen dem expandierenden Marokko und ihrem ehemaligen Hoheitsgebiet Senegal schaffen wollte. In ihm wurden mit der Unabhängigkeit 1960 zwei sehr unterschiedliche und traditionell gegnerische Volksgruppen auf einem großen, äußerst unwirtschaftlichen Gebiet zusammengefasst. Die mauretanische Bevölkerung setzt sich aus arabischsprachigen Mauren und französischsprachigen Schwarzafrikanern zusammen, weswegen Mauretanien oft als Brücke zwischen Nord- und Subsahara-Afrika (das heißt Afrika südlich der Sahara) gehandelt und gelegentlich auch Westafrika zugeschlagen wird.

Die ethnischen und kulturellen Differenzen wurden von wechselnden Militärregierungen instrumentalisiert, insbesondere von Präsident Maaouya Ould Sid'Ahmed Taya, der 1984 durch einen Putsch an die Macht kam. Die Arabisierungspolitik der Mauren führte in den 1980er Jahren zu Unruhen und gipfelte schließlich in den „Ereignissen von 1989“: systematisch durchgeführten Vertreibungen von Schwarzafrikanern. Diese wurden rigoros aus der Verwaltung des Landes entfernt. Heute noch sind mehrere Tausend von ihnen in senegalesischen Flüchtlingslagern untergebracht. Ihre Rückkehr stellt gegenwärtig eines der wichtigsten Anliegen der schwarzen Bevölkerung dar. Nach wie vor praktizierte Sklaverei zählt ebenfalls zu Mauretaniens großen gesellschaftlichen Problemen.

Unter Taya wurden Oppositionelle systematisch verhaftet und Oppositionsparteien verboten. Die Presse hatte unter drakonischen Pressegesetzen zu leiden. Zu Beginn des neuen Jahrtausends zählte Mauretanien zu den ärmsten, unterentwickeltesten und politisch instabilsten Ländern weltweit.

Im August 2005 endete Tayas 21-jährige autoritäre Herrschaft durch einen Putsch. Dessen Hauptinitiator, Ely Ould Mohamed Vall, ein Mann aus Tayas engstem Beraterkreis, leitete in einer eineinhalbjährigen Übergangsphase Demokratisierungsmaßnahmen ein. Senat und Nationalversammlung wurden neu besetzt, Wahlgesetze reformiert und die Pressegesetze erheblich überarbeitet. Im März 2007 wurde Sidi Ould Cheikh Abdallahi

Mauretaniens erster demokratisch gewählter Präsident. In der Folge galt Mauretanien als Hoffnungsträger und demokratisches Vorbild für Afrika und die arabische Welt.

Das Land erlebte nicht nur eine erhebliche politische Öffnung, sondern es schien Abdallahi auch daran gelegen zu sein, eine Versöhnung zwischen Mauren und Schwarzafrikanern zu erreichen. Ölfunde vor der mauretanischen Küste ließen außerdem auf einen wirtschaftlichen Aufschwung hoffen.

Strukturelle Probleme wie alte Clanverbindungen sowie ein kompliziertes Kastensystem und eine damit verbundene Vet-

ternwirtschaft blieben indes bestehen. Mit einem weiteren erfolgreichen Militärputsch unter General Abdul Aziz am 6. August 2008 wurden die demokratischen Hoffnungen vorerst zerstört. Präsident und Premierminister kamen unter Hausarrest, und ein Militärrat übernahm die exekutiven Befugnisse. Dies zeigt, dass friedliche Regierungswechsel für Mauretanien vorerst eine Ausnahme sind. Eine Konsolidierung der Demokratie wird nur möglich sein, wenn eine langfristige Versöhnung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gelingt sowie wirtschaftliche Stabilität und die Kontrolle des Militärs erreicht werden.

Westsahara – der „vergessene Konflikt“

Jakob Horst

Der Konflikt um die Westsahara wird oft als der letzte Entkolonialisierungskonflikt Afrikas bezeichnet. Nach dem Ende der spanischen Kolonialherrschaft 1975 beanspruchte Marokko das zwischen seiner südlichen Grenze, Algerien und Mauretanien gelegene Gebiet als historischen Teil des alawitischen Königreichs. Die indigene Bevölkerung der Westsahara, die Sahraouis, forderten dagegen ihr Recht auf einen unabhängigen Staat ein.

Der Internationale Gerichtshof entschied zwar schon 1975, dass die Bevölkerung der Westsahara gemäß dem in der Charta der Vereinten Nationen (UN) festgelegten Selbstbestimmungsrecht der Völker in einem Referendum, einer Volksabstimmung, über den zukünftigen Status ihres Landes bestimmen sollte, dennoch annektierte Marokko 1976 zunächst die nördlichen zwei Drittel des Landes und 1979 das gesamte Gebiet.

Es folgten jahrelange Kämpfe zwischen dem marokkanischen Militär und der 1973 gegründeten und von Algerien unterstützten Frente Polisario (Volksfront für die Befreiung von Seguia al Hamra und Rio de Oro), die 1976 die „Demokratische Arabische Republik Sahara“ ausgerufen hatte. Im Verlauf der Kämpfe flüchteten mehr als 100 000 Sahraouis in Lager nahe der algerischen Stadt Tindouf.

Ein 1991 durch UN-Vermittlung erreichter Waffenstillstand, der seither durch die „Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in der Westsahara“ (MINURSO) überwacht wird, sah im Rahmen eines Friedensplans die Durchführung des Referendums vor. Uneinigkeit über die Frage der Stimmberechtigten verhinderte allerdings, dass die Volksabstimmung umgesetzt wurde. Während die sahraouische Seite das Stimmrecht auf diejenigen beschränken wollte, die schon vor 1975 auf dem Terri-

torium der Westsahara gelebt hatten, war Marokko bestrebt, die marokkanischen Siedler, die seit 1975 hinzugekommen waren, einzubeziehen, um so ein für sich günstiges Abstimmungsergebnis sicherzustellen.

Zwischen 2000 und 2003 unterbreitete der UN-Sondergesandte und ehemalige US-Außenminister James Baker verschiedene Kompromissvorschläge, darunter den einer Autonomie sowie einer fünfjährigen regionalen Selbstverwaltung mit anschließendem Referendum der gesamten Bevölkerung der Westsahara über die Unabhängigkeit. Diese Optionen wurden aber jeweils von der einen oder anderen Seite abgelehnt.

Im April 2007 legte Marokko schließlich einen Autonomie-Plan vor, der eine „autonome Region Westsahara innerhalb der Grenzen des souveränen Königreichs“ vorsieht. Da der Plan die Möglichkeit einer Unabhängigkeit der Westsahara ausschließt, wird er von der Polisario abgelehnt, die nach wie vor auf das Selbstbestimmungsrecht der Sahraouis pocht.

Der marokkanische Autonomieplan wird von wichtigen internationalen Akteuren wie Frankreich und den USA unterstützt, was eine Durchsetzung der völkerrechtlich legitimen Forderungen der sahraouischen Seite unwahrscheinlich macht.

Die „Frente Polisario“ kämpft für die Unabhängigkeit der Westsahara. Parade im Mai 2008 anlässlich des 35. Jahrestages ihrer Gründung



Daniël Ochoa de Olza / AP

Daniel Lambach

Westafrika: Ressourcenreichtum und Verteilungskonflikte

Die Spaltungen in Nord und Süd sowie in englisch- und französischsprachige Länder sind Charakteristika Westafrikas. Bis ins 19. Jahrhundert war es Zentrum des Sklavenhandels, heute sorgt sein Ressourcenreichtum für innerstaatliche Verteilungskonflikte.



André Held/akg-images

In Westafrika existierten mehrere vorkoloniale Königreiche. Oba (König) von Benin mit knieendem Gefolge, Bronzeskulptur aus dem 16. Jh.

Westafrika besteht aus 16 Staaten: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste), Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kapverdische Inseln, Liberia, Mali, Mauretanien (siehe 17 f.), Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo. Die Region wird im Norden durch die islamisch geprägten Maghreb-Staaten begrenzt, im Westen und Süden durch den Atlantischen Ozean und im Osten durch die zentralafrikanischen Staaten Tschad und Kamerun. In Westafrika leben über 260 Millionen Menschen auf einer Fläche von rund 6,1 Millionen Quadratkilometern. (Zum Vergleich: In der EU leben über 490 Millionen Menschen auf rund 4,3 Millionen Quadratkilometern.) Westafrika weist eine bemerkenswerte ethnische und kulturelle Vielfalt auf: Nach manchen Schätzungen beherbergt es über 500 ethnische Gruppen, die eine große Zahl von Sprachen sprechen und die verschiedensten Religionen praktizieren.

Diese Diversität ist das Produkt des einzigartigen Zusammenspiels von Geographie und Geschichte in Westafrika. Die Geographie der Region ist durch einen Nord-Süd-Gegensatz gekennzeichnet: Im Norden liegt die Sahara, die sich im Westen fast bis zur Atlantikküste erstreckt. Daran grenzt zunächst die trockene Halbwüste der Sahelzone an, danach folgt das Grasland der Savanne. Schließlich wachsen entlang der Küste des Golfs von Guinea zunehmend feuchter werdende Tropenwälder. In der Savannenregion entspringen viele Flüsse, die alle relativ direkt in Richtung des Meeres fließen. Die einzige Ausnahme bildet der Niger, der drittlängste Fluss Afrikas, der in Guinea entspringt und zunächst lange ostwärts fließt, ehe er in Nigeria in den Atlantik mündet.

Die geographischen Zonen bestimmten lange Zeit die Lebensweise der dortigen Völker. Die dünn besiedelte Sahara wurde lediglich von kleinen Nomadenstämmen der Berber und der Tuareg bewohnt, während sich in der Sahelzone verschiedene, oft halbnomadische Völker entwickelten, die ihr Überleben durch Viehwirtschaft sicherten. In der fruchtbareren Savanne siedelten sich Ackerbauern an, während sich in den Wäldern zumeist segmentäre Gesellschaften herausbildeten, das heißt

Dorfgemeinschaften, die weitgehend autonom über ihr eigenes Schicksal bestimmten.

Im 8. Jahrhundert kam Westafrika erstmals durch die von Berbern betriebenen transsaharischen Handelsverbindungen in Kontakt mit dem Islam, der unter den Hausa und Mande bald erste lokale Anhänger fand. Bis zum 14. Jahrhundert waren auch viele der weiter südlich gelegenen Reiche von zum Islam konvertierten Königen beherrscht; unter den Waldvölkern konnte sich diese Religion jedoch nicht etablieren. Daher weisen viele westafrikanische Gesellschaften bis heute eine charakteristische Nord-Süd-Spaltung auf: Während im trockenen Norden die Nachkommen islamischer Viehhirten leben, stammen die Bewohner des feuchteren Südens von animistischen (Animismus = Glaube an seelische Mächte, an Geister in menschlicher Gestalt) und christianisierten Ackerbauern und Waldbewohnern ab.

Die unterschiedlichen klimatischen Bedingungen und die daraus resultierenden Sozialstrukturen bestimmten auch die Möglichkeiten zur Herausbildung politischer Herrschaftsformen. Daher ist es kein Zufall, dass unter den sesshaften Bauern der Savanne eine Reihe von lokalen Königreichen entstanden. Immer wieder gelang es einzelnen Herrschern, ihre Nachbarn unter ihre Kontrolle zu bringen. Das erste große Reich dieser Art war Ghana, das vom 8. bis 12. Jahrhundert im heutigen Mali bestand und das nach Auskunft arabischer Geschichtsschreiber über einen gewaltigen Goldreichtum verfügt haben soll. Seine Macht schwand, als es nach einem Konflikt mit den islamischen Almoraviden (einem berberischen Fürstengeschlecht, das im 11. und 12. Jahrhundert Nordwestafrika und Teile von Spanien beherrschte) seinen Zugang zu den Handelsrouten nach Nordafrika verlor.

Auf Ghana folgte das Imperium von Mali, das vom 13. bis 14. Jahrhundert die Vormachtstellung in Westafrika innehatte. Mali war deutlich größer als Ghana und beherrschte den gesamten Oberlauf des Nigerflusses sowie die Küstenregion des heutigen Senegal. Mali wurde durch eine islamische Dynastie regiert, das Imperium zerbrach jedoch schließlich an internen

Machtkämpfen. Sein Nachfolger wurde das Reich von Songhay, das um die Stadt Gao am Ostrand Malis entstand. Songhay erlebte eine Blütezeit in der Mitte des 15. Jahrhunderts, wurde aber 1591 durch marokkanische Armeen erobert.

Die Geschichte Westafrikas ist geprägt durch den Sklavenhandel, der jedoch nicht erst mit dem Eintreffen der Europäer begann. Vielmehr war bereits der Reichtum der Königtümer von Ghana, Mali und Songhay ebenso wie vieler kleinerer Reiche auf der Arbeit von Sklaven begründet, die in den Minen und auf den Feldern eingesetzt wurden. Gleichzeitig stellten Sklaven – neben Gold – das einzige Gut dar, dessen Wert groß genug war, um die aufwändigen Karawanen nach Nordafrika zu rechtfertigen. Mit dem Eintreffen der Europäer nahm der Umfang des Sklavenhandels massiv zu. Erwarben europäische Händler zwi-

schen 1450 und 1500 rund 600 Menschen pro Jahr, war diese Zahl bis 1650 bereits auf jährlich rund 4000 Personen angestiegen. Der hohe Arbeitskräftebedarf in den amerikanischen Kolonien ließ die Nachfrage in der Folgezeit explodieren; um 1780 wurden jedes Jahr rund 50 000 Sklaven über den Atlantik verschifft. Ein Ende fand diese Entwicklung erst Anfang bis Mitte des 19. Jahrhunderts, nachdem zunächst Großbritannien und die USA, später auch Frankreich den Überseehandel mit Sklaven (nicht aber deren Besitz) verboten. In dieser Zeit entstanden auch erste Siedlungen befreiter Sklaven an den westafrikanischen Küsten wie zum Beispiel Freetown und Monrovia, die heutigen Hauptstädte von Sierra Leone und Liberia.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts veränderte sich auch die Natur der europäischen Präsenz in Afrika. Seit dem 15. Jahrhun-

Land Hauptstadt	Fläche in km ²	Bevölkerung 2007	Bevölk.- wachstum 2007, in Prozent	Religion in Prozent	BIP/Kopf PPP US-Dollar/ Rang 2006	HDI Rang 2006
Benin Porto-Novo	 112.600	9,03 Mio.	3,0	Christen: ca. 35 Muslime: ca. 25; Voodoo offiziell: ca. 17 (vermutlich aber zwischen 60 und 70)	1.259 / 151	161
Burkina Faso Ouagadougou	 274.000	14,78 Mio.	2,9	Muslime: ca. 50 Animisten: ca. 35 Christen: ca. 15	1.084 / 159	173
Côte d'Ivoire Yamoussoukro	 322.500	19,27 Mio.	1,9	Muslime: ca. 40 Christen: ca. 30 Animisten: ca. 30	1.632 / 141	166
Gambia Banjul	 11.300	1,71 Mio.	2,6	Muslime: über 90 Christen: ca. 8 Animisten: ca. 2	1.152 / 155	160
Ghana Accra	 238.500	23,46 Mio.	2,0	Naturreligionen: 40 Muslime: 30 Christen: ca. 30	1.247 / 152	142
Guinea Conakry	 245.900	9,38 Mio.	2,1	Muslime: über 90 Christen: 6; weit verbreiteter Animismus	1.118 / 157	167
Guinea-Bissau Bissau	 36.100	1,69 Mio.	2,9	Muslime: ca. 50 Naturreligionen: ca. 40 Christen: ca. 10	467 / 175	171
Kapverd. Inseln Praia	 4.000	530.000	2,2	Christen: über 90 wenige Muslime	2.833 / 124	118
Liberia Monrovia	 111.400	3,75 Mio.	4,8	Christen: ca. 40 Animisten: ca. 40 Muslime: ca. 20	335 / 176	176
Mali Bamako	 1.240.200	12,33 Mio.	3,0	Muslime: über 75 Christen: ca. 5, viele – auch zugleich – Animisten	1.058 / 160	168
Niger Niamey	 1.267.000	14,2 Mio.	3,3	Muslime: 95 Animisten: 4,5 Christen: 0,35	612 / 173	174
Nigeria Abuja	 923.800	147,98 Mio.	ca. 2,2	Muslime: ca. 50 Christen, viele – auch zu- gleich – Animisten: ca. 50	1.852 / 139	154
Senegal Dakar	 196.700	12,41 Mio.	2,8	Muslime: ca. 94 Christen: 4 Animisten: ca. 2	1.592 / 144	153
Sierra Leone Freetown	 71.700	5,85 Mio.	1,8	Muslime: ca. 70 Christen: 20 Animisten: 10	630 / 172	179
Togo Lomé	 56.800	6,58 Mio.	2,6	Animisten: 40 Christen: 30; Muslime: 30	792 / 166	159

Spalten 2-4: Weltbank; Spalte 5: Auswärtiges Amt (Zeitpunkt der Abfrage: April 2009); Spalten 6 und 7: UNDP

dert hatten sich die europäischen Seefahrernationen zumeist auf den Bau von Handelsposten an der Küste beschränkt, eine über diese Siedlungen hinausgehende Herrschaft erschien den Regierungen dagegen unwirtschaftlich. Technologische Fortschritte (die Erfindung der Telegraphie, der Eisenbahn, des Repetiergewehrs sowie die Entdeckung des Malaria-Mittels Chinin) und eine Verschiebung der europäischen Machtbalance in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts machten es für europäische Mächte sowohl möglich als auch attraktiv, ihre Territorialherrschaft in Afrika auszudehnen. Sie einigten sich auf der Berliner Konferenz (1884/1885) auf die Aufteilung des afrikanischen Kontinents.

Die Herrschaft in den dadurch begründeten Kolonialstaaten war gleichzeitig oberflächlich und brutal. Die Kolonien dienten den expandierenden Industrien Europas als Rohstofflieferan-

ten, wobei die entsprechenden Primärgüter in Minen und Plantagen in einer an Sklaverei grenzenden Arbeitsweise gewonnen wurden. Die Kolonialherren errichteten nur ein Mindestmaß an staatlichen Institutionen und verließen sich stattdessen oft auf einheimische Mittelsmänner, wie es das britische Motto der *indirect rule* verdeutlicht.

In Westafrika gab es zwei größere Kolonialmächte: Frankreich und Großbritannien. Portugal verfügte mit Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln lediglich über sehr kleine Besitzungen, und die deutsche Kolonie Togo war nach dem Ersten Weltkrieg vom Völkerbund unter französischer Kontrolle gegeben worden. Als in London und Paris Ende der 1950er Jahre die Erkenntnis reifte, dass man sich die Kolonialimperien weder wirtschaftlich noch politisch länger würde leisten können, wurde dies von den

Schwieriges Erbe

[...] Rückblickend ist die Dekolonisation Afrikas geradezu rasant verlaufen. Nach 1945 resignierten die Kolonialmächte in Asien angesichts der massiven nationalen Bewegungen zwar recht schnell. Doch in London und Paris dachte zunächst niemand an eine Aufgabe der afrikanischen Kolonien – im Gegenteil! Dort fand so etwas wie eine „zweite koloniale Besetzung“ statt. Frankreich wie Großbritannien favorisierten südlich der Sahara einen mit größeren Investitionen verbundenen „Entwicklungskolonialismus“, der den Metropolen direkten Nutzen und den Afrikanern die für die Unabhängigkeit vermeintlich nötige „Reife“ beschreiben sollte. Wellen von Experten wurden nach Afrika entsandt, um den Bauern neue Wege des Anbaus zu weisen und den Arbeitern neue Formen der Arbeit nahezu legen. Ein bisschen Demokratie einzuüben war Teil des Programms.

Die neuen afrikanischen Politiker, die sich in der Regel aus der kleinen Schar gut ausgebildeter Stadtbewohner zusammensetzten, verstanden sich indes als Bürger und wollten nicht länger Eingeborene sein. Nkrumah, Julius Nyerere, Sekou Toure und andere nationalistische Politiker verlangten nun politische Mitsprache. [...]

Die neue Generation afrikanischer Politiker hatte [...] rasch gelernt, das Spiel der parlamentarischen Demokratie zu spielen und die neuen Strukturen zu einer stetigen Ausdehnung der eigenen Machtbasis zu nutzen. Es gelang ihnen, die politische Initiative zu ergreifen und den Gang der Ereignisse zu bestimmen. Beschleunigt wurde der Prozess dadurch, dass sich die USA und die Sowjetunion auf internationalem Parkett als antikoloniale Kräfte gerierten.

Parallel verlor die koloniale Entwicklungsinitiative rasch ihren Reformeifer. Die Verwaltungs- und Wirtschaftskreise in Paris und London waren Mitte der fünfziger Jahre überzeugt: Afrika würde für die Ökonomien in Europa und der Welt nur mehr eine marginale Rolle spielen. Die hohen Kosten, die etwa mit der Schaffung von Wohlfahrtsstaaten nach europäischem Muster verbunden waren und noch sein würden, erschienen den Europäern immer mehr als Fehlinvestition. [...] Infrastrukturmaßnahmen und Sozialprogramme in Afrika wurden zurückgenommen oder verschleppt. Am Ende übernahmen die Afrikaner das Projekt „Entwicklung“ zusammen mit dem von den Kolonialherren aufgebauten Staatsapparat. [...]

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit glaubten die Führer dieser Jahre in der Position zu sein, das jeweils Beste von Europa und Afrika auswählen zu können. Doch sie wurden Opfer ihres schnellen Erfolges. Sie konzipierten, Gefangene des zeittypischen Machbarkeitswahns, ihre jungen Staaten als Sozialstaat mit Interventionskompetenz, sahen sich aber zugleich mit dem Erbe eines schwachen und autoritären Staates konfrontiert. Angesichts der großen Lücke zwischen Wollen und Können und aus Schwäche heraus suchten sie ihr Heil in autoritären Lösungen. [...]

Die jungen Staaten mussten neben der Regierungsverantwortung das Scheitern kolonialer Entwicklungsprogramme mit übernehmen. Sie erbten eine enge, exportorientierte Infrastruktur und begrenzte Märkte für Produzenten von Rohstoffen. Aber sie mussten nun den Preis für eine immer schwerfälligeren Verwaltungsstruktur zahlen, die im Zuge des spät-

kolonialen Entwicklungsenthusiasmus etabliert worden war. Vor allem mussten die Regierenden mit den wachsenden Erwartungen der Bevölkerung umgehen, die nun hoffte, dass der Staat endlich ihnen gehöre.

[...] Die afrikanischen Eliten hatten aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Mobilisierung gegen den kolonialen Staat meist ein untrügliches Gespür dafür bekommen, wie prekär die Macht war, die sie geerbt hatten. Der bestenfalls gemischte Erfolg kolonialer und nachkolonialer Entwicklungsanstrengungen erweckte in ihnen wenig Hoffnungen, dass die wirtschaftliche Entwicklung ausreichend Wohlstand generieren würde, um ihnen politischen Kredit zu verschaffen, und auch zu wenig einheimisches Wachstum, um genügend Steuern abzuwerfen. So besannen sie sich auf die Strategie, die bereits die Regierenden der Kolonialstaaten praktiziert hatten: Begrenzte, von den Herrschenden kontrollierte Aufstiegsmöglichkeiten und die Einengung von Spielräumen schienen das beste Mittel gegen eine potentielle Opposition. [...]

Andreas Eckert, „Der Dominoeffekt“, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. März 2007

1957 wird Ghana unabhängig. Premier Kwame Nkrumah (r.) beim Festakt in Accra mit dem Ex-Gouverneur und der Herzogin von Kent.



Central Press / Getty Images

nach Unabhängigkeit strebenden afrikanischen Eliten begrüßt. Zu diesen gehörten Ärzte, Lehrer und Intellektuelle, die oft zuvor in Frankreich und England studiert hatten und nun an der Spitze afrikanischer Bewegungen wie zum Beispiel dem in vielen französischen Kolonien aktiven, panafrikanistisch orientierten *Rassemblement Démocratique Africain* (RDA) standen.

Jenseits der Forderungen nach Unabhängigkeit gingen die politischen Programme dieser Eliten jedoch weit auseinander. Auf der einen Seite gab es charismatische Revolutionäre wie Kwame Nkrumah in Ghana und Sékou Touré in Guinea,

die den radikalen Bruch mit der kolonialen Vergangenheit anstrebten, die Einheit der Afrikaner betonten und eine konsequente Blockfreiheit forderten. Ihnen gegenüber standen konservative Staatschefs wie Félix Houphouët-Boigny (Elfenbeinküste), die angesichts der hohen wirtschaftlichen Abhängigkeit der postkolonialen Staaten von ihren früheren Kolonialmächten für eine kooperative und vorsichtige Politik eintraten. Viele der Revolutionäre entwickelten an den Sozialismus angelehnte Herrschaftsmodelle, der radikale Panafrikanismus war jedoch nach Nkrumahs Sturz durch einen

Landwirtschaft in Burkina Faso

Klaus Sieg, agenda

Achtzig Prozent der Bevölkerung des westafrikanischen Staates lebt auf dem Land. Die meisten dieser Menschen betreiben Subsistenz-Landwirtschaft. Sie bauen Hirse, Mais und etwas Gemüse an, halten einige Hühner oder Ziegen. Fast alles ihrer Produktion verbrauchen sie selbst – in trockenen Jahren reicht die eigene Ernte aber häufig nicht aus. Mehr als drei Hektar kann eine Familie in Burkina Faso nicht bebauen, und so viel auch nur, wenn die Kinder mithelfen. Hauptwerkzeug auf dem Feld ist die traditionelle Hacke „Daba“. Immer wieder werden so genannte Cash Crops als Heilsbringer angepriesen. Die Feldfrüchte für den Export sollen den Bauern Geld bringen. Damit können sie Nahrungsmittel zukaufen, das Schulgeld für die Kinder bezahlen oder ihre Landwirtschaft modernisieren. So weit die Theorie. Burkina Faso hat in den vergangenen Jahren intensiv den Anbau von Baumwolle für den Export gefördert. Zwei Drittel der Exporterlöse erzielt das Land mit Baumwolle. Doch die Konkurrenz der subventionierten Baumwolle aus den USA, aber auch der von riesigen Feldern in Zentralasien und China ist übermächtig. [...]

Die Schwierigkeiten sind vielfältig. Nur ein Viertel der Bevölkerung kann lesen und schreiben. Die Infrastruktur auf dem Land ist völlig unzureichend. Burkina Faso

Verarbeitung von Kariténüssen zu Sheabutter



Jörg Boethling / agenda

verfügt als Binnenland über keinen Meerhafen. Exportgüter müssen über die einzige vorhandene Bahnlinie oder per LKW über schlechte und unsichere Straßen nach Ghana oder an die Elfenbeinküste transportiert werden.

Neben Baumwolle bieten auch Cashewnüsse, Sesam und Karitébutter den Bauern in Burkina Faso Einkommensmöglichkeiten. [...] Die Produktion von Karitébutter in den Dörfern von Burkina Faso geht über Stunden und Tage. Schon immer war das Sache der Frauen. Im Juni und Juli gehen sie mit Kalebassen und Plastikschüsseln zwischen den wild wachsenden Karité-Bäumen umher und sammeln die grünen, weichen Früchte vom Boden. Zunächst befreien sie die Früchte von ihrem weißen Fleisch. [...] Dann erhitzen die Frauen die ölhaltigen Kerne, um sie anschließend zu stampfen und zu mahlen. Mit Wasser rühren sie dieses Pulver zu einer braunen Paste, die aufgekocht wird. Nach dem Erkalten kneten die Frauen die Paste so lange, bis sie flockig und weiß ist. Farbpigmente und Bitterstoffe werden so heraus gewaschen. Über dem Holzfeuer kochen die Frauen dann daraus gelbes Öl. Nach dem Filtern erkaltet das Öl zu Butter.

Diese leicht körnige, weiße Butter, auch Sheabutter genannt, nutzen sie als Creme. Auch Seife lässt sich aus der Karitébutter herstellen. In den letzten Jahren wird Karité deshalb zunehmend auch von der internationalen Kosmetikindustrie nachgefragt. Eine Chance für die Frauen in Burkina Faso. So können sie ihre Produkte aus der ölhaltigen Nuss nicht nur auf den lokalen Märkten verkaufen und zum Teil den doppelten Preis erzielen.

Ein Zusatzeinkommen können die Frauen und ihre Familien dringend brauchen. Burkina Faso ist eines der ärmsten Länder der Welt. [...] Der Norden des Landes liegt im Bereich der Sahelzone. Immer wieder leidet es unter Trocken- und Dürreperioden. Die sich ausbreitende Sahara treibt die Bevölkerung dieser Region in die Städ-

te und in den Süden von Burkina Faso. Dort wächst der Druck auf die Ressourcen. Im relativ fruchtbaren Süden fällt zwar mit 1000 Millimetern pro Jahr fast genauso viel Regen wie in Mitteleuropa. Doch der kommt innerhalb von nur zwei bis drei Monaten an wenigen Tagen übers Land, prasselt aus bedrohlichen Wolkentürmen nieder und wäscht nicht selten die dünne Humusschicht von den kargen Böden. Wenn er denn kommt.

„Bleibt der Regen aus, klopft schnell der Hunger an die Tür.“ Mariam Idogo [...] baut gemeinsam mit ihrem Mann in ihrem Heimatdorf Guiaro Mais, Hirse und etwas Gemüse an. Das Meiste davon verbrauchen die beiden und ihre vier Kinder selbst. Doch in den Sommermonaten leert sich der Vorratsspeicher. Die neue Ernte ist noch nicht eingebracht, und Mariam Idogo muss Lebensmittel auf dem Markt in Po kaufen. Das Geld dafür verdient sie durch die Herstellung von etwa einhundert Kilogramm Karitébutter. Auf dem Markt bekommt sie dafür umgerechnet knapp achtzig Euro. Das ist der Gegenwert von gerade einmal zwei 20-Kilogramm-Säcken Reis. „Im letzten Jahr haben sich die Preise für Lebensmittel auf dem Markt verdoppelt.“ Mariam Idogo hat fast alles für Lebensmittel ausgeben müssen. Wenn sie und die anderen Frauen für ihre Karitébutter auf dem internationalen Markt bessere Preise erzielen, bleibt der Hunger dauerhaft vor der Tür. Und vielleicht reicht der Verdienst dann auch für die Schulbildung der Kinder.

Doch Abnehmer in Kanada, den USA und Europa kaufen am liebsten die ganzen Nüsse. So können sie die Preise unter Kontrolle halten und ihre Qualitätsstandards bei der Herstellung der Butter realisieren. In Burkina Faso versuchen deshalb Hilfsorganisationen, die Frauen bei der Herstellung und Vermarktung ihrer Karitébutter zu unterstützen. So soll ein möglichst großer Teil der Wertschöpfung aus der Karitébutter bei den Frauen gehalten werden. [...]

Militärputsch des prowestlichen *National Liberation Council* 1966 weitgehend passé.

Außerdem trat eine zweite Konfliktlinie hervor: die Spaltung Westafrikas in anglophone und frankophone Länder. Insbesondere Frankreich unterhielt auch nach der Dekolonisierung weiterhin sehr enge politische und wirtschaftliche Verbindungen zu seinen ehemaligen Kolonien. In den 1960er Jahren intervenierten französische Truppen achtmal in West- und Zentralafrika, um freundlich gesonnene Regierungen zu stützen. Doch auch Großbritannien spielte seine Verbindungen aus, um sich in der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges eine eigene Einflussosphäre zu erhalten.

In Westafrika entbrannte aus diesen gegenläufigen Interessen ein Konflikt um die regionale Vormachtstellung, wobei Nigeria und die Elfenbeinküste die wichtigsten Protagonisten waren. Während des Sezessionskonflikts um die nigerianische Provinz Biafra (1967 bis 1970) sah Frankreich eine Chance, die dominante Macht Nigeria zu schwächen und unterstützte die Separatisten über die Elfenbeinküste und Gabun mit Waffen, Söldnern und Geld. Nachdem jedoch die anderen Staaten Biafra die Anerkennung verweigerten, konnte sich die nigerianische Regierung erst intern und später, getragen von der weltweiten Nachfrage nach Öl, auch in der Region durchsetzen.

Um seine dominante Position abzusichern, betrieb Nigeria ein Projekt regionaler Wirtschaftsintegration, das 1975 in der Gründung der *Economic Community of West African States* (ECOWAS) mündete. Da sich schnell herausstellte, dass die auf den Rohstoff-Export ausgerichteten Mitgliedsländer wirtschaftlich nur wenig von einer Integration profitierten, verwandelte sich ECOWAS bald von einer wirtschaftlichen Organisation in ein politisches Forum, in dem aktuelle diplomatische Fragen besprochen werden konnten. In den 1980er Jahren erhielt ECOWAS überdies durch ein Sicherheitsabkommen eine weitere Dimension, die durch den ersten liberianischen Bürgerkrieg (1989 bis 1996) eine besondere Relevanz erlangte.

Im Umfeld dieses Bürgerkrieges traten die beiden regionalen Konfliktlinien wieder deutlicher hervor. In den 1980er Jahren wurde Liberia durch eine Militärjunta unter der Führung von Samuel Doe regiert, der gute Beziehungen zu den USA und zu Nigeria unterhielt; deshalb wurde er sowohl von Revolutionären wie Blaise Compaoré (Burkina Faso) und Muammar al Gaddafi (Libyen) als auch von dem selbst ernannten Anführer der westafrikanischen Frankophonie, Félix Houphouët-Boigny (Elfenbeinküste), abgelehnt. Diese drei Staatschefs unterstützten stattdessen die Rebellen der *National Patriotic Front of Liberia* (NPFL) unter der Führung von Charles Taylor, die ab 1989 für den Sturz Does kämpften. Bereits Mitte 1990 schien die Machtübernahme der NPFL unmittelbar bevorzustehen, ehe die ECOWAS unter dem Druck Nigerias eine Interventionstruppe nach Liberia entsandte, die Taylors Vormarsch auf die Hauptstadt in letzter Minute stoppen konnte. Daraus entwickelte sich ein Stellungskrieg, der einige Jahre andauerte und auf mehrere angrenzende Länder übergriff.

Mit der Zeit wurde jedoch deutlich, dass die internationalen Allianzen weniger durch strukturelle Faktoren als vielmehr durch die darin verbundenen Personen bestimmt wurden. Beispielsweise beendete der heutige Präsident der Elfenbeinküste, Laurent Gbagbo – ein langjähriger Konkurrent des Houphouët-Boigny-Lagers – die Unterstützung für Taylor, der 1997 das Präsidentenamt Liberias übernommen hatte. In der Folge breitete sich der im Jahr 2000 neu entbrannte liberianische Bürgerkrieg auch in die Elfenbeinküste aus, wo es ab 2002 zu unter anderem von Compaoré und Taylor unterstützten Rebellionen kam.

Die Vertreibung Taylors aus seinem Amt im Jahr 2003 beendete vorerst die Bürgerkriege in der Region – mit Ausnahme des Konflikts in der Elfenbeinküste, der bis heute nicht vollständig gelöst ist, sowie verschiedener lokaler Konflikte in Nigeria. Seither haben viele Regierungen angesichts eines guten weltwirtschaftlichen Klimas eine deutliche Friedensdividende einfahren können. Dennoch bleibt die gesamte Region latent instabil: Nigeria und die Elfenbeinküste, die beiden größten Staaten der Region, leiden unter internen Spaltungen und schlechter Regierungsführung. In Guinea herrscht nach dem Tod des langjährigen, autokratisch regierenden Präsidenten Lansana Conté und einem Putsch seit dem 25. Dezember 2008 eine Militärjunta, die für 2010 reguläre Wahlen ankündigte. Obwohl Militärputsche heute wesentlich seltener sind als noch während ihrer Hochphase in den 1970er und 1980er Jahren, stellen sie weiterhin eine ständige Bedrohung dar, wie auch der Putsch in Mauretanien im Sommer 2008 gezeigt hat. Nicht zuletzt leidet die gesamte Region unter massiven Entwicklungsproblemen, die noch für Jahrzehnte eine nachhaltige Stabilisierung der politischen Lage erschweren werden.

Das 1471 erbaute Fort Elmina in Ghana war ein Zentrum des Sklavenhandels.



Friedrich Stark

Baumwolle ist ein wichtiges Exportgut Westafrikas. Ernte in Mali 2007



Jörg Boethling / agenda

1967 bis 1970 kämpften Rebellen für die Unabhängigkeit Biafras.



AFP / Getty Images

Nigeria

Heinrich Bergstresser

Der westafrikanische Staat Nigeria hebt sich strukturell in vielerlei Hinsicht von allen anderen afrikanischen Staaten ab. Denn in dem nur mittelgroßen Land (923 800 Quadratkilometer) lebten nach dem letzten Zensus von 2006 mehr als 140 Millionen Menschen, das heißt, jeder fünfte oder sechste Afrikaner ist Nigerianer, und Nigerianer bilden mit Abstand die größte afrikanische Diaspora in Übersee. Doch es ist nicht nur das bevölkerungsreichste Land des Kontinents, sondern bietet auf geographisch überschaubarem Raum mit annähernd 400 Sprachen und Ethnien gleichzeitig die größte kulturelle Heterogenität, wobei allein die drei Mehrheitsvölker, die Hausa-Fulani, Igbo und Yoruba, etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung stellen. Drei der vier Sprachstämme und ein Viertel aller Sprachen Afrikas sind in Nigeria vertreten, hier leben zugleich weltweit die größte Anzahl von Christen und Muslimen in einem Staatsgebiet zusammen, und praktizierte Religiosität ist bei mindestens 90 Prozent der Gesellschaft fester Bestandteil des Alltags.

Ein seit Jahrzehnten rasant anhaltendes Bevölkerungswachstum von bis zu drei Prozent ließ die Bevölkerungszahl allein seit 1991 um mehr als 50 Millionen ansteigen, und trotz einer leichten Abflachung der demographischen Wachstumskurve wird bereits in wenigen Jahren die Zahl von 170 Millionen Menschen überschritten sein. Diese enormen Steigerungsraten spiegeln sich im aktuellen Urbanisierungsgrad von 50 Prozent – Tendenz steigend – und einem 44-prozentigen Anteil Jugendlicher unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung wider. Allein in den beiden bevölkerungsreichsten Bundesstaaten Lagos im Süden und Kano im hohen Norden leben jeweils neun Millionen Menschen und in jedem weiteren Bundesstaat, einschließlich des Bundesterritoriums Abuja, zwischen 1,4 und sechs Millionen. Und in allen 36 Bundesstaaten gibt es eine Vielzahl von Klein- und Mittelstädten, wobei die Hauptstädte in der Regel Populationen von hunderttausend Einwohnern und mehr aufweisen.

Nigeria gehört als OPEC-Mitglied zu den weltweit wichtigsten Erdöl- und Erdgasproduzenten, ohne jedoch den Reichtum an natürlichen Ressourcen bisher zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung genutzt zu haben. Vielmehr erzeugten jahrzehntelange politische Auseinandersetzungen um den lukrativen Zugang zu diesen Ressourcen eine lange Kette blutiger und kostspieliger Konflikte.

Der britische Imperialismus begann Mitte des 19. Jahrhunderts von der Küste des Golfs von Guinea aus das Territorium des heutigen Nigeria in sein Kolonialreich einzugliedern. Lagos wurde 1861 Kolonie, doch dauerte es mehr als 40 Jahre bis auch im islamischen Nordosten der Widerstand gebrochen war. Nach der erfolgreichen „Befriedung“ der Protektorate Nord- und Südnigeria fasste Frederick Lugard, britischer Offizier und Kolonialverwalter, 1914 die beiden Gebiete unter der Bezeichnung „*The Colony and Protectorate of Nigeria*“ zusammen. Er begründete die Politik der „indirekten Herrschaft“, um die bestehenden Herrschaftsstrukturen konsolidieren und die Kolonie kostengünstig verwalten und ausbeuten zu können. Indirekte Herrschaft bedeutete, dass die einheimischen Eliten ihre tradi-



Nigeria ist das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Oshodi-Markt in Lagos

Xinhua / Das Fotoarchiv

tionellen Funktionen behielten, aber als Sachwalter britischer Interessen dem Kolonialverwalter unterstanden. Diese Rolle übernahmen im Südwesten die Yoruba-Könige, im Südosten stützten die Missionsschulen die Fremdherrschaft über die segmentäre Igbo-Gesellschaft, und den Emiraten im Norden des Landes blieben die innere Selbstverwaltung und die Kontrolle über die Minoritätenvölker des *Middle Belt*. Darüber hinaus verboten die Briten jegliche Missionierung im islamischen Hausa-Fulani-Kernland des hohen Nordens und schrieben damit für mehrere Jahrzehnte die politische und soziale Stagnation in diesem Gebiet fest. Der unter diesen Bedingungen erzwungene Zusammenschluss zweier Kolonialgebiete mit völlig unterschiedlichen Wertesystemen, Normen sowie politischen und soziokulturellen Vorstellungen zu Macht und Fremdherrschaft begründete den noch heute erheblichen Entwicklungsunterschied zwischen Nord und Süd. Zwischen den beiden Weltkriegen entstanden die ersten antikolonialen Bewegungen in Lagos, getragen von gebildeten Yoruba und Igbo. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten sie, ihre nationalen, antiimperialistischen Ideen auch in den Norden zu tragen, stießen jedoch auf massiven Widerstand der feudalen Herrschaftselite der Hausa-Fulani, die schließlich eine eigene Partei gründete, um sich gegen die expandierende Intelligenz des Südens zu behaupten. Somit zerbrach sich schon Jahre vor der Unabhängigkeit die Hoffnung auf eine nationale Bewegung, was den drei Mehrheitsvölkern aber Macht und Reproduktionsbasis in ihrer jeweiligen Region sicherte. Zugleich verweigerte die britische Kolonialmacht den benachteiligten Minoritätenvölkern eigene politische Einflusszonen. Am Tag der Unabhängigkeit des dreigliedrigen föderativen Systems mit dem Bundesterritorium Lagos 1960 begann der Kampf zwischen den Eliten der drei Mehrheitsvölker um die politische Vorherrschaft.

Der von den Igbo inspirierte erste Militärputsch 1966 und der blutige Gegenputsch von Hausa-Fulani und Minoritäten der Nordregion wenige Monate später mündete schon bald in einem opferreichen Bürgerkrieg (1967 bis 1970) um die abtrünnige Igbo-dominierte Ostregion, der als Biafra-Krieg in die Geschichte einging. Als am Vorabend dieses gewaltsamen Konfliktes die territoriale Einheit des Landes zu zerbrechen drohte,

entpuppten sich letztlich die Minoritätenvölker aus dem Norden und Süden, personifiziert durch den jungen General und Juntachef Yakubu Gowon aus dem *Middle Belt*, als Zünglein an der Waage. Er schmiedete neue Allianzen zwischen den Minoritätenvölkern, Yoruba und Hausa-Fulani, erweiterte die Föderation auf zwölf Bundesstaaten, beendete gewaltsam die Sezession und etablierte zugleich das Militär als zentralen politischen Akteur im komplizierten Kräftespiel des Vielvölkerstaates.

Die großen internationalen Ölkonzerne und die staatliche Ölgesellschaft läuteten nun im Niger-Delta das Zeitalter des leicht verdienten Geldes ein, und der Ölboom veränderte binnen weniger Jahre Denk- und Verhaltensmuster der noch sehr jungen Nation. Doch schufen die Petrodollar zunächst einmal die materielle Grundlage, die Wunden des Bürgerkrieges zu heilen und die tiefen Gräben zwischen den Igbo und den übrigen Volksgruppen zumindest teilweise zu überbrücken. Zugleich entwickelte sich ein fragiler Konsens der Eliten über die Verteilung der wertvollen Ressource Öl, der aber die zahlreichen Staatsstreich und Putschversuche und die beiden gescheiterten Demokratisierungsprojekte (II. Republik 1979 bis 1983 unter Staatspräsident Shehu Shagari und der von Juntachef General Ibrahim Ba-

bangida 1993 abrupt beendete mehrjährige Übergangsprozess zur III. Republik) nicht unterbinden konnte. Erst der plötzliche Tod von General Sani Abacha 1998 und die Wahl des ehemaligen Juntachefs General a. D. Olusegun Obasanjo zum demokratisch legitimierten Staatspräsidenten 1999 beendeten die lange Phase militärischer, repressiver Herrschaft. Zugleich ermöglichte der erneute Demokratisierungsversuch die Einführung des islamischen Rechts, der Scharia, als bindendes Recht in zwölf islamisch geprägten Bundesstaaten Nordnigerias, womit ein alter Traum von Teilen des islamischen Klerus und des Establishments Wirklichkeit wurde. Trotz erheblicher verfassungs- und strafrechtlicher Probleme hat sich die große Mehrheit der Eliten und politischen Entscheidungsträger schließlich mit der Existenz zweier Rechtssysteme arrangiert und den Status quo eines gelebten Rechtspluralismus akzeptiert. Eine Verfassungskrise blieb aus, und nach zwei Legislaturperioden, ein Novum in der nigerianischen Geschichte, ging mit der Wahl von Umaru Musa Yar'Adua 2007 sogar erstmals die Macht von einer direkt gewählten Staatsführung auf eine andere über.

Die Ölkrise Anfang der 1970er Jahre und die sukzessive steigenden Erdölpreise hatten binnen weniger Jahre das agrarisch

Filmland Nigeria

In dem kleinen Krankenhaus außerhalb der Stadt Asaba im Niger Delta wälzen vier Frauen dicke Bücher. „Finanzabgleich“, sagt eine korpulente Dame in giftgrünem Kleid. „Wir machen unsere Monatsabrechnung und wie immer fehlt Geld.“ Und man wäre wenig überrascht, würde nicht gerade in einer anderen Ecke eine Szene mit der nigerianischen Variante von Julia Roberts gedreht. Kate Henshaw, eine schöne, grazile Frau mit starker dunkler Stimme und schallendem Lachen. „Und? Haben Sie gute oder schlechte Nachrichten?“, fragt sie mit großen Augen eine schneeweiß gekleidete Krankenschwester. Eine kleine Digitalkamera läuft. Der Kameramann dreht ohne Stativ. [...] Tchidi Chikere, der Regisseur, redet nun auf die Krankenschwester ein. „Will er ihr Grammatik beibringen?“, brummelt die Krankenschwester im giftgrünen Kleid. „Hoffentlich sind die bald fertig.“ Spricht's und widmet sich wieder ihren Finanzen, ganz nach dem Motto: Sollen die doch hier Hollywood proben, ich habe wirklich Wichtigeres zu tun.

Es ist diese gesunde Koexistenz zwischen Stars und normale Leben, die Nigerias Filmindustrie auszeichnet. 2000 Filme werden hier jedes Jahr gedreht, 200 Millionen Euro umgesetzt, mit Geschichten ganz nah am Menschen. So hat sich die drittgrößte Filmindustrie der Welt nach Hollywood und Bollywood in Indien den Namen Nollywood verdient.

Kino allerdings ist in Nigeria kein Thema. DVDs für den Heimgebrauch gelten als Kult. Die Budgets sind winzig, im Schnitt 10 000 Euro pro Film. Digitale Technik macht es möglich. 500 000 Kopien eines Films landen auf dem Markt. Jede Woche gibt es etwa zehn Neuerscheinungen. Die moderne Technik ist einfach und kostengünstig. „Drei bis vier Monate brauchen wir, um einen Film abzdrehen. Vom Drehbuch bis zum Verkaufsstart“, erklärt Regisseur Tchidi. Er wisse selbst nicht, wie viele Filme er in den vergangenen zehn Jahren produziert hat. „Zwischen 150 und 200 vielleicht?“

Star Kate Henshaw hat aufgehört, zu zählen. Die Schauspielerin ist mit einem Engländer verheiratet und verbringt viel Zeit in London. Doch ihre Einsätze in Nollywood will sie nicht aufgeben. „Wir haben viel Spaß am Set. Nigeria hat so viele talentierte Schauspieler.“ Die Schauspielerin ist in Nigeria ein Star, der nicht ohne Sonnenbrille durch die Straßen von Lagos, Abuja oder Kano laufen kann. [...] „Afrikaner sind wunderbare Geschichtenerzähler“, sagt Henshaw. „Wir fühlen uns in den Geschichten zu Hause. Deshalb können wir sie so schnell abdrehen, bis zu 20 Szenen am Tag.“

Keiner der Schauspieler hat ein Double. Die Maske macht man zwischendurch. Dem Hollywood-verwöhnten Auge kommen die Filme seltsam vor.

„Man kann ein Kunstwerk nicht kritisieren, indem man es am Maßstab anderer Kulturen misst. Das wäre beinahe

Kolonialismus“, sagt Tchidi. Zurzeit versucht er, afrikanische Schauspieler für neue Projekte zu engagieren. Bisher sind Nollywood-Filme nur in Nigeria erfolgreich. Nun will Tchidi mit „frischem Fleisch“ ganz Afrika erobern.

Dabei lässt sich jetzt schon viel Geld in Nollywood verdienen. Ein bis zwei Euro kostet eine DVD im Supermarkt, beim Friseur oder auch in eigens dafür gebauten Bretterverschlägen. „Filme sind unsere Lebensbegleiter“, sagt Sandra Banjano, die Videos verkauft. „Nachmittags, wenn die Kinder nach Hause kommen, dann können wir uns bei einem Film entspannen. Und abends, wenn wir mit der Hausarbeit fertig sind, schauen wir noch einen Film.“ In Sandras Bretterladen steht ein kleiner Fernseher, aus dem Nollywood den ganzen Tag dröhnt. Oft ist Kate Henshaw zu sehen. „Die ist eine von uns“, sagt Sandra. „Die kennt das Leben in den Dörfern.“ Kate Henshaw lacht über solche Sätze. „Ich identifiziere mich nicht mehr mit den Leuten in den Dörfern. Ich bin weitergezogen. Mein Geist hat sich verändert. Meine Augen sind weit offen.“ Die Krankenhausleiterin hört zu. Und dann spricht sie die Schauspielerin an. „Unsere Augen sind auch offen, das solltest du nie unterschätzen. Denn wie sollten wir deine Filme mit geschlossenen Augen anschauen?“, sagt sie und lacht, laut und von Herzen.

Nicole Macheroux-Denault, Traumfabrik Nollywood, in: Welt am Sonntag vom 8. März 2009



EyeUbiquitous /Hutchison

Der Erdölreichtum Nigerias kommt nur einer kleinen Schicht zugute. Bohranlage in Bonny im Bundesstaat Rivers



George Osodi / AP

In zwölf Bundesstaaten Nordnigerias gilt das islamische Recht, die Scharia. Wegweiser in Bauchi 2006

strukturierte Land in einen anerkannten politischen Akteur des Kontinents verwandelt. Nigeria glaubte nun, auf Grund seines Ölreichtums, seines demographischen Gewichts und seiner damals 250 000 Mann starken Armee prädestiniert zu sein, eine Führungsrolle in Afrika zu spielen und Afrikas Stimme in der Welt zu sein. Darüber hinaus hatte der Glaube, allein mit Devisen Unter- und Nichtentwicklung überwinden zu können, die gesamten Eliten des Landes erfasst und sie zu Großkonsumenten umfunktioniert, die der Weltmarkt mit Konsum- und Investitionsgütern, Fernstraßen, Industrieanlagen, Luxusgütern, Autos, Bildungseinrichtungen und hoch qualifizierten Fachkräften belieferte. Als der Ölpreis in den 1980er Jahren einbrach, brach auch der Traum einer schnellen Industrialisierung und Modernisierung in sich zusammen. Was blieb, ist eine bis heute weithin gültige Grundstruktur des politischen und sozioökonomischen Systems, das sich im Wesentlichen auf die Erdöl- und Erdgaseinnahmen stützt: Korruption in allen Institutionen und auf allen Gesellschaftsebenen, organisierte Schwermriminalität in allen Landesteilen, Gewaltkonflikte um Grund und Boden sowie um Macht und Einfluss auf kommunaler und bundesstaatlicher Ebene, weit verbreitete absolute Armut, marode Infrastruktur, eklatanter Mangel an Elektrizität, Trinkwasser und Benzin. Positive Entwicklungen gab es lediglich im Bereich der Kommunikationstechnologie, denn dank der Digitalisierung gehört Nigeria quantitativ mittlerweile zu den führenden Handy-Nationen der Welt.

So dient die am US-amerikanischen Föderalismus orientierte föderative Struktur Nigerias mit seinen mittlerweile 36 Bundesstaaten, dem Bundesterritorium Abuja mit seinen sechs Stadt-

bezirken (*Area Councils*) und den 786 Bezirken (*Local Governments*) den Eliten und Mandatsträgern als wichtigste Plattform, den Ressourcenreichtum nach einem festgelegten Schlüssel zu ihren Gunsten umzuverteilen. Die starke Stellung der Gouverneure, untermauert durch die Rechtsprechung des obersten Gerichtshofes, hat zahlreiche Machtzentren geschaffen, die, alimentiert durch die verfassungsrechtlich abgesicherten üppigen Anteile aus den Erdöl- und Erdgaseinnahmen, weitgehend ein politisches Eigenleben führen. Die Versuche der beiden gewählten Staatspräsidenten Obasanjo und Umaru Musa Yar'Adua, die ausufernde Korruption mit rechtstaatlichen Mitteln zu bekämpfen, sind bislang weitgehend gescheitert.

Nach vorsichtigen Schätzungen haben sich die nigerianischen Eliten im Laufe der letzten drei bis vier Jahrzehnte mindestens 400 Milliarden Dollar aus dem Ölsektor problemlos widerrechtlich angeeignet und auf in- und ausländische Konten transferiert. Die große nigerianische Diaspora in Afrika und in Übersee war und ist Teil dieses Netzwerkes, um Transaktionen dieser Größenordnung überhaupt durchführen zu können. Die internationale Gemeinschaft hat diesem Treiben, bislang jedenfalls, nichts Substantielles entgegengesetzt, sondern es aus Opportunitätsgründen in der Regel sogar geduldet. Denn die USA als wichtigster Importeur nigerianischen Erdöls und Erdgases und die EU haben ein grundsätzliches Interesse an einem zumindest halbwegs stabilisierten Nigeria. Jenseits der riesigen Energiereserven betrachten die westlichen Staaten Nigeria auch als Ordnungsfaktor in der westafrikanischen Region, der einen wichtigen Beitrag zu UN-Blauhelmissionen innerhalb und außerhalb Afrikas liefert.

Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste)

Daniel Lambach

Die Elfenbeinküste liegt am Golf von Guinea und grenzt an Liberia, Guinea, Mali, Burkina Faso und Ghana. Das Land ist in zwei geographische Zonen unterteilt: eine trockene Savanne im Norden und einen tropischen Regenwald im Süden. 19,27 Millionen Menschen bewohnten 2007 dieses Land, das mit 322 500 Quadratkilometern etwa ähnlich groß wie die Bundesrepublik Deutschland ist. Der Süden ist wesentlich dichter besiedelt als der Norden; dort konzentrieren sich auch die Anbaugelände für Kaffee und Kakao, die beiden wichtigsten Exportgüter der Elfenbeinküste. Zwar ist Yamoussoukro seit 1983 die offizielle Haupt-

stadt der Elfenbeinküste, der wahre politische Mittelpunkt des Landes befindet sich aber weiterhin in der vorigen Hauptstadt Abidjan, die mit ihren etwa vier Millionen Einwohnern das größte Bevölkerungszentrum der Elfenbeinküste ist.

Die geographische Spaltung des Landes spiegelt sich in der Sozialstruktur: Während die Bewohner des Nordens zumeist Muslime sind und mit etwa 40 bis 50 Prozent der Gesamtbevölkerung die größte religiöse Gruppe darstellen, leben im Süden vorwiegend Christen und Anhänger traditioneller Religionen. Jenseits der religiösen Zugehörigkeiten ist die ivo-

rische Gesellschaft in eine Vielzahl von ethnischen Gruppen unterteilt. Nach sprachlichen Kriterien lassen sich grob Akan, Kru, Mande und Senufo unterscheiden, wobei die Senufo und Mande den Norden, die Kru den Südwesten und die Akan den Südosten bewohnen. Die Akan machen etwa 27 Prozent der einheimischen Bevölkerung aus, die Kru rund 18 Prozent. Weitere 24 Prozent gehören zu mandesprachigen Ethnien, hinzu kommen die Senufo mit zwölf Prozent und sonstige Ethnien mit 13 Prozent.

In vorkolonialer Zeit gab es bei manchen Akan-Völkern, zum Beispiel den Baoulé und den Agni, lokale Königreiche mit differenzierter politischer Organisation. Die Kru und Senufo lebten vorwiegend in kleinen Gemeinschaften, während die Mande von den verschiedenen Großreichen Westafrikas (Mali, Songhay, Kong) regiert wurden. Die Kolonisierung der Elfenbeinküste vollzog sich nach dem für Westafrika üblichen Muster: Ab dem 16. Jahrhundert errichteten Handelsreisende erste Posten an der Küste. Ab 1840 schlossen die Franzosen Verträge mit einzelnen Königen der Akan und etablierten über die nächsten Jahrzehnte schrittweise ein Protektorat. Die meisten einheimischen Völker wehrten sich zwar gegen das französische Vordringen, wurden jedoch gewaltsam unterworfen und ihre Anführer durch kooperative *chefs* ersetzt. 1893 wurde *Côte d'Ivoire* offiziell als Kolonie in *Afrique Occidentale Française* (Französisch-Westafrika, 1895 bis 1958) aufgenommen. Die französische Kolonialherrschaft war hart: Einheimische Institutionen wurden zerschlagen, wenn sie nicht mit der Struktur des neuen Kolonialstaates harmonierten. Die christianisierten Eliten des Südens wurden von den Franzosen als Mittelspersonen in den Herrschaftsapparat einbezogen.

Nach der Auflösung des französischen Kolonialreiches wurde die Elfenbeinküste 1960 unabhängig. In Abidjan etablierte sich der Arzt Félix Houphouët-Boigny mit seiner *Parti Démocratique de la Côte d'Ivoire* (PDCI) schnell als dominante Kraft. Nach seinem unangefochtenen Sieg in der ersten Präsidentenwahl des Landes errichtete er schrittweise ein Einparteiensystem, in dem seine PDCI die Macht monopolisierte. Konkurrenten ließ Houphouët-Boigny aus dem Verkehr ziehen oder band sie in ein Patronagesystem ein, das für Ruhe und Stabilität im Land sorgte. Um dieses System mit den nötigen Ressourcen zu versorgen, förderte der Präsident die wirtschaftliche Entwicklung der Elfenbeinküste. Dazu ging er eine enge Partnerschaft mit Frankreich ein, das seine politische Treue mit konstant hohen Entwicklungshilfeszahlungen und umfangreichen Investitionen in die Plantagenwirtschaft und den für westafrikanische Verhältnisse starken Industriesektor belohnte. In den 1960er und 1970er Jahren wuchs die Wirtschaft um durchschnittlich sechs bis acht Prozent pro Jahr. Die PDCI verteilte die Gewinne, was Bürgern und Politikern half, über die ethnischen, regionalen und religiösen Spaltungen des Landes hinwegzusehen. Der Boom dieser zwei Jahrzehnte machte Côte d'Ivoire zu einem gefragten Arbeitsmarkt: Millionen von Westafrikanern kamen als Migranten ins Land, um auf den Plantagen zu arbeiten und beim Aufbau der Industrie und des Dienstleistungssektors zu helfen.

Als jedoch 1978 die Weltmarktpreise für Kaffee und Kakao zu fallen begannen, geriet die ivorische Wirtschaft in eine Krise, die das Land erstmals mit einer verbreiteten Arbeitslosigkeit konfrontierte. Die Regierung, die die sozialen Folgen der Krise zunächst abzufedern versuchte, geriet in eine Spirale der Verschuldung, die Ende der 1980er Jahre praktisch zur Insolvenz des Staates führte. Aus der Unzufriedenheit der Bürger entstand ein Klima der Fremdenfeindlichkeit, da die Einwanderer nun als Konkurrenz um knapper werdende Arbeitsplätze galten.



Issouf Sanogo / AFP / Getty Images

Neben Kaffee ist Kakao das wichtigste Exportgut der Elfenbeinküste. Kakao-bauern bei der Ernte 2007 in Godiehiri.

Unter dem Druck öffentlicher Proteste stimmte Houphouët-Boigny 1990 schließlich der Einführung eines Mehrparteiensystems zu, nahm jedoch der Opposition durch die sehr kurzfristige Ansetzung des Wahltermins jegliche Siegchancen, weshalb die PDCI ihre Machtposition erhalten konnte. Um der zunehmenden ethnischen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken, ernannte der Präsident Alassane Ouattara, einen Moslem aus dem Norden, zum Premierminister. Dies konnte die zunehmend unzufriedener werdende Bevölkerung nicht besänftigen, so dass es auch in den Folgejahren zu weiteren Unruhen kam.

Nach dem Tod des greisen Houphouët-Boigny im Jahr 1993 konnte sich Henri Bédié, der den Akan-Flügel der PDCI anführte, im Machtkampf um dessen Nachfolge durchsetzen. Anhänger Ouattaras verließen daraufhin die PDCI und gründeten mit dem *Rassemblement des Républicains* (RDR) eine neue Partei, die insbesondere im Norden Unterstützung fand. Das Parteiensystem wurde komplettiert durch die *Front Populaire Ivoirien* (FPI) unter Laurent Gbagbo, die ihre Hochburg unter den Kru hatte. Um Ouattara auszuschalten, erließ Bédié ein neues Wahlgesetz, das nur denjenigen Personen das aktive und passive Wahlrecht zusprach, die nie eine andere Staatsbürgerschaft besaßen und die letzten fünf Jahre ununterbrochen in der Elfenbeinküste gelebt hatten und deren beide Elternteile Ivorer waren. Es wurde behauptet, der Vater Ouattaras stamme aus Burkina Faso, der populäre Oppositionelle sei burkinischer Staatsbürger und habe aufgrund seiner früheren Tätigkeit für den IWF ohnehin zu lange im Ausland gelebt. Damit wurde jedoch nicht nur Ouattara von den Wahlen 1995 ausgeschlossen, sondern auch mehrere Millionen Nachkommen von Migranten. Diese waren lange Zeit Anhänger der PDCI gewesen, unterstützten aber inzwischen den RDR. Dieses Dekret hatte außerdem eine Signalwirkung: Bald kam es zu fremdenfeindlichen Übergriffen und zu Vertreibungen von burkinischen und malischen Einwanderern.

Bédié gewann zwar die von der Opposition boykottierte Präsidentenwahl, seine nächsten Regierungsjahre waren aber durch eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage, anhaltende Proteste der Opposition und einen Anstieg der Kriminalität gekennzeichnet. Am Heiligabend 1999 wurde Bédié von der Armee aus dem Amt geputscht und der ehemalige Generalstabschef Robert Gueï an seiner Stelle zum Interimspräsidenten ernannt.

Gueï formierte zunächst eine Allparteienregierung, setzte jedoch mit der Zustimmung der PDCI und der FPI Bédiés Politik der *Ivoirité* (Bestreben, nur „wahre Ivorer“ politisch zu beteiligen, s.o.) fort, um Ouattara und den RDR weiterhin aus der nationalen Politik auszuschließen. Bei den Wahlen im Oktober 2000 stellte sich die Armee hinter Laurent Gbagbo, der die Parlamentswahlen mit seiner Partei FPI knapp vor der PDCI gewann. Da die gesellschaft-

liche Spaltung sich unter Gbagbos Regierung weiter fortsetzte, kam es im September 2002 zum Aufstand einer Rebellenbewegung aus dem Umfeld der RDR und mit ihr sympathisierender Teile der Armee. Nachdem die Regierung die Aufständischen aus Abidjan vertreiben konnte, zogen sich diese in den Norden zurück, wo sie auf breite Unterstützung von RDR-Sympathisanten trafen. Nach kurzen Kämpfen war das Land effektiv in eine Nord- und eine Südhälfte geteilt, es kam zu Massenvertreibungen von Muslimen aus dem Süden ebenso wie von Christen aus dem Norden.

Auf der Grundlage eines Waffenstillstandsabkommens wurden französische Truppen zur Überwachung einer neutralen Zone zwischen der Regierung und den sich als *Forces Nouvelles* (FN) bezeichnenden Rebellen stationiert, die beide Seiten jedoch regelmäßig verletzten. 2003 wurde das Friedensabkommen von Linas-Marcoussis (Frankreich) vereinbart, das die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, eine Abschaffung des diskriminierenden Wahlgesetzes und eine Demobilisierung der Konfliktparteien vorsah. Auch die Umsetzung dieses Abkommens wurde von Regierung und Rebellen ständig hintertrieben. Als bei einem Luftangriff der ivoirischen Luftwaffe auf Rebellenstellungen neun französische Soldaten umkamen, die die Einhaltung des Friedensabkommens sicherstellen sollten, zerstörte die französische Interventionstruppe umgehend alle Flugzeuge der ivoirischen Armee durch ein gezieltes Bombardement. Gewaltsame, von der Regierung angestachelte anti-französische Proteste waren die Folge, sodass ein Großteil der noch in Abidjan verbliebenen Europäer das Land verlassen musste.

Seither haben zwar die gewalttätigen Auseinandersetzungen ein vorläufiges Ende gefunden, die politische Krise ist jedoch noch nicht überwunden. Auf Linas-Marcoussis folgten weitere unter internationaler Vermittlung ausgehandelte Friedensverträge, die jedoch weitgehend wirkungslos blieben. Erst 2007 konnte mit dem Abkommen von Ouagadougou, Burkina Faso, eine neue Basis für den Friedensprozess gefunden werden. Der FN-Anführer Guillaume Soro wurde dadurch zum Premierminister unter Präsident Gbagbo ernannt. Diese Machtteilung zwischen FN und FPI bedeutete auch eine gleichzeitige Marginalisierung der PDCI und



Pascal Guyot / AFP / Getty Images

Frankreich verfügt über Einfluss in seinen ehemaligen Kolonien. Französische Truppen sichern 2004 in der Nähe von Abidjan, Elfenbeinküste, die Straße zum Flughafen.

der RPR. Sollte es zu Präsidentenwahlen kommen, wären jedoch deren Anführer Bédié und Ouattara die wichtigsten Konkurrenten Gbagbos, da der frühere Studentenführer Soro das Mindestalter für die Präsidentschaft (40 Jahre) noch nicht erreicht.

So verwundert es nicht, dass die im Ouagadougou-Abkommen vereinbarten Wahlen mehrfach verschoben wurden. Auch zeigt die Regierung wenig Elan bei der Umsetzung verschiedener anderer Maßnahmen wie zum Beispiel der Integration der Rebellen in die Armee, der Entwaffnung von Milizen, der Wiederherstellung der staatlichen Autorität im Norden des Landes, der Ausgabe von Ausweisen und dem Aufbau eines neuen Wählerregisters. Sowohl der Zeitpunkt als auch der Ausgang der Wahl sind zur Zeit nicht vorherzusagen.

Dakar, Hauptstadt des Senegal, ist bedeutendster Wirtschaftsstandort und wichtigste Hafenstadt des Landes.



Andreas Buck

Senegal

Sven Grimm

Senegal ist eine afrikanische Demokratie mit schwieriger wirtschaftlicher Ausgangsbasis. Das Land ist als *Least Developed Country* (am wenigsten entwickeltes Land) klassifiziert und hat ein sehr hohes Armutsniveau. Die Regierung will die Armut senken; sie muss die Bevölkerung in Wahlen von ihrem Programm immer wieder überzeugen und tendiert daher oftmals zu schnellen Versprechungen.

Senegal gilt seit seiner Unabhängigkeit 1960 als Stabilitätsanker in der Region. Als ununterbrochen zivil regiertes Land ist es in Afrika eine positive Ausnahme. Die politische Macht liegt, hoch zentralisiert, beim Präsidenten. Er „bestimmt die Politik der Nation“, sitzt der Regierung vor, ernennt den Premierminister und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, die bisher politisch neutral blieben. Trotz der präsidialen Machtfülle ist die politi-

sche Gewaltenteilung weitgehend garantiert. Seit den späten 1990er Jahren sind die Wahlen international anerkannt frei und fair, wenngleich teilweise logistisch schlecht vorbereitet.

Die Menschenrechte werden generell geachtet. Senegal hat eine freie und kritische Presse, auch wenn deren journalistische Qualität variiert. Eine Reihe von Medien – darunter auch unabhängige Radiostationen mit großem Verbreitungsgrad – pflegen eine regierungskritische Berichterstattung. Allerdings funktioniert die Justiz nur mangelhaft, und es bestehen Einschränkungen aufgrund von Stigmata für bestimmte soziale Gruppen wie beispielsweise Homosexuelle oder der Hexerei verdächtige Personen.

Die Wolof stellen in Senegal die größte Volksgruppe mit einem Anteil von rund 40 Prozent. Andere Ethnien sind die Peul (rund 20 Prozent) sowie die Serer, Toucouleur, Diola, Malinke und Soninke. Es gibt auch Libanesen, Mauren und Europäer. Die Mehrheit der Senegalesen bekennt sich zum Islam, eine Minderheit (geschätzt auf ca. vier Prozent) zum Christentum, wobei die katholische Konfession überwiegt. Die Trennung von Religion und Staat wird in Senegal – in französischer Tradition – strikt beachtet. Religiöse und ethnische Konflikte spielen keine Rolle.

Muslimische Bruderschaften üben Einfluss aus, wirken aber – wie die katholische Kirche – ausgleichend. Die Bruderschaften werden von spirituellen Religionsführern (*marabouts*) geleitet und stellen aufgrund ihres Rückhalts in der Bevölkerung einen wichtigen politischen Faktor dar. Die größten und einflussreichsten Bruderschaften sind die Tidijane und die Mouriden. Zur Letzteren gehört auch Senegals gegenwärtiger Präsident Abdoulaye Wade, der jedoch streng auf die Laizität der Republik achtet.

Die senegalesische Gesellschaft folgt in der Regel patriarchalischen Mustern. Frauenrechte sind verfassungsrechtlich verankert, doch das Diskriminierungsverbot wird nicht konsequent umgesetzt. Traditionen wie die Polygamie, die Vielehe, werden allerdings kritisch diskutiert; die weibliche Genitalverstümmelung ist gesetzlich verboten. Auch wenn zu Beginn der Amtszeit Präsident Wades eine Frau als Premierministerin fungierte, sind Frauen in Führungspositionen stark unterrepräsentiert.

Soziale Sprengkraft liegt in der Arbeitslosigkeit. Das Wirtschaftswachstum schafft zwar langsam Arbeitsplätze, erfüllt aber bei weitem nicht die Erwartungen der Jugend. Enttäuschte Hoffnungen und Perspektivlosigkeit motivieren Migranten, von Senegal auf die Kanarischen Inseln zu gelangen.

In Senegals Politik sind persönliche Netzwerke entscheidend. Sie wiegen in der Regel schwerer als die Parteizugehörigkeit. Die Regierungspartei PDS (*Parti Démocratique Sénégalais*) gründete der gegenwärtige Präsident Wade, als Mitte der 1970er Jahre neben der damals einzig zugelassenen Regierungspartei PS (*Parti Socialiste*) vier weitere Parteien zugelassen wurden. Wade, der sich damals in der Opposition befand, ließ die PDS als liberale Partei registrieren, steht aber keineswegs für einen wirtschaftsliberalen Kurs. Privatisierungen wurden zudem bereits unter seinem Amtsvorgänger, dem Sozialisten Abdou Diouf, durchgeführt.

Die Opposition besteht aus mehr als 20 Parteien, von denen die meisten sich als ideologisch „links“ verstehen. Führende Kraft ist die ehemalige Regierungspartei PS. Sie unterlag am Ende ihrer Regierungszeit in den späten 1990er Jahren starken Spaltungstendenzen, welche unter anderem den Regierungswechsel 2000 zu Präsident Wade ermöglichten. Die Regierungs- und Oppositionskonstellationen haben sich seither mehrfach gewandelt.

Internationale Entwicklungshilfegeber ermahnen Afrikas Politiker häufig zu *ownership* (Verantwortungsübernahme).

Ihre Vorstellungen lassen sich vor Ort jedoch keineswegs immer einfach umsetzen. Den Forderungen nach Senkung der Subventionen für Lebensmittel oder Öl werden die senegalesischen Politiker wahrscheinlich kaum nachgeben, weil sie von der Wahlbevölkerung abgelehnt werden.

Senegal verfügt über wenig eigene Ressourcen; nennenswert vorhanden sind nur Fischgründe und Phosphat. Mehr als die Hälfte der senegalesischen Bevölkerung lebt von weniger als zwei US-Dollar am Tag, ein knappes Fünftel von weniger als einem US-Dollar täglich. Die größten Armutsanteile finden sich unter der ländlichen Bevölkerung, vor allem im trockenen Norden und Osten des Landes. Landflucht erhöht aber auch den Anteil der Armen in den küstennahen Städten. Senegals Urbanisierungsgrad zählt zu den höchsten Subsahara-Afrikas: Etwa die Hälfte der Bevölkerung lebt in Städten.

Die personellen und finanziellen Kapazitäten des Landes sind chronisch knapp, sie reichen nicht, um eine auch nur annähernd flächendeckende Versorgung der Bevölkerung im Bildungs- und Gesundheitsbereich zu gewährleisten. Rund drei Viertel des medizinischen Personals finden sich in den beiden größten Städten, Dakar und Thiès, die ländlichen Gebiete sind dagegen sehr schlecht versorgt. Positiv hervorzuheben ist demgegenüber, dass Senegal mit offiziell 0,9 Prozent die niedrigste erfasste HIV/Aids-Infektionsrate aller Länder Subsahara-Afrikas aufweist; eine frühe Aufklärungspolitik hat hier segensreich gewirkt.

Senegals Wirtschaftspolitik setzt auf private Dienstleistungen und Investitionen, während staatliche Maßnahmen vorwiegend die Rahmenbedingungen dafür gewährleisten sollen. Ein Großteil der Wirtschaft ist informell, wird also nicht in offiziellen Statistiken erfasst und beschränkt sich auf die Produktion für den Verkauf auf lokalen Märkten. Dies erschwert eine Besteuerung und wirtschaftspolitische Steuerung. Einer der dynamischsten formellen Wirtschaftssektoren Senegals ist die Telekommunikation. Mangelhaft ist die (unsichere) Energieversorgung. Die Stromkosten decken nicht die Erzeugerpreise; Senegal ist in großem Maß auf teurer werdende Erdölimporte angewiesen.

Fischmarkt in Dakar im Juni 2002



Aufbruch in ein neues Leben?

[...] Thiaroye-sur-Mer – kein anderer Ort im Senegal hat so viele Menschen auf dem Weg nach Europa verloren [...].

Einer der Verschollenen ist der Sohn von Aram Laye. Wenn sie an die Kanaren denkt, muss sie weinen. Die Inseln im Atlantik waren das Traumziel ihres Kindes. An diesen Stränden wollte er ankommen und aufbrechen in ein neues Leben. [...] Im Morgengrauen stieg er in eine der bunt bemalten Pirogen und fuhr los. Seitdem gilt das Holzboot mit rund achtzig jungen Männern an Bord als verschollen.

Anfangs ging Aram Laye jeden Morgen ans Meer. Starrte dorthin, wo das Wasser ihren Sohn genommen hatte. [...] Jetzt widersteht sie diesem inneren Zwang und trifft sich mit anderen Frauen im „Collectif des Femmes contre l’immigration clandestine“, einem Verband gegen die heimliche Migration. Dort haben alle die gleichen Nöte. Sie alle haben einen Sohn oder den Ehemann verloren.

Der Verlust bedeutet für die Familien auch ökonomisch eine Katastrophe. Um die Reise zu finanzieren, hatten sie ihr Land, ihr Werkzeug und ihren Schmuck verkauft. Plötzlich stehen sie vor dem Nichts. Doch das Leben muss weiter gehen, und deshalb gibt es das Kollektiv. Die Kehrtwende verdanken die Frauen der Gründerin des Verbands, Yaye Bayam Diouf. Die energische Frau hat beinahe jede von ihnen persönlich aus dem Zustand ohnmächtiger Trauer herausgeholt.

Alle vertrauen Diouf, denn auch sie hat einen Sohn, ihren einzigen, bei einer der Überfahrten verloren. Zunächst ging die 48-Jährige ganz pragmatisch an die Sache heran. Die Frauen brauchten Geld für ihren Lebensunterhalt. [...] Deshalb verkaufen sie jetzt Couscous und Saft aus

Hibiskusblüten in den Straßen. Die Zuta-ten wie Hirse und Früchte kaufen sie gemeinsam, jede von ihnen legt monatlich 1250 cFA, das sind knapp zwei Euro, in den gemeinsamen Topf. Abends wird der Lohn ausgezahlt: 1000 cFA bar auf die Hand. Der Rest des Gewinns wird angespart für Notfälle und Kleinkredite. [...]

Wenn die Frauen ihre Körbe voller Essen auf dem Kopf durch die Straßen tragen, nutzen sie viele kleine Gelegenheiten, über ihr politisches Anliegen zu sprechen. Sie wollen andere Männer von der Reise mit den kleinen Pirogen abhalten. „Wir haben ja selbst unseren Söhnen die Tickets nach Europa gekauft“, sagt Aby Samb traurig: „Einige sind ja auch dort angekommen, aber die meisten sind auf der Reise gestorben. Als wir das begriffen, haben wir versucht, den anderen Frauen zu sagen, wir müssen unsere Söhne nicht weiter auf dem Meer sterben lassen.“

Innerhalb eines Jahres hat sich die Mitgliederzahl des Frauenkollektivs auf 550 verdreifacht. [...]

Was aber tun, um ihre Söhne zu behalten? Aby Samb, Generalsekretärin des Verbands, lacht: „Es ist bei uns ja wie überall auf der Welt, Kinder gehen ihre eigenen Wege und hören irgendwann nicht mehr auf die Alten. Also versuchen wir, die Menschen auf unsere Seite zu ziehen, auf die sie hören.“ Während des Ramadan organisierte das Kollektiv ein Treffen zwischen Imamen und Jugendlichen, denn fast alle haben einen Marabout, einen islamischen Heiler, dem sie Vertrauen schenken. Bevor sich einer auf die Reise macht, fragt er ihn um Rat. Nach Ansicht der Frauen, kann der Rat nur lauten: Steig nicht in das Boot. [...]

Aber die meisten jungen Männer, die am Strand für einen Job anstehen, war-

ten weiter auf einen Platz in einem der Boote. Die Mütter können zwar moralischen Druck aufbauen, aber die finanzielle Situation ihrer erwachsenen Söhne und Töchter können sie kaum verändern. Denn die bekommen keine regelmäßige Arbeit, und sie wollen ihren Familien nicht auf der Tasche liegen. Die Arbeitslosenquote liegt bei 48 Prozent. In Thiaroye-sur-Mer haben viele Fabriken geschlossen, der Küstenboden gibt für Landwirte kaum etwas her, und das Meer, jahrhundertealte Haupteinnahmequelle, ist von europäischen und japanischen Fangflotten leer gefischt.

Um Arbeit zu finden, wollen die jungen Männer bis nach Europa. Wie Mamadou Tall. Der 22-jährige Fischer hatte die Chance ergriffen, als ihm ein freier Platz als Fahrer auf einem Boot angeboten wurde. Noch vor Marokko entdeckte sie ein Hubschrauber des Grenzschutzes. Kurz darauf wurden sie von der bewaffneten Küstenwache aufgegriffen und zurückgeschickt. Mit einem Boot würde er nicht noch mal fahren, auch weil seine Mutter ihm ins Gewissen geredet hat. Jetzt hofft Mamadou Tall auf ein Flugticket nach Europa. „Warum dürfen unsere Jungs nicht legal einreisen? Warum können sie nicht dort Geld verdienen, wo sie wollen? Ihr kommt doch auch hierher und fischt unsere Meere leer“, ruft eine Händlerin, die am Strand Fische verkauft.

Es ist der Strand, den Aram Laye meidet. Könnte ihr zweiter Sohn sicher nach Europa fliegen, wie die Urlauber zu den Kanaren, wäre sie beruhigt. Stattdessen versucht sie ihn von seiner geplanten Reise abzuhalten: „Geh nicht“, habe ich ihm gesagt. „Ich überlebe das nicht, wenn du auch stirbst.“

Haidy Damm, „Wo das Meer die Söhne verschlingt“, in: Frankfurter Rundschau vom 22. September 2007

Afrikanische Bootsflüchtlinge vor der Küste Teneriffas im März 2006



REUTERS

Der Staat betreibt eine im afrikanischen Vergleich sehr gute Umweltpolitik, bei allerdings geringen Managementkapazitäten, mageren finanziellen und knappen natürlichen Ressourcen, die zudem einem hohen Bevölkerungsdruck ausgesetzt sind. Dürren und starke Regenfälle mit Überschwemmungen haben in den letzten Jahren zugenommen. Der Klimawandel wird das Sahel-Land nach internationalen Prognosen zu starken Anpassungsleistungen zwingen.

Die Südpfanz Casamance wurde lange Jahre politisch vernachlässigt – auch, weil sie durch Gambia geografisch weitgehend vom Rest des Landes abgeschnitten war. Als Folge entstand eine separatistische Gruppierung, der MFDC (*Movement des Forces Democratiques Casamançais*). Die Gruppe ist intern stark fragmentiert: Teile fordern Autonomie, eine kleine, radikale Minderheit die Unabhängigkeit. Der MFDC finanziert sich hauptsächlich durch bewaffnete Überfälle und Drogenanbau, genießt aber kaum noch Rückhalt bei der deutlich konfliktmüden Bevölkerung. Um den Konflikt zu entschärfen wird es künftig vor allem darum gehen, mehr in die Region zu investieren und deren wirtschaftliches Potenzial zu nutzen.

Senegal spielt traditionell eine konstruktive Rolle in Afrika, auch wenn die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn oftmals politisch kompliziert sind. Auf kontinentaler Ebene zählt Senegals Präsident Abdoulaye Wade zu den Initiatoren der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD). Senegal ist zudem ein aktives Mitglied der Afrikanischen Union

(AU) und arbeitet beispielsweise am Aufbau einer Brigade der AU-*Stand-by forces* zur Friedenssicherung in Afrika. Das Land gehört zudem zu den traditionellen Partnern der UN und stellt zahlreiche Blauhelmsoldaten. Es übernimmt damit als relativ kleiner Staat eine wichtige Rolle auch in den europäisch-afrikanischen Beziehungen.

Das gute Verhältnis zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und zur EU ist nicht frei von politischen Interessensgegensätzen. Ein wichtiges Thema in den Beziehungen zur EU (insbesondere zu Spanien) bleibt die illegale Migration nach Europa, für die Senegal aufgrund seiner Nähe zu den Kanarischen Inseln eine wichtige Durchgangsstation darstellt. Die Regierung Wade akzeptierte die „Repatriierung“ von illegalen Migranten – und wurde dafür intern heftig kritisiert. Senegal setzt auch auf die Partnerschaft mit aufstrebenden Mächten, vor allem Indien und China.

Unwägbarkeiten für Senegals Zukunft liegen in der Weltwirtschaft, von der Senegal stark abhängt, insbesondere im Ölpreis und bei weltweiten Nahrungsmittelpreisen. Ein zentraler Faktor ist auch die interne Stabilität der Regierungspartei PDS, in der sich der über 80jährige Präsident Wade bisher erfolgreich gegen aufkommende Rivalen durchsetzen konnte. Auch ökologische, soziale oder internationale Krisen könnten drastische Folgen haben. Senegal hat es jedoch bisher geschickt verstanden, die inneren sozialen Konflikte nicht eskalieren zu lassen.

Ghana und Mali

Gero Erdmann

Ghana und Mali gelten als zwei der wenigen Fälle erfolgreicher Demokratisierung in Afrika seit 1989. Repräsentativen Umfragen zufolge wird die Demokratie als Herrschaftsform von mehr als zwei Dritteln der Bevölkerung unterstützt und die Zustimmung zum Mehrparteiensystem wächst weiter.

Beide Länder waren vor der Demokratisierung von Militärs beherrscht. Mali wurde 23 Jahre lang (1968 bis 1991) von einem Präsidenten (Moussa Traore) regiert. Ghana war hingegen von einem Wechsel instabiler Regime gekennzeichnet; Zivilregierungen (1957-1966; 1970-1972; 1979-1981) wurden mehrfach von Militärs (1966-1969; 1972-1979; 1981-1992) gewaltsam abgelöst.

Ghana

Ghana wurde 1957 aus dem britischen Kolonialreich entlassen und zunächst von Kwame Nkrumah regiert, der sich als Befreiungskämpfer verdient gemacht hatte. Fehlgeschlagene Versuche, ein sozialistisches Staatssystem zu etablieren, führten zu einer finanziellen Krise und politischer Instabilität durch häufige Putschversuche. 1981 griff auf diese Weise der Fliegerhauptmann Jerry Rawlings ein zweites Mal zur Macht.

Anders als in Mali kontrollierten er und seine Militärregierung den politische Wandel in Ghana von oben. Mit dem im Zuge der Demokratisierung gegründeten *National Democratic Congress* (NDC) konnte er 1992 die ersten Mehrparteienwahlen gewinnen, die allerdings von der wichtigsten Oppositionspartei, der *New Patriotic Party* (NPP), nach Unregelmäßigkeiten bei der Präsidentschaftswahl boykottiert worden waren. Bei den

zweiten Wahlen 1996 trat die NPP zwar an, konnte sich aber gegen Rawlings und seinen NDC nicht durchsetzen.

Im Gegensatz zu anderen Staatschefs trat Rawlings verfassungskonform nach zwei Amtszeiten 2000 von Präsidentenamt zurück. Der an seiner Stelle für den NDC angetretene Atta Mills musste sich diesmal dem NPP-Kandidaten John Agyekum Kufuor geschlagen geben. Erst mit dieser zweiten Wahl ist der erste demokratische Regierungswechsel in Ghana vollzogen worden.

John Evans Atta Mills bei der Stimmabgabe in Accra am 28. Dezember 2008: Er gewann die Wahl und trat sein Amt im Januar 2009 an.



Rebecca Blackwell/AP

Kufuor wurde 2004 im Amt zusammen mit einer (erneuten) NPP-Mehrheit im Parlament bestätigt. Im Dezember 2008 wurde John Evans Atta Mills von der NPP mit knapper Mehrheit im zweiten Wahlgang zum Präsidenten gewählt; er trat sein Amt am 7. Januar 2009 an.

Mali

Im Süden Malis siedeln vorwiegend schwarzafrikanische Völker, während der Norden von Berbern bewohnt wird. Von 1898

bis 1960 stand das Land unter französischem Einfluss, und ab der Unabhängigkeit war es ein sozialistischer Einparteiensstaat.

1991 führten Massenproteste zum Sturz des Einparteiensregimes. Gestützt auf eine Nationalkonferenz gelang der Übergangsregierung, die aus Zivilisten und Vertretern des Militärs unter der Führung von General Amadou Toumani Touré bestand, ein geordneter Übergang zur Demokratie. Aus den ersten demokratischen Präsidentschaftswahlen 1992 gingen Alpha Oumar Konaré und die *Alliance pour La Démocratie Malienne* (ADEMA) als Sieger hervor. Der Wechsel zur Demokratie war damit zugleich mit einem Regierungswechsel verbunden.

Basisdemokratie in Mali

[...] Die Gemeinde Dioro ist ungefähr fünf Autostunden von der Hauptstadt Bamako entfernt, [...] eine von 703 ländlichen Kommunen, die in Mali Mitte der 1990er-Jahre geschaffen wurden. Die Macht soll zurückkehren aufs Land – das war eine Vision derer, die in Mali gegen die Diktatur gekämpft hatten.

In Dioro erlebt Mali eine Premiere: Der Bürgermeister legt vor den Fernsehkameras Rechenschaft ab, er rechtfertigt öffentlich, was er mit dem Geld der Bürger gemacht hat. Issa Doumbia sitzt leicht gekrümmt vor dem Mikrofon, ein baumlanger Mensch, der Schweiß läuft in Strömen von seinem glatt rasierten Schädel, als er sich durch den Haushalt der Gemeinde kämpft. Vor ihm auf dem Marktplatz ein paar hundert Bürger auf Stühlen und Matten, manche greifen ihn an, mit dem wachen Misstrauen der Malier gegenüber allem, was Staat ist.

[...] „Zu viele hohe Funktionäre in Mali sind Diebe“, sagt der Bürgermeister. „Deshalb glauben die Leute nur, was sie mit eigenen Augen sehen.“ Dezentralisierung, sagt er, sei die einzige Chance für Mali, sich

zu entwickeln. „Auf nationaler Ebene ist der Staat einfach verdorben.“ [...]

Die Erfahrungen von Dioro gelten inzwischen als Modell: Bürger, die Vertrauen haben, zahlen mehr kommunale Steuern – und sie betrachten die Privatisierung des Staates durch gierige Politiker nicht mehr als Naturgewalt. Mali und Burkina Faso, zwei arme Baumwollstaaten, sind Afrikas Vorreiter bei der Dezentralisierung. „Halte dich aufrecht aus eigener Kraft!“, so wird der Begriff im lokalen Bambara umschrieben. Aber woher die Kraft nehmen? Malis Regierung hat großzügig Aufgaben nach unten delegiert; um Schulen, Straßen, Wasser, Abfall dürfen sich nun die Kommunen kümmern; nur das Geld, das soll noch möglichst lange in der Hauptstadt bleiben.

Dioros wichtigste Ressource ist der Markt; 4 000 Händler nutzen ihn, viele kommen von weit her. Früher war der Markt schmutzig und brachte der Kommune nichts ein. Beides hat sich nun geändert, dank einer demokratischen Struktur. Einfach war das nicht: Die Debatte mit den einzelnen Branchengrup-

pen der Händler dauerte ein Jahr, nun wählt die Vollversammlung jeder Branche einen Delegierten, und die Delegierten wählen für ein Jahr ein Komitee, das den Markt leitet.

Am Markttag drängeln sich Gebühreneintreiber mit winzigen Quittungen durch das Gewühl: Umgerechnet 8 Cent sind für einen Eselkarren zu entrichten, 17 Cent für einen regulären Stand. Die Quittungen bloß nicht wegwerfen!, hat es im Radio geheißen – damit es keinen Missbrauch gibt. Die 8 Cent könnten ja sonst zweimal kassiert werden!

Drei Viertel der Einnahmen wandern in den Gemeindehaushalt, mit dem Rest wird der Markt instand gehalten. Der Sekretär des Marktkomitees notiert akribisch in einem Schulheft, was der Gebührenchef des Komitees ihm seinerseits aus einem Schulheft vorliest. Das Schulheft ist in Mali das Erkennungszeichen der Basisdemokratie: In seinen Zeilen werden die kleinen Münzen der Partizipation verzeichnet, mit Akkuratess und Hingabe.

In einem makellos gebügelten Hemd, der „Seriosität des Amtes wegen“, fährt Dioros Buchhalter auf einem Moped durch Matsch und Staub, um in den 30 Dörfern der Gemeinde die jährlichen Steuern einzutreiben. Winzige Summen aus unserer Sicht, aber niemand kann sie auf einen Schlag bezahlen. 8 Cent pro Schaf, 16 Cent pro Esel, 40 für eine Kuh, 3 Euro pro Mensch. Hinten auf dem Moped des Buchhalters sitzt ein Polizist, um den Geldtransport zu bewachen.

Neuerdings verleiht die Gemeinde Preise an die Dörfer mit der besten Steuermoral: Radiogeräte und Säcke mit Reis. Der letztjährige Sieger ist ein Fischerdorf des Bozo-Volks, 1 600 Menschen, drei Familiennamen, 100 Prozent Steuerzahler. [...]

Dorfälteste im Dogonland, Mali, beraten über Probleme der Dorfgemeinschaft.



Nach seiner Wiederwahl 1997 trat Konaré verfassungskonform nicht erneut zur Wahl 2002 an. Die dritten demokratischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen brachten dann Amadou Toumani Touré an die Macht und bedeuteten einen neuen Regierungswechsel. 2007 wurde Touré, gestützt auf ein breites Parteienbündnis, erneut gewählt.

Anders als das ghanaische Parteiensystem ist das Regierungs- und Oppositionslager in Mali stark fragmentiert. Aus den ersten beiden Wahlen war die ADEMA noch dominant mit einer absoluten Mehrheit der Parlamentssitze hervorgegangen und sah sich einer Opposition von neun Parteien gegenüber. Doch schon die folgenden beiden Wahlen ergaben keine eindeutigen Mehrheiten mehr. 2002 verlor die ADEMA ihre Mehrheit an ein neu geschaffenes Parteienbündnis. Bei den Wahlen 2007 siegte ein neu formiertes Bündnis von zwölf Parteien unter Einschluss der ADEMA, das Präsident Touré unterstützte. Die Zersplitterung des Parteiensystems hatte jedoch bislang keine Polarisierung und Unregierbarkeit zur Folge.

Der Vergleich der beiden Länder macht deutlich, dass unterschiedliche historische Regimeentwicklungen, verschiedene Wege des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie und unterschiedliche Parteiensysteme gleichermaßen eine erfolgreiche Demokratisierung möglich machen.

Die Mano River Staaten – Sierra Leone, Liberia, Guinea

Dunja Speiser

Der gemeinsame Grenzfluss Mano ist Namensgeber der zwischenstaatlichen Wirtschaftsgemeinschaft, die die Länder Sierra Leone, Liberia und Guinea seit 1973 verbindet. Sie werden zusammenfassend auch als Mano-River-Staaten bezeichnet.

Seit 1990 sind die drei Länder von Krieg überzogen. Die Region gehört zu den instabilsten der Welt. Für die Konflikte charakteristisch war ein sehr hohes Maß an Gewalt, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hatte. Hunderttausende von Menschen fanden den Tod, ebenso viele mussten flüchten. Während der Kriege gab es eine unüberschaubare Anzahl von Rebellengruppen, die von den jeweiligen Nachbarstaaten unterstützt wurden. Trotz Entwaffnungsprogrammen, die im Laufe der letzten Jahre von der internationalen Gemeinschaft durchgeführt wurden, ist die Region von Kleinwaffen überschwemmt. Geschätzte 20 000 Kinder haben als Soldaten gekämpft und zum Teil grausame Verbrechen begangen. Diese Menschen in ein normales Leben zu integrieren, gehört heute zu den schwierigsten Aufgaben, um die seit Anfang des Jahrtausends laufenden Friedensprozesse zu stabilisieren.

Die Ursachen der Konflikte sind vielschichtig und tief in der Geschichte der betroffenen Länder verankert. Hauptverantwortlich sind schlechte Regierungsführung, Korruption, wirtschaftliches Missmanagement und Missachtung der Menschenrechte auf Seiten sämtlicher Parteien. So haben die jeweiligen Machthaber über Jahrzehnte die staatlichen Institutionen, soziale Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und Infrastruktur sowie die Wirtschaft zugrunde gerichtet, bis Liberia und Sierra Leone schließlich zu den ersten so genannten Zerfallenen Staaten gehörten. Die in der Region lebenden Menschen zählen zu den ärmsten der Welt, obwohl ihre Länder sehr reich an natürlichen Ressourcen wie Diamanten,



Karin Desmarowitz / agenda

Diamantenmine nahe Koidu in Sierra Leone: Oftmals finanzieren die Erträge der Minen die blutigen Bürgerkriege.



Chris Hondros / Getty Images

Szene in der liberianischen Hauptstadt Monrovia 2003: Mehr als 20 000 Kinder haben als Soldaten in den Kriegen der Region gekämpft.



George Osodi / AP

Die seit 2006 amtierende liberianische Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf (M.) gilt als Hoffnungsträgerin für einen dauerhaften Frieden in ihrem Land.

Edelhölzern und Gold sind. Diese Bodenschätze, allen voran die durch Sierra Leone bekannt gewordenen „Blutdiamanten“, haben die Konflikte zwar nicht verursacht, sie jedoch angeheizt und verlängert, indem die verschiedenen Gruppen mit der Ausbeutung der Rohstoffvorkommen ihre Kämpfe finanzierten.

Der Beginn des regionalen Konflikts liegt in Liberia, wo an Weihnachten 1989 von der Elfenbeinküste aus die Rebellengruppe *National Patriotic Front of Liberia* (NPFL) einfiel, um das diktatorische Regime von Samuel Doe (1980 bis 1990) zu bekämpfen. Die NPFL wurde von Charles Taylor angeführt, der von Libyen unterstützt und in dortigen Militärlagern ausgebildet worden war. Neben dem Kampf um die Macht in Liberia unterstützte Taylor die Rebellion des ebenfalls von Libyen protegierten Foday Sankoh und seiner *Revolutionary United Front* (RUF) in Sierra Leone, wo diese vor allem die an Diamanten reichen Regionen in ihre Gewalt brachten. Taylor wurde als erfolgreichster Kriegsherr der Region 1997 zum Präsidenten Liberias gewählt, aber 2003 gezwungen, ins Exil zu gehen. Für ihm vorgeworfene Kriegsverbrechen in Sierra Leone muss sich Taylor seit 2007 vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten. Die bewaffneten Aufstände zogen auch die angrenzenden rohstoffreichen Gebiete in Guinea in Mitleidenschaft. Das Land hat über die Jahre zwar selbst direkt keinen Krieg erlebt, trug jedoch stark an den Lasten der großen Flüchtlingsströme und wurde wiederholt bezichtigt,

Rebellen gegen Liberia zu unterstützen. Auch die Elfenbeinküste, die erst seit 2008 offizielles Mitglied der MRU ist, war durch die Unterstützung bewaffneter Gruppen in den Konflikt involviert. Zahlreiche Friedensabkommen und nationale wie internationale Versuche während der ersten Kriegsjahre, die Gewalt zu beenden, scheiterten. Die Friedenstruppen der westafrikanischen Staaten (ECOMOG) wurden gar selbst Teil der Auseinandersetzungen, für deren massive Gewalt nicht nur die diversen Rebellen, sondern auch die Armeen und Milizen der jeweiligen Regierungen verantwortlich waren. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre konnten die Konflikte in Liberia wie Sierra Leone zwar für kurze Phasen beruhigt werden, zu keiner Zeit wurden sie jedoch wirklich gelöst und durch die regionalen Verstrickungen der beteiligten Akteure stets erneut zum Ausbruch gebracht. Erst der Entschluss der internationalen Gemeinschaft, mit einem „robusten Mandat“ (Kapitel VII) der Vereinten Nationen militärisch einzugreifen und die Länder mit umfassendem Engagement zu befrieden und wieder aufzubauen, konnte die Kriege in Sierra Leone (2002) und Liberia (2003) beenden. Die Chance für dauerhaften Frieden in der Region besteht, die Risiken für einen erneuten Kriegsausbruch sind jedoch hoch. Die Ursachen der Konflikte sind bislang weder in Liberia noch in Sierra Leone gelöst worden, die politische Situation in Guinea ist fragil und der Friedensprozess in der Elfenbeinküste steht auf tönernen Füßen.

Suche nach Gerechtigkeit

[...] In einem silbergrauen Hochhaus am Haager Stadtrand arbeiten Menschen wie Gloria Atiba-Davies, denen über hundert Staaten vor gut zehn Jahren den Auftrag erteilten, Völkermord und andere schwere Verbrechen zu ahnden und die Ära der Straflosigkeit zu beenden. [...] Sie kommt aus Sierra Leone. [...]

Gloria Atiba-Davies leitet bei der Anklagebehörde die Gender and Children Unit: eine Abteilung, die sich mit Verbrechen gegen Frauen und Kinder befasst. Es geht zum Beispiel um Mütter, die vor den Augen ihrer Familien vergewaltigt wurden. Oder um 14-jährige Soldaten, die weder lesen noch schreiben, aber mit Macheten ein Dorf niedermetzeln können. Seit vier Jahren bearbeitet die Ermittlerin solche Fälle. [...]

Karrierejuristin, Asylbewerberin, Emigrantin, Ermittlerin. Das sind ihre Stationen der vergangenen zwölf Jahre. Gloria Atiba-Davies war die ranghöchste Staatsanwältin in Sierra Leone, 1997, als sie nach einem Militärputsch über Nacht zum Flüchtling wurde. Ihr Name stand auf der „Wanted“-Liste der Putschisten ganz oben, ihr Haus wurde niedergebrannt. Ihre beiden Söhne, damals zwölf und neun Jahre alt, wurden von Freunden in Sicherheit gebracht. Ein Jahr später,

1998, kam sie als Asylbewerberin in London an, zu einer Zeit, als in Rom über hundert Nationen auf einer Konferenz den Internationalen Strafgerichtshof gründeten. Vier Jahre später – in Den Haag stöpselten Juristen des Gerichtshofs gerade die ersten Computer ein – schlug sie sich in New York als Kanzleihilfin bei amerikanischen Anwaltsfirmen durch, hungrig nach Informationen über den Bürgerkrieg in ihrem Heimatland Sierra Leone, hungrig nach Meldungen über Charles Taylor, damals noch Präsident des Nachbarstaates Liberia, Unterstützer der Rebellen in Sierra Leone, die mit „Blutdiamanten“ handelten und den Präsidenten am Geschäft beteiligten.

Als Atiba-Davies ihren Posten in Den Haag antrat, lag ihre Heimat in Trümmern, vom Krieg geschwächt. Charles Taylor dirigierte aus einer Luxusvilla im nigerianischen Exil weiterhin Putschisten durch Westafrika. Dass sie diesen Mann eines Tages in Den Haag auf der Anklagebank sehen würde, hier im Gerichtssaal 2, ein paar Stockwerke unter ihrem Büro, hätte sich Gloria Atiba-Davies damals nicht träumen lassen. [...]

Charles Taylor [...] müsste eigentlich jetzt in Freetown, Sierra Leone, sein, wo der Sondergerichtshof für Sierra Leone, be-

wacht von mongolischen Blauhelmen, die Verbrechen des Bürgerkriegs in diesem westafrikanischen Land verhandelt.

Aber weil Taylor sogar nach seiner Verhaftung im März 2006 als zu einflussreich und gefährlich für die Region galt, bat das Sondergericht die niederländische Regierung, den Prozess gegen Taylor in Den Haag führen zu dürfen. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in elf Fällen, darunter sexuelle Gewalt, Verstümmelungen, Massenmorde und Plünderungen, so lautet die Anklage, begangen durch Rebellengruppen in Sierra Leone, die Taylor unterstützt und angestiftet haben soll. [...]

Gloria Atiba-Davies, die Ermittlerin aus Sierra Leone, wird sich Taylors Auftritt nicht entgehen lassen. Zweimal schon hat sie ihn aus dem Zuschauerraum heraus beobachtet, wie er akribisch seine Akten sortiert. Seltsam sei es, ihn hier zu sehen, sagt Gloria Atiba-Davies, „wenn man sich erinnert, wie viele Menschen er in Angst versetzen konnte“. Aber auch „befriedigend, weil er jetzt wenigstens dieses Verfahren über sich ergehen lassen muss“. Mit einem Urteil gegen Taylor ist nicht vor 2010 zu rechnen. [...]

Andrea Böhm, „Die Großwildjäger“, in: DIE ZEIT Nr. 10 vom 26. Februar 2009

Denis M. Tull

Zentralafrika: schwache Staatlichkeit und grenzüberschreitende Kriege

Schwache staatliche Strukturen erleichtern in Zentralafrika die grenzübergreifende Ausbreitung gewaltsamer Konflikte und die Einflussnahme auswärtiger Mächte. Die mehrheitlich autokratischen Herrschaftssysteme sorgen dafür, dass die reichen Rohstoffvorkommen nur wenigen zugute kommen.



Pascal Maitre / cosmos / Agentur Focus

Die Felsentürme des Mandara-Gebirges an der Grenze zwischen Kamerun und Nigeria ragen bis nahezu 1500 Meter in die Höhe.

Zur Region Zentralafrika zählen die Länder Äquatorial-Guinea, Burundi, Demokratische Republik Kongo (DRK), Gabun, Kamerun, Republik Kongo (Kongo-Brazzaville), Ruanda, São Tomé und Príncipe, Tschad und die Zentralafrikanische Republik (ZAR). Gemeinsam mit Angola (aber ohne Ruanda) bilden sie die Wirtschaftsgemeinschaft der Zentralafrikanischen Staaten (*Communauté Economique des Etats de l'Afrique Centrale*, CEEAC), die – ungeachtet ihrer geringen Handlungsfähigkeit – einen der fünf regionalen Pfeiler der Afrikanischen Union darstellt.

Die Existenz dieser Regionalorganisation erlaubt allerdings keinen Rückschluss auf eine starke regionale Identität. Im Gegenteil ist die Region in erster Linie eine soziale und politische Konstruktion, deren Teilstaaten auf inner- wie zwischenstaatlicher Ebene eine beträchtliche Heterogenität aufweisen. Diese ist unter anderem auf historische und räumlich-geographische Faktoren zurückzuführen. Zwar sind die Mehrheit der zentralafrikanischen Staaten ehemalige französische Kolonien, Äquatorial-Guinea sowie São Tomé und Príncipe gehörten jedoch früher zu Spanien; Burundi, DR Kongo und Ruanda waren belgisch. Räumlich kontrastiert der mit Abstand größte Flächenstaat DR Kongo mit kleinen Insel- und Flächenstaaten – Äquatorial-Guinea, São Tomé und Príncipe, Ruanda, Burundi. Viele Länder Zentralafrikas ragen in andere afrikanische Großregionen hinein: Burundi, DR Kongo und Ruanda nach Ostafrika, DR Kongo ins südliche Afrika, Kamerun und Tschad

nach Westafrika, Tschad nach Nordafrika, DR Kongo, Tschad und die ZAR ins Horn von Afrika. Die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Grenzen der Region sind also fließend.

Trotz ihrer Heterogenität lassen die Staaten der Region – zumindest aber Teilgruppen – gemeinsame Merkmale erkennen. In großer Zahl leiden sie unter schwachen staatlichen Strukturen. Entscheidungen der Regierungen werden aufgrund mangelnder institutioneller Kapazitäten der Behörden nicht durchgesetzt oder reichen kaum über die Grenzen der Hauptstädte hinaus. In der DR Kongo, im Tschad und in der ZAR lässt sich nicht einmal ein staatliches Gewaltmonopol durchsetzen. Eine wichtige Ausnahme ist Ruanda. Sowohl die mörderische Effizienz des Genozids von 1994 als auch die rasche Wiederherstellung politischer Ordnung nach dem Völkermord zeugen davon, dass die staatlichen Strukturen Ruandas relativ konsolidiert sind. Staatsschwäche ist in Zentralafrika keineswegs nur ein vorübergehendes Phänomen; sie ist strukturell und im System angelegt. Wiederkehrende gewaltsame Krisen, Rebellionen und Bürgerkriege sind ein Ausdruck dieser Schwäche. Bis auf Gabun und Kamerun fanden in jedem Land der Region im Verlauf der letzten 15 Jahre Putschversuche, Bürgerkriege oder andere gewalttätige Auseinandersetzungen statt. Die Schwäche staatlicher Strukturen erleichterte dabei, ähnlich wie in Westafrika und am Horn von Afrika, die Ausbreitung von Konflikten über Landesgrenzen hinweg. Jüngstes Beispiel sind die Auseinandersetzungen am Horn von Afrika, insbe-

sondere im Sudan, an denen Tschad und die ZAR zunehmend beteiligt sind. Eine besonders dramatische Konfliktverflechtung ergab sich während des zweiten Krieges in der DR Kongo (1998 bis 2002), an dem sich zahlreiche Länder der Region militärisch beteiligten und dessen Auslöser die regionalen Auswirkungen des Genozids in Ruanda (1994) waren.

Neben der Staatsschwäche weisen die politischen Systeme der Region Gemeinsamkeiten in ihren Grundzügen auf. Mit Ausnahme des Inselstaates São Tomé und Príncipe wird keiner der Staaten demokratisch regiert. Zwar werden in allen Ländern seit den 1990er Jahren Wahlen abgehalten, sie entsprechen aber in der Regel nicht den Kriterien „frei“ und „fair“. Der Schutz der Menschenrechte und die Ausübung politischer Freiheiten sind in der Regel nicht gewährleistet.

Die Wechselwirkungen zwischen autoritärer Herrschaft und politischer Stabilität sind in Zentralafrika sehr unterschiedlich ausgeprägt. In Gabun, Kamerun und Äquatorial-Guinea gibt es relativ konsolidierte autokratische Systeme mit einem hohen Maß an Regimestabilität. Dies verdeutlicht die lange Amtsdauer ihrer Staatsoberhäupter. So ist Kameruns Präsident

Paul Biya seit 1982 im Amt, Gabuns Präsident Omar Bongo gar seit 1967. Bongo ist damit der dienstälteste Staatsoberhäupter Afrikas. Deutlich wechselhafter und labiler ist die politische Situation in Burundi, DR Kongo, Tschad und in der ZAR. Diese Länder befinden sich seit Jahren in einer Spirale der Gewalt, die nur kurze Unterbrechungen erfährt. Militärputsche und von Rebellen geführte Anti-Regime-Kriege haben sich hier als Instrument (gewaltsamer) Regierungswechsel etabliert, wobei programmatische oder ideologische Zielsetzungen kaum eine Rolle spielen. Im Mittelpunkt steht vielmehr der Versuch, die Kontrolle über den Staat und seine Ressourcen zu erlangen.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht haben die Staaten der Region manches gemein. Mit Ausnahme der ressourcenarmen Staaten Burundi und Ruanda verfügen alle über wertvolle Bodenschätze, vor allem über Erdöl. Während Gabun und Kongo-Brazzaville lang etablierte Ölproduzenten sind, begann die Ölförderung in Äquatorial-Guinea, Tschad sowie São Tomé und Príncipe erst in jüngerer Zeit. Eine besonders spektakuläre Entwicklung durchlief Äquatorial-Guinea, das innerhalb weniger Jahre nach Angola und Nigeria zum drittgrößten Ölprodu-

Land Hauptstadt	Fläche in km ²	Bevölkerung 2007	Bevölk.- wachstum 2007, in Prozent	Religion in Prozent	BIP/Kopf PPP US-Dollar/ Rang 2006	HDI Rang 2006
Äquatorial-Guinea Malabo	 28.100	0,51 Mio.	2,4	Christen: 80 Animisten: 20	27.161 / 29	115
Burundi Bujumbura	 27.834	8,5 Mio.	3,9	Christen: 78 traditional-afrikanische Religionen: 20 Muslime: 2-3	333 / 177	172
Demokratische Republik Kongo Kinshasa	 2.344.900	62,4 Mio.	2,9	Christen: ca. 70 kimbanguistisch: 10 Muslime: ca. 10 traditionelle Religionen: 10	281 / 178	177
Gabun Libreville	 267.700	1,33 Mio.	1,5	Christen: 65 Naturreligionen: 30 Muslime: 5	14.208 / 52	107
Kamerun Yaounde	 475.400	18,53 Mio.	2,0	Christen: 50 Muslime: 20 Übrige: lokale traditionelle Religionen	2.043 / 133	150
Republik Kongo Brazzaville	 342.000	3,77 Mio.	2,1	Christen: 50 Naturreligionen: knapp 50 Muslime: 3	3.550 / 119	130
Ruanda Kigali	 26.300	9,74 Mio.	2,8	Christen: 93 Muslime: 5 andere: 2	819 / 165	165
São Tomé und Príncipe São Tomé	 1.000	160.000	1,8	Christen: rd. 90 und andere	1.534 / 146	128
Tschad NDjamena	 1.284.000	10,76 Mio.	2,8	Muslime: 56 Christen: 22 Animisten: 22	1.470 / 147	170
Zentralafrikanische Republik Bangui	 623.000	4,34 Mio.	1,8	Animisten: rd. 55 Christen: rd. 30 Muslime: rd. 15	679 / 170	178

Spalten :

1-5: der Abfrage: April 2009); Spalten 6 und 7: UNDP

zenten Subsahara-Afrikas aufstieg und allein im Jahr 2006 Einnahmen in Höhe von 3,3 Milliarden US-Dollar verbuchte. Noch sind die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Ölbooms ungewiss. Die bisherigen Anzeichen deuten aber darauf hin, dass die neuen Ölproduzenten der Region, vor allem Äquatorial-Guinea und Tschad, einen ähnlichen Weg beschreiten werden wie vor ihnen bereits Gabun und Kongo-Brazzaville. Auch in den neuen Produzentenstaaten wird voraussichtlich eine von Korruption durchzogene Rentenökonomie entstehen, in der die Öleinnahmen durch die Eliten des Landes zugute kommen statt in produktive, entwicklungsfördernde Vorhaben reinvestiert zu werden. Da es an öffentlicher Transparenz und demokratischen Institutionen fehlt, ist eine am Allgemeinwohl orientierte Nutzung der Ölrenten in den neuen Produzentenstaaten auf absehbare Zeit eher nicht zu erwarten.

Zentralafrika zählt zu den Regionen, in denen außerafrikanische Akteure traditionell eine bedeutsame Rolle spielen. So unterhalten Gabun, Kamerun, Kongo-Brazzaville, Tschad und die ZAR nach wie vor enge Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, die im Tschad nach wie vor eine Mili-

tärbasis unterhält. Paris hat sich zudem immer wieder – auch militärisch – in innenpolitische Machtkämpfe eingeschaltet, um befreundete Regime zu stützen. Französische Wirtschaftsinteressen, insbesondere der Erdölkonzern Elf-Aquitaine, haben traditionell in Gabun und Kongo-Brazzaville Einfluss ausgeübt. Auch wenn Frankreich in seinen ehemaligen Kolonien weiterhin ein gewichtiger Akteur bleibt, haben Interessenverlagerungen die französische Aufmerksamkeit in jüngerer Zeit verstärkt auf Nigeria und Südafrika gelenkt. Als Teil des Golfs von Guinea sind die ölproduzierenden Staaten Zentralafrikas auch in den Fokus der USA und Chinas gerückt. Erdölfirmen beider Länder engagieren sich vor allem in Äquatorial-Guinea, São Tomé und Tschad. Ob der Erdölboom – wie von einigen Beobachtern behauptet – zu einem neuen geostrategischen Wettlauf in der Region führen wird, ist derzeit noch offen.

Die fließenden politischen und kulturellen Grenzen kommen teilweise auch in den Mitgliedschaften der Staaten bei diversen Regionalorganisationen zum Ausdruck. Burundi und Ruanda sind 2006 der Ostafrikanischen Gemeinschaft (*East African Community*, EAC) beigetreten, die DR Kongo gehört neben der

Gabun „in der Ressourcenfalle“

Für Reiche lässt es sich gut leben in Libreville, der Hauptstadt Gabuns. Die Regale der Supermärkte sind mit Delikatessen aus Europa voll. Es gibt Räucherlachs aus Schottland, Moët-Champagner und Evian-Mineralwasser, Käse und Joghurt aus Frankreich und Katzenfutter der Marke Rognons de Volaille-Gourmet. Während die Mehrheit der Menschen in Holzhütten mit Blechdach lebt, sind diese Supermärkte das Symbol einer aus dem Ölboom hervorgegangenen Konsum-Elite.

Die Ölförderung macht rund achtzig Prozent der Exporterlöse des Landes aus, das Rabi-Kounga-Ölfeld im Süden bringt den Großteil der Einnahmen. Der seit 1967 autokratisch regierende Präsident El Hadj Omar Bongo – einer der am längsten im Amt befindlichen Staatschefs der Welt – hat die Strandpromenade der Hauptstadt Libreville in ein tropisches Imitat der französischen Riviera verwandelt. [...]

Der Ölboom brachte Partystimmung in das kleine Land: 1984 hielt Gabun den Weltrekord für den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Champagner. Auf den Boom folgte zwei Jahre später eine Depression: Der Ölpreis fiel um fünfzig Prozent, die Wirtschaft kollabierte. Dann wurde 1989 das Rabi-Kounga-Feld entdeckt, und als die Preise stiegen, ging es erneut steil bergauf. Doch auf der Petro-Hochschaubahn geht es von nun an trotz steigender Preise für Gabun bergab, sagt der Vertreter des Internationalen Währungsfonds in Gabun, Richard Randsrianmaholy: „Die Ölförderung sank von achtzehn Millionen Tonnen im Jahr 1996

auf rund dreizehn Millionen Tonnen bis Ende 2003.“ Und weil ein Sinken der Ölförderung auch sinkende Staatseinnahmen bedeutet, schnappt die Schuldenfalle zu. [...]

Anstatt in Bildung und Gesundheitsversorgung zu investieren, hat Gabuns Präsident Omar Bongo eine Menge Geld in das Prestigeprojekt transgabonesische Eisenbahn gesteckt, das allein rund drei Milliarden Euro gekostet hat. Bongos Günstlinge erhielten gut bezahlte Jobs in einem aufgeblähten Staatsapparat. (Der Professor für Politikwissenschaft und Westafrika-Experte an der American University in Paris, Douglas) Yates: „Milliarden wurden gestohlen, Milliarden in Projekte gesteckt, mit denen Geld verloren wurde, und es wurden riesige Kredite aufgenommen. Nun geht viel Geld in den Schuldendienst – rund fünfzig Prozent des Staatshaushalts. Ein großer Teil der Öleinkünfte geht an die Banken zur Rückzahlung der 3,3 Milliarden Dollar, das Ölgeld Gabuns mehrert heute schlicht die Profite der Banken.“

Neben den westlichen Banken waren die wahren Profiteure des Ölbooms in Gabun die Ölkonzerne. Bis zu 75 Prozent trug Gabun Mitte der 80er-Jahre zu den Profiten des französischen Ölkonzerns Elf (heute Total) bei. Als kleines Dankeschön zahlte Elf rund hundert Millionen Euro auf schwarze Konten des Potentaten Omar Bongo, wie André Tarallo, der frühere Chef der Produktionsabteilung bei Elf (auch „Mr. Africa“ genannt), beim Korruptionsprozess gegen den Konzern im Juni 2003 zu Protokoll gab.

Gabun leidet am „Fluch der Ressourcen“. Die Ölkonzerne werden in solchen Ländern übermächtig. Im Fall von Gabun war Elf ein

Staat im Staat und gleichzeitig der verlängerte Arm der französischen Geheimdienste. [...] Denn die ehemalige Kolonialmacht verwendete Gabun als Basis für militärische Aktivitäten und Spionage in West-Afrika.

[...] Die fetten Jahre sind aber vorbei für Gabuns Petrokraten. In den kommenden Jahren muss das Land seine Wirtschaft diversifizieren und mit sinkenden Einnahmen aus dem Ölgeschäft fertig werden. [...] Das Erdöl hat die Landwirtschaft verdrängt, nur mehr ein Prozent des Bodens wird bewirtschaftet. Eine typische Entwicklung für Petro-Staaten. Wenn erst einmal die Ölquellen sprudeln, suchen die Menschen Jobs in der Ölindustrie und verlassen ihre Felder. [...] Vom Ölreichtum werden weder Land noch Leute nachhaltig profitiert haben.

Thomas Seifert / Klaus Werner, „Schwarzbuch Öl“ (Schriftenreihe der bpb, Bd. 588), Bonn 2006, S. 190 ff.

Aussichtsreiche Zukunft? Omar Bongo, derzeit dienstältester Staatschef Afrikas, wurde bei den Wahlen 2005 für weitere 7 Jahre im Amt bestätigt.



Xinhua / Das Fotoarchiv

CEEAC auch der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (*Southern African Development Community*, SADC) an. Diese „Zerrissenheit“ hat auch Auswirkungen auf die Rolle der CEEAC im Rahmen der neuen Sicherheitsarchitektur der Afrikanischen Union. Die AU plant militärische *stand-by forces*, die als afrikanische *Peacekeeping*-Missionen eingesetzt werden sollen. In jeder der fünf Regionen Afrikas (Nord-, Ost-, Südliches, West- und Zentralafrika) soll je eine Brigade aufgestellt werden. Burundi und Ruanda werden sich dabei nicht an der zentralafrikanischen, sondern an der ostafrikanischen Brigade beteiligen. Angola und die DR Kongo sind sowohl Mitglieder der CEEAC als auch der SADC und werden wohl an beiden regionalen Brigaden teilnehmen. Es existieren also sowohl innerhalb der zentralafrikanischen Großregion als auch an ihren Rändern überlappende, teilweise konkurrierende Regionalorganisationen, die die politische und wirtschaftliche Integration der Region erschweren. Neben den bereits erwähnten Organisationen zählen dazu die Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (*Communauté Economique et Monétaire d'Afrique Centrale*, CEMAC), die Gemeinschaft der sahel-saharanischen Staaten (*Communauté des Etats Sahélo-Sahariens*, CEN-SAD) und die Wirtschaftsgemeinschaft des Landes der Großen Seen (*Communauté Economique des Pays des Grands Lacs*, CEPGL).

Demokratische Republik Kongo

Denis M. Tull

Als Ergebnis eines außergewöhnlich kurzen Entkolonialisierungsprozesses erlangte die DR Kongo (ehemals Zaire) 1960 ihre Unabhängigkeit von Belgien. Machtkämpfe, Sezessionsbewegungen sowie Destabilisierungsversuche durch belgische und amerikanische Interessengruppen (Unternehmen und Geheimdienste) führten rasch in einen Bürgerkrieg, der

mit Unterstützung einer Friedensmission der Vereinten Nationen beendet wurde. Im Jahr 1965 putschte sich der Generalstabschef Joseph Mobutu an die Macht, die er über mehr als 30 Jahre nicht mehr abgab. Mit Hilfe westlicher Staaten, die ihn als loyalen Verbündeten im Ost-West-Konflikt sahen, errichtete Mobutu einen autoritären Einparteiensstaat, der durch die extreme Personalisierung der Herrschaft in Gestalt des Präsidenten gekennzeichnet war. Erst im Jahr 1997 wurde Mobutu von einer Rebellenbewegung aus dem Amt getrieben, die mit der militärischen Unterstützung einiger Nachbarstaaten das Land erobert hatte. Aber auch der neuen Regierung unter dem ehemaligen Rebellenführer Laurent-Désiré Kabila gelang es nicht, der politischen und wirtschaftlichen Krise Herr zu werden. Schon 1998 brach ein erneuter Krieg aus. Gemeinsam mit Burundi, Ruanda und Uganda versuchten mehrere Rebellengruppen, das Kabila-Regime zu Fall zu bringen. Der Konflikt endete 2002 mit einer Machtteilung zwischen Regierung und Rebellen. Im Jahr 2006 fanden schließlich unter weitgehend fairen und friedlichen Bedingungen Wahlen statt, die Amtsinhaber Joseph Kabila, der Sohn des 2001 ermordeten Laurent-Désiré Kabila, für sich entschied.

Auslöser der gewaltsamen Konflikte im Land seit den 1990er Jahren war in erster Linie das Übergreifen der Bürgerkriege in den Nachbarländern Ruanda, Angola, Burundi und Uganda auf den Kongo. Zur vollen Entfaltung konnte die regionale Verflechtung von Konflikten nur aufgrund der krisenhaften innerstaatlichen Bedingungen im Kongo gelangen. Sie sind nicht nur bedeutsam mit Blick auf die Kongo-Kriege (1996 bis 1997; 1998 bis 2002), sie bilden auch die strukturellen Rahmenbedingungen für die aktuellen und künftigen Bemühungen, den politischen und wirtschaftlichen (Wieder-)Aufbau des Landes voranzubringen. Denn Politik und Herrschaft im Kongo werden bis heute stark durch historisch gewachsene Strukturen bestimmt, insbesondere die politische Geographie sowie die politische Ökonomie.

Kongos Geographie weist Merkmale (Grenzen, Demographie, Infrastrukturen) auf, die die Konsolidierung des staatli-

Vizegouverneur in Süd-Kivu

[...] Normen anwenden, Lösungen finden – so kennt er das aus seinem alten Leben, damals als Ingenieur im Tiefbauamt im rheinischen Troisdorf und später bei der Deutschen Bahn. Aber jetzt sitzt Kibala [...] in Bukavu im Osten des Kongos, wo Krisen und Probleme nicht warten, bis sie an der Reihe sind, sondern einfach über einen hereinbrechen. Es ist neun Uhr morgens, und der Tag riecht schon nach Ärger.

In Kabare, nur wenige Kilometer von Bukavu, plündern seit gestern Soldaten der kongolesischen Armee Häuser, weil sie keinen Sold bekommen haben. Die Lehrer, seit vier Monaten ohne Lohn, drohen mit Streik. In Kibalas Vorzimmer wartet der Polizeichef, um Spesen für eine Reise zu kassieren, die eindeutig keine Dienstfahrt war. Und auf Kibalas Schreibtisch stapeln sich Gehaltszettel seiner Angestellten.

Eigentlich sollen heute die April-Löhne ausgezahlt werden. Es ist der 3. Juni. Jean Claude Kibala [...] ist der neue Vizegouverneur der Provinz Süd-Kivu und als solcher zuständig für Verwaltung und Finanzen. Er weiß immer noch nicht, wie viele der 275 Lohnempfänger des Gouverneursamts hier wirklich arbeiten und wie viele Karteileichen sind, für die jemand doppelt kassiert, was nach kongolesischer Lesart nicht unter den Tatbestand des Betrugs, sondern unter Selbsthilfe fällt. [...]

Die Provinz Süd-Kivu ist für ein solches Vorhaben selbst nach kongolesischen Maßstäben ein besonders hartes Pflaster: 65 000 Quadratkilometer Fläche, 500 Kilometer kaum bewachter Grenze zu Ruanda, Burundi und Tansania, geschätzte 50 Kilometer geteerte Straße. Auf 4,5 Millionen Einwohner kommen 300 000 Binnenflüchtlinge, mindestens 13 Rebellen Gruppen. Unter einer spektakulär schönen Berg- und

Seenlandschaft liegen die Massengräber aus dem fünfjährigen Krieg, außerdem enorme Vorkommen an Gold, Zinnerz und Coltan, und ganz tief unten der ostafrikanische Graben, der immer wieder die Erde beben lässt. [...]

Es ist 10.30 Uhr, die Auszahlung der April-Gehälter wurde erneut verschoben, Kibala will nach Kabare. Offenbar haben sich die Bewohner dort zum Protest gegen die Armee versammelt, was böse enden kann.

[...] Über eine Stunde braucht die Karawane für die 30 Kilometer nach Kabare. [...] Etwa 200 Menschen, Bauern, Lehrer, Markthändlerinnen, viele mit abgewetzten Bibeln unterm Arm, starren auf die Soldaten der 14. Brigade, die sich auf einer Wiese versammelt haben, Panzerfaust oder Kalaschnikow über der Schulter. [...] Rund 50 Soldaten haben sich in einer Lehmbarracke ohne Dach einquartiert. Es ist feucht, es stinkt, und für einen Moment wirkt dieser Haufen Schwer-

chen Institutionengefüges nach der Unabhängigkeit erheblich erschwert haben. Kongos Bevölkerung von etwas mehr als 60 Millionen Menschen lebt weit verstreut auf einer Fläche von der Größe Westeuropas. Während weite Teile des Landesinneren dünn besiedelt sind, finden sich die Gegenden mit der höchsten Bevölkerungsdichte in den Grenzregionen, vor allem im Osten des Landes (Kivu-Provinzen). In der Provinz Nord-Kivu etwa leben über sieben Prozent von Kongos Gesamtbevölkerung, für die allerdings die Hauptstädte von nicht weniger als fünf Nachbarstaaten räumlich näher liegen als die eigene Landeshauptstadt Kinshasa.

Die staatliche Durchdringung und Kontrolle des riesigen Territoriums, das staatliche Gewaltmonopol, wird zudem durch äußerst dürftige Kommunikations- und Infrastrukturwege erschwert. Mit einem Netz asphaltierter Straßen von gerade einmal circa 2400 Kilometern verfügt Kongo über die geringste Straßendichte Afrikas. Unverändert seit der kolonialen Zeit blieb die Art und Weise, wie die spärlichen Verkehrswege genutzt werden. Kongos Hauptverkehrsachsen spiegeln die während der Kolonialzeit etablierte Wirtschaftsstruktur wider, die seither in erster Linie darauf ausgerichtet blieb, die enormen mineralischen Bodenschätze (Gold, Kupfer, Erze und Diamanten) zu exportieren. Sie sind bis heute die Lebensadern des Staates, und die Einkommen aus den Exporten dienen den politischen Eliten zur eigenen Bereicherung. Die regionale Konzentration der Rohstoffvorkommen auf einzelne Provinzen – vor allem Kasai und Katanga – förderte die Entstehung einer Rentenökonomie, die sich auf die Ausbeutung von Rohstoffen in reichen Gebietsteilen konzentrieren konnte. Dies hatte wirtschaftlich wie politisch weitreichende negative Konsequenzen. Die auf die rohstoffreichen Regionen konzentrierte Inselökonomie blieb vom Rest des Landes weitgehend abgeschottet, so dass von ihr keine breitenwirksamen Entwicklungsimpulse ausgingen. Auch politisch blieb das Land ein Archipel, das – wie bereits zur Kolonialzeit – in nützliche und weniger nützliche Inseln und Gebiete eingeteilt war. Die Finanzierung des Staates und seiner Eliten war durch die Inselwirtschaft gesi-



C. Püeschner / ZEITENSPIEGEL / VISUM

In der DR Kongo haben Rebellen Gruppen ca. 20 000 Kinder zum Waffendienst gezwungen. Hier sichern Kindersoldaten in der Provinz Nord-Kivu den Diebstahl von Coltan zur Finanzierung von Waffengeschäften.

chert; es bestanden weder politische noch wirtschaftliche Anreize, staatlicherseits entwicklungsfördernde Strukturen flächendeckend aufzubauen. Diese Verbindung aus demographischen Faktoren, Grenzverläufen sowie der Verteilung und Ausbeutung von Rohstoffen bestimmt daher bis heute die politischen Strukturen des Landes. Es ist aber zu betonen, dass diese koloniale Hinterlassenschaft kein unabwendbares Schicksal war. Alle Regierungen des unabhängigen Kongo haben in ihrem eigenen Interesse – wenn auch nicht in dem des Landes – diese Strukturen fortgeführt und damit den Aufbau eines mo-

bewaffneter ebenso erbärmlich wie bedrohlich. „Was soll hier schon passiert sein?“, sagt einer achselzuckend. „Wir haben keinen Sold gekriegt, also müssen wir uns selber helfen.“ [...]

Als Kibala gegen 16 Uhr mit seinem Konvoi wieder durch das Tor des Gouverneursamts rollt, ist er um einige Dollar ärmer und sieht aus, als könnte er im Stehen einschlafen. Er hat nicht herausfinden können, wer in den vergangenen Monaten den Sold für die 3000 Soldaten der 14. Brigade in die eigene Tasche gesteckt hat. Dafür haben ihn die Dorfschefs von Kabare vier Stunden lang über schlammige Fußpfade von einer Visite zur nächsten bugsiert. Er musste die Platzwunden der Opfer der jüngsten Plünderungen begutachten, dem mwami, dem traditionellen Gemeindeoberhaupt, seine Aufwartung machen und hinter jeder zweiten Kurve vor einer Menschenmenge eine Stegreifrede halten. [...]

Gegen 21 Uhr sackt Kibala in den Sessel der Lobby seines Hotels [...]. Es warten die allabendlichen Bittsteller: Verwandte ersten, zweiten, dritten Grades, die Geld für ein Stipendium oder eine Arztrechnung brauchen. Alte Schulkameraden aus seiner Heimatstadt Kamituga, die einen Job suchen. Er ist doch jetzt „seine Exzellenz, der Vizegouverneur“, er kann doch bestimmt etwas organisieren.

Der nächste Morgen, 8.30 Uhr. Kassensturz. Der monatliche Finanzausgleich aus Kinshasa ist auf dem Bankkonto der Provinzregierung eingegangen. Umgerechnet gut 700 000 Dollar, dazu kommen Steuereinnahmen von 100 000 Dollar, das macht ein Jahresbudget von knapp zehn Millionen Dollar. Ein Kilometer Straße, von chinesischen Firmen geteert, kostet eine halbe Million Dollar. Zwanzig neue Straßenkilometer – und die Kasse für 2008 wäre leer.

Dabei könnte diese Provinz in Geld schwimmen. Jede Nacht schmuggeln Fischer zentnerweise Coltan und Zinnerz über den Kivu-See nach Ruanda [...]. Es raubt der Staatskasse jeden Monat Steuereinnahmen in der Höhe zweistelliger Millionenbeträge.

[...] Das war Anfang Juni. Vier Wochen später ist Kibala noch mal am Telefon und klingt erstaunlich zuversichtlich. [...] Es läuft gut mit der Benzinsteuer, der Bildungsminister in Kinshasa hat Gelder für die Bezahlung der Lehrer freigegeben. Kibala will sich aus Deutschland eine Maschine zur Herstellung von Straßenschildern und Hausnummern schicken lassen – ein erster Schritt zur Reform des Katasteramts.

[...] Ansonsten sei alles einigermaßen ruhig, es gebe halt viel zu tun.

Andrea Böhm, „Herr Kibala macht Staat“, in: DIE ZEIT Nr. 29 vom 10. Juli 2008

Walter Dhladhla / AP



Machtwechsel: Im Mai 1997 muss sich Zaires Machthaber Mobutu (l.) unter Vermittlung des südafrikanischen Präsidenten Mandela mit seinem Rivale Kabila (r.) verständigen.

Hartmut Schwarzbach / argus



In der Provinz Nord-Kivu im Osten Kongos gibt es zahlreiche Bürgerkriegsflüchtlinge. Blauhelme der UN-Mission MONUC nahe Goma

dernen Staates im westlichen Sinne verhindert. Die Machterhaltungsstrategien Mobutus und seiner Nachfolger, Laurent-Désiré Kabila und dessen Sohn Joseph, führten im Gegenteil seit den 1970er Jahren sogar zur schrittweisen Aushöhlung staatlicher Institutionen.

Da wirtschaftlich keine Notwendigkeit bestand und besteht, politische Herrschaft mit Hilfe staatlicher Bürokratien abzusichern, ruht die Ausübung politischer Macht auf Repression und informellen Institutionen, die ein Mindestmaß an politischer Stabilität gewährleisten sollen. Zu ihnen zählen Klientelnetzwerke politischer Verbündeter auf Provinz- und lokaler Ebene, deren Loyalität durch die Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen und Pfründen gesichert wird. Diese informellen Netze, die die Eliten des Landes von der Staatsspitze bis hinunter zur lokalen Ebene miteinander verbinden, sind politisch sehr effektiv, um den Status Quo zu behaupten. Sie untergraben jedoch die Kapazitäten der nebenher existierenden offiziellen Strukturen des Staates (Verwaltung, Gerichte, Polizei), fördern Despotismus auf allen Ebenen und tragen zu wirtschaftlichen Krisen bei. Informelle Politik und die Aufhebung der Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre durchziehen alle Aspekte des öffentlichen Lebens in der DR Kongo. Dies schließt politische Entscheidungsprozesse ebenso mit ein wie die Rekrutierung von Personal, die Verteilung staatlicher Ressourcen oder die Vergabe von öffentlichen Auf-

trägen und Lizenzen. Klientelismus, Korruption und die Privatisierung öffentlicher Institutionen und Ressourcen bilden im kongolesischen „Schattenstaat“ keine Defekte, sie sind Teile des Systems.

Dieses lange Zeit stabile Modell politischer Herrschaft erwies sich ab Mitte der 1980er Jahre nicht länger als tragfähig. Durch den Zusammenbruch des kongolesischen Bergbausektors und den strategischen Bedeutungsverlust des Landes nach dem Ende des Kalten Krieges geriet das Mobutu-Regime in eine schwere Krise. Wie andernorts in Afrika entstand auch im Kongo zu Beginn der 1990er Jahre eine Demokratiebewegung, die pluralistische Wahlen und die Respektierung der Menschenrechte einforderte. Ihren Höhepunkt fand diese Bewegung während der so genannten Nationalkonferenz (1991/92), an der alle wesentlichen politischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte des Landes, nicht zuletzt die einflussreichen Kirchen, teilnahmen. Allerdings gelang es Mobutu durch geschicktes Taktieren, sich ohne eine substantielle politische Öffnung an der Macht zu halten. Seine Blockadehaltung lähmte das Land. Letztlich erwiesen sich Ereignisse außerhalb Kongos als die Triebfedern, die das krisengeschüttelte Land endgültig ins Chaos stürzten. Im östlichen Nachbarland Ruanda kam es unter Führung der mit Mobutu verbündeten Regierung von Juvénal Habyarimana zu einem Genozid, in dessen Verlauf etwa 800 000 Tutsi und gemäßigte Hutu ihr Leben verloren. Das Regime wurde schließlich von der *Rwandan Patriotic Front* (RPF) gestürzt, einer Rebellenbewegung, die seit 1991 im Land vorrückte. Die Völkermörder und rund zwei Millionen Ruander flüchteten in den Osten des benachbarten Kongo. Von dort aus setzten sie ihren Kampf gegen die neue, RPF-kontrollierte Regierung in Ruanda fort. Diese sicherheitspolitische Bedrohung konkretisierte Ruanda 1996 mit dem Einmarsch in den Kongo, wo die Rückzugsbasen der Völkermörder zerstört wurden. Der Krieg, an dem auch Uganda, Burundi und Angola sowie die kongolesische Rebellenbewegung AFDL auf Seiten Ruandas teilnahmen, führte im Mai 1997 zur Vertreibung Mobutus und zur Machtergreifung von AFDL-Führer Laurent-Désiré Kabila.

Kabila erwies sich als ebenso autoritär wie Mobutu, sein Bündnis mit Ruanda zerbrach. Im August 1998 kam es zum Ausbruch eines erneuten Krieges, an dem schließlich sieben ausländische Armeen, vier kongolesische Rebellengruppen sowie Dutzende Milizen aus Kongo und den Nachbarländern beteiligt waren. Unterstützt von Ruanda, Uganda und Burundi versuchten mehrere Rebellengruppen, das Kabila-Regime zu stürzen. Das Eingreifen Angolas, Namibias und Simbabwe auf Seiten Kabilas führte zu einer militärischen Pattsituation. Der Konflikt endete 2002 mit einem Machtteilungsabkommen zwischen Regierung und Rebellen. Im Jahr 2006 fanden – erstmals seit der Unabhängigkeit 1960 – Wahlen statt. Begleitet wurde der Friedensprozess seit 1999 von einer Friedensmission der Vereinten Nationen (*United Nations Mission in the Democratic Republic of Congo*, MONUC), die auf ihrem Höhepunkt rund 19 000 Blauhelme im Land stationiert hatte. Der Krieg hatte katastrophale humanitäre, politische und wirtschaftliche Folgen. Etwa fünf Millionen Kongolesen verloren ihr Leben, zumeist aufgrund fehlenden Zugangs zu Trinkwasser, Nahrung und medizinischer Versorgung. Schwere Menschenrechtsverletzungen, darunter systematische sexuelle Gewalt gegen Frauen als Kriegswaffe, haben die Bevölkerung traumatisiert, vor allem im Osten des Landes. Selbst bei günstiger Konjunktur wird das Land mehrere Jahrzehnte benötigen, um den niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstand von 1990 wieder zu erreichen.

Kamerun

Andreas Mehler

Kamerun wurde schon oft als „Lokomotive“ für ganz Zentralafrika ausersehen, hat diese Funktion aber nie erfüllt. Das vergleichsweise große Potenzial für Landwirtschaft und gewerbliche Entwicklung wurde nie ausgeschöpft, im Wesentlichen wegen politischer Fehlentwicklungen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die deutsche Kolonie Kamerun Frankreich und Großbritannien als Mandatsgebiet übertragen. Ab Mitte der 1950er Jahre war Kamerun Schauplatz eines blutigen Guerillakriegs, besonders im Westen des Landes. Mit der Unabhängigkeit 1960 gelangte der Paris-freundliche Ahmadou Ahidjo aus Nordkamerun ins Präsidentenamt und führte die Verfolgung der schon sehr geschwächten Rebellion bis zu ihrem Ende 1971 fort.

Ein Referendum im britischen Mandatsgebiet führte 1961 zum Anschluss des nördlichen Teils an Nigeria, des südlichen an das französisch verwaltete Kamerun. Es entstand ein Föderalsystem aus zwei Staaten, mit einem dominanten

frankophonen Landesteil (vier Fünftel der Bevölkerung/neun Zehntel der Fläche) und einem in vielerlei Hinsicht schwachen anglophonen Landesteil. Per Referendum wurde die Bundesstaatlichkeit 1972 beendet, nachdem 1966 bereits alle noch legal existierenden Parteien zur Einheitspartei *Union Nationale Camerounaise* (UNC) verschmolzen waren. Ahidjo führte nun ein zentralistisches Präsidialregime, das in der Rhetorik die nationale Einheit beschwor, in der täglichen Praxis aber auf ein Austarieren der Volksgruppen in hohen Ämtern Wert legte. Dabei entstand eine Dominanz „des“ Nordens im Militär, „der“ Bamiléké, der größten, aber sehr heterogenen ethnischen Gruppe im Westen in der Wirtschaft und „des“ Südens in der zivilen Verwaltung. Das System funktionierte in seiner eigenen Logik zunächst recht gut, zumal es wirtschaftlich aufwärts ging und damit einiges zu verteilen war: Ämter, Posten und Pöstchen, Export- und Importlizenzen.

Für die französische Afrikapolitik blieb Kamerun ein treuer Verbündeter und neben Gabun wichtigster Partner in Zentralafrika. Umgekehrt konnten sich die Regierenden in der Hauptstadt Jaunde lange Zeit einer im Notfall auch militärischen Unterstützung aus Paris sicher sein. Die Regierung Kameruns stand im Kalten Krieg fest im westlichen Lager.

Offenbar aus Amtsmüdigkeit gab Ahidjo 1982 die Präsidentschaft auf. Verfassungsgemäß wurde Paul Biya, bislang Premierminister und aus dem Süden stammend, sein Nachfolger. Er galt vielen als schwach, anderen als Reformhoffnung. Nach ersten Personalentscheidungen trachtete Ahidjo vergeblich,

Kampf um Demokratie in Kamerun

[...] Was gilt als Kampf um Demokratie? Wenn in einem Seminarraum eine Stoffbahn für „Good Governance“ aufgehängt wird? Oder wenn ein gewalttätiger Aufstand ausbricht? Bei den sogenannten Hungerrevolten des Jahres 2008 wurde oft das Bewusstsein und die Entschlossenheit der Beteiligten verkannt. Eine Hungerrevolte hat keine Akteure, so will es das Wort – es ist der Hunger selbst, der revoltiert. Er bemächtigt sich der Menschen, lässt ihnen keine andere Wahl, als um sich zu schlagen. [...]

In Kamerun wurde nicht gehungert, als dort die vermeintliche Hungerrevolte ausbrach. Der Protest gegen die hohen Lebenshaltungskosten wurde vielmehr angeheizt von der lang gehegten Wut auf die korrupte herrschende Klasse, an ihrer Spitze Präsident Paul Biya. Ein Streik gegen den Benzinpreis, begonnen in Douala von 42 000 Mopedtaxifahrern, wurde binnen Stunden zu einem Aufruhr in allen größeren Städten und legte die Infrastruktur des ganzen Landes lahm. [...] Der jüngste Aufstand hatte mit Demokratie zu tun, denn deren schiere Abwesenheit, der völlige Mangel an Rechenschaftspflicht, ist die Hauptursache für die Korruption in Kamerun. Und ausgerechnet

jetzt verlangte der 76-jährige Präsident Biya, gegen eine klare Mehrheit in der Bevölkerung, eine Revision der Verfassung, um sich nach einem Vierteljahrhundert an der Macht vollends im Amt verewigen zu können. [...]

Die politische Frustration hat sich in Kamerun, einem Patchwork von mehr als 200 Volksgruppen, nicht in interethnischer Gewalt entladen, obwohl das Regime versuchte, dazu anzustacheln. Für einen Moment haben die Kameruner, die oft als fatalistisch geschildert werden, im Märzaufruch Würde gefunden. Die Würde, sich als Subjekt zu sehen, als Handelnde, mag das Handeln auch verzweifelt, gewalttätig, unorganisiert und darum zum Scheitern verurteilt gewesen sein. Der von außen auf Afrika gerichtete Blick liebt indes nicht die Kämpfenden, sondern die Leidenden – und dem entsprechend haben sich viele Afrikaner eingerichtet in dem Lebensgefühl, das ewige Opfer zu sein.

Dieser Selbstentmächtigung ein Ende zu setzen, ist der Anfang jedes Kampfs um Demokratie. An vielen Orten ist er im Gange. Von den Eliten ist dabei nicht viel zu erwarten, zu oft muss der Kampf ja gerade gegen sie gerichtet sein. Sie beiseitezudrängen, das erfordert allerdings, dass in den Gesellschaftsmehrheiten eine

neue Kultur des Sich-verantwortlich-Erklärens entsteht. „Früher“, sagt der kamerunische Oppositionspolitiker Adamou Ndam Njoya, „brachte jeder einen Stein, wenn ein Brunnen gebaut wurde. Diese Kultur, das Öffentliche auch als das Eigene zu betrachten, haben wir verloren, als Teil unserer ganzen kulturellen Entwurzelung. Die Menschen müssen heute anfangen zu begreifen, dass sie nicht Fremde sind bei sich selbst.“

Charlotte Wiedemann, „Die kleinen Münzen der Partizipation“, in: *Le Monde diplomatique* vom 13. Februar 2009

Proteste gegen Preissteigerungen und korrupte Eliten in Douala Ende Februar 2008



Talla Sop Ruben / REUTERS



Seit 1982 regiert Präsident Paul Biya Kamerun. Er gehört zur frankophonen Elite des Landes und unterhält enge Kontakte zu Frankreich, hier bei einem Staatsbesuch in Paris 2006.

seinen Nachfolger am 6. April 1984 per Putschversuch zu entmachten. Nach dem Guerillakrieg war dies die zweite traumatische Gewalterfahrung mit Verhaftungswellen und 800 bis 1000 Todesopfern. Die Armee blieb weitgehend loyal und sah ihr politisches Gewicht nach der überstandenen Krise wachsen. Als zweite Konsequenz ließ Biya die Einheitspartei auf ihrem Parteitag 1985 in *Rassemblement Démocratique du Peuple Camerounais* (RDPC) umbenennen. Es ging hier im Wesentlichen um Symbolik: Auch die einzig zugelassene Partei war nun Biyas Partei. Weitergehende Reformhoffnungen erfüllten sich dagegen kaum.

Der andere große Faktor der Unzufriedenheit war wirtschaftlicher Natur. Die Kameruner Regierung sah sich 1988 dazu gezwungen, bei der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Strukturprogramm nachzufragen. Das Programm enthielt die für die frühen 1990er Jahre typischen Bestandteile: Reform des Bankensektors, der Verwaltung und der parastaatlichen Unternehmen, Deregulierung von Handel und Vermarktungsorganisationen für agrarische Rohstoffe sowie die Kontrolle und Reduktion staatlicher Ausgaben – zum Teil durch Privatisierung staatlicher Aufgabenbereiche. Nicht enthalten waren währungspolitische Eingriffe, da Kamerun zur CFA-Zone gehört – mit damals festen Wechselkursen zum französischen Franc und heute zum Euro. Die Abwertung des *Franc CFA* gegenüber dem *Franc Français* im Januar 1994 traf Kamerun wie andere afrikanische Staaten im Währungsverbund hart. Die beabsichtigte Ankurbelung des Exports trat kaum ein, zumal die in die Krise geratene klassische Agrarexportproduktion von Kakao, Kaffee, Palmöl und Baumwolle nicht kurzfristig reagieren konnte. Politisch und sozial war die Abwertung aber bedeutsam. Insbesondere die Kaufkraft im öffentlichen Dienst, der zusätzlich Gehaltskürzungen hinnehmen musste, sank dramatisch.

Ein schwerwiegendes Problem ist die Auseinandersetzung zwischen anglophonen und frankophonen Eliten. Circa 20 Prozent der Bevölkerung Kameruns leben in den englischsprachigen Provinzen North West und South West, zeitweise waren aber nur neun Prozent der Kabinettposten durch Anglophone besetzt. Die Südwestprovinz trägt mit ihren Offshore-Erdölvorkommen einen großen Teil zu den Staatseinnahmen bei, ist aber infrastrukturell schwach erschlossen. Die offizielle Zweisprachigkeit wurde real nicht durchgesetzt, rechtlich entscheidend ist im Zweifelsfall der Wortlaut der

französischen Gesetzestexte. Separatistische Gruppen geben sich zunehmend militant; am eindrucklichsten machte der *Southern Cameroon National Congress* (SCNC) auf sich aufmerksam. Viele Anglophone sehen sich selbst als Bürger zweiter Klasse, und eine wachsende Minderheit bevorzugt gar die Abspaltung.

Das äußere Ansehen Kameruns wird einerseits bestimmt durch die überzeichnete Anerkennung seiner „Stabilität in einer instabilen Region“, andererseits durch das sprichwörtliche Missmanagement öffentlicher Stellen. Das wirtschaftspolitische Reformtempo nahm erst mit der Jahrtausendwende zu. Einige Privatisierungen wurden abgeschlossen, andere – zum Teil aus politischen Gründen – nicht (zum Beispiel die der Fluglinie Camair). Geber beklagten durchgehend ein mangelndes Engagement für die Reformen.

Dazu passt, dass Kamerun 1998 und 1999 im Korruptions-Perzeptionsindex (CPI) von *Transparency International* weltweit an der Spitze stand. Die Korruption wird als eines der Hauptprobleme der Regierungsführung angesehen. 2007 wurde Kamerun im CPI zwar nur noch auf dem 41. Rang geführt, im Alltag der Menschen ist diese Veränderung jedoch wenig spürbar. Obwohl eine wachsende Anzahl bekannter Elitenvertreter unter Korruptionsanklagen festgenommen wurde, hat sich die Tendenz zur privaten Nutzung öffentlicher Einrichtungen in den letzten Jahren ungebrochen fortgesetzt; es wird nur mehr darüber geredet als früher.

Eine demokratische Transformation begann im Gefolge der weltpolitischen Umwälzungen im Jahr 1990. Nach gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen oppositionellen und Sicherheitskräften ließ Präsident Biya Ende 1990 den Parteienpluralismus zu, wehrte sich aber gegen die von der Opposition geforderte souveräne Nationalkonferenz nach dem Vorbild Benins. Sie hätte unweigerlich seinen Machtverlust bedeutet. Generalstreiks im Jahr 1991 wurden gewaltsam beendet, dies kostete mehrere Hundert Tote. Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 1992 wurden mit allen Mitteln durch die Verwaltung manipuliert und Biya zum Sieger erklärt. Der Präsident schuf nun eine Fassadendemokratie. Zwar wurde die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit ausgeweitet, aber keine einzige Wahl seit Wiedereinführung des Mehrparteiensystems erfolgte zeitgerecht und fair (Präsidentschaftswahlen 1992, 1997, 2004; Parlamentswahlen 1992, 1997, 2002, 2007; Kommunalwahlen 1996, 2002, 2007). Die Proteste gegen die Manipulationen ver-

kehrten sich in Zynismus, die engagierten Bürger zogen sich ins Private zurück. Die Opposition blieb gespalten, gewährte keine parteiinterne Demokratie und verschliss sich in kommunalen Ämtern. Mit 153 von 180 Sitzen kontrolliert die RDPC seit 2007 fast wie zu Zeiten der Einheitspartei die Legislative. Kamerun zählt heute zu den Staaten mit den geringsten demokratischen Fortschritten auf dem afrikanischen Kontinent.

Während die Demokratiebewegung Anfang der 1990er Jahre landesweit für Unruhe sorgte, sind die meisten der späteren Gewalteskalationen lokalen Ursprungs. Gerade in den dichter besiedelten Landesteilen überlagern sich ökonomische, politische und auf gemeinsamer Identität gründende Interessen. Hinzu kommt das Versagen der staatlichen Sicherheitskräfte, die sehr häufig eher als „Unsicherheitskräfte“ einzuschätzen sind, Schutzgelder erpressen und geheime Verbindungen zu grenzübergreifenden Schmugglernetzwerken unterhalten.

Im Februar 2008 entlud sich in landesweiten Demonstrationen gegen Preiserhöhungen die ganze Frustration über ein politisch-ökonomisches System, das einen Großteil der Bevölkerung zwar überleben lässt, aber mehr auch nicht. Biya hatte im Vorjahr sein 25-jähriges Amtsjubiläum gefeiert und dies als Anlass für eine Verfassungsänderung genommen, die ihn womöglich bis 2018 im Amt halten könnte. Protestaktionen gegen verteuerte Nahrungsmittel und Benzinpreiserhöhungen vermischten sich zu einem mehrdimensionalen „Jetzt reicht es!“ Ob sich Opposition und organisierte Teile der Gesellschaft aber auf ein mittelfristig funktionierendes Bündnis einigen können, um das autoritäre System friedlich in die Knie zu zwingen, ist nach den bisherigen Erfahrungen mehr als unsicher. Der Blick in die Nachbarschaft – nach Côte d’Ivoire, Togo, Kongo – zeigt: Wer die historische Chance eines einigermaßen friedlichen Übergangs Anfang der 1990er Jahre verpasste, bekommt sie so schnell nicht wieder.

Ruanda

Stefan Mair

Kaum ein anderes afrikanisches Land polarisiert Afrikaexperten und Politiker so sehr wie Ruanda: Für die einen ist es ein Modellfall, dem nach einem Völkermord die politische Stabilisierung, wichtige Schritte zur Aussöhnung und der Aufbau eines entwicklungsorientierten Staatswesens gelang; die anderen halten es für einen autoritären Staat, in dem eine Minderheit erneut ihre Macht über die Bevölkerungsmehrheit festigen konnte, der zudem die Sicherheit im benachbarten Ost-Kongo untergräbt und dessen Ressourcen ausbeutet. Für beide Einschätzungen gibt es Belege.

Der Völkermord an der Minderheit der ruandischen Tutsi, dem auch eine große Zahl politisch missliebiger Hutu zum Opfer fiel, forderte 1994 in wenigen Wochen 800 000 bis 1,2 Millionen Todesopfer. Die Bilder von Männern, die ihre Nachbarn mit Knüppeln und Macheten erschlagen, von Kirchen, die nach einem Verrat durch den Geistlichen überfüllt sind mit Toten, die dem Schlachten entfliehen wollten, und die permanenten Aufrufe des Radiosenders *Radio télévision libre des Milles Collines*, die Gräber seien noch nicht voll genug, bestimmen nach wie vor die Wahrnehmung des Landes. Der Völkermord war aber nicht ein spontanes Morden verfeindeter Volksgruppen, sondern er hat eine lange Vorgeschichte, in der



Paula Bronstein / Liaison / Getty Images

Dem Genozid fielen 1994 innerhalb weniger Wochen Hunderttausende zum Opfer. Ermordete Tutsi vor der Kirche in Rukara im Osten Ruandas

politische, ökonomische und internationale Faktoren eine Rolle spielen. Woher Tutsi und Hutu stammen ist in der wissenschaftlichen Literatur aufgrund fehlender Quellen umstritten. Faktisch war das ruandische Königreich aber entlang dieser Volksgruppen organisiert: Die Tutsi stellten Viehzüchter, aber auch den Adel und den König, während die Hutu Ackerbau betrieben und den Tutsi politisch und sozial untergeordnet waren. Damit war also das ethnische Unterscheidungsmerkmal vor allem ein soziales. Hutu konnten aber durch sozialen Aufstieg zu Tutsi werden und Tutsi durch sozialen Abstieg zu Hutu. Zudem gab es nicht wenige Mischehen. Dass es sich bei der ethnischen Differenz in erster Linie um eine soziale Unterscheidung handelte, wird dadurch unterstrichen, dass beide Gruppen dieselbe Sprache sprechen.

Die Kolonialisierung beendete allerdings diese Form sozialer Diffusion. Deutsche und nach 1918 belgische Kolonialherren begünstigten systematisch die herrschende Elite der Tutsi und benachteiligten die beherrschten Hutu. Sie begannen Gliedmaßen und Köpfe zu vermessen, um „wissenschaftlich exakt“ die Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Volksgruppe zu bestimmen. Die Großen und Schlanken waren Tutsi, die Kleinen und Gedrungenen Hutu. Tutsi wurden als Juniorpartner bei der Beherrschung Ruandas gesehen, entsprechend räumte die Kolonialisierung nur ihnen Bildungs- und Aufstiegschancen ein. Dies zementierte und verschärfte den Gegensatz zwischen beiden Gruppen ins Extreme. In den 1950er Jahren zeichnete sich das Ende der Kolonialherrschaft ab. Forderungen der Hutu nach mehr politischer Mitbestimmung stellten die Tutsi ihren Herrschaftsanspruch mit Hilfe von Gewalt und Unterdrückung entgegen. In der von 1959 bis 1961 dauernden Revolution stürzte eine Hutu-Bewegung die Tutsi-Machthaber und trieb 150 000 der circa 300 000 Tutsi außer Landes. Die meisten von ihnen ließen sich im Süden Ugandas nieder. Schon damals hatte der Putsch zahlreichen Tutsi, aber auch Hutu das Leben gekostet. Dennoch galt in den 1970er und 1980er Jahren das autoritäre Regime des Hutu Juvénal Habyarimana als entwicklungspolitische Vorzeigeregierung, die sich umfangreicher Zuwendungen gerade aus Deutschland erfreuen konnte. Nicht nur wegen seiner zahlreichen Berge und harmonischen Landschaften wurde Ruanda zur Schweiz Afrikas verklärt.

Diese Verklärung fand ein rasches Ende, als 1990 die Nachkommen der 1961 nach Uganda vertriebenen Tutsi-Flüchtlinge ihren Kampf gegen das Habyarimana-Regime aufnahmen. Viele

Mythen ranken sich darum, was diese Tutsi bewog, nach Ruanda zurückzukehren. Sie galten als relativ etabliert in Uganda. Der Tutsi-Rebellenführer Paul Kagame hatte eine zentrale Rolle beim Sieg der von Yoveri Museveni geleiteten Widerstandsbeziehung in Uganda gespielt und war unter diesem Chef des militärischen Geheimdienstes gewesen. Vielleicht war es der Wille auf Seiten der vertriebenen Tutsi, eine historische Schmach zu tilgen, oder die Furcht auf Seiten Musevenis, die homogene und disziplinierte Volksgruppe könnte einst selbst zur Bedrohung seiner Macht werden. Internationale Vermittlungsbemühungen zwischen beiden Konfliktparteien schienen schließlich 1993 erfolgreich, als im tansanischen Arusha die Unterzeichnung eines Friedensabkommens gelang, das den Tutsi-Rebellen eine Machtbeteiligung einräumte. Im April 1994 kam Präsident Habyarimana zu Tode, als beim Landeanflug auf den ruandischen Hauptstadtflughafen die Präsidentenmaschine abgeschossen wurde. Auch dieser Gewaltakt ist Anlass für bis heute ungeklärte Spekulationen: Waren die Attentäter die Tutsi-Rebellen, die sich in der militärischen Offensive befanden und das Friedensabkommen nicht wollten? Oder waren es radikale Hutu, die keine Machtbeteiligung der Tutsi wollten und einen Auslöser für den schon lange geplanten Völkermord brauchten?

Eben jener fand in den darauf folgenden Wochen statt. Der im Land anwesenden UN-Friedensmission, die zur Überwachung des zuvor geschlossenen Waffenstillstands entsandt worden war, wurde vom New Yorker Hauptquartier das Eingreifen verboten. Zu frisch war noch der Eindruck der gescheiterten UN-Mission in Somalia, bei der die Blauhelme selbst zur Konfliktpartei geworden waren. Das Morden hielt an, bis es den Tutsi-Rebellen gelang, ganz Ruanda zu erobern. Auch bezogen auf den Kriegsverlauf gibt es bis heute Anschuldigungen und Unklarheiten. Den Tutsi-Rebellen wurde vorgeworfen, sie seien nicht so schnell, wie es ihnen möglich gewesen wäre, vorgeückt, um die Macht nach einem Sieg nicht mit den im Lande verbliebenen Tutsi teilen zu müssen. Ähnlich schwerwiegenden Vorwürfen sah sich Frankreich ausgesetzt, das in der Endphase des Krieges eine Militärmission nach Ruanda entsandte. Diese hatte nicht die Aufgabe, den Völkermord zu beenden oder die Täter zu verhaften, sondern Schutzzonen einzurichten. In sie hatten sich Täter und deren Angehörige zurückziehen können, um später zu Hunderttausenden von dort aus in das benachbarte Zaire (jetzt: Demokratische Republik Kongo) zu flüchten. Frankreich wurde unterstellt, es wollte die frankophonen und damit als Verbündete betrachteten Hutu vor den anglophonen, weil in Uganda aufgewachsenen Tutsi schützen.

Nach dem militärischen Sieg der Tutsi-Rebellen fliehen viele Hutu in Flüchtlingslager – unter ihnen auch die Täter des Genozids.



Paula Bronstein / Liaison / Getty Images

Die Entscheidung der UN, nicht in den Völkermord einzugreifen, dürfte wohl eine der falschesten und folgenschwersten in der Geschichte der Weltorganisation gewesen sein. Das belegen nicht nur die hunderttausende Tote, sondern auch die Folgeereignisse, die über Ruandas Grenzen hinausreichen. In den Flüchtlingslagern im benachbarten Osten Kongos konnten sich die Milizen der Hutu, die den Genozid begangen hatten, neu organisieren und wiederaufrüsten. Aufforderungen der neuen ruandischen Regierung an die Regierung des Kongo und die internationale Gemeinschaft, diese zu entwaffnen, verhallten ungehört. Als sich die Übergriffe der Hutu-Milizionäre auf ruandisches Grenzgebiet mehrten, begann Ruanda zusammen mit Uganda dort einen lokalen, zunächst unbedeutenden Kriegsherrn zu unterstützen, der seinen Kampf gegen das autoritäre, kongolesische Regime ausweitete. Laurent-Désiré Kabila gelang es binnen weniger Monate mit der Unterstützung ruandischer und ugandischer Soldaten, die im Westen des Landes gelegene Hauptstadt zu erobern und den langjährigen Diktator Mobutu von der Macht zu vertreiben. Allerdings hielt auch er später sein Versprechen nicht, die immer noch im Grenzgebiet zu Ruanda operierenden, auf ungefähr 20 000 Mann geschätzten Hutu-Milizen zu entwaffnen. Dies hatte zur Folge, dass Ruanda und Uganda 1998 eine zweite Intervention wagten. Ihr Vormarsch auf die Hauptstadt wurde durch das militärische Eingreifen Angolas und Simbabwe auf Seiten der kongolesischen Regierung gestoppt. Hieraus entwickelte sich ein Krieg, an dem zeitweilig die Armeen von acht afrikanischen Staaten beteiligt waren. Obgleich die DR Kongo und Ruanda 2002 ein Friedensabkommen im südafrikanischen Pretoria geschlossen haben, ist insbesondere der Osten des Kongo von einem dauerhaften Frieden weit entfernt. Hutu-Milizen, zahlreiche lokale Milizen und Regierungstruppen führen einen brutalen Kleinkrieg gegen Tutsi-Rebellen, die wiederum von Ruanda unterstützt werden. Dessen Machthaber argumentieren, sie engagierten sich im Kongo nur, um die Sicherheit des eigenen Landes und die der ruandischen Minderheit im Kongo zu wahren. Die kongolesische Regierung, aber auch internationale Stimmen unterstellen ihnen, sie betrieben einen Export des eigenen nationalen Konflikts und würden ihn zudem missbrauchen, um über Stellvertreter die reichen Ressourcen des Ost-Kongo: Gold, Diamanten und Coltan, das für die Mobilfunkindustrie (Mobiltelefone, Laptops) von Bedeutung ist, auszubeuten.

Als wäre die Lage nicht schon komplex genug, ist Ruanda auch noch ein außen- und entwicklungspolitischer Streitfall. Die Aufbauleistungen der seit 1994 regierenden Tutsi-Machthaber sind

Die Aufarbeitung des Völkermords ist ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen. Gedenkfeier am Mahnmahl in Murambi im Südwesten Ruandas



picture-alliance / dpa

beachtlich, auch ihre Bemühungen, den Völkermord rechtlich aufzuarbeiten. Die Regierung gilt als effektiv, entwicklungsorientiert und relativ korruptionsfrei. Deshalb erfreut sie sich umfangreicher Zuwendungen seitens der internationalen Gebergemeinschaft. Hinzu kommt, dass die USA die ruandische Regierung als einen der engsten Verbündeten in Afrika betrachten. Dies mag zum einen dem schlechten Gewissen geschuldet sein, den Völkermord nicht verhindert zu haben, zum anderen der Bewunderung für den Präsidenten, Paul Kagame, der nicht nur für amerikanische Politiker den Typus der neuen, effektiven und verlässlichen Führungspersönlichkeit in Afrika darstellt. Kritiker dieser Haltung behaupten, die Kooperation der internationalen Geber mit Ruanda würde die Macht der Minderheit über

die Mehrheit, der Tutsi über die Hutu, stabilisieren. Zwar fand in dem Land 2008 mittlerweile die zweite Parlamentswahl statt, doch Parteien ist bislang eine effektive Organisation auf lokaler Ebene verboten, und mit Verweis auf den Vorrang der ethnischen Aussöhnung hat die Regierung seither den Wahlsieg von Oppositionsparteien fast unmöglich gemacht. Zugleich weist das ruandische Parlament aber einen Frauenanteil auf, der mit 56 Prozent weit über dem Durchschnitt in europäischen Parlamenten liegt. Noch weitreichender als die Kritik an der Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse durch internationale Entwicklungs- und auch Militärhilfe ist der Vorwurf, durch beides sei Ruanda erst in die Lage versetzt worden, den Krieg im Kongo zu führen.

Zentralafrikanische Republik

Andreas Mehler

Inmitten des Kontinents liegt das dünn besiedelte und durch Verkehrswege schlecht erschlossene Binnenland Zentralafrikanische Republik (ZAR). Angefangen bei der rein geographischen Staatsbezeichnung (im Vergleich hieße Deutschland „Mittel-europäische Republik“), über die unkontrollierten Grenzen bis hin zum vollständigen Fehlen staatlicher Verwaltung in weiten Teilen des Ostens der Republik – die ZAR gilt in vielerlei Hinsicht als Sinnbild eines Phantomstaates. Ohne befahrbare Straßen und schiffbare Flüsse sind Teile des Staatsgebiets nur per Helikopter zu erreichen.

Jahrzehntlang unternahm die ehemalige Kolonialmacht Frankreich massive Interventionen: militärisch, wirtschaftlich und politisch. Frankreich segnete 1976 die bizarre Krönung des Militärherrschers Jean-Bédél Bokassa zum „Kaiser“ ab, nur um ihn wenige Jahre später in einer Luftlandeaktion zu stürzen. Zwei Militärbasen machten das Land zu einer wichtigen logistischen Drehscheibe für die „out of area“-Einsätze der französischen Armee. Parallel dazu wurden Präsidentenberater eingesetzt, nicht zuletzt im Bereich innerer Sicherheit. Ohne die logistische Hilfe französischer Truppen hätten Wahlen 1993 ebenso wenig stattfinden können wie 1998/99 bzw. 2005, als zuerst UN-Blauhelme und schließlich eine regionale Friedenstruppe die Durchführung sicherstellten. Aus eigener Kraft kann die ZAR so nicht einmal die äußeren Formen einer Demokratie aufrechterhalten.

Staatlicher Personenkult: Jean-Bédél Bokassa (1966 bis 1979) ließ sich 1976 zum Oberhaupt des „Zentralafrikanischen Kaiserreichs“ krönen.



Pierre Guillaud / AFP / Getty Images

Der geflügelte Satz, „Der Staat endet am Kilometerstein 12“ (von der Stadtmitte der Hauptstadt Bangui aus), ist vielsagend. Seit einer 1996 einsetzenden Abfolge von Meutereien, Putschversuchen, Rebellionen und einer gewaltsamen Machtübernahme im Jahr 2003 hat sich die Situation noch weiter verschlechtert. Die gegenwärtige Regierung kontrolliert nur Bangui und Umgebung dauerhaft. Straßenräuber machen weite Teile des Nordens und Westens unsicher. Staatsbeamte werden unregelmäßig bezahlt, die Soldaten auch. Der gestürzte Staatschef Ange-Félix Patassé (1993 bis 2003) verließ sich lieber auf Kämpfer einer kongolesischen Rebellenorganisation als auf seine eigene Armee, ein weltweit wohl einzigartiges Beispiel dieser Art von Souveränitätsaufgabe. Der jetzige Staatschef François Bozizé bevorzugte zunächst Hilfstruppen aus dem Nachbarland Tschad. Was vom Staat noch bleibt, dient der Elite zur eigenen Bereicherung. Verwandte des jeweiligen Präsidenten sind seit gut 25 Jahren immer wieder an aussichtsreichen Ausschreibungen und Projekten beteiligt.

Die ZAR ist reich an Rohstoffen und großen Flächen unberührter Natur. Die exklusive Jagd auf Großwild – etwa durch den französischen Präsidenten Giscard d'Estaing oder arabische Prinzen – trug lange Jahre hindurch ihren Teil zum exotischen Reiz der ZAR bei. Bedeutender aber sind die Diamanten: Wenn die gesamte Produktion ordnungsgemäß verzollt

Kaum vorhandene Infrastruktur und miserable Versorgung der Bevölkerung: medizinische Sprechstunde in einem Pygmäen-Dorf



Roland Knauer / photoplexus

das Land verlassen würde, könnte sich der Staat allein aus diesen Einnahmen finanzieren. Ein großer Teil jedoch wird geschmuggelt, bis vor wenigen Jahren weitgehend unbeachtet.

Mit dem Krieg im sudanesischen Darfur geriet die ZAR in den Fokus internationaler Aufmerksamkeit. Eine europäische Friedenstruppe soll in der Grenzzone zwischen Tschad, ZAR und Sudan zumindest die Sicherheit von Flüchtlingslagern

gewährleisten. Auch humanitäre Hilfsorganisationen interessieren sich für Gebiete im Nordwesten und Nordosten des Landes, in denen diverse Rebellenbewegungen (und bewaffnete Straßenräuber) operieren. Plötzlich fließt auch die fast zum Erliegen gekommene Entwicklungshilfe wieder. Aber auch das wird nicht reichen, um ein Mindestmaß an Funktionsfähigkeit herzustellen.

Äquatorial-Guinea

Gerhard Seibert

Das im Golf von Guinea gelegene Äquatorial-Guinea ist das einzige spanischsprachige Land Afrikas und zählte nach UN-Schätzungen 2007 etwa 501 000 Einwohner. Die Gesamtfläche von 28 051 Quadratkilometern umfasst Mbini (früher Rio Muni; 26 003 Quadratkilometer) auf dem Festland, die Inseln Bioko (2007 Quadratkilometer) mit der Hauptstadt Malabo und Annobón (18 Quadratkilometer) sowie die kleinen Küsteninseln Elobays und Corisco, wobei letztere auch von Gabun beansprucht wird. Wichtigste Bevölkerungsgruppen sind die Fang aus Mbini, die 80 Prozent der Bevölkerung repräsentieren, und die auf Bioko einheimischen Bubi und von befreiten Sklaven abstammenden Fernandinos. 1778 trat Portugal das Gebiet an Spanien ab, das auf Bioko ab 1858 eine Plantagenwirtschaft errichtete. Die Kolonisierung Rio Munis, das seit 1885 spanisches Protektorat war, begann erst 1926.

Kurz vor der Unabhängigkeit am 12. Oktober 1968 wurde Francisco Macías Nguema, ein Fang, zum Präsidenten gewählt. Er errichtete eine der gewalttätigsten Diktaturen Afrikas. Zehntausende von Regimegegnern wurden ermordet, und ein Drittel der Bevölkerung floh ins Ausland. Nigerianische Plantagenarbeiter wurden vertrieben, und die auf Kakao und Kaffee basierende Wirtschaft kam zum Erliegen. 1979 wurde Macías Nguema von Teodoro Obiang, dem Chef der Nationalgarde, gestürzt und hingerichtet. Obiang gehört zu dem Esangui-Clan aus Río Muni, der die politische Macht monopolisiert und den Sicherheitsapparat kontrolliert. Der von Obiang geleitete Oberste Militärapparat war weniger brutal, regierte jedoch weiterhin diktatorisch, und Menschenrechtsverletzungen sowie Korruption blieben an der Tagesordnung. 1987 gründete Obiang die Staatspartei *Partido Democrático de Guinea Ecuatorial* (PDGE), die im Jahr darauf die Parlamentswahlen mit 99,2 Prozent der Stimmen gewann. 1989 liess sich Obiang mit 99 Prozent der Stimmen zum Präsidenten wählen. Bei weiteren „Fassadenwahlen“ 1996 und 2002 wurde er im Amt bestätigt.

Das 1991 formell eingeführte Mehrparteiensystem gewährt dem auf sieben Jahre gewählten Präsidenten weitgehende exekutive Macht. Seit 1993 finden Mehrparteienwahlen statt, die von Unregelmäßigkeiten begleitet und deren Resultate von der Opposition angefochten wurden. Das auf fünf Jahre gewählte Parlament wird von der von Obiang geleiteten PDGE kontrolliert. Wichtigste lokale Oppositionspartei ist die *Convergencia para la Democracia Social* (CPDS). Im spanischen Exil aktive Oppositionsparteien sind untereinander zerstritten. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2008 gewann die PDGE 99 Sitze, während auf die CPDS ein Sitz entfiel. In der Amtszeit Obiangs kam es zu mehreren Putschversuchen, zuletzt 2004 durch ausländische Söldner. Während Obiang weiterhin autokratisch regiert, hat sich die Menschenrechtssituation leicht gebessert.



Äquatorial-Guinea gehört zu den bedeutenden Erdölexporteurern Afrikas. Die Förderung erfolgt offshore, Bohrinsel vor Malabo

Tina Hager / Agentur Focus



China zählte bislang zu den Hauptabnehmerländern. Teodoro Obiang (l.) mit dem chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao, 2006

Xinhua / Das Fotoarchiv

Zwei Drittel der Landwirtschaft beruhen auf Subsistenzwirtschaft. Die Kakaoproduktion auf Bioko fiel 2005 auf 2000 Tonnen, beschäftigt jedoch die meisten einheimischen Arbeiter. Seit der Entdeckung von Offshore-Öl 1990 dominiert der Ölsektor die Wirtschaft, die seither hohe Wachstumsraten verzeichnet. Das Land ist Afrikas sechstgrößter Ölexporteur. Die Ölförderung stieg von 6000 Barrel täglich im Jahr 1996 auf 394 000 Barrel täglich im Jahr 2007. Gleichzeitig stieg der Anteil des Ölsektors am BIP von 18 Prozent 1995 auf 89 Prozent 2004. Das BIP pro Kopf nahm statistisch von 16 350 US-Dollar (2004) auf 32 195 US-Dollar (2008) zu (laut EIU März 2009). Tatsächlich blieb jedoch bisher die Mehrheit der Bevölkerung vom Ölreichtum ausgeschlossen. Profitiert haben dagegen die korrupten Machthaber und ihre Familien, die ihre Macht konsolidieren konnten. 1985 wurde das Land Mitglied der CFA-Zone. Seit 2006 ist China (29 Prozent) vor den USA (21 Prozent) der wichtigste Ölimporteur des Landes.

Annette Weber

Horn von Afrika und Ostafrika

Durch seine Nachbarschaft zu Arabien unterscheidet das Horn von Afrika sich kulturell von Ostafrika. Auch Staatlichkeit und Demokratie sind in beiden Regionen unterschiedlich ausgeprägt. Gemeinsam ist ihnen jedoch die Bedeutung ethnischer und religiöser Zugehörigkeit.

Allein die unterschiedlichen Länderzuordnungen bei der Beschreibung der beiden Subregionen lassen erahnen, wie viele Überschneidungen es zwischen dem Horn von Afrika und Ostafrika gibt, aber auch, wie unterschiedlich einzelne Länder sich regional orientieren. In der Literatur werden zwei geographische Regionen genannt, wenn das Horn von Afrika beschrieben wird. Die klassische Horn-Region umschließt Eritrea, Äthiopien, Dschibuti und Somalia. Der erweiterte Horn-Begriff, der auch den Sudan und mitunter Kenia und Uganda einschließt, wird vorwiegend verwendet, um Konfliktverstrickungen zu beschreiben. Im erweiterten Horn leben circa 200 Millionen Menschen, davon allein mehr als neun Millionen als Flüchtlinge und Binnenvertriebene.

Auch die Definition der Subregion Ostafrika ist umstritten. Im vorliegenden Heft werden hierzu Kenia, Uganda und Tansania gezählt. Diese Region umfasst weitere 100 Millionen Menschen und stellt eine Art Pufferzone zwischen den Konfliktgebieten am Horn von Afrika und Zentralafrika, vor allem der Demokratischen Republik Kongo, dar.

Das Horn von Afrika ist durch eine jahrtausendealte kulturhistorische Entwicklung geprägt, die mit Äthiopien eines der ältesten Staatswesen für sich reklamiert. Seit der Antike profitierten die Länder am Horn von ihrer privilegierten geostrategischen Lage, die sie zum Zentrum der asiatisch-arabisch-afrikanischen Handelswege machte.

Die Meerenge zwischen Afrika und der arabischen Halbinsel, auch Bab el-Mandeb, „Tor der Wehklage“ genannt, weil Sklaven auf ihr nach Arabien verschifft wurden, ist bei Dschibuti nur 26 Kilometer breit und trennt das Rote Meer vom Golf von Aden, der an der Ostküste Somalias in den Indischen Ozean übergeht. Durch die Eröffnung des Suezkanals 1869 erschlossen sich die Europäer die Seehandelsroute vor allem nach Indien, und das Horn wurde zum strategischen Nadelöhr. Überaus deutlich zeigt sich der arabische und asiatische Einfluss an der Inselbevölkerung Sansibars, Madagaskars und aller anderen, kleinen Inseln im Einzugsbereich der ostafrikanischen Region.



die bildstelle / REX FEATURES LTD.

Landschaftliche Gegensätze: karges Weideland in der heißen Afar-Senke, Dschibuti ...



McPhoto / vario images

... touristisch genutzte Idylle im Mburu-Nationalpark, Uganda

Die Religionszugehörigkeit gewinnt zunehmend an politischem Gewicht, da sich sowohl am Horn als auch in Ostafrika Islam und Christentum bzw. traditionelle Religionen die Waage halten. Im Sudan und in Somalia bekennt sich die Mehrheit der Bevölkerung zum Islam. Äthiopien, Eritrea und Tansania verfügen zwar nicht mehr über christliche Mehrheiten, im Selbstverständnis ihrer politischen Eliten beansprucht das Christentum allerdings weiterhin die Vorherrschaft. In Ostafrika finden sich muslimische Siedlungsgebiete entlang der Küste, in Äthiopien und Eritrea sind die Hochebenen mehrheitlich von christlichen Ackerbauern besiedelt, die Tiefebene vermehrt von Muslimen, die sowohl Land bestellen als auch Tiere halten.

AFP / Getty Images



Somalias Gesellschaft ist in Clans organisiert. Deren Oberhäupter suchten in Mogadishu 2007 vergeblich, den Bürgerkrieg zu beenden.

Fredrik Dahl / REUTERS



Auch innerhalb einzelner Staaten sind lebenserhaltende Ressourcen unterschiedlich verteilt. Wassermangel bei Wajir, im Nordosten Kenias ...

Peter Andrews / REUTERS



... Tee-Ernte in Kericho, dem größten Teeanbaugbiet Südwest-Kenias.

Gesellschaft

Am Horn lassen sich asiatische und arabische Einflüsse auch in der Bevölkerung feststellen. Obgleich die dortigen Länder Vielvölkerstaaten sind, die sich aus einer großen Anzahl von Ethnien und Clans zusammensetzen, verbindet die Länder des kleinen Horns jedoch eine kulturelle Ähnlichkeit, die sie vom angrenzenden Ostafrika – mit Ausnahme der Küstengebiete in Kenia und Tansania – unterscheidet.

Die Bevölkerung am Horn von Afrika lebt weiterhin größtenteils in dünner Besiedlung auf dem Land. Die Abwanderung in urbane Zentren hat sich allerdings rapide beschleunigt, wobei Neuankommlinge in den meisten Fällen direkt in die Armutsspirale der Slums und Arbeitslosigkeit geraten. Zu den Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, die als Folge von Kriegen und Konflikten ihre Dörfer verlassen mussten, gesellen sich die Arbeitsmigranten.

Die Region ist in weiten Teilen landwirtschaftlich nur begrenzt nutzbar, die Böden sind meist trocken, und die Flora ist oft karg. Die fortschreitende Ausbreitung der Sahara führt in vielen Gebieten des Sudan zu Streitigkeiten zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern, die zunehmend um knappe Ressourcen wie Wasser und Weideland konkurrieren. Im westsudanesischen Darfur, wie auch in Somalia, in Nordost-Äthiopien oder im Ogaden, ei-

ner Provinz Äthiopiens, gibt es vorwiegend Tierhalter, die nomadisch oder jahreszeitenbedingt ihre Herden von Weideland zu Weideland führen und aufgrund des fragilen Ökosystems meist in kleinen, flexiblen Gemeinschaften zusammenleben.

Allen Ländern gemeinsam ist, dass sich ihre Bevölkerung stark mit ihrer jeweiligen Herkunftsgruppe, Ethnie oder ihrem Clan identifiziert. Familien- und Clanstrukturen bieten Sicherheit und die Grundlagen für eine Versorgung, die vom Staat nicht gewährleistet wird. Durch die Zerstörung der sozialen Netze in den Kriegen der Region werden diese Verlässlichkeiten allerdings immer brüchiger. Clan, Ethnie und Familie werden zunehmend missbraucht, um die Menschen für ethnische Milizen zu rekrutieren. Schon geringfügige Unterschiede zwischen Gruppen und Clans geben Anlass zu Angriffen und Vergeltungsschlägen, die sich bisweilen über Jahre hinziehen, oder – wie in Somalia – durch die Herrschaft der *Warlords* (Kriegsherren) institutionalisiert werden.

Politische Strukturen

Obgleich nicht alle Staaten am Horn ein einheitliches politisches System aufweisen, zeigen sich systemische Ähnlichkeiten. Anders als in Ostafrika hat am Horn kein Land den Schritt in die Demokratie vollzogen, wobei graduelle Unterschiede zwischen totalitären und autokratischen Regimen auszumachen sind. Die Machtzirkel am Horn sind zentralistisch organisiert, ihre Politik lässt die Belange der Peripherie häufig außer Acht. Somalia als staatenloses Gebilde bleibt in der Region die Ausnahme. Im Sudan sind seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit der südsudanesischen Rebellenfraktion SPLA/M im kenianischen Naivasha 2005 zumindest formal die Voraussetzungen für eine demokratische Wahl gegeben. Selbst wenn die jüngsten Wahlen in Kenia 2008 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führten, gestaltet sich die politische Kultur in Ostafrika doch weitaus freier, repressions- und gewaltloser als am Horn. Die Staaten Ostafrikas werden teilweise ebenfalls von ehemaligen Rebellenführern regiert. Doch ist der Umgang mit politischer Opposition und Zivilgesellschaft in Ostafrika zur Selbstverständlichkeit geworden.

Konflikte

Geopolitisch seit dem Mittelalter von Interesse, war das Horn in der Zeit des Ost-West-Konflikts Schauplatz politischer und militärischer Stellvertreterkriege. Vorwiegend durch Staatspatronage und Militärhilfe, teilweise auch durch personelle Unterstützung, suchten die Supermächte USA und Sowjetunion in den 1970er Jahren ihre Hegemonialansprüche durchzusetzen. Wo zuvor koloniale Zugehörigkeiten auch politische Bindungen geknüpft hatten, mischten sich die Loyalitäten im Kalten Krieg neu.

Das Horn von Afrika ist die Region mit der weltweit größten Konfliktdichte. Nahezu jedes Land ist von einem Bürgerkrieg oder anderen innerstaatlichen Auseinandersetzungen betroffen. Mehrere Länder führen zwischenstaatliche Kriege, taten dies in der jüngsten Vergangenheit oder stehen kurz davor, wie Eritrea gegen Äthiopien und Tschad gegen Sudan. Zur Stabilisierung der eigenen Herrschaft unterstützen die Regime der Region die bewaffnete Opposition in den Nachbarländern. Teilweise, wie im Falle Äthiopiens in Somalia, intervenieren sie auch selbst.

Die Konflikte in Ostafrika sind anders geartet oder liegen schon länger zurück. Ausnahmen sind Uganda, das weiterhin in einen

Land Hauptstadt	Fläche in km ²	Bevölkerung 2007	Bevölk.- wachstum 2007, in Prozent	Religion in Prozent	BIP/Kopf PPP US-Dollar/ Rang 2006	HDI Rang 2006
Äthiopien Addis Abeba	 1.104.300	79,09 Mio.	2,5	Christen: ca. 50 Muslime: ca. 45 Naturreligionen: ca. 3	700 / 169	169
Dschibuti Dschibuti	 23.200	830.000	1,8	Muslime: 94 Christen: 6	1.965 / 135	151
Eritrea Asmara	 117.600	4,84 Mio.	3,1	Christen: ca. 50 Muslime: 50 (lt. Regierungsangaben)	519 / 174	164
Kenia Nairobi	 580.400	37,53 Mio.	2,6	Christen: ca. 70 Muslime: 20 Naturreligionen: 10 übrige: Hindus, Jains, Sikhs	1.436 / 149	144
Komoren Moroni	 1.900	630.000	2,0	Muslime: 95	1.152 / 154	137
Seychellen Victoria auf der Hauptinsel Mahé	 500	90.000	0,5	Christen: 88,7 Hindus: 2,1 Muslime: 1,1 Adventisten, Bahai (gesamt): 2	15.105 / 49	54
Somalia Mogadischu	 637.700	8,7 Mio.	2,9	Muslime: ca. 99 Christen: ca. 0,1	k. A.	k. A.
Sudan Khartum	 2.505.800	38,56 Mio.	2,2	Muslime: ca. 65 Animisten: ca. 25 Christen: ca. 10	1.887 / 138	146
Tansania Dodoma	 947.300	40,43 Mio.	2,4	Christen: ca. 40 Muslime: ca. 30 sonstige: ca. 30 (Sansibar ca. 95 Muslime)	1.126 / 156	152
Uganda Kampala	 241.000	30,93 Mio.	3,4	Christen: ca. 80 Muslime: ca. 10	888 / 162	156

Spalten 2-4: Weltbank; Spalte 5: Auswärtiges Amt (Zeitpunkt der Abfrage: April 2009); Spalten 6 und 7: UNDP

innerstaatlichen Konflikt mit der paramilitärischen „Widerstandsbewegung des Herrn“ (*Lord's Resistance Army*, LRA) verstrickt ist, und Kenia, wo nach den Wahlen ebenfalls tausende Menschen den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der beiden rivalisierenden Parteien zum Opfer fielen.

Seit den Anschlägen der islamistischen Al-Qaida auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Daressalam 1998 und den Attentaten auf israelische Touristen 2002 in Kenia polarisieren der Terrorismus und die Frage, ob und wie man ihn bekämpft, die Region. Auf der einen Seite haben die Regierungen am Horn und in Ostafrika nahezu alle Allianzen zur Terrorbekämpfung mit den USA geschlossen. Auf der anderen Seite rekrutieren gerade islamistische, nichtstaatliche Gewaltakteure immer mehr junge Männer aus der Region für ihre Milizen. Die Region bindet die größten Friedensmissionen der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union. Paradoxiere Weise dienen in den Missionen zumeist Soldaten aus Ostafrika, die dann am Horn von Afrika eingesetzt werden.

Öl und Ressourcen

Im erweiterten Horn von Afrika (einschließlich des Sudan) herrscht eine ungleiche Verteilung von Ressourcen. Einerseits

mangelt es an Rohstoffen, Weideflächen und Wasser, was immer wieder innerregionale Konflikte anheizt. Zum anderen können vorhandene Ressourcen zum Fluch werden, wenn kleptokratische Eliten sich an ihnen bereichern, ohne die breite Bevölkerung daran zu beteiligen, wie es beispielsweise im Sudan der Fall ist.

In Ostafrika stellen weder Ressourcenknappheit noch große Öl- oder Gasvorkommen ein Dilemma dar. Ostafrika exportiert vorwiegend landwirtschaftliche Produkte wie Kaffee und Tee. Am Horn sind vor allem die Viehexporte in die arabische Welt eine wichtige Einnahmequelle. In der gesamten Region profitieren vor allem die Länder mit Zugang zum Meer von ihren Häfen, die für die Versorgung des Inlands maßgeblich sind.

Ogleich Äthiopien über genügend Land und ausreichend Wasser verfügt, ist es nicht in der Lage, die eigene Bevölkerung zu versorgen. Ähnlich ist die Situation in Eritrea. Somalia und Dschibuti haben noch weniger fruchtbare Böden und müssen ihre Einnahmen vorwiegend mit Handel erzielen. Da die Landwirtschaft niederschlagsabhängig ist, bleibt die Ernährungssicherheit für den Großteil der Bevölkerung gefährdet.

In den Grenzregionen – vor allem zwischen dem Horn und Ostafrika – kommt es häufig zu Viehdiebstahl, Waffenschmuggel und illegalem Handel. Keine Seite ist willens oder in der Lage, die Grenzen effektiver zu sichern.

Sudan

Annette Weber

Sudan, das flächenmäßig größte Land Afrikas, ist weniger ein Beispiel für einen gescheiterten Staat als vielmehr ein Beispiel für eine gescheiterte Nationenbildung. Wie unterschiedlich sich die 40 Millionen Sudanesen mit ihrem Staat identifizieren, zeigt die Geschichte des Nationalhelden, Muhammad Ahmed al Mahdi (1844 bis 1885), der ab 1881 Symbolfigur und Anführer einer zeitweilig erfolgreichen Erhebung gegen ägyptische und britische Machtansprüche war. Im Norden gilt er als Befreier von der britischen Kolonialherrschaft, im Südsudan ist er ein Symbol für Unterdrückung und Sklaverei. Unter den 20 verschiedenen ethnischen Hauptgruppen werden 39 Prozent als arabisch und 53 Prozent als schwarzafrikanisch bezeichnet. 70 Prozent der Bevölkerung gehören dem sunnitischen Islam an, die verbleibenden 30 Prozent sind Anhänger traditioneller Religionen und zu einem geringeren Teil Christen.

Wie sehr die einzelnen Landesteile trotz ihrer Unterschiede dennoch auf einander angewiesen sind, zeigt sich am Öl, das zwar weitestgehend im Süden gefördert, aber über eine Pipeline im Norden verkauft wird. Welche Entwicklung das Land nehmen wird, entscheidet sich bei den nun auf 2010 verschobenen Wahlen und dem 2011 vorgesehenen Referendum über die Frage der Unabhängigkeit im Südsudan. Ob der Sudan vereint bleibt oder in zwei oder mehrere Teile zerbricht, wird auch der weitere Verlauf der Konflikte in Darfur und anderen Landesteilen zeigen, die zum Teil vom Wunsch nach Unabhängigkeit und Separation begleitet sind.

Vorkolonial gab es im Sudan verschiedene Königreiche und Sultanate, die neben autochthonen Gemeinschaften existierten. Der nördliche Teil des Sudan, der im Norden an Ägypten und im Westen an den Sahel grenzt, wurde islamisch. Mit der Kolonialisierung – hauptsächlich durch Großbritannien betrieben – begann die Aufteilung des Landes in einen Nord- und einen Südsudan. Während der vorwiegend muslimische Nordsudan von der Kolonialregierung mit administrativen Aufgaben betraut und durch eine entsprechende Ausbildung seiner Funktionsträger auf die Übernahme staatlicher Verwaltung vorbereitet wurde, galt für den Südsudan das *closed district rule* (Geschlossenes Gebiet): Die britische Kolonialregierung erklärte den Südsudan zum Sperrgebiet, um zu verhindern, dass sich die islamische Missionierung nach Süden ausbreitete. Nur ein kleines Kontingent christlicher Missionare erhielt Zugang.

Diese Entwicklung hatte fatale Folgen. Der Süden blieb infrastrukturell zurück; Bildung, Krankenversorgung, aber auch Sicherheit wurden von der Kolonialregierung nur sehr rudimentär gewährleistet und weitestgehend in den Händen der Missionare belassen. Die daraus erwachsende Ungleichheit, die sich am augenfälligsten im Gegensatz zwischen dem Verwaltungszentrum Khartum und dem Süden zeigte, führte schon ein Jahr vor der Unabhängigkeit, 1956, zur Bildung der ersten bewaffneten südsudanesischen Bewegung namens *Anya Nya*, die sich gegen die Machthaber in Khartum erhob.

Damit begannen die bewaffneten Konflikte im Sudan, die mit einer kurzen Unterbrechung zwischen 1972 und 1984 bis heute



Der Ressourcenreichtum Sudans fließt bevorzugt nach Khartoum. Im Geschäftszentrum der Hauptstadt verbinden sich Tradition und Moderne.

andauern. Da vor allem die Bevölkerung des Südens seit der Unabhängigkeit nahezu immer im Krieg gelebt hat, blieben Stabilität, Entwicklung, Bildung und die Verbesserung der Infrastruktur auf der Strecke. Das Gefälle zwischen Norden und Süden hat sich seit den 1950er Jahren weiter vergrößert.

Dies bot auch den Anlass für das Wiederaufflammen des Bürgerkriegs im Südsudan 1984. Dort gründete sich die Sudanese Volksbefreiungsarmee SPLA/M (*Sudan People's Liberation Army/Movement*) und trat in militärische Auseinandersetzungen mit dem Regime in Khartoum ein.

In Khartoum kam seit der Unabhängigkeit nahezu jede Regierung durch einen Putsch an die Macht. Die Vorherrschaft des Militärischen prägt seitdem die politische Kultur, im Norden wie im Süden. Kontrolle über die Bevölkerung und die Absicherung des jeweilig herrschenden Regimes sind die vorrangigen Interessen der Politik und lassen wenig Spielraum für demokratische Opposition oder zivilgesellschaftliche Beteiligung. Im Gegenteil – nachdem sich die derzeitige Regierung unter General Omar al-Baschir 1989 als Bündnis von Islamisten und Militärs an die Macht geputscht hatte, waren die 1990er Jahre im Sudan von massiven Repressionen, Verhaftungen und Folter der politischen Oppositionellen bestimmt. Hassan al Turabi, der jahrzehntelang politisch einflussreiche Führer der Nationalen Islamischen Front (NIF), förderte auch die internationale Vernetzung islamistischer Gruppierungen. Mit der Verfassung von 1998 wurde der Sudan zur Islamischen Republik. Die Scharia, die islamische Rechtsprechung, war bereits seit 1983 für das gesamte Staatsgebiet verbindlich.

Nach den islamistischen Anschlägen auf die USA am 11. September 2001 stieg der internationale Druck auf die Regierung in Khartoum, sich am Kampf gegen den Terrorismus zu beteiligen. Den entscheidenden Wendepunkt in der ideologischen Ausrichtung des Regimes hatte zuvor jedoch der Beginn der Ölförderung 1999 bedeutet. Um langfristig Investoren an sich zu binden, verständigte sich die Regierung auf eine Politik der Mäßigung nach außen. Da die meisten Ölvorkommen auf südlichem Territorium lagen, trat sie gleichzeitig in Verhandlungen mit der dortigen Rebellenbewegung, um Frieden zu schließen und damit eine reibungslose Ölförderung zu gewährleisten.

2005 kam es unter diesen Maßgaben und verstärkt durch internationalen Druck zum Friedensvertrag mit der Rebellenorganisation SPLA/M. Diese übernahm nach dem Friedensschluss die Regierung im Südsudan, wo auch sie aufgrund ihrer Prägung einen eher militärischen, weitgehend undemokratischen Führungsstil praktiziert. Gleichzeitig wurde sie zum Juniorpart-



Der Südsudan wird wirtschaftlich vernachlässigt. Kochstelle in einem Dorf der Dinka, der größten Bevölkerungsgruppe Südsudans

ner der Regierung der Nationalen Einheit (GoNU, *Government of National Unity*) in Khartum. Im Zuge des Friedensabkommens verlor die Scharia im christlichen Süden ihre Geltung, und es wurden freie allgemeine Wahlen für 2009 versprochen.

Die Ausbeutung der Ölvorkommen war damit weiter abgesichert. Derzeit stammen zwei Drittel der Regierungseinkünfte aus Ölverkäufen, die im Jahr 2008 13,9 Milliarden US-Dollar betragen. Die Erlöse flossen auch in Militärausgaben, die sich von 2003 bis 2006 verdreifachten und 2006 bei 1,65 Milliarden US-Dollar lagen, während die breite Bevölkerung in den sudanesischen Randregionen und speziell im Süden vom neuen Ölreichtum kaum profitieren konnte.

Gleiches gilt für die Bevölkerung im Ostsudan, deren Lebenssituation sich durch einen 2006 geschlossenen Friedensvertrag zwischen der Regierung und bewaffneten Aufständischen nicht wesentlich verbesserte.

Der immer wieder aufflammende Unmut der Bevölkerung über die Zentralregierung in Khartum erwächst aus ihrer fortwährenden Vernachlässigung und entzündet sich an dem Machtmonopol, das die Regierung und eine kleine, ihr verbundene Elite unverändert fest in den Händen halten.

Ein weiterer Konfliktsfaktor ist die sich verschärfende Ressourcenknappheit. Durch zunehmende Desertifikation werden wichtige Weideflächen, die für das Überleben von nomadischen Tierhaltern und sesshaften Ackerbauern notwendig sind.

Dies führt zu Verteilungskämpfen der betroffenen Gruppen untereinander. Bislang hat die Regierung in Khartum nicht mit

Aus Vernachlässigung und Ressourcenknappheit erwuchs der Bürgerkrieg in Darfur. Jem-Rebellen stellen eine der beteiligten Kriegsgruppierungen.



Konfliktlösungsstrategien, etwa einem verbesserten Wassermanagement, reagiert. Vielmehr verfährt sie nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“ und hofft, durch die Unterstützung einer der Gruppierungen die Konflikte zu entscheiden. Dies führte bislang dazu, dass mehr bewaffnete Gruppen entstanden und die lokalen Auseinandersetzungen eskalierten.

Vor allem in Darfur zeigt sich der problematische Umgang der Regierung mit internen Konflikten. Im April 2003 wurden dort militärische Einrichtungen der Regierung angegriffen. Zwei Rebellengruppen, die Sudanesisch Befreiungsarmee (*Sudan Liberation Army, SLA*) und die „Gerechtigkeits- und Gleichheitsbewegung“ (*Justice and Equality Movement, JEM*) wollten so gegen die eklatante Vernachlässigung Darfurs protestieren. Heute sind in Darfur mehr als 20 bewaffnete Gruppierungen aktiv, mehrere Initiativen für Friedensverhandlungen sind gescheitert. Die bislang größte Friedensmission, die sich aus Truppen der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen zusammensetzt (UNAMID), wurde zum Schutz der Zivilbevölkerung entsandt, von der mehr als 2,5 Millionen in Nachbarländer flohen oder als Binnenflüchtlinge in Camps ihr Leben fristen. Die Fragmentierung der Konfliktparteien hat dazu geführt, dass sich die Konflikte von den Randgebieten in die benachbarten Länder ausbreiten. Die direkte Unterstützung der Regierung für die bewaffneten arabischen *Janjaweed*-Milizen, aber auch die direkten Angriffe der sudanesischen Regierungsmilizen auf zivile Ziele in Darfur haben den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) am 4. März 2009 veranlasst, einen Haftbefehl gegen den amtierenden Präsidenten Omar al Baschir auszustellen.

In diese Situation fallen die allgemeinen Wahlen, die für 2010 vorgesehen sind, aber nur partiell durchgeführt werden können, solange in Darfur noch Krieg herrscht. Parteien, die in den letzten Jahrzehnten verboten waren, versuchen sich ihre Anhängerschaft zu sichern. Zur Wahl stellen sich neben der Regierungspartei Nationale Kongresspartei (NCP) die Partei der Südsudanesischen Volksbefreiungsbewegung SPLM und die etablierten Parteien, die sich auf Muslimbruderschaften (*Ansar* und *Khatmiya*) stützen, die *Umma* und die *Democratic Union Party*.

Nachdem sich der Sudan in den 1990er Jahren vorwiegend mit Staaten in der arabischen Welt, den Golfstaaten und Iran verbündet hatte und die direkten Nachbarn Eritrea und Äthiopien auf Seiten der südsudanesischen Rebellen gestanden hatten, hat sich die Außenpolitik seit der Ölförderung und dem 11. September 2001 deutlich verändert. Außenhandelsbeziehungen

sind nun vorwiegend auf China, Japan, Indien und Malaysia ausgerichtet – außenpolitische Anknüpfungen werden zunehmend auch mit westlichen Staaten gesucht. Durch den Konflikt in Darfur und den Haftbefehl gegen al-Baschir ist die Annäherung an die USA inzwischen wieder erschwert. Washington führt den Sudan weiterhin auf seiner Liste der Terrorismus unterstützenden Staaten. In der Frage des Umgangs mit Nord- und Südsudan positioniert sich die internationale Staatengemeinschaft unterschiedlich. Die südlichen Anrainerstaaten Uganda und Kenia sind eng mit der SPLM und damit der Regierung Südsudans verbunden, auch Äthiopien und Südafrika sowie westliche Staaten unterstützten die Regierung in der südsudanesischen Hauptstadt Juba. Nachbarstaaten wie der Tschad spielen in der Au-

ßenpolitik des Nordsudan eine große Rolle; derzeit werden Rebellen Gruppen aus Darfur direkt vom tschadischen Präsidenten Déby unterstützt. Im Gegenzug hilft die Regierung in Khartum tschadische Rebellen Gruppen. Die Liga der Arabischen Staaten ist ebenso wie die Afrikanische Union vornehmlich seit dem Antrag auf Haftbefehl gegen Präsident al-Baschir im Sudan 2008 aktiv geworden und wirbt für innersudanesischen Lösungen. Die Afrikanische Union hatte schon kurz nach Ausbruch des Konfliktes in Darfur eine Friedensmission dorthin entsandt.

Seit der Ausstellung des Haftbefehls gegen Präsident al-Baschir hat sich die Lage in Darfur verschlechtert. Unter dem Vorwurf mit dem Internationalen Strafgerichtshof kooperiert zu haben, wurden 13 Hilfsorganisationen aus Darfur ausgewiesen.

Alltag in Darfur

[...] Die Leute nennen sie Janjaweed – die „Geisterreiter“. [...] Die Janjaweed plündern, vergewaltigen und morden. Und keiner stoppt sie. Für die Welt sind diese Reiter zum Symbol des Terrors in Darfur geworden: Teufel auf dem Pferde, die Frauen und Kinder vor sich her treiben. [...] Es gibt noch andere zerstörerische Kräfte [...] Rebellen Gruppen, die Freiheit predigen, aber jeden Dialog verweigern. Mit ihren Beutezügen machen sie die Straßen unsicher [...].

Das Lager Kassab mit mehr als 30 000 Vertriebenen liegt am Rande der Stadt Kutum. [...] Schon immer hat Kutum Händler von weit her angezogen. So ist es auch jetzt, mitten im Krieg.

Montag ist Markttag, die Stadt füllt sich mit Menschen, meist reiten sie auf Eseln heran. Viele Flüchtlinge sind darunter, die es trotz der Gefahren noch wagen, auf ihre Felder zu gehen und etwas anzubauen. Jetzt verkaufen sie hier ihre Ernte, Zwiebeln oder Karotten. Aber wer durch die Reihen auf dem Markt geht, spürt die Spannung [...]. Die Menschen sprechen kaum, sie kauern reglos am Boden. Jeder ist froh, wenn er hier nach seinen Geschäften wieder fortkommt. Denn wohin man auch blickt – überall kurven schwer bewaffnete Milizionäre in ihren Jeeps herum.

[...] Die Milizen machen den Vertriebenen Angst. Aber was sollen die Leute machen? Nur hier können sie ihre Waren tauschen, wie sie es immer getan haben.

Wer erfahren will, wie es war in alten Zeiten in Darfur, der kann Malik Adam Muhammed Nur in Kutum aufsuchen [...]. Er ist eines der traditionellen Oberhäupter dieser Gegend [...]. Vor 52 Jahren erbte er sein Amt von seinem Vater, auch heute noch sei er ein geachteter Mann, sagt er. Aber sein Einfluss ist geschwunden, der Krieg hat die alten Gesetze ausgehebelt.

Auch früher habe es Konflikte zwischen Nomaden und Bauern gegeben, erzählt er. Wenn Tiere die Ernte fraßen oder Ziegen gestohlen wurden, dann gab es ein Schlichtungsverfahren. [...] Hirten und Bauern profitierten oft voneinander, Fleisch und Milch wurden getauscht gegen Gemüse und Hirse.

Doch viele Faktoren haben das Verhältnis allmählich vergiftet. Die Wüste ist in Darfur weiter vorangerückt, die Bevölkerung ist gewachsen, der Kampf um Wasser und Land verschärfte sich. Für die Nomaden wurde es nun immer schwieriger, ihre Herden durchzubringen. Viele verarmten. Ethnische Spannungen zwischen arabischen Nomaden und nicht-arabischen Gruppen wie den Fur und den Zaghawa nahmen zu, schon in den achtziger und neunziger Jahren gab es blutige Zusammenstöße. So baute sich der Konflikt auf. Als dann die Darfur-Rebellen zu den Waffen griffen und Khartum herausforderten, suchte die Regierung nach Verbündeten, um den Aufstand niederzuschlagen. Jetzt sahen viele Nomaden ihre Chance. Mit der Waffe in der Hand konnten sie wieder reich werden. Nach fünf Jahren Krieg haben sie vielerorts das Land

der Bauern besetzt, und man muss nicht weit hinausfahren aus Kutum, um sich davon einen Eindruck zu verschaffen. [...]

Immer wieder reiten an diesem Tag bewaffnete Nomaden auf Kamelen vorbei. Rebellen lassen sich hier nicht offen blicken. Dennoch kann man sie später noch treffen. Im Schatten einer Akazie, nicht weit von Kutum, ist nach langer Suche Major Abdulahdi Ahmed zu finden. Er gehört zu einer Rebellen Gruppe, die sich „SLA Free Will“ nennt. [...] Abdulahdi ist von Beruf Lehrer. Er ist oft in Khartum gewesen und hat es irgendwann nicht mehr ertragen, all den Reichtum, die schönen Schulen und Krankenhäuser in der Hauptstadt zu sehen. „Khartum hat alles, Darfur hat nichts.“ Die Kinder hier gingen in Ruinen zur Schule, sagt er, Krankenhäuser gebe es kaum. „Die Regierung hat nichts gegeben, um diese Gegend zu entwickeln.“ Gespräche darüber seien gescheitert, also hätten die Darfuris zu den Waffen gegriffen, weil das die einzige Sprache sei, die Khartum verstehe. [...] Doch bislang hat der Krieg nur Leid gebracht. Niemand kann diesen Konflikt militärisch gewinnen. [...]

Arne Perras, „Jeden Tag ein neuer Feind“, in: Süddeutsche Zeitung vom 20./21. Dezember 2008

Der Krieg in Darfur treibt die Zivilbevölkerung zu Tausenden in die Flüchtlingslager. Notdürftige Behausung im Lager Ardamata in West-Darfur



Hartmut Schwarzbach / argus

Äthiopien

Annette Weber

Äthiopien mit seiner jahrtausendalten Geschichte wurde als einziges Land auf dem afrikanischen Kontinent nie von externen Mächten kolonialisiert. Vielmehr verstand es sich selbst als Großmacht, die sich aus verschiedenen Feudalreichen zusammensetzte. Mit der Einsetzung von Ras Tafari Mekonnen 1916, der vierzehn Jahre später als Kaiser Haile Selassie den Thron bestieg, trat das Staatswesen Äthiopiens in die Moderne ein.

In der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien leben heute circa 80 Millionen Menschen, die neben mehreren kleinen ethnischen Gruppierungen zwei große aufweisen, die Oromos und Amharas, die nach Schätzungen jeweils über 30 Prozent der Bevölkerung stellen.

Geschichte

Äthiopiens Geschichte wurde wesentlich von seiner Brückenstellung zwischen dem afrikanischen Kontinent und der arabischen Halbinsel bestimmt. Die Schifffahrtsverbindungen am Golf von Aden galten schon seit dem Mittelalter und verstärkt nach Eröffnung des Suezkanals 1869 als die wichtigsten Handelswege zwischen Europa und Asien.

Knochenfunde, die auf 3,2 Millionen Jahre zurückdatiert wurden, weisen Äthiopien als „Wiege der Menschheit“ aus. Griechische Aufzeichnungen aus dem 5. Jahrhundert v. Chr. stellen es als nahezu mystisches Reich dar. Im 4. Jahrhundert n. Chr. kam die christliche Religion durch Missionare aus Syrien und Ägypten nach Äthiopien, im 7. Jahrhundert erwarb es die Wertschätzung des islamischen Religionsstifters Mohammed, weil es seinen Anhängern Zuflucht gewährt hatte. Heute halten sich die christliche und die muslimische Religion in Äthiopien anteilmäßig annähernd die Waage. Allerdings prägten konfessionelle Konflikte die Geschichte des Landes bis ins 20. Jahrhundert, und auch heute ist die Religionszugehörigkeit bedeutsam für die Vergabe politischer Führungspositionen. Die christlich-orthodoxe Bevölkerung des fruchtbaren Hochlandes übte bislang durchgehend die Herrschaft im Land aus, während die muslimischen Bevölkerungsgruppen im Tiefland darüber zunehmend unzufrieden sind.

Haile Selassie, der Sohn eines christlich-orthodoxen Provinzgouverneurs, wurde 1930 zum Kaiser Äthiopiens gekrönt und herrschte, unterbrochen nur durch ein kurzes Exil, bis ihn 1974 ein Militärputsch aus dem Amt hob. Die Militärjunta, Derg genannt, unterwarf das Land einer kommunistischen Umerziehung. Der monarchistische Zentralismus, der Äthiopiens jahrhundertlang geprägt hatte, wurde durch ein militarisiertes, totalitäres Regime ersetzt. Mengistu Haile Mariam, seit 1977 neuer Militärherrscher Äthiopiens, sorgte dafür, dass die politische Opposition ebenso wie die Royalisten ausgeschaltet wurden.

Im Kalten Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion engagierte sich Äthiopien 1977 in einem Stellvertreterkrieg mit Somalia um die äthiopische Provinz Ogaden, die mehrheitlich von ethnischen Somalis bewohnt wurde. Dazu wechselten



Stefan Auth / mauritius images / imagebroker

Die Kathedralen der heiligen Stadt Aksum im Norden Äthiopiens, in der nach der Legende die israelitische Bundeslade aufbewahrt wird, sind bedeutende Pilgerstätten der äthiopisch-orthodoxen Christen – im Bild die alte Kathedrale

beide Seiten die Verbündeten. Äthiopien löste sich von den USA, die wegen seiner politischen Neuorientierung und seiner Menschenrechtsverletzungen auf Distanz gegangen waren, während die Sowjetunion Somalia fallen ließ, dessen Präsidenten Siad Barre sie bislang unterstützt hatte. Nun kamen Mengistu im Kampf um Ogaden Soldaten und Ausrüstung der Sowjetunion und Kubas zur Hilfe. Die somalische Armee wurde 1978 geschlagen.

Nachdem verschiedene, meist ethnisch rekrutierte Rebellengruppierungen jahrzehntlang gegen das Derg-Regime gekämpft hatten, wurde Mengistu Haile Mariam 1991 gestürzt. Der Anführer einer ethnischen Minderheitenbewegung, der TPLF (*Tigray People's Liberation Front*), Meles Zenawi, wurde zum Premierminister Äthiopiens ernannt.

Innenpolitische Herausforderungen

Schon seit der Regierungszeit Kaiser Haile Selassies herrscht eine Diskrepanz zwischen der unsicheren innenpolitischen Situation und dem guten internationalen Ansehen des Landes. Dabei spielen die Interessen externer Akteure ebenso eine Rolle wie die Erkenntnis, dass die Stabilität am Horn von Afrika ohne Äthiopien nicht haltbar ist.

In den Augen internationaler Akteure ist Äthiopien ein wichtiger Partner bei der Bekämpfung des Terrorismus und bei der Intervention in Somalia zur Abwehr einer vermeintlich islamistischen Regierung. Aber auch die geostrategisch wichtige Lage nahe an den ölreichen Golfstaaten führt dazu, dass innenpolitische Verfehlungen von außen kaum kritisiert werden. Dies gilt vor allem für die massiven Menschenrechtsverletzungen, die im Zusammenhang mit den Wahlen 2005 und den Strafexpeditionen gegen die Bevölkerung im Ogaden von der äthiopischen Regierung verübt wurden.

Dabei waren es zumeist innenpolitische Probleme, die die Regime in Äthiopien zu Fall brachten. Kaiser Haile Selassie, der im Ausland als Vorzeigemodernisierer galt, regierte sein Land

noch in den 1960er und 1970er Jahren als absoluter Monarch, der der Bevölkerung keine Mitbestimmung zugestand. Auch die Konzentration der herrschenden Elite auf das Zentrum und die klientelistische Umverteilung der Ressourcen führten zu Unmut. Die Vorherrschaft der Volksgruppe der Amharen unter Kaiser Haile Selassie wurde ebenso kritisiert wie heute die Dominanz der Tigray unter Premierminister Meles Zenawi. Das Derg-Regime stürzte, als die Sowjetunion zerbrach und dem Land die Unterstützung versagte.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erlebte Äthiopien jedoch eine demokratische Öffnung. Der Wahlkampf 2005 weckte Hoffnungen auf freie und demokratische Wahlen, die am Wahltag auch zu einem Sieg der Opposition in der Hauptstadt Addis Abeba führten. Das Ergebnis wurde von der Regierung nicht akzeptiert, Proteste folgten und wurden gewaltsam niedergeschlagen, und eine große Zahl von Oppositionellen wurde verhaftet. Drei Jahre später erließ die Regierung eine Amnestie. Bislang ist es der Opposition allerdings nicht gelungen, sich neu zu formieren und politisch aktiv zu werden.

Äthiopien ist weiterhin eines der ärmsten Länder der Erde. Obgleich Land und auch Wasser des blauen Nils ausreichend vorhanden sind, entstehen aus den klimabedingten Ernteausfällen aufgrund geringer Regenmengen immer wieder Hungerkatastrophen, die auch auf den Mangel an Bewässerungsprojekten zurückzuführen sind.

Das Ungleichgewicht zwischen militärischem Primat und der Vernachlässigung von Wohlfahrtsaufgaben ist ein Langzeitproblem Äthiopiens.

Außenpolitische Spannungsfelder

Der traditionelle Anspruch Äthiopiens, am Horn eine Großmachtrolle zu spielen, hat seit jeher zu Konflikten mit den Nachbarn geführt. Das gilt vor allem für das Verhältnis zu Eritrea, das Äthiopien trotz zwischenzeitlicher italienischer Kolonisierung (1889 bis 1941) stets als äthiopische Provinz begriff. Nach einem langen Krieg gegen Äthiopien, der in den 1960er Jahren seinen Ausgang nahm, erlangte Eritrea 1993 die Unabhängigkeit. Danach arbeiteten die beiden Staaten zunächst eng zusammen, führten eine gemeinsame Währung ein und öffneten die Grenzen sowohl für die Bevölkerung als auch für den Handel. Doch nach einem Grenzzwischenfall fanden sich beide Seiten 1998 in einem erneuten Krieg wieder. Zwei Jahre später und nach 70 - 80 000 Todesopfern auf beiden Seiten

Archaische Landwirtschaft: Geringe Niederschläge und mangelnde Bewässerungssysteme erschweren die Bodenbearbeitung in Äthiopien.



Friedrich Stark

unterzeichneten die verfeindeten Regierungen ein Friedensabkommen. Die Stimmung zwischen den beiden Ländern ist seitdem angespannt. Eritrea versucht mit allen Mitteln, Äthiopien militärisch aufzureiben und zu schwächen, um einem möglichen Angriff Äthiopiens vorzubeugen.

Der zweite außenpolitische Konflikt besteht mit dem Nachbarland Somalia. Im Dezember 2006 drang die äthiopische Armee in Somalia ein, um die international anerkannte somalische Übergangsregierung im Kampf gegen aufständische Clanmilizen und jihadistische *Shabab*, deren Ziel die Installation einer islamistischen Führung in Somalia ist, zu unterstützen. Die Intervention, vor allem aber der lange und kostenintensive Verbleib der äthiopischen Streitkräfte in Somalia, sorgten in Addis Abeba für politischen Zündstoff.

Die Befürchtung der äthiopischen Regierung, sich in Somalia einem islamistischen Regime gegenüber zu sehen, ist sicherlich nicht unberechtigt. Seitdem die Regierung im Sudan in den 1990er Jahren islamistische Gruppierungen in der Region unterstützte, die auch gegen Äthiopien vorgingen, werden islamistische und jihadistische Bewegungen aus den Nachbarländern und aus Saudi-Arabien mit Besorgnis registriert. Im Januar 2009 zogen sich die letzten äthiopischen Truppen aus der somalischen Hauptstadt Mogadischu zurück. Die Friedenssicherung soll die UN-Friedenstruppe AMISOM übernehmen, die seit Anfang 2007 in Mogadischu stationiert ist.

Ägypten, das nach der osmanischen Kolonialisierung des Sudan zeitweise gemeinsam mit Großbritannien die Kolonialmacht im Sudan ausübte, war und ist an der ungebrochenen hegemonialen Vormachtstellung in der Region interessiert – nicht nur wegen des lebensnotwendigen Nilwassers, das aus Äthiopien (und Uganda) kommt und durch den Sudan fließt. Heute ist es neben der Wasserversorgung der „Kampf gegen den Terrorismus“, der Ägypten mit Äthiopien verbindet.

Äthiopien ist zwar der engste Verbündete der US-Regierung im Krieg gegen den Terrorismus, als Lieferländer für Handelswaren fallen westliche Staaten jedoch weit hinter Saudi-Arabien (15,2 Prozent 2006/07) und China (17 Prozent) zurück. Exporte aus Äthiopien gehen nach China, dicht gefolgt von Deutschland, Japan und den USA. Noch sind die Rohstoffe in Äthiopien nicht erschlossen, aber chinesische und malaysische Ölfirmen sind vor Ort aktiv.

Obgleich Äthiopien militärisch stärker als seine direkten Nachbarn ist, wird es langfristig nicht durch eine Position der Stärke, sondern eher durch einen Ansatz zu guter Nachbarschaft in der Region zur Stabilisierung beitragen können.

Militärische Stärke: Panzer der äthiopischen Invasionstruppen in der somalischen Hauptstadt Mogadischu Anfang 2007



Michael Kamber / The New York Times / Redux / laif

Die Somalias

Annette Weber

Schon der Blick auf die wirtschaftlichen Indikatoren macht deutlich, dass etwas außer Kontrolle geraten ist in Somalia. Das Land hat im afrikanischen Vergleich ein sehr niedriges Pro-Kopf-Einkommen, bei den Lebenshaltungskosten und Preisen für Konsumgüter hingegen liegt Somalia an der Spitze. Seit dem Zerfall seiner staatlichen Strukturen 1991 gibt es weder staatliche Sicherheitsorgane noch eine Gerichtsbarkeit, keine politisch legitimierten Volksvertreter oder offizielle Handelsbeziehungen. Alles, was in Somalia geschieht, wird über private Initiative geregelt. Obgleich Somalia ethnisch und religiös fast homogen ist – mehr als 98 Prozent sind Muslime und knapp 89 Prozent ethnische Somali – verhindern persönliche Machtinteressen, aber auch eine stark segmentierte Clankonstellation

eine friedliche Koexistenz. Eine ehemals stärkere Zivilgesellschaft konnte sich gegen die gewaltbereiten Akteure auf Dauer nicht durchsetzen.

Somalia galt einst als Herrschaftsgebiet muslimischer Sultanate, die in Auseinandersetzungen mit der vornehmlich christlich-orthodoxen Großmacht Äthiopien verwickelt waren. Ende des 19. Jahrhunderts begann Italien die Region zu besetzen; in der Folge wurden Teile Somalias abgespalten. Das heutige Somaliland wurde britisch kolonialisiert, Somalia und Puntland fielen unter italienische Kolonialherrschaft. Aus dem Zusammenschluss der beiden Kolonialgebiete entstand Somalia, das 1960 unabhängig wurde. 1969 kam Siad Barre durch einen Militärputsch an die Macht.

Der Niedergang des Landes nahm seinen Ausgangspunkt im Ogaden-Krieg 1977. Somalische Truppen waren in die Provinz Ogaden, deren territoriale Kontrolle zwischen Äthiopien und Somalia umstritten ist, einmarschiert. Die Niederlage gegen die weitaus stärkere Armee des äthiopischen Militärmachthabers Mengistu Haile Mariam bereitete den Weg für verschiedene bewaffnete Oppositionsbewegungen in Somalia, die Präsident Siad Barre 1991 gewaltsam stürzten. Schon bald zerbrach die Opposition, wobei ursprünglich die Clanstrukturen als verlässlichste soziale und politische Mechanismen die

Erfolgsgeschichte Telekommunikation

Es raschelt, knattert und dann tutet es. „Yes, hello“, sagt eine altbekannte Stimme: „It’s Schirwa.“ Im Moment könne er nicht reden, ruft der somalische Freund gehetzt: Wie sich später herausstellt, wird Abdullahi Schirwa soeben an einem Milizen-Checkpoint im Zentrum Mogadischus um den letzten Cent gebracht. Beim nächsten Anruf eine Stunde später sind im Hintergrund Explosionen zu vernehmen, aber Schirwas Stimme bricht nicht ab. In Somalias Hauptstadt wird [...] geschossen, geplündert und bombardiert: Doch die telefonische Verbindung ist so verlässlich wie nichts anderes in der verwüsteten Stadt.

Trotz Anarchie verlässliche Verbindung – Milizianer im somalischen Distrikt Rabdure



[...] In dem Land, das weder eine funktionierende Regierung noch eine öffentliche Strom- und Wasserversorgung hat, verfügen bereits mehr als 300 000 Menschen über ein Handy [...]. In der ersten Hälfte der 90er Jahre gab es in dem von einem Bürgerkrieg restlos verwüsteten Land kein einziges Telefon. Die Somalier mussten ins Nachbarland Äthiopien reisen, um mit ihren in alle Welt geflüchteten Verwandten Kontakt aufzunehmen. [...] Der Aufbau des lukrativen Geschäfts erforderte aber auch Zugeständnisse. Die Telefonanbieter mussten zum Beispiel die Kriegsfürsten bezahlen, die Mogadischu unter sich aufgeteilt hatten, um in ihren jeweiligen Territorien Kabel verlegen zu dürfen. Betriebseigene Sicherheitskräfte müssen sämtliche technischen Einrichtungen rund um die Uhr bewachen. Und jedem Konkurrenten, der in das lukrative Marktsegment eindringt, muss entweder der Krieg erklärt werden oder man hat sich mit ihm zu arrangieren. [...] Tatsächlich gründeten die drei großen Telefongesellschaften des Ruinenstaats vor einiger Zeit sogar einen Selbstregulierungsrat. Das Arrangement läuft dermaßen gut, dass die somalischen Telefongesellschaften ihren Kunden nicht nur die günstigsten Tarife in ganz Afrika einräumen können (50 Cent für eine Minute Auslandsgespräch). Sie verdienen dabei auch selbst noch so gut, dass alle drei Anbieter international expandieren konnten. [...]

Die Telekommunikation hat für eine der wenigen wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten in Afrika gesorgt. Mobilfunkanbieter erzielen auf dem Kontinent, der mit dem Anschluss an die globalisierten Märkte größte Schwierigkeiten hat, die höchsten Wachstumsraten der Welt. Vor acht Jahren verfügten nur 7,7 Millionen Afrikaner über ein Handy, heute sind es bereits mehr als 100 Millionen.

Der verarmte Kontinent konnte auf diesem Gebiet eine gesamte Entwicklungsstufe überspringen – die der Telekommunikation per Kabel. In Kenia, wo es noch heute nur 400 000 Landleitungen gibt, wurden allein in den vergangenen sechs Jahren fünf Millionen Handybesitzer registriert. Bis vor wenigen Jahren hatte nur jeder vierzigste Afrikaner Zugang zu einem Festnetztelefon. Heute besitzt fast jeder achte Afrikaner ein Handy und fast jeder zweite kann im Bedarfsfall ein Telefon benutzen.

Der Zugang zum Internet gestaltet sich allerdings noch schwierig. Zwar hat sich die Zahl der vernetzten Afrikaner in den vergangenen drei Jahren verdoppelt, doch noch immer surfen höchstens fünf Prozent der Menschen regelmäßig im Cyberspace. Der Grund dafür ist weniger die mangelhafte Infrastruktur, vielmehr liegt es an den hohen Kosten für Computer und Modem: ein Hindernis, das jedoch leichter zu beseitigen ist als Wüsten, Urwald, Sümpfe und Malaria.

Johannes Dieterich, „Die Handy-Connection“, in: Frankfurter Rundschau vom 1. Juni 2007

Xinhua / Das Fotoarchiv



Der langjährige Bürgerkrieg hat die Straßen Mogadischus gezeichnet. Szene aus dem Sommer der äthiopischen Intervention 2007

picture-alliance / dpa



Somalische Piraten sehen im Schiffsverkehr vor ihrer Küste eine einträgliche Einnahmequelle. Festnahme durch die französische Marine 2009

Bruchlinien vorgaben, das Land zerfiel. 1991 rief die Somalische Nationalbewegung im Nordwesten des Landes die unabhängige Republik Somaliland aus, die bislang allerdings von keinem anderen Staat anerkannt wurde. Seit 1997 hat Somaliland eine eigene Verfassung, die ersten Parlamentswahlen fanden 2005 statt. Der Nordosten Somalias erklärte sich 1997 als Puntland mit einem eigenen Präsidenten zur autonomen Region.

Für Somalia bildete sich – im Zuge von Friedensverhandlungen seit 2002 – 2004 im kenianischen Exil eine Übergangsregierung unter Präsident Abdullahi Yussuf (2004 bis 2009). Die Regierung residierte in Baidoa, weil sie sich in der Hauptstadt Mogadishu nicht durchsetzen konnte, die ihrerseits seit Mitte 2006 von der äthiopienfeindlichen Union islamischer Gerichte kontrolliert wurde.

Im Dezember 2006 intervenierte die äthiopische Armee, um die Übergangsregierung gegen die Union, islamistische Milizen und Warlords zu stützen und zu konsolidieren. Sie blieb zwei Jahre lang als Konfliktpartei im Land, das seither wieder verstärkt in die Gewaltspirale des Bürgerkriegs geriet. Im Januar 2009 zog sich die äthiopische Armee aus Somalia zurück, der von ihr gestützte Präsident Yussuf trat zurück.

Ende Januar 2009 wählte ein somalisches Übergangsparlament, das in Dschibuti zusammentreten musste, weil die radikal-islamistischen Shabab-Milizen nach dem Abzug der Äthiopier Baidoa besetzten, den gemäßigten Islamistenführer und ehemaligen Ratsvorsitzenden der Union, Sheikh Sharif

Ahmed, zum neuen Staatschef. Er rief alle bewaffneten Gruppen auf, sich am Friedensprozess zu beteiligen. Die Shabab-Milizen führen ihren bewaffneten Kampf weiterhin fort.

Während es in Somaliland gelungen ist, innenpolitische Konflikte friedlich zu lösen und durch eine stabile Regierung auch Grenzkonflikte diplomatisch zu verhandeln, ist die Regierung in Puntland schwach und trägt nicht zur Stabilisierung der Region bei.

Schlimmer noch steht es um „Rumpfsomalia“. Es ist zwar Mitglied der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga, die sich in der Vergangenheit bei Verhandlungen zwischen den Fraktionen engagiert hat. Doch trotz mehrfacher Versuche ist es weder den politischen Kräften in Somalia noch externen Akteuren bislang gelungen, Frieden, eine Regierung oder auch nur Sicherheit nach Somalia zu bringen. Die humanitäre Mission der Vereinten Nationen (UNOSOM, *Operation Restoring Hope*; 1992-1995) ist an dieser Aufgabe gescheitert, und auch die Mission der Afrikanischen Union, die 2007 zur Unterstützung der Übergangsregierung eingesetzt wurde, blieb bislang ohne Erfolg.

Die Abwesenheit des Staates begünstigt die Seeräuberei, die vor den Küsten Somalias bedrohliche Ausmaße angenommen hat. Anfang Dezember 2008 begann die EU mit einer militärischen Operation zur Bekämpfung der Piraten. Auch Marineschiffe der NATO, der USA und anderer Länder sind seit 2009 im Golf von Aden im Einsatz.

Kenia

Stefan Mair

In den Augen vieler Deutscher verkörpert Kenia das „typische Afrika“. Tier- und Liebesfilme zeigen es als Land endloser Savannen, bevölkert mit Löwen, Elefanten, Giraffen und Zebras, als Schauplatz romantischer Sonnenuntergänge hinter Schirmakazien und Heimat ursprünglicher Volksstämme. Denkt man sich die Strände an der Ostküste des Landes hinzu, ist offenkundig, warum Kenia eines der beliebtesten Touristenziele Afrikas ist. Seit gewaltsame Auseinandersetzungen unmittelbar nach den Wahlen im Dezember 2007 circa 1000 Todesopfer forderten und 300 000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, steht Kenia aber auch als Symbol für zügellose politische und zwischenethnische Gewalt. Wie immer bei Klischees, enthalten beide Assoziationen ein Körnchen Wahrheit, verdecken aber

die Komplexität der Realität. Das Bild des ursprünglichen, betörenden Kenia blendet die tief greifenden gesellschaftlichen Spannungen aus, unter denen es steht, und das Bild ethnischer Gewalt verhüllt die relative Stabilität des Landes und seine Fähigkeit zur Konfliktbewältigung.

Kenia war eine der wenigen Kolonien in Afrika, in der sich vor allem britische Familien auf Dauer niederlassen wollten, um Vieh- und Landwirtschaft zu betreiben. Anfang der 1960er Jahre lebten circa 55 000 europäische Siedler im Land, die sich die fruchtbarsten Ackerflächen angeeignet hatten. Der Traum von der Siedlerkolonie Kenia endete, als sich die Afrikaner des Landes erhoben und einen blutigen Unabhängigkeitskampf begannen. Nach der Unabhängigkeit hinterließen die briti-

schen Kolonialherren ein Erbe, aus dem sich drei nachhaltig wirkende Weichenstellungen ergaben:

Positiv war, dass London in der Siedlerkolonie weitaus mehr als in afrikanischen Kolonien üblich in Infrastruktur, Verwaltung, Bildungs- und Gesundheitswesen investiert hatte. Auch in Gewerbe und Landwirtschaft war das Land am Ende der Kolonialherrschaft entwickelter als andere ehemalige Kolonien.

Zwei andere Weichenstellungen wiederum brachten Nachteile für den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit sich. Zum einen hatten britische Farmer gutes Ackerland in Besitz genommen, das sich zuvor traditionell in der Verfügungsgewalt nomadisierender Viehhirten befunden hatte. Diesen gelang es nach der Unabhängigkeit nicht, die Kontrolle über das Land wieder zu erringen. Stattdessen ging der Großteil des Landes in den Besitz der Vertreter eines Volksstamms, der Kikuyu, über, die in Kenia zu den erfahrensten Ackerbauern gehörten und zum Teil auf den europäischen Farmen gearbeitet hatten. Die Kikuyu stellten überdies den ersten Präsidenten nach der Unabhängigkeit.

Zum anderen hatten die europäischen Siedler wesentlich zur Ethnisierung der kenianischen Politik beigetragen. Sie ordneten den einzelnen Ethnien bestimmte Eigenschaften zu, die diesen wiederum besondere Plätze im Sozialgefüge zuwiesen. Die Kikuyu galten als besonders betriebsam und geschäftstüchtig und wurden deshalb gerne in gehobenen Management- und Verwaltungspositionen beschäftigt. Viehhirten und Nomaden, allen voran die Massai, Somali und Kalenjin, galten als kriegerisch und waren deshalb zahlreich in der Armee vertreten. Andere galten als besonders fähige Hausangestellte oder Landarbeiter. Ethnische Zugehörigkeit wurde somit ein



Nebbia / Schapowalow

Savannenlandschaft vor der Kulisse des Kilimandscharo – in den Augen vieler Europäer die ideale Verkörperung Kenias

wichtiger Faktor für die wirtschaftlichen Perspektiven und sozialen Aufstiegschancen des Einzelnen.

Diese Entwicklung wurde durch das Herrschaftssystem verstärkt, das der erste Präsident, Jomo Kenyatta, nach der Unab-

Konfliktquelle ethnische Vielfalt

Die Bevölkerung Kenias besteht aus etwa 40 ethnischen Gruppen. Mit einem Anteil von etwa 22 Prozent sind die Kikuyu, zu denen der zum Wahlsieger (der Präsidentenwahl am 27. Dezember 2007 – Anm. d. Red.) ausgerufene Mwai Kibaki gehört, die größte Volksgruppe. Kibakis Widersacher Raila Odinga gehört zu den Luo, der mit etwa 13 Prozent Bevölkerungsanteil drittgrößten Gruppe. Etwas kleiner ist mit etwa 12 Prozent das Volk der Kalenjin, zu denen der frühere Präsident Daniel arap Moi gehörte. Moi versuchte im Wahlkampf erfolglos, die Kalenjin dazu zu bewegen, Präsident Kibaki zu unterstützen. Die mit 14 Prozent zweitgrößte Gruppe der Luhya hat nur geringes politisches Gewicht, weil sie in zahlreiche Untergruppen zersplittert ist. Im Ausland wird das Bild Kenias in starkem Maße von den nomadisch lebenden Massai bestimmt, die allerdings nur etwas weniger als zwei Prozent der Bevölkerung stellen.

Die Kikuyu dominierten die Unabhängigkeitsbewegung und erlangten unter dem zu ihnen gehörenden ersten kenianischen Präsidenten, Jomo Kenyatta, der

von der Staatswerdung 1963 bis zu seinem Tod 1978 regierte, eine dominierende Stellung in Wirtschaft und Politik. Zur Führung seiner Kenya African National Union (Kanu), die für fast 30 Jahre faktisch Staatspartei war, gehörten anfangs auch Vertreter der Luo – darunter Raila Odingas Vater Odinga Odinga – und Kalenjin. [...] Das traditionelle Siedlungsgebiet der Kikuyu liegt in Zentralkenia, doch haben sie sich in den vergangenen Jahrzehnten auch in anderen Teilen des Landes niedergelassen. Die daraus resultierende Konkurrenz um Land und Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen hat die Spannungen zwischen den Volksgruppen verschärft.

Die Kalenjin stellten mit Daniel arap Moi den zweiten Präsidenten Kenias. Ihm wird vorgeworfen, für die Ausbrüche ethnischer Gewalt nach der ersten Mehrparteienwahl 1992 und nach der Wahl 1997 verantwortlich zu sein. Nach der Wahl 1997 hatten bewaffnete Gruppen von Kalenjin, die nach Ansicht von Beobachtern gut organisiert waren, Siedlungen von Kikuyu-Bauern im Rift Valley im Westen Kenias überfallen. Bei den Unruhen wurden etwa 2000 Personen getötet. Ähnliche Vorfälle mit einigen hundert Toten gab es fünf Jahre später

wiederm im dichtbesiedelten Rift Valley, nachdem der heutige Präsident Mwai Kibaki, der Moi in der Wahl unterlegen war, diesem Wahlfälschung vorgeworfen hatte. Kibaki warf dem Präsidenten damals vor, dieser organisiere die ethnische Gewalt – heute erhebt er als Staatsoberhaupt denselben Vorwurf gegen seinen Widersacher Odinga. Kikuyu und Luo hatten 1997 fast geschlossen gegen die Kanu gestimmt.

Die Luo fühlen sich von der Macht und dem Zugang zu den wirtschaftlichen Ressourcen ausgeschlossen, seit ihre führenden Repräsentanten in den sechziger Jahren aus der Führung der Staatspartei Kanu verdrängt worden waren. Raila Odingas Vater gründete Mitte der sechziger Jahre die sich sozialistisch gebende Kenya People's Union (KPU), die von der Staatsmacht hart verfolgt wurde. Die sozialistische Orientierung der Luo-Politiker hat ihren Ursprung in einer egalitären Tradition dieser vor allem im Westen Kenias lebenden Volksgruppe, deren wichtigste Stadt Kisumu am Viktoriasee ist. [...]

Reinhard Vesper, „Weit mehr als das Land der Massai: Die ethnische Vielfalt Kenias war immer schon Quell seiner politischen Instabilität“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Januar 2008

hängigkeit errichtete. Es ist ein Paradebeispiel afrikanischen Klientelismus. Der Präsident versuchte, möglichst viele gesellschaftliche Gruppen in sein Herrschaftsgefüge zu integrieren. Da die Differenzierung des Landes in soziale Schichten anfangs gering war, definierten sich diese gesellschaftlichen Gruppen primär über die Zugehörigkeit zu Sprach- und Volksgruppen. Deren oberste Schutzherren erhielten wichtige Ämter in der Regierung, der Verwaltung, den Sicherheitskräften sowie staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen, sie bekamen zinsgünstige Kredite, begehrte Handels- und Devisenlizenzen sowie attraktive Entwicklungsprojekte in ihren Herkunftsregionen. Einen Teil dieser Privilegien reichten die obersten Amtsträger an die mittlere Ebene weiter, die davon wiederum einen Teil für sich einbehielt und den Rest ihrerseits weiterreichte, bis am Ende sogar etwas für den „gemeinen“ Bürger übrig blieb. Dieses System war politisch hoch effektiv, volkswirtschaftlich aber extrem ineffizient, da knappe Mittel nicht dort eingesetzt wurden, wo sie den meisten ökonomischen Ertrag erbrachten, sondern dort, wo sie politisch von größtem Nutzen waren. Ein solches System lässt sich aber nur dann aufrecht erhalten, wenn die Regierung über Renteneinnahmen aus dem Rohstoffexport und/oder aus internationaler Entwicklungshilfe verfügen kann. Im Falle Kenias waren es vor allem Leistungen der Entwicklungshilfe, die das System lange Zeit stabilisierten.

Dennoch kam es auch schon in der Endphase der Herrschaft Jomo Kenyattas zu Spannungen, da ihm unterstellt wurde, seine eigene Volksgruppe, die Kikuyu, mehr als andere zu begünstigen. Als er 1978 verstarb und ihm ein Repräsentant einer anderen Volksgruppe nachfolgte, geriet das System vollends in die Krise. Zwei Gründe waren hierfür ausschlaggebend: Zum einen versuchte der neue Präsident, Daniel arap Moi, massiv seine eigene Volksgruppe, die Kalenjin, zu privilegieren, was zusätzliche Kosten im Klientelssystem verursachte. Zum anderen hatten sich in den 1980er Jahren die Weltmarktpreise für die Exportprodukte Kenias deutlich verschlechtert, was sich unmittelbar auf den Staatshaushalt auswirkte. Ab Mitte der 1980er Jahre verlor der Ost-West-Konflikt an Schärfe, was auch die Bereitschaft von Amerikanern und Europäern minderte, den treuen Vasallen Kenia rückhaltlos zu unterstützen. Stattdessen erhöhten sie erst den wirtschaftlichen und später auch den politischen Reformdruck. Somit hatte die Regierung Moisi im Verlauf der 1980er Jahre immer weniger Verteilungsmasse, um die Loyalität der ethnischen Gruppen zu entlohnen. Anstatt das weniger Gewordene auf eine gleich bleibende Zahl von Begünstigten zu

verteilen, entschloss sie sich, den Kreis der Begünstigten zu verkleinern. Immer mehr Schutzherren und deren ethnische Gruppen gewannen den Eindruck, an den Rand gedrängt zu werden und entwickelten eine oppositionelle Haltung, die Anfang der 1990er Jahre in eine starke Oppositions- und Demokratiebewegung mündete. Ihr gelang es schließlich 2002, die nahezu 40 Jahre herrschende Regierungspartei von der Macht abzulösen.

Diese ethnisch bestimmte Analyse der Entwicklungen in Kenia seit der Unabhängigkeit ist allerdings nur eine Lesart der Ereignisse. Parallel zur Ethnisierung kenianischer Politik vollzog sich eine weitere gesellschaftliche Entwicklung: In den Städten Kenias, aber auch in jenen ländlichen Gebieten, in denen kommerzielle Landwirtschaft betrieben wurde, konnte sich eine Mittelschicht herausbilden, deren wirtschaftliches Wohlergehen nicht mehr unmittelbar von staatlichen Zuwendungen abhängt. Die Entstehung einer zwar kleinen, aber einflussreichen Agrarbourgeoisie ist eine für Afrika relativ untypische Entwicklung. In Kenia kann sie vor allem darauf zurückgeführt werden, dass die Regierung, anders als in den meisten anderen afrikanischen Staaten, individuellen Landbesitz zuließ und förderte. Die Herausbildung einer in der Privatwirtschaft verankerten Mittelschicht verlieh dieser eine soziale Identität jenseits ethnischer Zugehörigkeiten sowie ein bürgerliches Bewusstsein, das sich staatlichem Autoritarismus und Dirigismus entgegensetzt. Letzteres spielte bei der Herausbildung und Stärkung der Oppositionsbewegung eine entscheidende Rolle, ersteres bei der Konfliktprävention und beim Konfliktmanagement.

Somit können die Auseinandersetzungen um die Wahlen am Jahreswechsel 2007/2008 einerseits als Konflikt zwischen Ethnien, andererseits aber auch als Konflikt zwischen Gruppen mit unterschiedlichem Staatsverständnis gelesen werden. Ethnisch sah sich eine Volksgruppe durch Wahlmanipulationen um die Macht gebracht, von der sie sich bereits seit der Unabhängigkeit ferngehalten fühlte. In der Gruppe der Wahlbetrogenen befanden sich aber auch viele, die sich in der Hoffnung getäuscht sahen, dass die Regierungskoalition, die das alte marode Regime 2002 abgelöst hatte, die Staatsgeschäfte weniger korrupt und effektiver leiten würde. Die dominante Mobilisierung im Konflikt nach den Wahlen verlief dennoch nach ethnischen Mustern – was nicht überraschend ist, da kulturelle und sprachliche Unterschiede viel leichter ausgebeutet werden können als die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht. Dass die Lage nach wenigen Wochen nicht weiter eskalierte und Kenia in einen Bürgerkrieg stürzte, dürfte nicht nur den

Brandstiftung beim Nachbarn. Angriff eines Luo auf das Haus eines Kikuyu während der Unruhen in der Stadt Nakuru im Januar 2008



Roberto Schmidt / AFP / Getty Images

Gediegener Wohlstand in Nairobi. Kann die kenianische Mittelschicht die innergesellschaftlichen Spannungen mäßigend beeinflussen?



Jörg Boethling / agenda

erfolgreichen Vermittlungsbemühungen Externer geschuldet sein, sondern auch der Tatsache, dass die kenianische Mittelschicht ihren mäßigenden Einfluss auf die Protagonisten der Gewalt geltend machte.

Trotz oder vielleicht auch wegen der Erfahrung, in den politischen Abgrund geschaut zu haben, dürfte Kenia auch in den

nächsten Jahren relativ stabil bleiben. Es gehört zu jenen afrikanischen Staaten, in denen das Potenzial und die Erfolgsaussichten für nachhaltige politische und wirtschaftliche Reformen vergleichsweise gut erscheinen. Deshalb wird Kenia auch ein bedeutsamer regionaler Akteur und ein attraktiver afrikanischer Partner für die internationale Politik bleiben bzw. werden.

Uganda

Stefan Mair

Als die Briten Uganda 1893 als Protektorat in ihr Kolonialreich eingliederten, galt es ihnen als Perle Afrikas. Die landschaftliche Schönheit Ugandas und die Fruchtbarkeit des Landes berechtigten zu dieser Annahme. Sie verleitete aber auch dazu, die tief greifenden Spaltungen zu übersehen, die das Land durchzogen. Dazu gehörte der Gegensatz zwischen den vier traditionellen Königreichen des Landes und den politisch eher lose organisierten restlichen Volksgruppen. Vor allem die größte der Monarchien, Buganda, nutzten die britischen Kolonialherren, um das Land indirekt und damit kostengünstig zu verwalten. Hinzu kamen Gegensätze zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern, zwischen den unterschiedlichen sozialen Schichten innerhalb der Monarchien und zwischen Protestanten, Katholiken und Muslimen. Schon bald nach der Unabhängigkeit des Landes 1962 löste der erste Präsident, Milton Obote, die Königreiche auf und ging in der Folgezeit mit großer Brutalität gegen politische Opponenten vor. Er wurde 1971 durch den berüchtigten Diktator Idi Amin gestürzt, der aus dem politisch an den Rand gedrängten Norden des Landes stammte. Die physische Gewalt gegen oppositionellen Widerstand nahm unter seinem Regime ungeahnte Ausmaße an: Schätzungen zu Folge kamen bis zu 500 000 Bürger und politische Gegner zu Tode. Mit der Unterstützung tansanischer Truppen wurde Amin 1979 gestürzt und Milton Obote kehrte nach einem sehr umstrittenen Wahlsieg 1980 an die Macht zurück. Doch herrschte Obote kaum weniger diktatorisch als Idi Amin und stärkte dadurch unter anderem die Rebellenbewegung Yoweri Musevenis, die Obote 1985 aus dem Amt vertrieb.

Museveni reklamiert berechtigterweise für sich, die Wiedergeburt des Ende der 1980er Jahre völlig darnieder liegenden Landes eingeleitet zu haben. Er stellte in weiten Teilen Ugandas Frieden und Sicherheit wieder her, auch wenn es ihm nie gelang, eine Rebellion im Norden niederzuschlagen. Mit Unterstützung der Entwicklungshilfe konnte die Infrastruktur wieder aufgebaut werden, und eine marktfreundliche Wirtschaftspolitik schuf die Voraussetzungen für einen anhaltenden Wirtschaftsaufschwung. Musevenis Regierungsführung galt lange als weitgehend entwicklungsorientiert. Gleichzeitig verspürte er wenig Neigung, seine Machtausübung demokratischer Kontrolle zu unterwerfen. Er stellte sich erst 1996 Präsidentschaftswahlen. Parlamentswahlen fanden zwar statt, doch war den Parteien die Beteiligung daran sowie jegliche andere politische Aktivität verboten. Dennoch erfreute sich Museveni großer Beliebtheit bei westlichen Entwicklungshilfegebern, die in anderen afrikanischen Ländern zeitgleich nachdrücklich auf demokratische Reformen gedrängt hatten. Dies war zum einen der Überzeugung geschuldet, dass ein frühzeitiges Drängen auf politischen Wettbewerb das Land nach den langen Jahren des Bürgerkriegs erneut destabilisie-

ren würde. Zum anderen wurde Uganda als wichtiger regionaler Stabilitätsanker, aber auch als Partner bei der Eindämmung des radikal-islamischen Regimes im benachbarten Sudan betrachtet. Die grundsätzlich positive Einschätzung der Amtsführung Musevenis begann sich erst zu ändern, als er Anfang der 1990er Jahre ruandische Rebellen unterstützte, und wurde stark beschädigt, als er sich später auf der Seite Ruandas am Bürgerkrieg in der DR Kongo beteiligte. Museveni, der diese Intervention damit rechtfertigte, dass sich nur so die Grenzregion stabilisieren ließe, geriet nunmehr in Verdacht, regionale Machtgelüste zu befriedigen und sich an den Ressourcen des Nachbarlandes bereichern zu wollen. In der Folge des Kongo-Krieges geriet Museveni verstärkt international unter Druck, nachdem ihm heimische Kritiker bereits zuvor sein Festhalten an der Macht vorgeworfen hatten. Sollte Museveni nicht dazu in der Lage sein, einen demokratischen Machtwechsel zu akzeptieren, läuft er Gefahr, seinen Erfolg, die Wiedergeburt Ugandas, aufs Spiel zu setzen und eine erneute Destabilisierung verantworten zu müssen.

Touristen schätzen den landschaftlichen Reiz und die Tierwelt Ugandas.



M. Harvey/WILDLIFE

Prägende Politiker: Idi Amin, Milton Obote, Yoweri Museveni (v.l.n.r.)



AP

Stefan Mair

Südliches Afrika: Wirtschaftspotenziale und soziale Herausforderungen

Die Apartheid, ein später Übergang zur Unabhängigkeit und Bürgerkriege sind historische Charakteristika des südlichen Afrika. Die Region verfügt über gute wirtschaftliche Voraussetzungen, leidet aber im Vergleich zum übrigen Afrika am meisten unter der Immenseuche Aids.

Zur Region des südlichen Afrika zählen üblicherweise Angola, Sambia, Malawi, Mosambik, Namibia, Botsuana, Simbabwe, Südafrika, Swasiland und Lesotho sowie die Inselstaaten Madagaskar und Mauritius. Der größte Teil des südlichen Afrika ist Hochland, das zum Teil hervorragende Bedingungen für den Ackerbau und damit auch für eine exportorientierte Landwirtschaft bietet, überwiegend aber aus Buschland, Wüsten und Halbwüsten besteht. Zudem gilt das südliche Afrika als eine der Regionen, die weltweit am stärksten vom Klimawandel betroffen sein werden. Schon in den vergangenen 20 Jahren gab es gehäuft klimabedingte Dürren, die in einigen Ländern der Region zu Nahrungsmittelkrisen führten. Das südliche Afrika ist reich ausgestattet mit mineralischen Rohstoffen, insbesondere Öl in Angola, Kupfer in Sambia, verschiedenen Eisenerzen und Schwermetallen in Simbabwe und Südafrika sowie Gold und Diamanten.

Die ältere Geschichte des südlichen Afrika ist von zwei großen Einwanderungswellen geprägt: die sich über Jahrhunderte hinziehende Einwanderung der Bantu, die circa 500 v. Chr. begann, und die Einwanderung der Europäer seit Mitte des 2. Jahrtausends. Diese zweite Einwanderungsbewegung verlief in mehreren Schüben und ist noch heute von großer Bedeutung für gesellschaftliche und politische Konflikte in der Region. Bereits um 1500 begannen Portugiesen im heutigen Angola und in Mosambik Versorgungslager für ihre Schiffe, Handelsposten und Sklavenforts zu errichten. Seit Mitte des 17. Jahrhunderts siedelten vor allem Niederländer am Kap der Guten Hoffnung, zu denen sich bald auch zahlreiche Deutsche, französische Hugenotten und andere Europäer gesellten. Im Laufe des 19. Jahrhunderts strömten britische Einwanderer nach Südafrika. Sie verdrängten die so genannten Buren, Nachfolger der ursprünglich niederländischen, deutschen und französischen Einwanderer, zunächst nach Norden und unterwarfen sie dann im Burenkrieg von



Territorialstreitigkeiten: Auf dem „Großen Treck“ nach Norden gelangen die Buren ins Territorium der kriegesischen Zulu. 1838 gerät eine Delegation unter Pieter Retief am Sitz des Zulukönigs Dingane in einen Hinterhalt.

1901/02. Mitte des 20. Jahrhunderts wanderten schließlich viele Portugiesen nach Angola und Mosambik ein.

Für die Entwicklung des südlichen Afrika bedeuteten die Besiedlung und Kolonialisierung durch Europäer zweierlei: Zum Ersten eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Dominanz der europäischen Siedler über die afrikanischen Volksgruppen, die sich in Südafrika, Rhodesien (dem heutigen Simbabwe) und Namibia in Apartheidsystemen verfestigte. Zum Zweiten hielten die Kolonialmächte – besonders die Portugiesen – relativ lange an ihrem Besitz fest, was blutige Befreiungskriege zur Konsequenz hatte. Angola und Mosambik wurden erst 1975, Rhodesien 1980 und Namibia 1989 unabhängig. Ein Ende erreichten die Apartheidkonflikte, die das südliche Afrika polarisierten, erst 1994, als in Südafrika eine afrikanische Mehrheitsregierung die Macht übernahm. Obwohl auch die Apartheidkonflikte in Simbabwe und Namibia außerordentlich blutig verliefen, erregte der Konflikt in Südafrika die weitaus größte öffentliche Aufmerksamkeit. Dies hing nicht nur mit der Bedeutung Südafrikas, dem nach Bevölkerungsgröße und Wirtschaftskraft weitaus wichtigsten Land der Region zusammen, sondern auch mit dem Ausgreifen der Auseinandersetzungen weit über die eigenen Landesgrenzen. Da die Gegner des Apartheidsystems ihre Rückzugsgebiete in Sambia, Angola, Mosambik und Simbabwe hatten, attackierte Südafrika diese Länder immer wieder. Besonders stark mischte es sich in die Bürgerkriege Angolas und Mosambiks ein, die unmittelbar nach deren Unabhängigkeit ausbrachen. In beiden Konflikten unterstützte Südafrika die als prowestlich geltenden Rebellengruppen im Kampf gegen ihre Regierungen.

Damit ist neben dem Apartheidkonflikt und der späten Dekolonisierung ein weiteres historisches Charakteristikum der Region genannt: lange andauernde Bürgerkriege. Angola litt ganze 27 Jahre, von 1975 bis 2002, unter gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Land Hauptstadt	Fläche in km ²	Bevölkerung 2007	Bevölk.- wachstum 2007, in Prozent	Religion in Prozent	BIP/Kopf PPP US-Dollar/ Rang 2006	HDI Rang 2006
Angola Luanda	 1.246.700	17,02 Mio.	2,8	Christen: 65 Naturreligionen: ca. 3	4.434 / 107	157
Botsuana Gaborone	 582.000	1,88 Mio.	1,2	Christen: ca. 55 sonst überwiegend Animisten, Muslime	12.744 / 57	126
Lesotho Maseru	 30.400	2,01 Mio.	0,5	Christen: 93 Animisten: 7	1.440 / 148	155
Madagaskar Antananarivo	 587.041	19,67 Mio.	2,6	Animisten: 50 Christen: 40 Muslime: 7	878 / 164	143
Malawi Lilongwe	 118.484	13,92 Mio.	2,5	Christen: 82 Muslime: 11 traditionelle Religionen: 7	703 / 168	162
Mauritius Port Louis	 2.040 insgesamt	1,26 Mio.	0,7	Hindus: 50 Christen: 32,5 Muslime: 17 Buddhisten: 0,2	10.571 / 63	74
Mosambik Maputo	 799.380	21,37 Mio.	1,9	Naturreligionen: 45 Christen: 37 Muslime: 18	739 / 167	175
Namibia Windhuk	 824.292	2,07 Mio.	1,3	Christen: 87 Stammesreligionen	4.819 / 102	129
Sambia Lusaka	 752.614	11,92 Mio.	1,9	Naturreligionen Christen: ca. 50 Moslems und Hindus	1.273 / 150	163
Simbabwe Harare	 390.580	13,4 Mio.	1,3	Christen: 50-60 Naturreligionen; kleine islamische und jüdische Gemeinden	200* / k. A.	151**
Südafrika Tshwane (Pretoria)	 1.219.912	47,59 Mio.	0,4	Christen: 75,5 sonstige Religionen: mind. 17,5 davon u.a. Hindus: 1,4; Moslems: 1,4; Juden: 0,2	9.087 / 76	125
Swasiland Mbabane	 17.364	1,14 Mio.	0,6	christlich orien- tierte afrikanische Religionen: 70 Christen: 25	4.705 / 103	141

Spalten 2-4: Weltbank; Spalte 5: Auswärtiges Amt (Zeitpunkt der Abfrage: April 2009); Spalten 6 und 7: UNDP
* CIA World Factbook, 2008 geschätzt lt. FOCUS online; ** <http://hdrstats.undp.org/indicators>

nersetzungen, die schätzungsweise 500 000 Tote forderten. Diesen stand der von 1975 bis 1992 währende Bürgerkrieg in Mosambik kaum nach. In Rhodesien erstreckten sich die innerstaatlichen Kämpfe von 1971 bis 1979. Auch die Apartheidkonflikte in Namibia und Südafrika nahmen zeitweilig bürgerkriegsähnliche Züge an. Alle hier genannten Kriege waren eng verwoben mit dem Ost-West-Konflikt. Die sozialistischen Regierungen Angolas und Mosambiks betrachteten ihre Länder als Teil des Sowjetblocks. Zeitweise kämpften auf Seiten der angolanischen Armee bis zu 60 000 Kubaner. Entsprechend galt die Unterstützung, die Südafrika den angolanischen und mosambikanischen Rebellen gewährte, als Verteidigung westlicher Interessen. Dies erklärt zum Teil den lange Zeit sehr nachsichtigen Umgang des Westens mit dem südafrikanischen Apartheidsystem.

Bürgerkriege und Apartheidkonflikte brachten in vielen Ländern der Region Befreiungsbewegungen an die Macht, die nach ihrer Einschätzung diesen politischen Erfolg zum Großteil dem bewaffneten Kampf zu verdanken hatten. Dies gilt vor allem für Angola, Mosambik und Simbabwe, in geminder-

ter Form auch für Namibia und Südafrika. Sind Befreiungsbewegungen erst einmal an der Macht, reklamieren sie für sich aufgrund ihrer historischen Errungenschaften eine besondere Legitimität, die sie in Gegensatz zu demokratischen Prinzipien treten lässt. Ein prominentes Beispiel ist Simbabwe. Dort galt Präsident Robert Mugabe in den 1980er Jahren als einer der wenigen demokratisch legitimierten Vorzeigepolitiker des Kontinents. Eine Mischung aus selbst verschuldeter wirtschaftlicher Krise, wachsendem gesellschaftlichem Widerstand und zunehmendem Druck von außen brachte ihn in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit in die Defensive, aus der er sich durch Landenteignungen und gewaltsames Vorgehen gegen Oppositionelle zu befreien suchte. Mittlerweile liegt das einst wirtschaftlich und politisch vielversprechende Land völlig darnieder. Mugabe und seine engere Gefolgschaft haben in der Krise immer wieder deutlich gemacht, dass es für sie als Repräsentanten der Befreiungsbewegung völlig inakzeptabel wäre, die durch hohe Verluste und Verzicht errungene Macht in Folge einer Wahlniederlage abzugeben. So dauerte es fast ein Jahr bis Mugabe im Februar 2009 – unter innen- wie außen-

politischem Druck – den Gewinner der letzten Wahl, Morgan Tsvangirai, zum Premier von seinen Gnaden ernannte.

Im Gegensatz dazu war Sambia 1991 eines der ersten Länder, nicht nur in der Region, sondern in ganz Afrika, das sich von dem bis dahin gängigen Einparteiensystem verabschiedete. Der langjährige Präsident Kenneth Kaunda ließ zuerst mehrere Parteien zu und dann Wahlen abhalten, die er prompt verlor. Ähnliches passierte in Malawi, Lesotho und Madagaskar, wo Anfang 2009 allerdings gewaltsame Proteste den gewählten Präsidenten in die Flucht schlugen. In Mosambik gelang es der Regierung, den demokratischen Druck in eigene Wahlsiege umzuwandeln, in Angola scheiterte eine erste Wahl 1992, und erst 2008 wurde die Mehrheit der angolanischen Regierungspartei durch eine Wahl bestätigt. In Namibia wurde das Apartheidsystem unmittelbar nach der Unabhängigkeit in ein Mehrparteiensystem umgewandelt, in dem die ehemalige Befreiungsbewegung in den beiden Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit ungefähr drei Viertel der Parlamentssitze kontrollierte. Gleiches war bis zu den Wahlen im Jahr 2009 in Südafrika der Fall. Botswana und Mauritius wiederum zählen zu den wenigen langjährigen und stabilen Demokratien in Afrika. Diese relativ positive Gesamtbilanz demokratischer Fortschritte in der Region wird allerdings nicht nur durch die autoritären Ausreißer Simbabwe und Swasiland, die einzige absolute Monarchie Afrikas, getrübt. Vielmehr sind die Demokratien des südlichen Afrika mehrheitlich sehr fragiler Natur und leiden nach wie vor unter strukturellen Defiziten: Korruption und Klientelismus, begrenzte staatliche Handlungsfähigkeit und schwache Institutionen, Dominanz der Exekutive über Legislative und Judikative sowie kaum ausbalancierte Parteiensysteme.

Neben diesen überwiegend politischen Kennzeichen des südlichen Afrika gibt es jeweils ein soziales und ein wirtschaftliches, das die Region deutlich von anderen in Afrika unterscheidet. Das südliche Afrika ist global am stärksten von HIV/Aids-Infektionen betroffen. Obgleich die weltweit verbreitete Seuche relativ spät in der Region ankam, galten 2005 20 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Simbabwes, 24 Prozent Botswanas, 17 Prozent Sambias, 14 Prozent Malawis und 18 Prozent Südafrikas als infiziert. Nachdem die Regierungen es lange Zeit an Entschlossenheit bei der Aids-Bekämpfung hatten fehlen lassen, sind allerdings seit wenigen Jahren deutliche Erfolge bei der Bekämpfung der Seuche und der Behandlung Infizierter zu erkennen. Dennoch hat beispielsweise in Simbabwe HIV/Aids

wesentlich dazu beigetragen, dass die Lebenserwartung von knapp 60 Jahren im Jahr 1990 2007 auf deutlich unter 40 Jahre zurückgegangen ist und das jährliche Bevölkerungswachstum 2006 nur bei einem Prozent lag.

Das südliche Afrika ist darüber hinaus die wirtschaftlich weitaus stärkste Region des Kontinents. Das liegt vor allem an Südafrika, das mit seiner diversifizierten Industriestruktur, mit seiner weit entwickelten Landwirtschaft, insbesondere aber mit seinem florierenden Bergbausektor circa ein Drittel des kontinentalen Bruttoinlandsprodukts stellt. Namibia und Botswana verzeichnen für afrikanische Länder relativ hohe Durchschnittseinkommen, die im Wesentlichen auf dem Export von Rohstoffen beruhen. In den vergangenen Jahren haben auch Mosambik und Sambia deutliche Fortschritte bei der wirtschaftlichen Entwicklung gemacht. Angola ist mittlerweile vor Nigeria der wichtigste Erdölproduzent Afrikas.

Die Region könnte unter positiven weltwirtschaftlichen Vorzeichen, und wenn sie sich wirtschaftlich stärker integrieren würde, der attraktivste und dynamischste Markt und Produktionsstandort Afrikas sein. Entsprechend wird im südlichen Afrika der regionalen Integration zumindest rhetorisch hohe Bedeutung beigemessen. Das wichtigste Organ dieser Integration ist seit 1992 die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC/Southern African Development Community). Als Südafrika 1994 beitrug, sah man sich dem Ziel, eine wirtschaftliche und politische Union im südlichen Afrika zu schaffen, einen entscheidenden Schritt näher. Seither ist die Bilanz eher enttäuschend. Bei der Reform ihrer Institutionen und der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums hinkt die SADC ihrem eigenen Zeitplan weit hinterher. Das liegt einmal an der ökonomischen Kluft zwischen Südafrika und den restlichen SADC-Mitgliedern, zum Anderen an der Furcht, von Südafrika politisch dominiert zu werden.

Eine erfolgreiche regionale Integration würde das internationale Gewicht des südlichen Afrika stark erhöhen. Bisher basiert es fast ausschließlich auf der hervorgehobenen Rolle, die Südafrika in internationalen Organisationen und Foren als einer der wenigen gewichtigen Staaten Afrikas mit einer demokratisch legitimierten Regierung spielt. Dieses positive Bild Südafrikas und die überwiegend positive Wahrnehmung der Region insgesamt, die allein durch die Vorgänge in Simbabwe negativ getrübt wird, bergen die Gefahr, dass die Vielschichtigkeit der Herausforderungen im südlichen Afrika ausgeblendet wird.

Die SADC ist das wichtigste Integrationsorgan des südlichen Afrika. Im April 2008 suchten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer in Lusaka, Sambia, nach einer Lösung für die politische Krise in Simbabwe.



Themba Hadebe / AP

Aids in Swasiland

[...] Das zweitkleinste Land Afrikas, ein Königreich, das man an einem Nachmittag durchqueren kann. [...] Swasiland hat die höchste HIV-Rate der Welt, 39 Prozent tragen die Krankheit in sich. [...] Südlich der Sahara sind insgesamt elf Millionen Kinder durch die Epidemie Waisen geworden [...].

Beim Anflug präsentiert sich das Kri-sengebiet als gleichgültige Idylle. Von Johannesburg kommend, streift die kleine Propellermaschine über eine Post-kartenlandschaft, ein afrikanisches Berner Oberland mit Terrassenfeldern. [...] In Mbabane, der kleinen Hauptstadt, herrscht Einkaufstrubel. [...] Was hatte man erwartet? Abgezehrte Gestalten, Leichen am Straßenrand? [...]

Swasiland ist eine absolute Monarchie. [...] Lange hat der kleine Potentat die he-raufziehende Katastrophe in seinem Land ignoriert. Die Verantwortungslosigkeit an der Spitze paarte sich mit ängstlichem, tabubehaftetem Schweigen aufseiten der Untertanen. 1999 begann das große Sterben, doch es vergingen noch einmal kostbare Jahre, bis endlich 2005 Aufklä-rung in großem Stil einsetzte.

Nun richtete die Regierung einen Natio-nalen Notstandsrat ein, [...] sein be-scheidenes Büro neben einer Tankstelle wurde zum Bezugspunkt für die Minder-heit der Kompetenten, Engagierten im Land, auch für die ausländischen Helfer. [...] Ihre Vision: bis 2015 die Epidemie besiegen. Ein traditioneller Swasi-Speer ist das Symbol der Kampagne, ihre Lo-sung: „Eine Nation im Krieg gegen Aids!“

Aber wo ist die Front in diesem Krieg? Wo sind die Kranken, die Toten? Und wo ist die Trauer?

Die Suche führt hinaus aus der Stadt. Wer stirbt, stirbt auf dem Land. Wenn sich die Krankheit nicht mehr verbergen lässt, wenn sie ihr letztes Stadium erreicht, dann gehen auch die Städter dort-hin, wo sie einmal hergekommen sind. Kehren zurück auf ihre homesteads zwi-schen den grünen Hügeln, wo das Gras schnell über die frischen Gräber wächst. [...] So sind es nicht Friedhöfe, deren Aus-maß den Swasis vor Augen führt, was mit ihnen passiert – es sind die Kinder, hungrige, verwahrloste, gefährdete Kinder. [...] Thembi Tsabedze rührt mit einem Stock durch den Maisbrei. [...] Auf dem Feuer steht ein schwarzer Kessel, zwei, drei Stunden muss der Brei kochen. Es sind 39 Portionen, 39 Waisen-kinder aus der Umgebung essen hier jeden Tag. [...] Der schwarze Topf auf dem

qualmenden Feuer ist ein Symbol not-dürftiger Hoffnung. Durch ganz Swasi-land zieht sich eine Spur dieser Töpfe, sie sind alle identisch, groß, schwarz und schwer, Unicef hat sie geliefert. Mehr als 400 Töpfe sollen es sein – simpelste Essensstationen für 33 000 Waisen.

Thembi Tsabedze kommt nun schon seit drei Jahren, kocht ehrenamtlich, jeden Tag das Gleiche, diesen Brei; es ist nichts anderes da. [...] Thembi Tsabedze steht um 4.30 Uhr mit der Sonne auf, dann kocht sie erst für die eigene Familie, [...]. Ab neun Uhr ist sie an der Lehmhütte, schleppt mit ein paar anderen Frauen erst einmal 25 Liter Wasser heran, die Wasserstelle ist zwei Kilometer entfernt. [...]

Niemand dankt diesen Frauen. Sie be-kommen keinen Cent vom Staat und meistens nicht einmal Anerkennung von ihren Ehemännern; mancher holt sich so-gar eine neue Frau – weil ihn die Hüterin der Waisen vernachlässige. Und manch-mal ist die Gemeinde neidisch, weil für die schwarzen Töpfe Säcke mit gespen-detem Maismehl vom Welternährungs-programm kommen. [...]

Neighbourhood-Care-Point, diesen glanz-vollen Namen gab Unicef dem schwar-zen Topf, der Feuerstelle und dem gespendeten Sack Maismehl – also der Idee, die Waisen dort zu versorgen, wo sie leben, in der Gemeinde, der Nachbar-schaft. [...] Nur ist es meistens nicht die Nachbarschaft, nicht die ganze Ge-meinde, die sich verantwortlich fühlt, es sind ausschließlich Frauen.

[...] Zu den ärmsten Ländern Afrikas zählt das kleine Königreich keineswegs – obwohl zwei Drittel der Swasis tatsäch-lich sehr arm sind und von weniger als einem Dollar am Tag leben. Und die Be-sitzenden sind nicht nur eine winzige

Clique, sondern etwa zehn Prozent der Bürger: die städtische Mittel- und Oberklasse sowie die Creme der verzweig-ten Königsfamilie. [...]

König Mswati III. steht noch immer über dem Gesetz. Er und sein regierender Clan haben es verstanden, ihren Machterhalt in den Mantel von Kultur und Tradition zu hüllen – und im Aus-land wurde lange akzeptiert, dass jeglicher Wandel nur langsam kommen dürfe. Heute nimmt sich die Regierungs-politik der Aids-Krise zwar an, doch der verschwenderische Lebensstil des Königs bleibt sakrosankt.

Und es ist nicht der König allein. Die gesamte Kaste der Wohlhabenden hat in diesem inbrünstig christlichen Land nicht einmal eine Kultur der Mildtätigkeit entwickelt. Obwohl alle, die lesen können, die hohe Infektionsrate kennen, schützt sie eine Art kollektiver Blind-heit vor der Wahrnehmung der Realität.

[...] Der Kern der Krise lässt sich noch genauer fassen: Patriarchat, König, Kirche – ein fataler, todbringender Dreier-bund. Der polygame König lebt ein Ideal von Männlichkeit vor: viele Frauen! Jungfrauen! Doch die traditionelle Mehrfach-Ehe kann sich kaum ein Swasi mehr leisten: Eine einzige Ehefrau kostet bereits 15 Rinder Brautpreis. Dem königlichen Vorbild an Virilität zu fol-gen bedeutet also Fremdgehen, Gelegen-heitssex, notfalls Vergewaltigen. Die Kirchen haben sich mit der Polygamie arrangiert – obwohl in den Gottesdiensten die Frauen genauso in der Über-zahl sind wie in den HIV-Veranstaltungen. Doch allmählich keimt Kritik. [...]

Charlotte Wiedemann, „Das Land der Waisen“, in: DIE ZEIT Nr. 31 vom 26. Juli 2007

In Manzini, Swasiland, warten Kinder am 29. Mai 2007 auf ihre Essensration aus dem „schwarzen Topf“. Die meisten von ihnen haben ihre Eltern durch Aids verloren.



Südafrika

Gero Erdmann

Innenpolitik

Mit dem Ende der Apartheid 1994 stand das neue Südafrika vor zahlreichen Herausforderungen, deren wichtigste die Überwindung der tiefen Spaltung der Gesellschaft war – das Ergebnis von mehreren hundert Jahren Kolonialismus und 50 Jahren Apartheid. Das Apartheidregime baute auf eine Politik strikter Rassentrennung, die die wirtschaftliche Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung durch die aus Europa stammende „weiße“ Minderheit politisch absichern sollte. Demokratische Grundrechte blieben den „Weißen“ vorbehalten, der afrikanischen Bevölkerung aber vollständig versagt.

Diesem Erbe stellte die neue politische Führung unter Präsident Nelson Mandela die Vision der „Regenbogennation“ (geprägt von Erzbischof Desmond Tutu) als ein Sinnbild für das kreative und demokratische Zusammenleben verschiedener Kulturen und „Rassen“ entgegen. Beide wurden für ihr Wirken mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Von den 47,6 Millionen Südafrikanern gelten 79 Prozent als „schwarz“, 9,6



Kapstadt mit seinem Wahrzeichen, dem Tafelberg, ist die drittgrößte Stadt Südafrikas und die erste Stadtgründung der südafrikanischen Kolonialzeit.

Prozent als „weiß“, 8,9 Prozent als „farbig“ und 2,5 Prozent als „Inde“.

Die zentralen Herausforderungen für die junge Demokratie waren:

- Konsolidierung der demokratischen Institutionen,
- wirtschaftliche und soziale Reformen zur Überwindung sozialer Ungleichheit,
- Versöhnung zwischen den ethnischen Gruppen,
- Reintegration in Afrika und in die Internationale Gemeinschaft.

Reformstau bei der Landverteilung

[...] Vierzehn Jahre nach Ende der Apartheid ist die Bilanz des mit Abstand ehrgeizigsten Reformvorhabens der schwarzen Regierung Südafrikas ernüchternd. Immer noch befinden sich rund 80 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Landes am Kap in weißem Besitz. Nicht einmal fünf Prozent wurden seit 1994 nach einem Bericht des Landwirtschaftsministeriums auf Schwarze übertragen. Dabei liegt die politische Vorgabe bei 30 Prozent Land in schwarzem Besitz bis 2014. [...] Die Konsequenz ist, dass nicht einmal fünf Prozent der Produkte, die gegenwärtig in den Supermärkten des Landes angeboten werden, von schwarzen Agrarbetrieben stammen.

Eine Farm profitabel zu betreiben sei ein schwieriges Geschäft, sagt Bheki Kubheka und seufzt. Kubheka ist Chef des „Charlestown Trust“, einer Gruppe [...] ehemals

Vertriebener, die an den Hängen des Amajuba-Berges in der Provinz Kwa-Zulu-Natal 8000 Hektar zurückerstattetes Land bewirtschaften. Auf 500 000 Rand (40 000 Euro) beziffert Kubheka den jährlichen Umsatz der Farm. Das ist ein Drittel dessen, was ein landwirtschaftlicher Betrieb dieser Größe mit Rinderzucht und Forstwirtschaft erwirtschaften müsste. Uns ging es zunächst nur um die Schaffung von Arbeitsplätzen“, erklärt Kubheka. Jetzt aber hat ihn die Marktwirtschaft eingeholt. Um zehn Prozent muss sein Umsatz jährlich wachsen, wenn er einen kleinen Gewinn erwirtschaften will. Die Voraussetzung für Wachstum aber sind Investitionen und dafür der Zugang zu Krediten. Genau das aber sei das Problem, sagt Kubheka. Die von der Regierung diktierten Statuten seiner Gesellschaft verbieten ihm, das Land zu beleihen. „Es war unmöglich, an Geld zu kommen“, erinnert sich Kubheka.

Der Charlestown Trust hatte Glück und fand einen „strategischen Partner“, der auf 100 Hektar der 8000 Hektar großen Farm Himbeeren für Großbritannien und den Mittleren Osten züchten wird. [...] Rettung in letzter Minute. Denn ohne diese Partnerschaft und ihr Fachwissen, das schließlich das Anfangskapital sicherte, hätte der Charlestown Trust vermutlich bald aufgeben müssen.

Selbst das Landwirtschaftsministerium gibt inzwischen zu, dass bis zu 50 Prozent der Farmen, die an Schwarze vergeben wurden, nichts mehr produzieren. Die weißen Farmer sprechen von bis zu 80 Prozent. Es gibt mehr als genug Beispiele von hochprofitablen Mango- und Zitrusplantagen, auf denen die neuen Besitzer die Bäume fällten, um sie als Brennholz zu verkaufen. In einigen Regionen Südafrikas hat die Umverteilung von Land bereits zu dramatischen Produktionsausfällen geführt. Dabei ist die Landreform längst zu einer

Der *African National Congress* (ANC), der erfolgreich den Anti-apartheidkampf geführt hatte, behielt im neuen demokratischen Südafrika die politische Kontrolle. Von Wahl zu Wahl konnte der ANC seinen Stimmenanteil bei den Parlamentswahlen weiter ausbauen (1994: 62,7 Prozent; 1999: 66,4 Prozent; 2004: 69,7 Prozent), bis hin zu einer Zweidrittelmehrheit im Parlament, die eine Verfassungsänderung ermöglicht hätte. Entsprechende Befürchtungen erwiesen sich jedoch als unbegründet. Trotz dieser Dominanz des ANC, der den Oppositionsparteien kaum wirksamen Spielraum ließ, und trotz wenig durchsichtiger innerparteilicher Politik hielt sich die Partei an die demokratischen Spielregeln. Die Auseinandersetzung um die Nachfolge des zweiten Präsidenten und Parteichefs, Thabo Mbeki, offenbarte, dass die Parteiführung keineswegs die alleinige Kontrolle über die Partei besaß. Gegen den Amtsinhaber wurde im offenen Wettbewerb Jacob Zuma zum neuen Parteichef gewählt. Dabei wurden die Tradition der „Bewegungskultur“ aus dem Antiapartheidkampf und ein neuer Populismus erkennbar. Allerdings ist Zumas Ansehen aufgrund von Korruptionsvorwürfen, Gerichtsverfahren und populistischen Neigungen ohne eigene politische Linie sehr umstritten. Die Parlamentswahlen im April 2009 gewann der ANC unter Jacob Zuma erneut klar, verlor mit dem Ergebnis von 65,9 Prozent aber seine Zweidrittelmehrheit.

Der ANC stellt sich zunehmend als Volkspartei dar, in der ein breites Spektrum gesellschaftlicher Interessen, von Unternehmern bis zu Gewerkschaften, einschließlich der kleinen kommunistischen Partei, vertreten ist. Der politische Wahlerfolg des ANC kann jedoch zahlreiche soziale und wirtschaftliche Probleme nicht verdecken, deren mangelnde Lösung zu anhaltender Kritik an der Regierung führt. So ist Südafrika weiterhin eine Gesellschaft, deren soziale Ungleichheit zu den weltweit größten zählt und weitgehend immer noch entlang der Trennung zwischen Weiß und Schwarz verläuft. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt in absoluter Armut von weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Immerhin ist die offizielle Arbeitslosenquote seit

2000 von 30 auf 23 Prozent (2007) gesunken, inoffizielle Schätzungen beziffern sie aber deutlich höher. Um mehr Wohlstand zu schaffen, setzte die Regierung seit 1996 gegen den Widerstand der mit dem ANC verbündeten Gewerkschaften auf eine als „neoliberal“ kritisierte Wirtschafts- und Außenhandelspolitik, die in den letzten Jahren Wachstumsraten von vier bis fünf Prozent erzielte. International wurde die Politik zur Reintegration des Landes in die Weltwirtschaft begrüßt. Daneben hat die Regierung seit dem Ende der Apartheid hohe Investitionen in die Sozialsysteme getätigt und damit die Lebensbedingungen vieler bis dahin benachteiligter Menschen verbessert. Das Pensionswesen wurde ausgeweitet, mehr Menschen haben Zugang zu sauberem Wasser und zu Elektrizität, und mit einem Wohnungsbauprogramm konnten von 1996 bis 2001 mehr als zwei Millionen neue Häuser gebaut werden. Allerdings schränkte Missmanagement in den staatlichen und halbstaatlichen Versorgungsbetrieben die Dienstleistung teilweise wieder ein.

Auch andere Reformvorhaben ließen sich nur sehr langsam verwirklichen. Bei der Landreform sollten 30 Prozent des weißen Landbesitzes bis 2014 umverteilt werden. Die Regierung verfolgt – anders als in Simbabwe – dabei strikt eine Politik der Freiwilligkeit, unterstützt allerdings die Umverteilung mit günstigen Krediten. Bis 2005 waren auf diese Weise gerade einmal 3,1 Prozent erfolgreich umverteilt. Die Politik des *Black Economic Empowerment* (BEE), durch die der Anteil der ehemals benachteiligten schwarzen Afrikaner in der Wirtschaft erhöht werden soll, hat inzwischen einige Erfolge zu verzeichnen. Kritiker werfen der Politik jedoch vor, dass sie nur eine kleine Gruppe begünstige, die dem ANC nahe stehe und die zu „Superreichen“ werden. Außerdem monieren sie, dass durch die Günstlingswirtschaft und die *Affirmative Action* (Maßnahmen zur Verminderung sozialer Diskriminierung) viele Positionen mit unzureichend qualifizierten Personen besetzt werden, was die Leistungsfähigkeit von Betrieben und Verwaltungen beeinträchtigt. Eine negative Folge dieser Politik ist auch die vermehrte Auswanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte.

politischen Zeitbombe geworden. 79 696 Forderungen auf Rückerstattung waren zwischen 1994 und 1998 eingegangen. Im September 2007 meldete die Regierung, 74 500 dieser sogenannten Claims seien geregelt, wobei 4,6 Milliarden Rand (377 Millionen Euro) für Kompensationszahlungen und 6,5 Milliarden Rand (530 Millionen Euro) für alternative Landaufkäufe aufgewendet wurden. Doch dabei ging es in erster Linie um urbanisiertes Land. In den ländlichen Gebieten hingegen kommt die Landreform kaum voran und sorgt für stetig wachsenden Frust sowohl bei den Klägern als auch den weißen Bauern. [...]

Land wird überwiegend an ehemals Vertriebene zurückertattet, die aber aufgrund ihres Vertriebenenstatus meistens aus den Städten kommen. Die auf den Farmen lebenden Schwarzen hingegen, die über Erfahrung im Umgang mit Rindern und im Pflügen verfügen, werden nicht berücksichtigt. Sie werden sogar

noch vertrieben, von den weißen Farmern ebenso wie von den neuen schwarzen Farmern. Das South African Human Sciences Research Council befürchtet, dass in den kommenden 15 Jahren bis zu 300 000 landwirtschaftliche Arbeitsplätze verlorengehen könnten – nahezu die Hälfte der existierenden Arbeitsstellen.

[...] Ganze 300 Mitarbeiter beschäftigen sich im Landwirtschaftsministerium mit der Landreform, jede dritte Planstelle ist unbesetzt.

[...] Doch Früchte kennen keine Wartezeiten. [...]

Thomas Scheen, „Das riecht nach Zimbabwe“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Juli 2008

Die Farm von Bassie Niehaus (r.) in Badplaats wurde 2001 von rund 100 Familien illegal besetzt. Die Landverteilung gehört zu den ungelösten Problemen Südafrikas.



Per-Anders Petterson / Getty Images

Insgesamt sind die eklatanten Einkommensunterschiede zwischen den in der Regel relativ gut ausgebildeten „Weißen“ und den benachteiligten „Schwarzen“ in jüngster Zeit aber deutlich geringer geworden. So wird aktuelleren Untersuchungen zufolge neben den steigenden Einkommen der kleinen schwarzen Oberschicht eine deutliche Zunahme der schwarzen Mittelklasse verzeichnet, die um 40 bis 50 Prozent gewachsen sein soll; auch ein Teil der unteren Einkommensgruppen soll danach besser gestellt sein.

Auf vehemente Kritik im Lande ist der Umgang der Mbeki-Regierung mit der Pandemie HIV/Aids gestoßen. Südafrika hat noch immer weltweit die höchste Zahl von Infizierten – 5,5 Millionen Menschen 2005 – und eine der höchsten Infektionsraten. Nachdem die Regierung unter Mbeki die Pandemie lange Jahre nicht hinreichend ernst genommen, teilweise gar negiert hatte, wird seit 2006 ein umfassendes Vorbeuge- und Behandlungsprogramm durchgeführt. Seither geht die Infektionsrate leicht zurück. Allerdings werden bisher kaum zwei Drittel der Aids-Kranken behandelt.

Ungeklärt ist, inwieweit die schwierige Aussöhnung zwischen den Konfliktparteien der Apartheid gelungen ist. Die Arbeit der dazu eingesetzten Wahrheitskommission (1996 bis 1998) unter Erzbischof Tutu und ihr Bericht blieben umstritten. Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen des Apartheidregimes, vor allem im benachbarten Ausland, blieben ungesühnt. Die Reaktion der Mbeki-Regierung, die deutlich weniger Mittel für Kompensationszahlungen an die Apartheidopfer zur Verfügung stellte als von der Kommission vorgeschlagen, stieß auf breite Kritik. Die massiven fremdenfeindlichen Übergriffe Mitte 2008 gegen Migranten aus dem benachbarten Ausland werfen einen weiteren Schatten auf die Vision der multikulturellen „Regenbogennation“.

Außenpolitik

Eine weitere zentrale Herausforderung für den ehemaligen Pariastaat der Apartheid ist die politische Reintegration in die internationale Staatengemeinschaft. Die südafrikanische Diplomatie suchte deshalb die internationale Anerkennung innerhalb Afrikas und eine weltpolitische Öffnung. Das Land wurde Mitglied der *Organisation of African Unity* (OAU) und der *Southern African Development Community* (SADC), die einst als Frontorganisation gegen das Apartheidregime gegründet worden war.

Bis 1994 galt in Südafrika die Apartheid. Bahnstation in Randfontein, westlich von Johannesburg gelegen, 1979



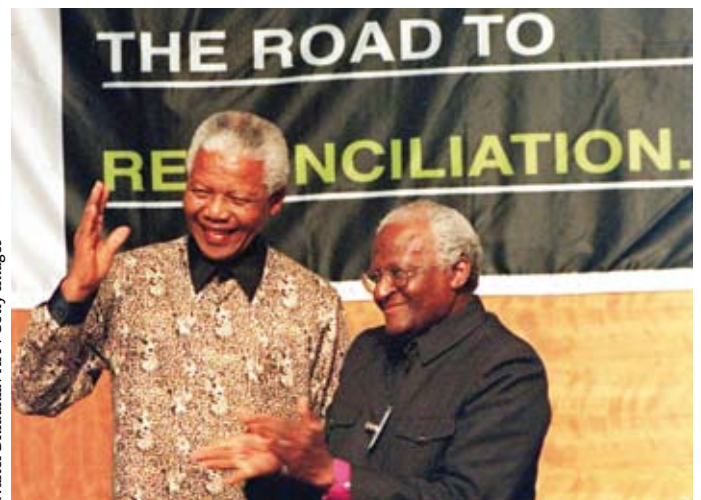
Unter Präsident Mandela trat Südafrika zunächst als entschiedener Verfechter von Menschenrechten und Demokratieförderung in Afrika auf. Diese an Normen orientierte Politik stieß im übrigen, noch überwiegend autoritär regierten Afrika zunächst größtenteils auf Ablehnung, zumal sie von einer aggressiven Handels- und Investitionspolitik südafrikanischer Unternehmen begleitet war.

Mandelas Nachfolger Mbeki schlug eine „realistische“ Außenpolitik ein, die nicht nur einen eigenen Führungsanspruch in Afrika formulierte, sondern neben hohen normativen Verpflichtungen zu Frieden, Menschenrechten, Demokratie und Multilateralismus explizit auch von eigenen nationalen, wirtschaftlichen und politischen Interessen sprach. Mit diesem Führungsanspruch wurde die südafrikanische Diplomatie zum maßgeblichen Akteur bei der Reform zahlreicher internationaler Organisationen in Afrika. Sie trug 2001 entscheidend zur Gründung der *New Partnership for Africa's Development* (NEPAD) bei, 2002 zur Transformation der OAU in die *African Union* (AU), zur Reform der SADC und zum Aufbau einer umfassenden kontinentalen Sicherheitsarchitektur der AU. Bei all diesen Reformen sorgte Südafrika mit dafür, dass grundlegende Menschenrechtsregeln und ein prinzipielles Interventionsrecht bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen verankert wurden. Bei nahezu jedem größeren Konflikt auf dem Kontinent ist Südafrika seither als Friedensvermittler bemüht und beteiligt sich an internationalen Friedenstruppen.

Die weltpolitischen Ambitionen Südafrikas kommen sowohl im Anspruch auf den „afrikanischen Sitz“ in einem reformierten Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen wie auch in den strategischen Partnerschaften mit den USA, der Europäischen Union und auch mit Deutschland zum Ausdruck. Zugleich versteht sich Südafrika international als Brücke zwischen Nord und Süd, ist dabei aktives Mitglied der Blockfreienbewegung und arbeitet gezielt mit neuen, aufkommenden Regionalmächten anderer Kontinente zusammen, etwa im *India-Brasil-South Africa Forum* (IBSA). Trotz der engen Beziehungen zu westlichen Staaten und bislang ausgeprägter Werteorientierung hat die südafrikanische Diplomatie immer bewusst – und mit dem Verständnis, als Vermittler wirken zu können – Kontakte zu Staaten wie Iran, Kuba und Libyen unterhalten, die einst den Antipartheidkampf des ANC unterstützt hatten.

Die auf dem Kontinent oft gefürchteten militärischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten Südafrikas zu einer regionalen Großmachtspolitik erscheinen indessen weit überschätzt. Sie

Vertreter eines neuen Südafrikas: Präsident Nelson Mandela (1994 bis 1999) und Erzbischof Desmond Tutu (r.) 1998 in Pretoria



Walter Dhladhla / AFP / Getty Images

taugen allenfalls gegenüber unmittelbar benachbarten Kleinststaaten wie Lesotho, wo Südafrika 1998 militärisch intervenierte, um die Demokratie wiederherzustellen. Im Falle der benachbarten Länder Simbabwe und Swasiland hält sich Südafrika indes merklich zurück.

Darin offenbart sich ein Dilemma. Um seinen Anspruch auf kontinentale Führerschaft auch im Hinblick auf einen Sitz im UN-Sicherheitsrat realisieren zu können, ist Südafrika auf die

Unterstützung anderer afrikanischer Staaten angewiesen. Diese dürfen daher nicht durch eine zu offensive, an Menschenrechtsnormen orientierte Politik verprellt werden. So ist Südafrika in Zusammenarbeit mit den anderen liberalen Demokratien Afrikas zwar bei der internationalen Normsetzung auf dem Kontinent erfolgreich, verzichtet aber in der Praxis weitgehend auf eine hegemoniale, „interventionistische“ Politik zur Durchsetzung dieser Regelungen.

Angola

Stefan Mair

Angola ist eines jener afrikanischen Länder, dessen geringe öffentliche Wahrnehmung in Deutschland seiner Bedeutung für den afrikanischen Kontinent nicht gerecht wird. In der Medienberichterstattung, aber auch in den einschlägigen wissenschaftlichen Disziplinen spielt Angola nur eine sehr untergeordnete Rolle. Der Hauptgrund hierfür mag relativ banaler Natur sein: In Angola wird portugiesisch gesprochen, eine Sprache also, die als Fremdsprache in Deutschland wenig verbreitet ist. Darüber hinaus hat der jahrzehntelange Bürgerkrieg die Berichterstattung aus und Forschung in dem Land außerordentlich erschwert. Dennoch lohnt sich die Beschäftigung mit Angola – nicht nur, weil es politisch und wirtschaftlich für Afrika wichtig ist. Am Beispiel Angolas lassen sich drei für den Gesamtkontinent zentrale Faktoren herausarbeiten: die Bedeutung des Ost-West-Konflikts für die Entwicklung afrikanischer Staaten, die Rolle des Ressourcenreichtums und ein relativ sorgloser Umgang mit Machtprojektion.

Die Küste Angolas war eine der ersten Afrikas, an der sich dauerhaft europäische Siedler niederließen. Schon 1483 kam es zur Gründung erster portugiesischer Forts an der Mündung des Flusses Kongo. Sie dienten anfänglich vor allem der Versorgung portugiesischer Handelsschiffe, die um das Kap der Guten Hoffnung nach Indien, China und Südostasien segelten. Später wurden sie zu zentralen Umschlagplätzen des Sklavenhandels. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begannen die Portugiesen, systematischer in das Landesinnere Angolas vorzudringen. Die Gewinnung von Kaffee und anderen landwirtschaftlichen Exportprodukten sowie von Diamanten wurde zum primären Ausbeutungsinteresse. Mit der Berliner Konferenz 1884/85, auf der die europäischen Mächte, das Osmanische Reich und die USA ihre Interessen in Afrika berieten, wurde Angola portugiesische Kolonie. Während sich Frankreich und Großbritannien im Verlauf der 1960er Jahre weitgehend aus ihren Kolonialgebieten in Afrika zurückzogen, hielt das autoritäre Regime Portugals bis 1975 an seinen afrikanischen Besitzungen fest. Es forcierte die Auswanderung in diese Kolonien sogar noch in den 1970er Jahren. Gleichzeitig war das Interesse, aber auch die Fähigkeit der im europäischen Vergleich relativ armen Kolonialmacht, in die Infrastruktur und das Bildungs- und Gesundheitswesen Angolas zu investieren, sehr begrenzt. Die geringe Entwicklungsorientierung und das große Beharrungsvermögen des Kolonialregimes waren sicherlich Hauptgründe dafür, dass die angolischen Befreiungsbewegungen 1961 den bewaffneten Kampf aufnahmen. Er forderte zahlreiche Opfer und endete erst, als in Portugal das autoritäre Regime durch die Nelkenrevolution im Jahr 1974 gestürzt wurde und die neue Regierung Angola in die Unabhängigkeit entließ.

Darauf war das Land schlecht vorbereitet. Die Kolonialherren hatten es unterlassen, rechtzeitig vor der Unabhängigkeit Übergangsinstitutionen aufzubauen oder gar die Angolaner schrittweise an der Macht zu beteiligen. Zudem fehlten dem Land erfahrene Verwaltungsfachleute, Lehrer und Ärzte. Hinzu kamen starke gesellschaftliche Gegensätze. Da sich die geringen Investitionen der Portugiesen vor allem auf den nördlichen Küstenstreifen um die Hauptstadt Luanda konzentriert hatten, waren deren Bewohner auch deutlich besser gestellt als die Bevölkerung im Landesinneren und im Südwesten. Diese soziale Differenz wurde durch eine ethnische verschärft: der zwischen den beiden zahlenmäßig dominierenden Volksgruppen der Ovimbundu und Kimbundu. Letztere siedelten vor allem im Einzugsgebiet Luandas, erstere im zentralen Hochland des Landes. Auch die beiden dominierenden Befreiungsbewegungen des Landes, die MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas) und die UNITA (Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas), hatten sich entlang ethnischer und geographischer Trennlinien formiert. Gegen Ende des Befreiungskrieges kam eine politisch-ideologische Trennlinie hinzu, die die bestehenden Gegensätze verschärfte: Die MPLA bekannte sich zum Sozialismus und wurde entsprechend von der Sowjetunion und deren Verbündeten unterstützt. Die UNITA galt einigen als Gründung der Kolonialherren, um die MPLA zu schwächen. Im Gegensatz zur MPLA gab sie sich pro-westlich, wodurch es ihr auch schon in der Endphase des Kolonialregimes gelang, Unterstützung aus den USA und Südafrika zu mobilisieren.

Kubanische Soldaten unterstützten die sozialistische Rebellenbewegung MPLA – Fidel Castro mit MPLA-Führer Agostinho Neto in Havanna 1976



AP

Bruce Stanley / AP



Angola war 2008 führender Erdölexporteur Afrikas. Ölplattform vor der Küste der angolanischen Exklave Cabinda 2002

picture-alliance / dpa



Die Erdöleinnahmen kommen nicht allen zugute. Feldarbeit in Caiense nahe der Provinzhauptstadt Huambo 2006

Dieser Gegensatz zwischen MPLA und UNITA führte zu einem offenen Bürgerkrieg zwischen beiden Befreiungsbewegungen, der faktisch kurz nach der Unabhängigkeit 1975 begann. Die um die Hauptstadt operierende MPLA hatte nach dem Rückzug der Portugiesen formal die Macht übernommen und keinerlei Bereitschaft signalisiert, sie mit der UNITA zu teilen. Die Staaten des Sowjetblocks forcierten im Sinne der Expansionsstrategie die Unterstützung für das neue Regime. Für die Sowjetunion war Angola ein zentraler Baustein in der globalen Auseinandersetzung mit dem Westen um Einflusszonen. Die Armee des Landes wurde sehr gut ausgerüstet, zahlreiche sowjetische Militärberater entsandt; in den 1980er Jahren kämpften zeitweilig bis zu 60 000 kubanische Soldaten auf Seiten der MPLA. In der Logik des Ost-West-Konflikts und der Eindämmungsstrategie sowjetischer Expansion ergriffen westliche Mächte massiv Partei zugunsten der UNITA. Sie erhielt Waffenlieferungen, aber auch unmittelbare militärische Unterstützung, die vor allem durch die südafrikanische Armee geleistet wurde. Das Interesse des international isolierten Apartheid-Südafrika war es, sich zum einen in Angola als nützlicher Verbündeter des Westens zu zeigen. Zum anderen ging es ihm um die Bekämpfung der namibischen Rebellen – Namibia bzw. Südwestafrika stand damals unter südafrikanischer Verwaltung –, deren zentrales Rückzugsgebiet im Süden Angolas lag.

Die Interpretation des angolanischen Bürgerkriegs als Stellvertreterkrieg zwischen Ost und West wurde so dominant, dass die meisten Beobachter nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

davon ausgingen, dass der Bürgerkrieg nunmehr ein schnelles Ende finden würde. Um so größer war die Überraschung, dass die Friedensbemühungen der Vereinten Nationen, deren zentrales Element freie Wahlen waren, 1992 scheiterten, als der Führer der UNITA, Jonas Savimbi, seine Wahlniederlage nicht akzeptieren wollte. Unmittelbar nach Verkündung des Wahlergebnisses nahm die UNITA unter seiner Führung den Kampf gegen die MPLA wieder auf. Damit zeigte sich, dass die Reduzierung des Konflikts zwischen MPLA und UNITA auf den Stellvertreteraspekt weitere zentrale Differenzen ausgeblendet hatte: die Gegensätze zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen ethnischen Gruppen und zwischen zwei um die Macht im Staate konkurrierenden Parteien. Nachdem Savimbi sich durch die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes bei seinen ehemaligen Unterstützern diskreditiert hatte, wurde die wichtigste Finanzquelle für die militärische Aufrüstung der UNITA der illegale Diamantenexport. In der Folge degenerierte die UNITA immer mehr zur Soldateska eines Kriegsherren, bei dem nicht mehr erkennbar war, ob er Diamanten exportierte, um einen Krieg zu führen, oder Krieg führte, um Diamanten zu exportieren. Die Eindämmung des illegalen Diamantenhandels seit Ende der 1990er Jahre schwächte die UNITA entscheidend. Kurz nach der Tötung Savimbis im Jahr 2002 fand der nunmehr 27 Jahre dauernde Bürgerkrieg sein Ende. Die UNITA gliederte sich wieder in den politischen Prozess ein.

Nahezu zeitgleich mit der Beendigung des Bürgerkriegs sorgte der internationale Ölboom zu einem exorbitanten Anstieg des Ölpreises. Angola ist inzwischen vor Nigeria der wichtigste Ölexporteur Afrikas. Schon während des Bürgerkriegs hatte die angolanische Regierung, die sich nunmehr als sozialdemokratisch bezeichnet, glänzende Geschäfte mit dem Ölexport gemacht, wobei es die formal sozialistische Regierung genauso wenig wie die Staaten des westlichen Blocks störte, dass die Lizenzen zur Ausbeutung der Erdölvorkommen an amerikanische und europäische Erdölfirmen vergeben wurden. Die Verwendung der Erdöleinnahmen durch die Regierung gilt im Falle Angolas als noch weitaus weniger transparent als in anderen Erdölstaaten. Zu Zeiten des Bürgerkriegs dienten sie sicherlich zum Großteil der Kriegsfinanzierung, aber auch nicht unwesentlich der Bereicherung der politischen Eliten. Die Hoffnungen, nach dem Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen würden die Öleinnahmen insbesondere für massive Investitionen in die zerstörte Infrastruktur des Landes verwendet, wurden bisher weitgehend enttäuscht. Sie bereicherten stattdessen vor allem eine kleine Gruppe von Politikern und Unternehmern. Ein beachtlicher Anstieg des Konsums und ein Bauboom in Luanda sind dafür Zeugnis. 2008 war Luanda eine der Städte mit den höchsten Lebenshaltungskosten weltweit.

Die Erdöleinnahmen werden nach wie vor in die angolanische Armee investiert. Sie gilt nicht nur als eine der kampferprobtesten des afrikanischen Kontinents, sondern auch als eine der am besten ausgerüsteten und damit schlagkräftigsten. Diese militärischen Fähigkeiten paaren sich mit der Bereitschaft der Regierung, sie nicht nur im Inneren, sondern auch außerhalb der Grenzen Angolas einzusetzen. Schon 1997 intervenierte die angolanische Armee in der Republik Kongo auf Seiten der Opposition, nachdem der Ausgang der Wahlen dort von beiden Seiten umstritten war und in einen militärischen Konflikt überging. Noch dramatischer war jedoch das Eingreifen Angolas im Bürgerkrieg in der benachbarten DR Kongo. Als eine von Ruanda und Uganda unterstützte Rebellenbewegung 1998 versuchte, durch eine Luftlandeoperation die Macht in Kinshasa an sich zu reißen, intervenierte Angola zusammen mit Simbabwe und

Namibia auf Seiten der Regierung, angolansische Truppen operierten tief im Territorium der DR Kongo. Das Motiv Angolas war dabei sicherlich nicht nur, Solidarität mit einem befreundeten Regime zu zeigen oder die Destabilisierung der eigenen Grenzregion durch einen Bürgerkrieg im Nachbarland zu verhindern. Vielmehr kann das Eingreifen Angolas in der DR Kongo als Ausdruck regionalen Vormachtstrebens gedeutet werden. Noch

fünf Jahre nach der offiziellen Beendigung des Bürgerkriegs im Jahre 2003 übten angolansische Berater und Militärs großen Einfluss auf die Regierung in Kinshasa aus. Die angolansische Regierung sieht sich als eine der Kräfte, die die Zukunft Afrikas entscheidend prägen werden, und blendet dabei aus, dass sie bisher kaum Fortschritte dabei erzielt hat, die strukturellen Konfliktursachen im eigenen Land zu beheben.

Simbabwe

Stefan Mair

Noch Mitte der 1990er Jahre war Simbabwe friedlich, stabil und sicher, die Regierung galt als relativ effektiv und nicht besonders korrupt, die allgemeine Versorgungslage war gut, die europäische Prägung stark, der soziale und wirtschaftliche Entwicklungsstand deutlich über dem afrikanischen Durchschnitt. Zehn Jahre später ist das Land nicht wiederzuerkennen. Die Regierung geht mit Sicherheitskräften und Schlägertrupps gegen Oppositionelle und weiße Großgrundbesitzer vor. Sie weigerte sich lange, den Wahlsieg der Opposition vom März 2008 anzuerkennen und blockierte jegliche externe Vermittlungsversuche. Die Wirtschaftsleistung des Landes ist durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik nahezu halbiert und die Inflationsrate 2008 auf die unglaubliche Höhe von 230 Millionen Prozent getrieben worden. Das Bildungs- und Gesundheitswesen sind in einem Maße ruiniert, dass mittlerweile die Lebenserwartung deutlich unter 40 Jahren liegt. Der einstige Brotkorb des südlichen Afrika ist auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, und mehr als ein Viertel der Simbabwe hat das Land auf der Flucht vor Unterdrückung oder auf der Suche nach Arbeit verlassen. Was erklärt diese Entwicklung?

Schon Mitte der 1990er Jahre wiesen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des Landes viele strukturelle Mängel auf, die zum Teil nur noch sehr notdürftig übertüncht werden konnten. Die Ursprünge dieser Mängel reichen weit in die Geschichte zurück. Der simbabwische Staat verdankt seine Existenz dem privaten Eroberungsfeldzug des britischen Geschäftsmanns Cecil Rhodes (1853 bis 1902), auf den auch der frühere Name des Landes „Rhodesien“ zurückgeht. Er eignete sich Schürfrechte für die beträchtlichen Rohstoffvorkommen des Landes an und ermutigte seine Landsleute zum Zuzug. Gute klimatische Bedingungen machten den Erwerb von Ackerflächen in dem Land, das 1911 zur britischen Kolonie wurde, attraktiv. Binnen 20 Jahren hatten europäische Siedler über 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in ihren Besitz genommen, die angestammten afrikanischen Bauern in Reservate getrieben oder zu Landarbeitern gemacht und ein Apartheidsystem errichtet. Als Großbritannien die lokale Kolonialregierung drängte, der afrikanischen Bevölkerung mehr Rechte zu gewähren, erklärte diese 1965 ihre einseitige Unabhängigkeit. Die Folge waren internationale Sanktionen gegen das Land, die dessen Machthaber in eine Lagermentalität und in den Aufbau einer auf Autarkie bedachten Wirtschaftsstruktur trieben. Das ohnehin zerrüttete Verhältnis zwischen Schwarz und Weiß wurde durch den Bürgerkrieg, der zwischen beiden Bevölkerungsgruppen in den 1970er Jahren tobte, noch mehr belastet.

Als Südafrika Ende der 1970er Jahre der rhodesischen Regierung seine Unterstützung entzog, geriet diese in eine unhaltbare Lage. Die Folge war der Abschluss eines Friedensabkommens



Louise Gubb / AP

„Bildersturm“: Die Statue des Staatsgründers Cecil Rhodes wird nach der hart errungenen Unabhängigkeit im Juli 1980 aus dem Stadtzentrum von Salisbury, heute Harare, entfernt.

zwischen weißer Regierung und schwarzen Befreiungskämpfern. Die 1980 abgehaltenen Wahlen gewann Robert Mugabe, der seither regiert. Wider Erwarten propagierte der radikale Rebellenführer vom Tage seines Machtantritts an die Aussöhnung zwischen Schwarz und Weiß. Eine Rückgabe und Umverteilung des den Afrikanern entrissenen Landes war zwar vorgesehen, konnte aber nur auf freiwilliger Basis geschehen. Für zehn Jahre wurden der weißen Minderheit beträchtliche politische Vorrechte eingeräumt. Die 1980er Jahre galten als goldene Jahre Simbawwes, in denen dem Land – nicht zuletzt aufgrund der reichlich strömenden Entwicklungshilfe – der massive Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesens gelang. Gleichzeitig hielt die Regierung an einer Wirtschaftspolitik fest, die dem Staat große Eingriffsmöglichkeiten gewährte und die Unternehmen des Landes vor ausländischer Konkurrenz schützte. Politisch sicherte Mugabe seine Macht durch den Aufbau eines umfangreichen Klientelnetzwerkes ab, in dem Loyalität durch die Erteilung vergünstigter Kredite, attraktiver Devisen- und Handelslizenzen sowie Posten in halbstaatlichen Unternehmen oder der staatlichen Verwaltung entgolten wurde. Dieses Konstrukt hielt, solange die internationalen Entwicklungshilfegerber dem Lande gewogen waren und ihnen Mugabe als Vorbild der Aussöhnung in ihrem Umgang mit dem südafrikanischen Apartheidsystem diente. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und mit dem nahenden Ende des Apartheidregimes sank die Bedeutung des Landes und seines Präsidenten Anfang der 1990er Jahre rapide. Folglich erhöhten internationale Finanz-



Tsvangirayi Mukwazhi / AP

In Simbabwe herrscht bittere Armut. Phai Munaingo lebt mit seiner Familie in dieser selbstgebaute Hütte in Epworth bei Harare.



Philimon Bulawayo / REUTERS

Widerwillig geteilte Macht: Skeptisch verfolgt Präsident Robert Mugabe (r.) wie Morgan Tsvangirai (l.) am 11. Februar 2009 seine Ernennung zum Premier unterzeichnet.

organisationen den Druck auf das Land, sich wirtschaftlich zu öffnen; die Geberländer forderten politische Reformen und minderten gleichzeitig deutlich die Entwicklungshilfe.

Die international nicht konkurrenzfähigen Unternehmen des Landes waren einer Marktöffnung nicht gewachsen. Die Folge der mehr als 30 Jahre währenden staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft und der Kosten des weit reichenden Klientensystems war eine Wirtschaftskrise, die in soziale Proteste mündete. Die Zivilgesellschaft, die durch die Bildungserfolge der 1980er Jahre gestärkt worden war, gab ihnen den organisatorischen Rückhalt. Mugabe und die Regierungspartei wollten jedoch dem Reformdruck nicht nachgeben. Ein erster Versuch, ihn in einer von der Regierung vorgegebenen Verfassungsreform zu kanalisieren, scheiterte. Die Entscheidung, dem Druck der Opposition standzuhalten, ist wohl auf drei Gründe zurückzuführen: Erstens sahen sich Mugabe und die anderen Befreiungskämpfer durch ihren gewaltsamen Widerstand gegen und den Sieg über das Apartheidregime in einer Weise zur Machtausübung berechtigt, die weit über die Legitimation durch Wahlen hinausging. Sie betrachteten sich als Väter der Nation mit der Mission und Berechtigung, das Land nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Zweitens war für die meisten Mitglieder der Regierung Machtverlust gleichbedeutend mit dem Verlust des durch politischen Einfluss errungenen Wohlstands. Und drittens hatten sich einige von ihnen bei der Niederschlagung der Unruhen im Matabeleland, im Südwesten des Staates, Mitte der 1980er Jahre so massiver Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht, dass sie nach einem Regierungswechsel strafrechtliche Verfolgung befürchten mussten.

Seit dem Ende der 1990er Jahre bedienten sich Mugabe und seine Gefolgschaft vor allem dreier Mittel, um sich die weitere Machtausübung zu sichern:

- massive Unterdrückung der Opposition durch Polizei und jugendliche Schlägertrupps;
- Instrumentalisierung des Konflikts zwischen Europäern und Afrikanern auf nationaler und internationaler Ebene;
- Zugriff auf Land als letzte verbliebene Ressource zur Stabilisierung des Klientensystems.

Afrikanische Oppositionelle wurden verprügelt, eingesperrt und gefoltert sowie als Marionetten weißer Großgrundbesit-

zer und der ehemaligen britischen Kolonialmacht diskreditiert. Weiße Großfarmer wurden enteignet und deren Land in kleinen Teilen an Bedürftige und „verdiente Kämpfer“, im Ganzen an einflussreiche Politiker und Offiziere verteilt. Die Folge war der fortschreitende Niedergang marktorientierter Landwirtschaft, von deren Einnahmen die Volkswirtschaft und der Staatshaushalt Simbabwes weitgehend abhängen. Unter den Kosten der Beteiligung am Krieg in der DR Kongo und der nachträglichen Entschädigung der Veteranen des Bürgerkriegs der 1970er Jahre brach der Staatshaushalt 1999 zusammen. Dies löste einen Wirtschaftskollaps aus, der den einstigen Hoffnungsträger Afrikas zum Krisenland werden ließ.

Zehn Jahre nach Ausbruch der Krise scheint die Situation ausweglos. Wider Erwarten hat zwar die Opposition die jüngsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im März 2008 gewonnen, letztere allerdings nicht mit einer absoluten Mehrheit. Deshalb wurde im Juni 2008 eine Stichwahl zwischen Mugabe und dem Oppositionsführer Morgan Tsvangirai notwendig. Die Regierung nutzte diese drei Monate zu massiver Repression, die letztendlich den Oppositionsführer aus Furcht um die Leben seiner Anhänger dazu veranlasste, seine Kandidatur für die Stichwahl zurückzuziehen. Nach der Stichwahl, die Mugabe natürlich gewann, verstärkte der ehemalige südafrikanische Präsident Mbeki seine bis dahin erfolglos gebliebenen Vermittlungsversuche. Ihr Ergebnis war ein absurd anmutendes Abkommen, in dem zahlreiche neue Positionen geschaffen wurden, ohne die zentrale Frage der Machtteilung wirklich zu klären. Erst Anfang Februar 2009 stimmte das Parlament einer Einheitsregierung zu, an deren Spitze Morgan Tsvangirai als Ministerpräsident steht. Mugabe vereidigte ihn am 11. Februar 2009 im Amt. Zugleich schreiten der wirtschaftliche Verfall und die soziale Verelendung des Landes fort. Die Ereignisse der vergangenen zehn Jahre in Simbabwe sind sicherlich ein Lehrstück dafür, wie koloniales Erbe, verfehlte Wirtschaftspolitik, ein autokratisches Selbstverständnis der Machthaber und die Ineffizienz von Klientensystemen ein potenziell reiches Land in die Krise stürzen können.

Sie sind aber auch ein Musterbeispiel für das nach wie vor durch die koloniale Vergangenheit belastete Verhältnis zwi-

schen Europäern und Afrikanern. Mugabe kann sich auch deshalb an der Macht halten, weil er zum Teil noch immer Rückhalt im ländlichen Simbabwe, aber auch bei Afrikanern außerhalb des Landes genießt. Für viele Landbewohner Simbawwes ist Mugabe trotz all seiner Fehler noch immer derjenige, der sie von der Unterdrückung durch die Weißen befreit und ihre Rechte wiederhergestellt hat. Auch außerhalb seines Landes gilt Mugabe als Idol des Widerstands gegen die ehemaligen Kolonialherren, der sich dabei zwar der falschen Mittel bedient, aber im Prinzip Recht hat. Für die Unterstützung des In- und Auslands spielt die Landfrage eine entscheidende Rolle. Dass jene nach der Unabhängigkeit nicht gelöst werden konnte, liegt nach Mugabes Einschätzung entscheidend in Verantwortung der Briten. Das Friedensabkommen von 1980 sah vor, dass die Briten und andere Geberländer den Ankauf von Groß-

farmen zu Marktpreisen finanziell unterstützen würden, um dann dort afrikanische Kleinbauern anzusiedeln. Mugabe sah darin eine Verpflichtung der Briten, da sie als Kolonialmacht die Enteignung dieser Kleinbauern durch weiße Großfarmer zu verantworten hatten. Die britische Regierung betrachtete die Unterstützung des Umsiedlungsprogramms als freiwillige Leistung, die sie im Laufe der Zeit aufgrund unbefriedigender Ergebnisse einstellte. Die große Mehrheit afrikanischer Politiker, aber auch ihrer Wähler, teilt die Einstellung Mugabes hinsichtlich der Verpflichtungen, die aus dem historischen Erbe der Kolonialherrschaft erwachsen. Bei den Europäern trifft diese Position entweder auf wenig Verständnis oder sie betrachten die koloniale Schuld zu wesentlichen Teilen durch die umfangreichen Entwicklungshilfeleistungen der vergangenen 40 Jahre als getilgt.

Mosambik

Stefan Mair

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts galt Mosambik als eines der wenigen Erfolgsmodelle Afrikas. Dies ist überraschend angesichts der Lage, in der sich die ehemalige portugiesische Kolonie Anfang der 1990er Jahre befand. Nach 16 Jahren blutigen Bürgerkriegs zwischen der sozialistischen und folgerichtig von der Sowjetunion unterstützten Regierungspartei Frelimo (Mosambikanische Befreiungsfront) und der von Südafrika geförderten, pro-westlichen Renamo (Nationaler Widerstand Mosambiks) waren die Wirtschaft und Infrastruktur des Landes weitgehend zerstört und die Gesellschaft durch die exzessive Brutalität der Kriegführung weitgehend traumatisiert. Dennoch war es den Vereinten Nationen, unterstützt von kirchlichen Gruppen, 1992 gelungen, nicht nur ein Friedensabkommen zwischen Frelimo und Renamo zu vermitteln, sondern es auch umzusetzen. UN-Friedenstruppen stabilisierten das Land, 1994 wurden Wahlen abgehalten, die die Frelimo gewann. Die Renamo fügte sich, wie auch bei den folgenden Wahlen, in die Rolle der Oppositionspartei. Diese Entscheidung wurde sicherlich dadurch erleichtert, dass der Führer der Renamo nicht über eigene Einkommensquellen verfügte, um seinen Krieg auch ohne Unterstützung von außen fortsetzen zu können.

Mosambik gilt aber nicht nur wegen dieser politischen Beilegung des Bürgerkriegs als Erfolgsmodell, sondern auch aufgrund der Wiedereingliederung der Rebellen in die Gesellschaft. Die Renamo hatte zum Großteil Kinder als Kämpfer rekrutiert, die zu außergewöhnlich brutaler Gewaltanwendung getrieben wurden. Ihre Wiederaufnahme in Dorfgemeinschaften erfolgte insbesondere durch traditionelle Aussöhnungsrituale. Der dritte Aspekt des Erfolgsmodells Mosambik ist der wirtschaftliche Aufschwung, der nach dem Ende des Bürgerkriegs begann. Er ist vor allem zwei Ursachen zu verdanken: zum einen dem massiven Zustrom von Entwicklungshilfe. In dem Jahrzehnt nach dem Bürgerkrieg lag der Anteil der Entwicklungshilfe an den Staatseinnahmen bei circa zwei Dritteln – einer Quote, die sich auch in den Folgejahren kaum abschwächte. Zum anderen wurde der mosambikanische Wirtschaftsaufschwung von den Investitionen überwiegend südafrikanischer Unternehmer in die Landwirtschaft und den Tourismussektor des Landes getragen.

So beachtlich die Erfolge des Landes seit dem Ende des Bürgerkrieges sind, so brüchig ist der Grund, auf dem sie stehen.

Die Wirtschaft Mosambiks ist im hohen Maße außenabhängig und noch weit von einem sich selbst tragenden Wachstum entfernt. Beunruhigend ist insbesondere, dass es der Regierung bisher kaum gelungen ist, ihre Abhängigkeit von Entwicklungshilfegeldern zu verringern. Aber auch die gesellschaftlichen und politischen Gegensätze zwischen dem Norden und Süden Mosambiks, zwischen ländlicher Peripherie und küstennahem städtischem Zentrum, zwischen ethnischen Gruppierungen

Mosambik litt von 1975 bis 1992 unter dem Bürgerkrieg zwischen den Parteien der pro-sowjetischen Frelimo und der pro-westlichen Renamo. Frelimo-Kämpfer in der Provinz Sofala 1985



Bildarchiv / ullstein bild

Trotz positiver Entwicklung ist Mosambik weiter auf Hilfe von außen angewiesen. Kinder in Maputo 2007



Lineair / ullstein bild

und zwischen den ehemaligen Bürgerkriegsparteien sind bei weitem noch nicht überwunden. Hinzu kommt, dass der Wirtschaftsaufschwung der vergangenen Jahre die Kluft zwischen Arm und Reich eher vergrößert als gemildert hat. Schließlich übt seit den Wahlen 2004 mit Armando Guebuza ein neuer Präsident die Macht aus, der weniger danach strebt, die demokratischen Errungenschaften und bürgerlichen Freiheiten auszu-

bauen, sondern eher danach, den Einfluss der Regierungspartei zu festigen und zu erweitern. Dies kann sich letztendlich auch negativ auf die wirtschaftliche Erholung Mosambiks auswirken. Die Entwicklung des Landes seit 1992 kann sicherlich – gemessen an den Ausgangsbedingungen – als Erfolgsgeschichte gewertet werden; dies sollte jedoch nicht daran hindern, gegenläufige Trends aufmerksam zu beobachten.

Sambia

Gero Erdmann

Sambia galt einige Zeit als Modellfall der Demokratisierung, die es als erstes Land im englischsprachigen Afrika im Oktober 1991 vollzogen hatte. Der Regimewechsel war weitgehend friedlich verlaufen: Kenneth Kaunda, Präsident des alten Einparteiensystems, hatte die Wahlniederlage eingeräumt und der Opposition nach einem überwältigenden Wahlsieg die Macht überlassen. Der Gewerkschaftsführer Frederik Chiluba war als Kandidat der Oppositionsbewegung *Movement for Multiparty Democracy* (MMD) mit 76 Prozent der Wählerstimmen zum neuen Präsidenten gewählt worden, im Parlament hatte die MMD mit 125 der 150 Sitze eine komfortable Zweidrittelmehrheit. Die alte Staatspartei *United National Independence Party* (UNIP), die das Land seit der Unabhängigkeit beherrscht hatte, war auf eine kleine Regionalpartei im Osten des Landes mit nur noch 25 Mandaten geschrumpft.

Interne Auseinandersetzungen in der MMD um weitere Demokratisierungsschritte und Korruptionsfälle in der Regierung provozierten 1993/4 heftige Auseinandersetzungen innerhalb der neuen Regierungspartei. Zugleich fühlte sich die Regierung von der alten Staatspartei bedroht, in deren Führungsgremien ein Strategiepapier zur Destabilisierung der neuen Regierung kursierte. Darauf reagierte die Chiluba-Regierung 1993 mit dem Ausnahmezustand und mit wachsender Repression gegenüber der kritischen Presse. Die autoritären Tendenzen gipfelten schließlich in einer hastig verabschiedeten neuen Verfassung, die allein zum Ziel hatte, die Wiederwahl von Präsident Chiluba 1996 zu sichern: Die teilweise boykottierten Wahlen 1996, die von Chiluba und der MMD erneut mit absoluter Mehrheit gewonnen wurden, gelten nicht als frei und fair.

Trotz des autoritären Klimas im Lande konnte 1998 als weitere Partei die *United Party for National Development* (UPND) gegründet werden, die sich rasch als stärkste Kraft der Opposi-

tion etablierte. Entscheidend für den Niedergang der MMD war schließlich der Versuch Präsident Chilubas, durch eine Verfassungsänderung eine „dritte Amtszeit“ zu erreichen. Anders als in benachbarten Ländern verhinderte eine breite zivilgesellschaftliche Protestbewegung die geplante Verfassungsänderung. Dem Widerstand hatten sich auch zahlreiche Minister angeschlossen, die selbst für die Präsidentschaft kandidieren wollten, deshalb aus der Regierung und der MMD ausgeschlossen worden waren und mehrere eigene Kleinparteien gründeten. Der von Chiluba als Präsidentschaftskandidat ausgesuchte Levy Mwanawasa wurde mit nur 28,7 Prozent der Stimmen gewählt – der UPND-Kandidat kam auf 26,8 Prozent, die MMD erreichte kaum die Hälfte der Parlamentssitze. Mwanawasa konnte sich jedoch mit einer geschickten Kooptationspolitik und durch Nachwahlen rasch wieder die absolute Parlamentsmehrheit sichern. Die Wahlen 2006, die allgemein wieder als frei und fair beurteilt wurden, konnte Mwanawasa mit einem deutlich besseren Ergebnis für sich entscheiden. Einmalig in Afrika: Er forcierte im Zuge seiner Antikorruptionspolitik die Anklageerhebung gegen Expräsident Chiluba wegen Korruption im Amt, bevor er im August 2008 verstarb. Sein Nachfolger ist Rupiah Banda, der am 30. Oktober 2008 zum Präsidenten gewählt wurde.

Möglich wurden die Demokratisierung und die anschließende wechselhafte Entwicklung vor allem durch eine vergleichsweise starke Zivilgesellschaft, die von den Gewerkschaften und der katholischen Kirche getragen waren. Beide waren bereits unter dem autoritären Einparteiensystem von der Regierung nicht effektiv zu kontrollieren. Sie trugen schließlich dazu bei, dass es keinen neuen Regimewechsel gab, sondern nur eine „schleichende“ Rückkehr autoritärer Herrschaftselemente. Maßgeblich verhinderten sie die Verfassungsänderung zur „dritten Amtszeit“ und trugen danach zur langsamen „Re-Demokratisierung“ bei.

Kenneth Kaunda, 1964 bis 1991 Präsident Sambias



Odd Andersen / AFP / Getty Images

Die katholische Kirche hat in Sambia gesellschaftlichen Einfluss. Katholische Radiostation in Lusaka



Jorgen Schytte / Still Pictures

Afrika in der Weltwirtschaftskrise

[...] Bis vor kurzem hofften die Afrikaner von der Finanzkrise verschont zu bleiben, weil die Länder eine Außenseiterrolle auf den internationalen Kapitalmärkten spielen. [...] Während Finanzinstitute in Europa, Asien und den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr hohe Verluste verbuchten, wiesen die vier größten süd-afrikanischen Banken Gewinne aus, die Absa-Bank sogar einen Gewinnanstieg.

Über den Rückgang der Rohstoffexporte trifft die internationale Wirtschaftskrise den Kontinent jetzt jedoch mit voller Wucht. [...] Zuvor stark nachgefragte Bodenschätze wie Kupfer, Eisenerz, Platin oder Nickel verbilligten sich im vergangenen Jahr innerhalb von nur sechs Monaten um bis zu 70 Prozent. Auch die Preise für Diamanten sanken – zum ersten Mal seit zehn Jahren. Da sich die kostenintensive Förderung der Bodenschätze bei diesen Preisen kaum noch lohnt, werden Bergwerke geschlossen, Investitionspläne auf Eis gelegt und ganze Belegschaften entlassen. Arbeitsplatzabbau ist in Afrika besonders schwerwiegend, weil von einem Lohn durchschnittlich zehn Menschen ernährt werden.

[...] Fünf Jahre lang profitierte der Kontinent von einem selten zuvor gesehenen Rohstoffboom, während dessen sich die Preise für einige Rohstoffe verdreifachten. Das Edelmetall Rhodium etwa verteuerte sich seit den neunziger Jahren um 3000 Prozent. Die Nachfrage nach Bodenschätzen vor allem in China und Indien schien unersättlich. Das bescherte Afrika in den vergangenen drei Jahren ein Wirtschaftswachstum von knapp 6 Prozent im Jahr.

[...] Botswana beispielsweise [...] bestreitet ein Drittel seines Bruttoinlandsprodukts aus dem Verkauf von Diamanten. [...] Entsprechend ist es für Botswana ein harter Schlag gewesen, als der mit weitem Abstand führende Diamantenkonzern De Beers im Februar mitteilte, die gesamte Förderung mindestens bis Mitte April einzustellen und eine Mine sogar bis Ende des Jahres zu schließen. Im vergangenen Jahr noch investierte De Beers umgerechnet etwa 60 Millionen Euro in die „Diamond Trading Company Botswana“, um in dem afrikanischen Staat die größte Diamantenpolier- und -sortierstätte der Welt zu schaffen. Statt Rohdiamanten zum Schleifen nach Antwerpen oder Indien zu verschiffen, sollte Botswana von der Weiterverarbeitung profitieren. Mindestens 3000 neue Arbeitsplätze kündigte De Beers bis Ende dieses Jahres an.

Heute ist davon keine Rede mehr. Ähnliches gilt für Namibia, das ebenfalls von seinen Diamantenexporten lebt, und für Moçambique mit seinen immensen Bauxitvorkommen.

[...] Angola ist inzwischen noch vor Nigeria der größte Ölproduzent des Kontinents. Der staatliche Ölkonzern Sonangol verschob seine geplante Notierung an den Börsen von Johannesburg und New York und damit geplante Investitionen in neue Raffinerien. Daneben bringt der zweite Devisenbringer des Landes, Diamanten, ebenfalls kaum noch Einnahmen. Angola ist der fünfgrößte Produzent der Edelsteine in aller Welt. Der russische Konzern Alrosa kündigte an, seine angolanischen Minen schließen zu wollen, weil die Betriebskosten die Erträge längst übertreffen. Angesichts der ohnehin schon großen Arbeitslosigkeit prüft die Regierung derzeit, die Produktion in den Minen mit kurzfristigen Krediten für die Minenbetreiber zu garantieren.

In Sambia, das wie Botswana von einem einzigen Rohstoff – in diesem Fall Kupfer – abhängt, [...] befinden sich zurzeit 20 Explorationen in einem mehr oder weniger fortgeschrittenen Stadium, doch selbst Bergbauminister Kalombo Mwansa glaubt kaum noch daran, dass sich diese Explorationen in neue Minen verwandeln. Dabei bestreitet Sambia 85 Prozent seiner Exporterlöse mit Kupfer und Kobalt. Die Bergwerke stellen jeden zehnten Arbeitsplatz im Land. Die meisten Minen arbeiten aber angesichts des dramatischen Preisverfalls für das rote Metall inzwischen an der Verlustgrenze. Der Preis für Kupfer ist von mehr als 9000 Dollar je Tonne auf rund 3000 Dollar gefallen und macht den Betrieb vor allem von Untertageminen unrentabel. [...]

Auch die stärkste Volkswirtschaft Afrikas, Südafrika, kann sich dem Abschwung nicht entziehen. [...] Im vierten Quartal vergangenen Jahres schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt bereits um 1,8 Prozent. Es war der erste Rückgang seit zehn Jahren. Unter den südafrikanischen Rohstoffunternehmen haben vor allem die Platinproduzenten zu kämpfen. Die Hälfte des silbrigen Metalls wird in der Autoindustrie für Katalysatoren eingesetzt. Marktführer Anglo Platinum will allein 10 000 Arbeitsplätze streichen, der drittgrößte Platinproduzent Lonmin kürzt in Südafrika 5500 Stellen. Insgesamt rechnen die Gewerkschaften mit dem Abbau von bis zu 50 000 Arbeitsplätzen. In

Südafrika liegt die offizielle Arbeitslosenquote bereits jetzt bei 23 Prozent. Auch das Verarbeitende Gewerbe – Südafrika ist der einzige Staat in Afrika mit einer nennenswerten Industrie – kann diese Verluste nicht wettmachen. Die Produktionszahlen in diesem Wirtschaftszweig fielen jüngst sogar noch schlechter aus als im Bergbau [...]

Wie viele Länder versucht Südafrika sich mit höheren Staatsausgaben gegen den Abschwung zu stellen. [...] Auf lokaler Ebene mühen sich die Provinzregierungen unterdessen verzweifelt, schnell Alternativen zum Rohstoffsektor ausfindig zu machen. [...]

Claudia Bröll, Thomas Scheen, „Der afrikanische Traum ist zu Ende“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. März 2009

Wachstumsbranchen unter Druck: Diamantbearbeitung in Gaborone, Botsuana ...



Joan Sullivan / REUTERS

... Kupferabbau in Sambia. In Krisenzeiten gefährdet eine sinkende Rohstoffnachfrage Entwicklungsfortschritte.



Gilling / argus

Literaturhinweise

- Bruchhaus, Eva-Maria / Sommer, Monika M., Hot Spot Horn of Africa Revisited. Approaches to Make Sense of Conflict, Münster 2008, 304 S.
- Exenberger, Andreas, Außenseiter im Weltsystem: die Sonderwege von Kuba, Libyen und Iran, Frankfurt am Main, Wien 2001, 160 S.
- Hasel, Thomas, Machtkonflikt in Algerien, Berlin 2002, 284 S.
- Hegasy, Sonja / Kaschl, Elke (Hg.), Changing Values among Youth. Examples from the Arab World and Germany, Berlin 2007, S. 143-152.
- Hegasy, Sonja / Dennerlein, Bettina, Die marokkanische Wahrheitskommission zwischen Politik und Geschichte, in Marx, Christoph (Hg.), Bilder nach dem Sturm. Periplus-Studien, Münster 2007, S. 102-121.
- Hinz, Almut, Die Sanktionen gegen Libyen, Frankfurt am Main 2005, 472 S.
- Hochschild, Adam, Schatten über dem Kongo: Die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechen, Stuttgart 2006, 494 S.
- Johnson, Dominic, Kongo: Kriege, Korruption und die Kunst des Überlebens, Frankfurt am Main 2008, 212 S.
- Körner, Peter / Mehler, Andreas, Mehr Krieg als Frieden – Neuentwicklungen im westlichen Afrika, in: Afrika-Jahrbuch 2002, Wiesbaden 2003, S. 30-43.
- Kohl, Ines, Tuareg in Libyen, Berlin 2007, 246 S.
- Mattes, Hanspeter, Bilanz der libyschen Revolution: drei Dekaden politischer Herrschaft Mu' ammar al-Qaddafis, Hamburg 2001, 85 S.
- Matthies, Volker, Kriege am Horn von Afrika: Historischer Befund und friedenswissenschaftliche Analyse, Berlin 2005, 360 S.
- Mehler, Andreas / Melber, Henning / van Walraven, Klaas (Hg.), Africa Yearbook: Politics, Economy and Society South of the Sahara, Leiden, erscheint jährlich.
- Quandt, William, Between Ballots and Bullets, Brookings 1998, 199 S.
- Richter, Carola, Das Mediensystem in Libyen – Akteure und Entwicklungen, Hamburg 2004, 142 S.
- Ruf, Werner, Die algerische Tragödie: Vom Zerbrechen des Staates einer zerrissenen Gesellschaft, Münster, 1997, 170 S.
- Schade-Poulsen, Marc, The Social Significance of Rai. Men and popular Music in Algeria, Austin 1999, 260 S.
- Schicho, Walter, Westafrika und die Inseln im Atlantik. Handbuch Afrika Band 2 (von 3), Frankfurt am Main 2001, 384 S.
- Seibert, Gerhard, Comrades, Clients and Cousins. Colonialism, Socialism and Democratization in São Tomé and Príncipe, Leiden 2006, 616 S.
- Strunz, Herbert, Libyen: zurück auf der Weltbühne, Frankfurt am Main 2000, 340 S.
- Werenfels, Isabelle, Qaddafis Libyen – endlos stabil und reformresistent? Berlin 2008, 32 S.
- Werenfels, Isabelle, Algerien – Die Revolution beruft ihre Enkel, in: Perthes, Volker (Hg.), Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran, Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2002, S. 34-49.
- Werthmann, Katja / Schmitt, Gerald (Hg.), Staatliche Herrschaft und kommunale Selbstverwaltung: Dezentralisierung in Kamerun, Frankfurt am Main 2008, 195 S.
- Wrong, Michela, Auf den Spuren von Mr. Kurtz: Mobutus Aufstieg und Kongos Fall, Berlin 2002, 350 S.

Weitere Literaturhinweise und Internetadressen finden Sie in der online-Version dieser Ausgabe unter dem Stichwort Publikationen auf www.bpb.de

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn,
Fax-Nr.: 02 28/99 515-309
Internetadresse: <http://www.bpb.de>
E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Jürgen Faulenbach, Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Patrick Pilarek (Volontär)

Manuskript und Mitarbeit:

Heinrich Bergstresser, Hamburg; Almut Besold, Leipzig; Thomas Burkhalter, Bern; Thomas Demmelhuber, Erlangen-Nürnberg; Gero Erdmann, Hamburg; Sven Grimm, Bonn; Sonja Hegasy, Berlin; Christine Hesse, Bonn; Jakob Horst, Berlin; Jutta Klaeren, Bonn; Daniel Lambach, Duisburg-Essen; Stefan Mair, Berlin; Andreas Mehler, Hamburg; Eva Meyer, Washington; Patrick Pilarek, Bonn; Stephan Roll, Erlangen-Nürnberg; Gerhard Seibert, Lissabon; Dunja Speiser, Kinshasa / DR Kongo;

Denis Tull, Berlin; Annette Weber, Berlin; Isabelle Werenfels, Berlin

Titelbild:

Linda Spokojny, KonzeptQuartier® GmbH, Fürth unter Verwendung von Fotos von ALIMDI.NET / Fabian von Poser (Nordafrika l.), Sasse / laif (Nordafrika r.), Karin Desmarowitz / agenda (Westafrika l.), Jörg Boethling / agenda (Westafrika r.), Schapowalow / Robert Harding (Zentralafrika), Jorgen Schytte / Still Pictures (Horn von Afrika), blickwinkel / W. Dolder (Ostafrika), Sandra Bailey / africanpictures.net (Südl. Afrika r.), Ute Grabowsky / photothek.net (Südl. Afrika l.)

Kartenteil:

Ingenieurbüro für Kartographie
Dr. H.J. Kämmer, Berlin

Umschlag-Rückseite:

Leitwerk, Köln

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH,

Art Direktion: Linda Spokojny,
Melli-Beese-Straße 21, 90768 Fürth

Druck:

SKN Druck und Verlag GmbH & Co. KG,
26506 Norden

Vertrieb:

IBRO, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich
ISSN 0046-9408
Auflage dieser Ausgabe: 850 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

April 2009
Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden. Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Autorinnen und Autoren

Heinrich Bergstresser ist Politologe, Afrikanist, freier Journalist sowie freier Mitarbeiter des German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg, bei InWent und der Friedrich Naumann Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Internationale Beziehungen, das Nord-Süd-Verhältnis und Medien.
Kontakt: heinrich.bergstresser@web.de

Dr. Almut Besold ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Orientalischen Institut der Universität Leipzig. Ihre Arbeitsgebiete sind das islamische Recht, die arabische Sprache sowie die Innen- und Außenpolitik arabischer Staaten mit besonderem Fokus auf Libyen.
Kontakt: besold@uni-leipzig.de

Dr. Thomas Burkhalter, Musikethnologe und Kulturjournalist aus Bern, schreibt für internationale Medien über subkulturelle Musikszenen und musikalische Lokalisierungs- und Globalisierungsprozesse. Er ist Mitglied des Stiftungsrates der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia sowie Begründer und Herausgeber des Online-Magazins norient.com.
Kontakt: contact@norient.com

Dr. Thomas Demmelhuber ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg. Er hat folgende Arbeitsschwerpunkte: Mittelmeerpolitik der EU, Reformprozess Ägyptens unter Mubarak, Demokratieförderung im MENA-Raum (Middle East North Africa), liberales Denken auf der arabischen Halbinsel.
Kontakt: thomas.demmelhuber@polwiss.phil.uni-erlangen.de

Dr. Gero Erdmann ist Politikwissenschaftler, Senior Research Fellow des Instituts für Afrika Studien des GIGA, Hamburg und Leiter des GIGA-Büros in Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Herrschaftsformen, Demokratisierung, Parteien und Parteiensysteme in Afrika.
Kontakt: erdmann@giga-hamburg.de

Dr. Sven Grimm ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Research Fellow am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Aktuell befasst er sich mit good governance-Programmen der EU, vor allem in Ghana.
Kontakt: sven.grimm@die-gdi.de

Dr. Sonja Hegasy ist Islamwissenschaftlerin, Vize-Direktorin des Zentrums Moderner Orient (ZMO) in Berlin und Vorsitzende des Beirats Wissenschaft und Zeitgeschehen des Goethe-Instituts in München. Ihre Forschungsthemen sind: Zivilgesellschaft, Kulturdialog, Erinnerungspolitik und Globalisierung. Sie befasst sich hauptsächlich mit den Ländern Ägypten und Marokko.
Kontakt: sonja.hegasy@rz.hu-berlin.de

Jakob Horst ist Diplom-Sozialwissenschaftler und beschäftigt am Lehrstuhl für Internationale Politik der Helmut-Schmidt Universität Hamburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Länder des Maghreb/Nord-Afrika (insbesondere Algerien), die europäischen Außenbeziehungen im südlichen Mittelmeer/Maghreb sowie die Demokratieförderung der EU.
Kontakt: jakob.horst@googlemail.com

Dr. Daniel Lambach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen. Seine Schwerpunkte sind: fragile Staatlichkeit, innerstaatliche Konflikte, Theorie und Praxis internationaler Sicherheit, Postkonfliktgesellschaften.
Kontakt: daniel.lambach@inef.uni-due.de

Dr. Stefan Mair ist Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, Mitglied des Beirats der Initiative „Partnerschaft mit Afrika“ des Bundespräsidenten und gehört dem wissenschaftlichen Beirat des GIGA an. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Afrika südlich der Sahara, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, Global Governance.
Kontakt: stefan.mair@swp-berlin.org

Dr. Andreas Mehler ist Politologe und Direktor des GIGA-Instituts für Afrika-Studien, Hamburg. Er ist Mitglied des Beirats und der Initiative „Partnerschaft mit Afrika“, Mitglied des Vorstands der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland (VAD) und Mitherausgeber des jährlich erscheinenden *Africa Yearbook*. Forschungsschwerpunkte: gewaltsame Konflikte, Demokratisierungsprozesse und Wahlen im frankophonen Afrika, deutsche und französische Afrikapolitik.
Kontakt: mehler@giga-hamburg.de

Eva Meyer hat einen Master-Abschluss in Development Management und ein deutsch-französisches Doppeldiplom in Politikwissenschaft (Europastudien) erworben. Sie ist derzeit als Beraterin bei der Weltbank, Abteilung für Fragile Staaten, Konflikte und Soziale Entwicklung, tätig. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind indigene Bevölkerungsgruppen Zentralafrikas, fragile Staaten und Konfliktlösung sowie Katastrophenvorsorge und Krisenmanagement.
Kontakt: evameyer84@googlemail.com

Dipl.-Volkswirt Stephan Roll ist Doktorand am Institut für Wirtschaftswissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg. Er arbeitet zur politischen und ökonomischen Entwicklung in den Ländern des Nahen Ostens unter besonderer Berücksichtigung der Neuformierung der Wirtschaftseliten.
Kontakt: sjroll@gmx.de

Dr. Gerhard Seibert forscht am African Studies Centre in Lissabon. Er arbeitet zur sozioökonomischen und politischen Entwicklung in São Tomé und Príncipe und vergleichend zu anderen Staaten des portugiesischsprachigen Afrika.
Kontakt: mailseibert@yahoo.com

Dunja Speiser ist Politologin mit Arbeits- und Forschungsschwerpunkten im Bereich Governance in West- und Zentralafrika. Sie arbeitet als Projektmanagerin bei der Consultingfirma Bureau for Institutional Reform and Democracy (BiRD) und als Beraterin für internationale Organisationen und Entwicklungsagenturen.
Kontakt: dunja.speiser@birdmunich.de

Dr. Denis Tull ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik. Seine Forschungsfelder umfassen Afrika südlich der Sahara, insbesondere West- und Zentralafrika, gesellschaftlichen und politischen Wandel, Demokratisierung, Kriege und Konflikte, externe Interventionen und Peacekeeping sowie Afrikas internationale Beziehungen.
Kontakt: denis.tull@swp-berlin.org

Dr. Annette Weber ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Somalia, Sudan-Darfur, Staatlichkeit, Konfliktzusammenhänge und regionale Stabilität am Horn von Afrika.
Kontakt: Annette.Weber@swp-berlin.org

Dr. Isabelle Werenfels ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik. Ihr regionaler Arbeitsschwerpunkt sind die Maghrebstaaten. Inhaltlich forscht sie zu gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in den Maghrebstaaten, zu islamistischen Bewegungen und Parteien sowie zur Kooperation zwischen europäischen und mediterranen Staaten.
Kontakt: isabelle.werenfels@swp-berlin.org

Heftkonzeption und Autorenauswahl:
Isabelle Werenfels und Stefan Mair

Achtung:

Seit dem 15. Juli 2008 hat die bpb einen neuen Versender!

Anforderungen bitte schriftlich an Bundeszentrale für politische Bildung c/o IBRo, Kastanienweg 1, 18184 Roggentin, Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bbp@ibro.de Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Für telefonische Auskünfte (bitte keine Bestellungen) steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.30 bis 15.30 Uhr zur Verfügung.

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb erhalten Sie unter der auf Seite 74 genannten bpb-Adresse.

Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an bbp@gebhard-mueller.de



**DER TIMER
KOMMT*
2009–2010**
www.bpb.de/timer

*** JEDES JAHR
IM JUNI!**

Die Zeit ist reif für den Timer!

Der Timer ist das informative
Hausaufgabenheft der bpb.
160 Seiten stark.

Hier bestellen:

www.bpb.de/timer
Fax: +49 (0) 2 28-99 51 51-1

Timer-Telefon für Großbesteller

(ab 250 Stück):
Tel: +49 (0) 2 28-99 51 51-0

Übrigens:

Wer große Stückzahlen bestellt,
spart jede Menge!